

Magazin der Wirtschaft

★ EINE WOCHENSCHRIFT ★

Neue Folge/Herausgegeben von R. Bernfeld

Inhalt

Ein Sturmjahr für die Banken	665	Konkurs der Hausleben-Versicherung	686
Prof. Dr. Rudolf Meerwarth, Rationalisierung der Statistik I	670	Eine bedeutsame aktienrechtliche Entscheidung	687
Reichsbahnrat Dr. Karl Schubert, Wagenraumtarif oder Werttarif?	673	Internationale Verwertung der Hydrierpatente	687
Dr. Wilhelm Utermann, Der „gemeinwirtschaftliche“ Werttarif	677	Personalien	687
Glossen		Bilanzen (Hapag-Lloyd-Union / Vereinsbank in Hamburg / AG Buderus'sche Eisenwerke zu Wetzlar)	687
Reichsdefizit 1930: rund 600 Millionen	681	Die Wirtschaft des Auslands (Italien — Der Montecatini-Bericht)	692
Arbeitsmarktpolitische Vorschläge der Gutachter-Kommission	681	Briefe an den Herausgeber (Die Preisspanne im Kleinhandel mit Fleisch)	693
Belebung auf dem Rentenmarkt	682	Marktberichte (Die Konjunktur / Der Geld- und Kapitalmarkt / Die Warenmärkte / Die Effektenmärkte: Berlin, Frankfurt, Hamburg, Paris, London, New York)	694
Zuckerkontingentierung auf Kosten der Bauern	682	Statistik (Reichsbank-Ausweis / Preussische Staatsfinanzen im Februar / Reichsfinanzen im Februar / Ausweise der Privatnotenbanken / Ausweis der BIZ / Berliner Börsenkurse / Wochenzahlen zu den Marktberichten / Internationale Wirtschaftszahlen)	699
Olverträge Preußag—Wintershall—Reichspost	682		
Expansion der Berliner Hausbesitzerbank	683		
Der Kampf zwischen Eisenbahn und Kraftwagen in Österreich	684		
Die Snia Viscosa nach der Sanierung	684		
Ende der amerikanischen Weizenstützung	685		
Amerikanische Betriebe im Ausland	685		
Günstige Lage der Angestelltenversicherung	686		

In diesem Heft: Internationale Wirtschaftszahlen des MdW

ERSCHEINT FREITAGS / EINZELHEFT 1M / VIERTELJÄHRLICH 12M

Redaktion und Verlag: Berlin W 62 / Kurfürstenstr. 131



DARMSTÄDTER UND NATIONALBANK

Kommanditgesellschaft auf Aktien

BERLIN

Aktienkapital 60 Millionen Reichsmark

Reserven 60 Millionen Reichsmark

Zahlreiche Niederlassungen in allen Teilen Deutschlands

*Rund 400 000 RM
tägliche Schadenszahlung*

ALLIANZ UND STUTTGARTER VEREIN
VERSICHERUNGS-AKTIEN-GES. SCHAFT

Aktiva . . über **234 000 000 RM**



Bayerische Versicherungsbank
Aktiengesellschaft, München //

Badische Pferdeversch.-Anstalt
Akt.-Gesellschaft, Karlsruhe i. B.

Globus Versicherungs-Aktien-
Gesellschaft in Hamburg //

Hermes Kreditversicherungs-Bank
Aktiengesellschaft in Berlin //

Kraft Vers.-A.-G. des Automobil-
clubs von Deutschland in Berlin

Neue Frankfurter Allgem. Vers.-
A.-G. in Frankfurt a. M. ////

Union Allgem. Deutsche Hagel-
Versicher.-Gesellschaft in Weimar

ALLIANZ UND STUTTGARTER
LEBENSVERSICHERUNGSBANK AKTIENGESellschaft

Gesamtversicherungssumme über 3 000 Millionen RM

Mitteldeutsche Stahlwerke A.G.

ARBEITS-PROGRAMM

**Braunkohlen-Bergbau, Brikettfabrik
und Überland-Kraftwerk**

Lauchhammerwerk Lauchhammer

Dolomitwerk

in Wünschendorf

Erzbergwerk und Kalkwerk

in Eibingerode am Harz

Martinstahlwerke

Lauchhammerwerk Riesa, Lauch-
hammerwerk Gröditz, Stahl- und
Walzwerk Weber, Brandenburg

Form- und Stabeisenwalzwerke

Lauchhammerwerk Riesa

Blechwalzwerke

Lauchhammerwerk Riesa, Stahl- und
Walzwerk Weber, Brandenburg

**Rohrwalzwerk, Rohrschlangenanbau,
Überhitzerbau und Verzinkerei**

Lauchhammerwerk Riesa

Fittingsfabrik und Radsatzfabrik

Lauchhammerwerk Gröditz

BARMER BANK-VEREIN

HINSBERG, FISCHER & COMP.

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Kapital und Rücklage RM. 54 Millionen

== Hauptverwaltung in Düsseldorf ==

Niederlassungen an allen größeren Plätzen in Rheinland und Westfalen

Kommanditen: von der Heydt-Kersten & Söhne, Elberfeld / Siegfried Falk, Düsseldorf

MAGAZIN DER WIRTSCHAFT

VEREINIGT MIT „PLUTUS“, NEUE FOLGE

7. JAHRGANG

BERLIN, 10. APRIL 1931

NUMMER 15

Ein Sturmjahr für die Banken

Die Kreditorenabzüge vom Herbst 1930 trafen die deutschen Kreditbanken in einem Zeitpunkt, in dem sich ihre Liquidität bereits sehr verschlechtert hatte. Die Banken haben die Kreditorenabzüge vor allem durch Verringerung der Wechsel und Nostro Guthaben sowie durch verstärkte Ausnutzung der Akzepten- und Rembourskredite zu kompensieren versucht. An den Abbau der Debitoren gingen sie nur zögernd heran. Die stillen Reserven sind stark geschmälert worden oder gänzlich verschwunden. Trotz etwas günstigeren Geschäftsgangs im neuen Jahr sind die Dividendenaussichten nach dem scharfen Rückschlag von 1930 mit Vorsicht zu beurteilen.

Liquiditätsprobe

Das abgelaufene Jahr war sicherlich eines der schwierigsten in der Geschichte der deutschen Kreditbanken. Normalerweise führt jede Depression zu einer allmählichen Auflockerung des Kapitalmarkts und gibt dadurch wenigstens einem Teil der Bankenkundschaft Gelegenheit, die in der Hochkonjunktur entstandenen kurzfristigen Verbindlichkeiten durch Aufnahme von Anleihen zu konsolidieren; der Status der Banken wird dadurch entlastet. Die Entwicklung, die sich in Deutschland seit Ende 1927 vollzog, läßt diese gewohnte Erscheinung vermissen. Seit Jahr und Tag konnte im Inland keine größere Industrieanleihe aufgelegt werden, und auch im Ausland waren die Märkte nur wenigen Emittenten geöffnet. Noch weniger waren bei dem fortgesetzten Kursverfall neue Aktien in größerem Maße unterzubringen. Die Unmöglichkeit, der deutschen Industrie im Ausland langfristiges Kapital zu verschaffen, beruhte bis Ende 1929 hauptsächlich auf den kapitalverknappenden Folgen der amerikanischen Hochkonjunktur. Später wirkte die Erschütterung des Vertrauens zu Deutschland hemmend. Weniger eindeutig sind die Ursachen der Unergiebigkeit des inländischen Kapitalmarkts. Der deutsche Kapitalmarkt hat nicht allgemein versagt, wenn auch feststeht, daß die inländische Kapitalbildung die Nachfrage in den letzten Jahren niemals voll befriedigen konnte. Der Umfang der staatlichen und kommunalen Emissionen sowie der Pfandbriefabsatz der Realkreditinstitute zeigen, daß der deutsche Kapitalmarkt auch in den letzten Jahren noch recht stattliche Mittel hergab. Diese Mittel wendeten sich aber nur in geringem Maße der industriellen Bankenkundschaft zu. Die unelastische und oft nicht an Rentabilitätsgesichtspunkten orientierte Kapitalnachfrage der öffentlichen Hand hat der Industrie die Konsolidierung ihrer Wiederaufbau- und Rationalisierungsschulden im Inland sehr erschwert. Nur wenige Industrieunternehmen konnten Leihkapital so rentabel verwerten, daß sie mit Städten zu konkurrieren vermochten, die für mittel- oder langfristiges Kapital eine Zinsbelastung von zehn bis elf Prozent auf sich nahmen.

Daß auf die Dauer einem großen Teil der Industrie durch diese und andere Faktoren die Tür zum Kapitalmarkt nicht versperrt werden darf, hat Hans Neisser an dieser Stelle vor einem Jahr einleuchtend auseinandergesetzt (Jahrg. 1930, Nr. 13, S. 592).

Für die Kreditbanken hat die eben geschilderte Lage in den letzten Jahren zweierlei Folgen gehabt. Einmal konnten sie die in der Hochkonjunktur gewährten Kreditmittel zumeist nicht wieder zurück-erhalten; sie mußten sogar infolge der erwähnten Konsolidierungshemmnisse auch in der Depression noch zusätzliche Kredite einräumen, die — ebenso wie die alten — formell kurzfristigen, in Wirklichkeit aber langfristigen Charakter trugen. In den beiden letzten Jahren gesellte sich zu dem Geldbedarf der regulären Kundschaft noch eine zunehmende Nachfrage von Reich und Kommunen. Diese Stellen traten trotz der weitgehenden Ausschöpfung des in- und ausländischen Kapitalmarkts während der vorangegangenen Jahre in die Krise bereits mit hohen schwebenden Schulden ein. Im weiteren Verlauf kamen die großen Etatsausfälle, deren man sich vielfach nicht anders als durch „Überbrückungskredite“, d. h. durch eine weitere Vermehrung der schwebenden Schulden, zu erwehren wußte. Auch hier sprangen die Kreditbanken ein, mit dem Ergebnis, daß die ohnehin schon vorhandene Tendenz zur Abnahme der Liquidität noch eine Verstärkung erfuhr. Da den Banken zur Befriedigung dieser verschiedenartigen Kreditbedürfnisse nicht genügend inländische Einlagen zur Verfügung standen — aus Gründen, auf die noch einzugehen sein wird —, hatten sie sich bereits in der Hochkonjunktur immer mehr an das Ausland verschuldet. Während der Depression stiegen diese kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten, nach einer vorübergehenden Abnahme im Frühjahr 1929, erneut an, bis sie im Sommer 1930 einstweilen ihren Höhepunkt erreicht haben. Dann kam im Anschluß an den Ausgang der Reichstagswahlen wohl die schwerste Liquiditätsprobe, der die deutschen Banken in der jüngsten Vergangenheit ausgesetzt waren. Von September bis zum Jahresende mußten etwa 10 % der Kreditoren zurückgezahlt werden, so daß



Kreditoren und eigene Mittel

	Reichs- Kredit-Ges.	Berliner Handels- Ges.	Commerz- u. Privat- Bank	Dresdner Bank	Danabank	Deutsche Bk. u. Dis- conto-Ges.	6 Groß- banken
Gesamtkreditoren 1930 in Mill. RM	597	397	1573	2220	2291	4242 ¹⁾	11 319
Veränderung gegen 1929 in Mill. RM	- 29	- 39	- 96	- 55	- 92	- 591	- 903
in %	- 5	- 9	- 6	- 2	- 4	- 12	- 8
Auslandskreditoren in % der Gesamtkreditoren 1929	55 ²⁾	60	50	40	34	40	42
1930	50	60	48½	40	30	37½	39
Auslandskreditoren 1930 in Mill. RM	a. 300	238	725	885	687	1590	4425
Veränderung gegen 1929 in Mill. RM	- 45	- 24	- 110	- 20	- 123	- 405	- 727
Eigenmittel 1930 (Kapital + Res.) in Mill. RM	80	43	115	134	120	445	917
Verbindlichkeiten in % des Eigenkapitals	1045	982	1445	1780	2129	1008	1310
Akzepte 1930	30	25	109	165	126	245	700
Veränderung gegen 1929 in Mill. RM	+ 9	+ 6	+ 29	+ 76	+ 36	+ 32	+ 188

¹⁾ Einschl. des mehrjährigen Dollar-Darlehens. — ²⁾ Die im MdW Jahrg. 1930 Nr. 15 (S. 682) genannte Zahl wurde auf Grund der dies-jährigen Angaben berichtigt.

Ende 1930 bei den sechs Berliner Großbanken die fremden Gelder um rund 900 Mill. RM niedriger waren als Ende 1929. Berücksichtigt man die geschil-derte Vorbelastung der Banken, so wird man sagen dürfen, daß diese *Liquiditätsprobe recht gut über-standen worden ist.*

Das Hauptproblem: die Auslandsschulden

Zu dem Kreditorenabzug hat zwar in beträcht-lichem Umfang die *inländische Kapitalflucht* beige-tragen, aber der Löwenanteil entfiel doch auf das *Ausland*; dabei zeigten sich ebenso wie im Frühjahr 1929 wiederum die französischen Banken besonders ängstlich. Nach unserer Berechnung haben die Aus-landskreditoren im Jahre 1930 um 727 Mill. RM ab-genommen, nachdem sie bis zum Sommer noch um etwa 100—200 Mill. gestiegen waren. Mit 4425 Mill. RM erreichten sie Ende 1930 aber immer noch 39 % der Gesamtkreditoren der Großbanken (im Vorjahr 42 %); dafür stehen freilich namentlich unter den Nostroguthaben und Wechseln auch greifbare Valuta-reserven zur Verfügung. Dennoch wird allenthalben ein *weiterer Abbau bzw. eine Konsolidierung dieser Auslandsverbindlichkeiten als notwendig angesehen.* Da durch die Höhe der kurzfristigen Auslands-schulden die deutsche Verhandlungsfreiheit während der Pariser Reparationskonferenz stark behindert worden war, ist es verständlich, daß die gegenwärtige Regierung, die mit einer Wiederaufrollung der Repa-rationsfragen über kurz oder lang rechnet, diese Ver-schuldung als „unsichtbare Besetzung“ mit allen Mitteln herabdrücken will. Wie kann man sie auf ein erträgliches Maß zurückschrauben? Seit einigen Wochen bietet mit der zunehmenden Rück-kehr des Vertrauens das Ausland den deutschen Ban-ken wieder in vermehrtem Maße Geld an, nachdem in den ersten Monaten des neuen Jahres die Abzüge zunächst noch fort dauerten. (Die Februar-Bilanzen der sechs Berliner Großbanken zeigten im Vergleich zu

Ende Dezember einen neuen Kreditorenrückgang von rund 600 Mill. RM.) Daß die Banken diesen Offerten gegenüber Zurückhaltung bewahren werden, sollte man nach den Erfahrungen, die sie in den letzten Monaten gemacht haben, eigentlich annehmen. Es locken aber auch jetzt wieder recht erhebliche Zins-gewinne. Wenn also die *Reichsbank*, wie es scheint, auf die Banken in bremsendem Sinne einzuwirken sucht, so mag dies nicht überflüssig sein. Freilich be-deutet die Abstinenz gegenüber dem Auslandsgeld in seiner kurzfristigen ebenso wie in der langfristigen Form für eine Wiederankurbelung der Wirtschaft zunächst eine erhebliche Erschwerung. Es überrascht unter diesen Umständen nicht, daß die Banken in der Beurteilung der Auslandsverschuldung auch jetzt keineswegs einmütig sind. Während die DD-Bank offenbar Zurückhaltung und weiteren Abbau für wünschenswert hält, spricht die Danat-Bank in ihrem Geschäftsbericht von dem notwendigen Wie-deranschluß an die ausländischen Kreditmärkte.

... eine Frage des Kreditsystems

Gewiß kann ein forciert Abbau der kurzfristigen Auslandsschulden nicht nützlich erscheinen, denn er wäre auf die Dauer nur mittels einer radikalen Debi-torenverminderung durchzuführen, die von den Ban-ken im abgelaufenen Jahr noch vermieden wurde. Daß radikaler Kreditabbau weitere Krisenverschär-fung bedeutet, liegt auf der Hand. Es bleiben also nur die Wege der Konsolidierung durch *Heranziehung langfristigen Auslandskapitals* und des *allmählichen Ersatzes der kurzfristigen Auslands- durch Inlands-kreditoren.* Wie die Aussichten auf Zufuhr von lang-fristigem Auslandskapital nach Deutschland zu be-urteilen sind, ist ungewiß. Selbst wenn Deutschland in nächster Zeit mit ähnlich großen Zuflüssen zu rechnen hätte wie 1925/1928, würde die Konsolidie-rung der Bankschulden vermutlich nur langsam Fort-schritte machen, erst recht, wenn der Zufluß von neuem Kapital weniger zur Konsolidierung als zu Investitionen verwendet würde. Um so dringlicher ist es, das Problem auch von der anderen Seite anzu-packen, d. h. auf Mittel zu sinnen, um die ausländi-schen Einlagen durch inländische zu ersetzen. Sieht man von den allgemeinen Fragen der Kapitalbildung und der Steuerpolitik ab, so berührt dieses Problem den *Kern unseres Kreditsystems.*

Die Kapital- und demzufolge die Einlagenbildung vollzieht sich heute in ganz anderem Umfang außer-halb der großen Kreditbanken als vor dem Krieg, während sich die von ihnen zu befriedigende Kredit-nachfrage nicht entsprechend verlagert hat. Zum Teil ist diese Wandlung auf die bekannte Umschichtung in der Verteilung des Volkseinkommens zurückzu-führen (Rückgang des Rentner- und Unternehmer-einkommens, Zunahme des Lohneinkommens). Eben-so bedeutsam ist aber auch die Tatsache, daß die *öffentlichen Gelder* und die *Sparmittel* durch die fort-schreitende Ausdehnung des öffentlichen Bankwesens den privaten Kreditbanken entfremdet sind. Es war also fast eine notwendige Folge, daß die Banken den

Mangel an inländischen Einlagen durch Heranziehung von Auslandsgeld zu ersetzen suchten, wobei dahingestellt bleiben soll, ob sie immer mit der genügenden Vorsicht zu Werk gingen. Die Banken haben schon vor Jahren die daraus drohenden Schwierigkeiten empfunden und versucht, durch die Eröffnung von *Sparkonten* und auf andere Weise in die Sphäre der Sparkassen einzudringen. Der Erfolg war auch im Jahre 1930 nur mäßig; denn der Sparkassenkunde ist nur schwer an die Banken heranzubringen. Es fragt sich also, ob zur Förderung des Abbaus der Auslandsverschuldung nicht noch *andere Wege* beschritten werden müssen. Heute fließt den privaten Kreditbanken von den Sparkassengeldern auf direktem Wege kaum etwas zu. Würde man die Sparkassen und ihre Spitzeninstitute zu vermehrtem Erwerb von *Privatdiskonten* veranlassen, wie dies gelegentlich schon angeregt wurde, so würden den Kreditbanken neue Geldquellen eröffnet werden, ohne daß sich an der Organisation der öffentlichen Banken etwas grundsätzlich zu ändern brauchte. Im Gegenteil — die manchmal als zu niedrig oder als zu einseitig fundiert empfundene *Liquidität des Sparkassensystems* würde eine wesentliche Verstärkung erfahren. Natürlich würden die auf diese Weise umdisponierten Gelder irgendwo anders fehlen, vorzugsweise wohl bei den öffentlichen Stellen und auf dem Hypothekenmarkt. Es wird aber von vielen Seiten bezweifelt, ob nicht diese Stellen ohnedies schon in den letzten Jahren von der knappen Kapitaldecke Deutschlands zuviel für sich in Anspruch genommen haben, auf Kosten nicht minder kreditbedürftiger Kreise. Eine Neuverteilung könnte also zur *Wiederherstellung des Gleichgewichts* beitragen. Von Überlegungen ähnlicher Art ging wohl auch die Reichsbank aus, als sie vor einigen Jahren verschiedene öffentliche Stellen (Reichsbahn, Post usw.) veranlaßte, einen Teil ihrer Kassenrücklagen bei der Golddiskontbank zu zentralisieren, die sie auf dem Wege des Privatdiskonterwerbs den Kreditbanken und damit indirekt der Industrie und dem Handel zuführt.

Die Entwicklung der Aktiven

Die Banken suchten die Geldabziehungen der letzten Monate auf verschiedene Weise zu meistern. In der Hauptsache wählten sie den üblichen Weg des *Rückgriffs auf die Reichsbank*, indem sie in wesentlich vermehrtem Umfang *Wechsel* rediskontierten und mit dem Erlös die zur Rückzahlung der Auslandsgelder benötigten Devisen bezahlten. Dementsprechend ging das Wechselportefeuille der sechs Berliner Großbanken um volle 463 Mill. RM zurück. Gleichzeitig nahm der *Akzeptumlauf* erheblich zu: er hat bei verschiedenen Banken die Höhe der Eigenmittel erreicht oder überschritten. Auch die Akzente wanderten in den Herbstmonaten großenteils zur Reichsbank, die auf dem Privatdiskontmarkt zeitweise der einzige Käufer war. Diese Vorgänge haben erneut den Beweis geliefert, daß bei jeder *Liquiditätskrise* die Reichsbank zunächst das *entscheidende*

Bollwerk darstellt. Solange sie imstande ist, Wechsel hereinzunehmen, auch wenn ihre Position gleichzeitig durch Devisenabzüge geschwächt wird, besteht keine Gefahr. Kritisch wird die Lage für die Banken erst, wenn sich die Notenbank zu einer Kreditrestriktion veranlaßt sieht. In diesem Augenblick verlieren die Wechsel, die bis zu einem gewissen Grade immer durch *Umfrisierung von Debitoren* ergänzt werden können, ihren liquiden Charakter, gleichgültig, ob es sich um Privatdiskonte oder Warenwechsel handelt. Den letzten Liquiditätsrückhalt stellen in dieser Situation die *Nostroguthaben* im Ausland dar. Auch auf diese wurde in den Herbstmonaten in erheblichem Umfange zurückgegriffen, obwohl die Reichsbank, im Gegensatz zum Frühjahr 1929, damals das Mittel der Kreditrestriktion nicht anwandte. Eine weitere Aushilfe bot den Banken die verstärkte Ausnutzung der ausländischen *Rembourskredite*, die sie sich an allen bedeutenden Geldplätzen einräumen lassen. Sie nützen diese Kredite in wechselndem Umfang aus, indem sie ihre Kundschaft jeweils auf die billigsten Plätze Wechsel ziehen lassen, so daß normalerweise in einigen Ländern jeweils eine Kreditreserve zur Verfügung steht. Diese Reserve haben die Banken Ende 1930 benutzt, so daß ein Teil des abfließenden Auslandsgelds in anderer Form wieder hereingeholt werden konnte. Es zeigte sich dabei erneut, daß Rembourskredite auch während einer Vertrauenskrise nur ungern gekündigt werden, weil die Betroffenen darin mit Recht einen besonders ausgeprägten Mißtrauensbeweis erblicken. Entsprechend dieser vermehrten Inanspruchnahme der „Kundschaftskredite bei Dritten“ zeigen auf der Anlagen-seite die *Warenvorschüsse* als einziger Posten eine nochmalige Steigerung. Der Vorgang beweist wiederum, wie problematisch alle Liquiditätsbetrachtungen sind, denn auf diese oder ähnliche Weise kann ein Teil der gewöhnlich als illiquid angesehenen Debitoren in die „liquiden“ Warenvorschüsse oder Wechsel umgewandelt werden, wenn dies den Banken mit Rücksicht auf bessere Refinanzierungsmöglichkeiten wünschenswert erscheint. Unter Umständen kann also ein Debitor liquider sein als ein Wechsel. Trotz alledem entbehrt es nicht einer symptomatischen Bedeutung, daß die rechnungsmäßige „*Liquidität*“ die im Jahre 1929 bereits um 5 % zurückgegangen war, weiter um durchschnittlich 5 % sank.

Bei den sechs Großbanken hatten die *Effektenkonten* im Jahre 1929 noch um 75 Mill. RM zugenommen. Diesmal werden sie um 38 Mill. niedriger ausgewiesen, in der Hauptsache wohl infolge von *Abschreibungen*, von denen übrigens fast 22 Mill. sichtbar gemacht werden. Tatsächlich haben wohl alle Banken auch 1930 noch in erheblichem Umfang Effekten gekauft, um den Kurszusammenbruch an der Börse wenigstens einigermaßen zu mildern. Die Berliner Handels-Gesellschaft weist denn auch noch eine leichte Erhöhung der Wertpapiere und Konsortien, die Danat-Bank nur eine ganz unwesentliche Verringerung aus, obwohl hier bereits 10 Mill. sicht-

Anlagen

(Mill. RM)	Reichs-Kredit-Gesellschaft		Berliner Handels-Gesellschaft		Commerz- und Privat-Bank		Dresdner Bank		Danabank		Deutsche Bank u. Disconto-Ges.		6 Großbanken	
	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929
Kasse, Notenbankguthaben	37	+ 2	8	—	41	— 8	54	— 6	83	+ 4	209	+ 16	431	+ 7
Wechsel usw.	126	— 24	73	— 7	362	— 28	516	— 47	559	— 46	939	— 311	2573	— 463
Notroguthaben	106	+ 32	56	— 4	149	— 32	189	— 111	189	— 69	322	— 110	1010	— 294
Reports und Lombards	22	— 12	21	— 11	90	— 35	51	— 6	79	— 82	90	— 62	353	— 208
Warenvorschüsse	115	— 14	104	— 10	265	+ 12	479	+ 82	454	+ 76	699	— 1	2116	+ 145
Summe	406	— 16	261	— 32	907	— 91	1289	— 88	1364	— 117	2259	— 468	6483	— 812
Liquide Mittel in % .. der Verbindlichkeiten	65	—	62	— 2	54	— 6	54	— 4	56	— 4	50	— 5	54	— 5
Debitoren	269	— 3	168	— 5	809	+ 25	1116	+ 113	1069	+ 52	2293	— 214	5723	— 33
Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen ..	15	—	26	+ 2	46	— 4	55	— 8	74	— 1	125	— 26	340	— 38
Beteiligungen	1	—	6	—	11	—	35	—	24	—	38	+ 3	114	+ 2
Immobilien	5	—	7	—	33	—	32	+ 1	25	—	106	— 6	208	— 5
Summe	290	— 3	207	— 3	899	+ 21	1238	+ 106	1192	+ 51	2362	— 243	6385	— 74

bar abgeschrieben wurden. Die *Reports und Lombards* sind durchweg weiter gesunken und machen Ende 1930 bei den sechs Großbanken mit 353 Mill. etwa eine halbe Milliarde weniger aus als Ende 1928. Dagegen sind die durch Effekten gedeckten Debitoren im allgemeinen nur wenig zurückgegangen. Das dürfte zum Teil mit der *Beleihung eigener Aktien* zusammenhängen, die von den Banken für Rechnung der Großaktionär-Konsortien aufgenommen wurden, um einen noch stärkeren Kursrückgang zu verhindern. Nur die DD-Bank weist offen einen Aktienrückkauf für eigene Rechnung von 35 Mill. RM, d. h. etwa 12 % des Kapitals aus. Die Gesamtsumme der *Debitoren* ist bei den sechs Berliner Banken zum erstenmal seit Jahren etwas kleiner geworden. Bis zum Herbst war fast überall noch eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen, und drei Großbanken zeigen sie auch noch am Jahresende. Sicherlich hat aber allenthalben die Entwicklung der Passivseite vom Herbst an zu verstärkter Zurückhaltung in der Gewährung neuer Kredite gezwungen. Auch die Februar-Bilanzen lassen demgemäß eine weitere Verringerung der Debitoren erkennen, die sich sicherlich nicht nur saisonmäßig erklärt. Generelle Kreditrestriktionen sind offenbar nirgends erfolgt, wohlweislich, denn man hätte sie nicht durchführen können, ohne die Wirtschaftskrise zu einer Katastrophe werden zu lassen. Wohl aber wurden von Fall zu Fall Kredite gekürzt oder nicht prolongiert; diese Politik wird zunächst wohl noch fortgesetzt werden müssen. In der gleichen Weise griffen die Banken auch bei den wenigen Gelegenheiten zu, bei denen sich aus besonderen Gründen eine Abstoßung von *Effektenpaketen* ermöglichen ließ (Gemeinschaftsgruppe, Badische Bank).

Ertragskrise

Hinter den Gefahren der Liquiditätskrise trat die Ertragskrise an Bedeutung zurück, denn selbst wenn eine Bank nicht genügend stille Reserven hätte, um zusammen mit einer Dividendensenkung die Verluste eines außerordentlich schlechten Jahres zu decken, könnte sie sich doch durch eine mehr oder minder vorsichtige Bewertung der Debitoren so viel

an Gewinnen herausrechnen, als sie benötigt. Das abgelaufene Jahr brachte aber auch ertragsmäßig den Banken eine Häufung von Mißgeschick. Sowohl auf *Effekten* wie auf *Debitoren* waren außerordentlich große Beträge *abzuschreiben*. Die Verluste auf dem Effektenkonto waren um so empfindlicher, als die Banken schon im Herbst 1929 eine gemeinsame Stützung versucht hatten. Auf den damals aufgewandten 60 Mill. ruhten Ende 1930 allein etwa 30 Mill. Verluste, aber dabei handelte es sich zweifellos nur um einen Teil des Abschreibungsbedarfs. Sind die Effektenverluste noch einigermaßen festzustellen, so können sich die Banken hinsichtlich des Abschreibungsbedarfs bei den Debitoren kaum im klaren gewesen sein. Gewiß kann bei einer bereits zu Tage getretenen Insolvenz der mutmaßliche Ausfall wenigstens annähernd abgeschätzt werden, wenn sich auch durch die Entwertung der Sicherheiten öfters unangenehme Überraschungen ergeben. Wie steht es aber mit denjenigen Krediten, die je nach der Entwicklung der Konjunktur wieder „auftauen“ oder zu großen Verlusten führen können? Selbst bei sorgfältigster Überlegung vermögen die Banken bei Betrachtung ihrer Bilanzen nicht zu sagen, ob und in welchem Umfang sie heute noch über *stille Reserven* verfügen. Daß diese nach der ersten Schmälerung im Jahr 1929 auch 1930 sehr stark zusammengeschmolzen sind, steht außer Zweifel. Zum Teil geschah das automatisch, so weit nämlich die stillen Reserven in der Form von Minderbewertungen der Effekten bestanden. So sind die *Dividenden* nur das Produkt einer — übrigens gemeinsam angestellten — Überlegung, wieviel man an ihnen sparen könne, ohne verstärkte Rückflüsse in den eigenen Aktien und eine neue Vertrauenserschütterung im In- oder Ausland befürchten zu müssen.

Es kam den Banken zugute, daß der Ertrag des laufenden Geschäfts noch einigermaßen günstig war. Dem steht nicht entgegen, daß einzelne Banken von einem Rückgang der *Zinsspanne* sprechen. Es besagt auch nicht viel, daß durchweg bereits beim Bruttogewinn ein Rückgang ausgewiesen wird, da man nicht weiß, wieviel entsprechend den alten Gepflogenheiten vorweg für Abschreibungen abgesetzt

wurde. Bemerkenswerter ist jedenfalls die *Unkostenermäßigung*, die im wesentlichen auf echte Einsparungen zurückgehen dürfte. Zum erstenmal seit der Inflation ist es den Banken gelungen, ihren Ausgabenetat zu senken, vor allem durch Tantiemenverminderung und Kürzung der hohen Gehälter. Der Abbau der Beamtentariife wird dagegen erst im neuen Jahr wirksam werden. Beachtlich ist ferner auch die Verminderung der *Steuern*. Schlüsse und Vergleiche lassen sich jedoch auch hieraus nur in beschränktem Umfang ziehen. Das Bild wird verschiedentlich durch Rückvergütungen getrübt, und man weiß nicht, ob die ausgewiesenen Steuerbeträge lediglich die Zahlungen für 1930 enthalten. Daß die *Effektenabschreibungen* bei weitem nicht die wirklichen Verluste auf diesem Konto erkennen lassen, geht schon daraus hervor, daß nirgends Effekteneinnahmen ausgewiesen werden, obwohl sie namentlich

den Banken natürlich zugute kommen, was sich in der Vergangenheit als nachteilig erwies: ihr großer Geschäftsumfang. Selbst die Zahlen für 1930 lassen, obwohl sie genug „frisiert“ sind, erkennen, daß die *Gewinnkapazität der Banken recht groß* ist. Vermutlich wird sich auch die *Unkostensenkung* im laufenden Jahr noch verstärkt fortsetzen. Dennoch wird es wahrscheinlich einer ganzen Reihe fatter Jahre bedürfen, bis die Schäden des Krisenjahrs 1930 gutgemacht und die stillen Reserven wieder aufgefüllt sind. Demgemäß ist auch ein rascher Wiederanstieg der *Dividenden* schwerlich zu erwarten. Sowohl nach 1873 wie nach 1890 dauerte es mehrere Jahre, bis der scharfe Dividendenrückgang eines einzigen Jahres wieder aufgeholt war. Sehr viel wird auch davon abhängen, wie weit die Banken aus ihren Fehlern gelernt haben. In den vergangenen Jahren hat der *rage du nombre* geherrscht, das Bestreben, der Ge-

Gewinnrechnung

(Mill. RM)	Reichs-Kredit-Gesellschaft		Berliner Handels-Gesellschaft		Commerz- und Privat-Bank		Dresdner Bank		Danabank		Deutsche Bank und Disconto-Ges.	
	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929	1930	Veränderung gegen 1929
Gesamteinnahmen (ohne Vortrag)	12,0	— 1,7	9,5	— 2,4	72,4	— 2,6	77,2	— 0,6	71,3	— 1,4	207,6	— 21,5
Unkosten	5,9	—	5,7	— 0,6	53,9	— 2,0	57,3	— 2,5	53,1	— 3,6	134,3	— 21,6
Steuern	2,3	— 0,3	1,5	— 0,5	8,4	— 1,8	6,9	— 0,3	3,2	— 4,1	18,2	— 6,7
Abschreibungen auf Effekten und Konsortialbeteiligungen	—	—	—	—	4,6	+ 4,6	6,0	+ 6,0	10,0	+ 10,0	21,3	— 21,3
Reingewinn	5,0	— 1,0	2,8	— 1,1	7,4	— 3,5	7,0	— 4,4	8,1	— 3,7	20,4	— 13,8
Gewinnverwendung:												
Vortrag	1,4	— 0,2	0,4	+ 0,1	1,8	—	0,5	—	3,1	—	2,8	— 0,1
Dividende (Mill. RM)	2,8	— 0,4	2,2	— 1,2	5,3	— 3,0	6,0	— 4,0	4,8	— 2,4	17,1	— 11,4
„ in %	7	— 1,0	8	— 4,0	7	— 4,0	6	— 4,0	8	— 4,0	6	— 4,0

im ersten Halbjahr infolge des guten Pfandbriefgeschäfts nicht gering waren. Auch diese Gewinne wurden zu Abschreibungen verwendet. Der ausgewiesene *Reingewinn* reicht nach kaum verändertem Vortrag überall nur zur Ausschüttung der Dividenden, die, mit Ausnahme der Reichs-Kredit-Gesellschaft, durchweg um 4 % gekürzt wurden, sowie für die Dotierung der noch stärker verminderten Aufsichtsrats-Tantiemen. Die Dividenden sind die niedrigsten seit der Inflation.

Die Aussichten

Die *Geldkündigungen* namentlich des Auslands sind neuerdings zum *Stillstand* gekommen. Die Angebote haben wieder zugenommen und bemerkenswerterweise auch eine Verbilligung erfahren, nachdem das Ausland zeitweise 2 % mehr Zinsen verlangt hatte als vor den Wahlen. Da gleichzeitig auch in kleinem Umfang Kapitalfluchtgelder zurückwandern, hat sich der *Status der Banken zweifellos etwas entspannt*. Eine weitere Besserung ist durch die Erholung der Aktienkurse und die Belebung der Rentenmärkte eingetreten. Dagegen zeigt das laufende Geschäft noch keinen wesentlichen Auftrieb. Die Zahl der Insolvenzen ist nach wie vor hoch, die (lediglich von der DD-Bank mitgeteilten) Umsatzzahlen für Januar und Februar waren erstaunlich niedrig. Bei einer Besserung der Konjunktur müßte

schäftsausdehnung der Konkurrenz nur ja nicht nachzustehen. Damit war ein weiterer Mißstand verknüpft. Schon der Enquête-Ausschuß hat auf Grund eingehender Untersuchungen bemerkt, daß eine größere Einheitlichkeit in der *Kreditgewährung* der Banken zu wünschen wäre. Hoffentlich gibt die aus der gegenwärtigen Not geborene größere Intimität der Banken dazu künftig Veranlassung. Davon abgesehen hat das abgelaufene Jahr erneut gezeigt, daß die Banken bei ihrer Kreditgewährung vielfach nicht mit der nötigen Vorsicht zu Werk gingen. Zu den großen Verlusten früherer Jahre (Ufa, Favag) hat sich — um nur die größte Ausfallquelle zu nennen — 1930 der Fall Osthandels AG gesellt, der die DD-Bank volle 36 Mill. gekostet hat. Ob die jüngst zutage getretenen Schwierigkeiten eines großen Textilkonzerns, den fast alle Banken mit großen Krediten finanziert haben, nicht zu ähnlichen Verlusten führen wird, bleibt abzuwarten. Im Ausland ist es vielfach Grundsatz, bei keinem Kredit eine bestimmte Höchstgrenze zu überschreiten, was zwar nicht Verluste ausschließt, aber wenigstens das Risiko begrenzt. Bei den deutschen Banken haben solche Richtlinien offenbar nicht überall Eingang gefunden. Es ist bezeichnend, daß jene Banken, bei denen Kreditgesuche von bestimmter Höhe an dem Gesamtvorstand unterbreitet werden, auch 1930 von größeren Insolvenzen ziemlich verschont blieben.

Rationalisierung der Statistik I

Von Prof. Dr. Rudolf Meerwarth

Die von der Reichsregierung eingesetzte Kommission, die unter sachkundiger Leitung in Fühlung mit dem Statistischen Reichsamt Vorschläge zur Vereinfachung und Rationalisierung der Statistik ausarbeiten soll, ist zu begrüßen. Bei ihrer Arbeit darf jedoch nicht verkannt werden, daß mit zunehmender Planwirtschaft der Bedarf an öffentlicher Statistik steigen wird. Die Vereinfachung einzelner großer Erhebungen ist mit Schwierigkeiten verbunden, weil die Interessen, mit denen gerade die Verwaltung an die Statistik herantritt, vielseitig sind und rasch wechseln. Die Wirkung der Einführung elektrischer Zählmaschinen wird oft überschätzt. Ein Zusammenlegen der statistischen Landesämter mit dem Reichsamt ist gegenwärtig nicht zu befürworten; das Ziel muß auf eine sinnvolle Dezentralisation gerichtet sein.

Die öffentliche Verwaltung sucht ihre Ausgaben einzuschränken; also — so argumentiert man oft — auch die Ausgaben für Statistik. Dr. A. Jessen hat vor einiger Zeit den Gesamtbedarf der deutschen öffentlichen Statistik (Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände) grob auf etwa 46 Mill. RM geschätzt. Ist diese Summe zu hoch? Man wird sich in jedem Fall an den Gedanken gewöhnen müssen, daß in Zukunft die öffentliche Statistik noch recht stark ausgebaut werden muß. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die deutsche Wirtschaft in kommenden Zeiten mehr als bisher planwirtschaftlichen Maßnahmen unterworfen werden. Wer aber Planwirtschaft treibt, benötigt im Anfang, um die erste Orientierung zu gewinnen, Statistik, und erst recht später, wenn er das Ergebnis seiner Maßnahmen überschauen will. Man kann nun allerdings die Frage stellen, ob die amtliche Statistik bisher mit den zugewiesenen Geldmitteln den größtmöglichen Erfolg erzielt hat. Dieser und einer Reihe anderer Fragen soll sich eine Kommission widmen, die unter Führung von Reichsminister a. D. Dr. Dernburg Ende vorigen Jahres von der Reichsregierung eingesetzt worden ist. Diese Kommission ist beauftragt worden, eingehende Untersuchungen darüber anzustellen, wie die deutsche Statistik organisatorisch und systematisch aufzubauen sei, um mit dem größten Nutzen für die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zustände Verwendung finden zu können; bis zu welchem Grade sich eine Vereinfachung oder rationellere Gestaltung empfehle, bis zu welchem Grade endlich eine Verfeinerung notwendig sei. Die so gewonnene Erkenntnis soll dann dazu dienen, für die Zusammenarbeit zwischen der Reichsstatistik, den statistischen Ämtern und Büros, den wissenschaftlichen Instituten und den Statistiken der Privatwirtschaft Richtlinien aufzustellen und Vorschläge für eine rationelle Arbeitsteilung auf den einzelnen Gebieten der Statistik auszuarbeiten. Man wird diesen Weg, eine Kommission unter sachkundiger Führung mit einem gut abgewogenen Programm einzusetzen, begrüßen müssen, besonders wenn man sich daran erinnert, wie bisher in der Vor- und Nachkriegszeit nur allzu oft vorgegangen worden ist. Eines schönen Tages erscheint irgendein Ministerialbeamter, der mit dem Hammer dekretiert, was gestrichen werden soll. Da er nicht ohne weiteres von dem organi-

satorischen Aufbau der Statistik eine Ahnung und einen Überblick über den materiellen Inhalt der Statistik hat, „erübrigt sich“ eine sachliche Diskussion; es wird sinnlos gestrichen oder es bleibt, nachdem eine Gegenaktion eingesetzt hat, alles beim alten. Die Arbeiten und die bisherigen Ergebnisse der Kommission kenne ich nicht. Ich äußere mich dennoch gern zu dem Problem der „Rationalisierung der Statistik“; ich hoffe insbesondere auch der statistischen Praxis gerecht zu werden, nachdem ich mich fast fünfundzwanzig Jahre vorwiegend als „ausübender Statistiker“ betätigt habe. Statistische Spezialprobleme wie z. B. ein für alle sozial- und wirtschaftsstatistische Erhebungen gültiges Berufs- oder Gewerbeverzeichnis oder etwa die Möglichkeiten, durch eine bessere Ausgestaltung bestimmter Erhebungen andere ähnliche Erhebungen zum Wegfall zu bringen, sollen hier nicht erörtert werden.

Unter Statistik soll jetzt das in den amtlichen statistischen Jahrbüchern und Quellenwerken niedergelegte Material, insbesondere Tabellenmaterial, verstanden werden: also die zueinander in Beziehung gebrachten, durch systematische Massenerhebungen gewonnenen zahlenmäßigen Angaben aus dem Gebiet des sozialen Lebens. Wer sind die Nutznießer dieser Statistik, wenn wir von dem ordentlichen Staatsbürger einschließlich des Gelehrten vorerst absehen? Vor allem „die Verwaltung“, die sich im übrigen — insbesondere bei der Bewilligung der Geldmittel — nur allzu oft auf den Standpunkt stellt, sie sei die einzige Konsumentin. Also der Landrat, das Ministerium usw. will etwa ein Bild von der beruflichen und sozialen Gliederung der Bevölkerung oder von dem betrieblichen Aufbau der Landwirtschaft und des Gewerbes in einem bestimmten Gebietsteil erhalten. Er greift daraufhin — er sollte es tun — zu den Veröffentlichungen der in großen Zeiträumen vorgenommenen Volks-, Berufs- und Betriebszählungen. Die Beamten, denen die Pflege der Außenhandelspolitik obliegt, wollen beispielsweise die Außenhandelsbeziehungen Deutschlands zu einem fremden Land oder zur Gesamtheit der fremden Länder erkennen; sie greifen zu den Veröffentlichungen über den auswärtigen Handel. Das Kultusministerium will etwa Einblicke in den Andrang der Studierenden zu den deutschen Hochschulen gewinnen; es greift zu

den Veröffentlichungen über die Hochschulstatistik. Die Finanzbehörden wollen Einblick nehmen in die Einnahme- und Ausgabewirtschaft der öffentlichen Verwaltungen; sie greifen zu den umfangreichen Publikationen der Finanz- und Steuerstatistik.

Die Gesichtspunkte nun, unter denen „die Verwaltung“ an die Statistik herantritt, sind recht mannigfaltig. Zu manchen Zeiten und Gelegenheiten treten ganz bestimmte Fragestellungen in den Vordergrund, die dann bald wieder verschwinden; dafür treten andere Antwort heischend an das gleiche statistische Material heran. Dieser schnelle Wechsel der Gesichtspunkte bringt nun den ausübenden Statistiker in einen Zwiespalt. Es ist zunächst ein alter Erfahrungssatz der statistischen Praxis, daß der Aufbau des Fragebogens sowie die Art der Verarbeitung und Auswertung der Ergebnisse entscheidend von der besonderen Problemstellung abhängig ist. Soll also der unternehmungsweise Aufbau der Industrie eines Gebietsteils gegeben werden, so wird der Fragebogen anders ausgestaltet werden müssen, als wenn es darauf ankommt, für die Ermittlung der Standorte der Betriebe bestimmter Gewerbe zahlenmäßige Unterlagen zu schaffen. Will man für Steuerbelastungsvergleiche Angaben haben über diejenigen Summen, die ein Gebiet an Steuern aufbringt, so wird man anders fragen müssen, als wenn es gilt festzustellen, welche Beträge ein Gebiet schließlich an Steuern als Deckungsmittel vereinnahmt hat. Der Statistiker, der nicht dauernd die Bevölkerung mit großen Erhebungen quälen darf, sucht nun diesen vielseitigen Interessen dadurch Rechnung zu tragen, daß er bei einer Erhebung zahlreiche Fragen nebst Unterfragen stellt, daß er ferner eine mannigfaltige und deshalb umständliche, zeitraubende und teure Bearbeitung des Materials vornimmt; er will also möglichst vielen Problemen gegenüber mit Antworten gerüstet sein. Der für den Tagesbedarf Redende oder Schreibende, der einem der vielen „aktuellen“ Probleme nachjagt, wird trotzdem oft feststellen müssen, daß für das Problem, das er selbstverständlich im Augenblick für das wichtigste hält, überhaupt keine Unterlagen vorhanden sind; häufig wird er diese Unterlagen aus einem umfangreichen Zahlenmaterial heraussuchen müssen. Dieses zeitraubende Suchen macht dem, der sich in Tabellen nicht ohne weiteres zurechtfindet, viel Verdruß; nachdem er endlich gefunden hat, was er sucht, ist das Problem vielleicht gar nicht mehr aktuell. Dazu kommt noch eine für den Benutzer verhängnisvolle Eigenart des statistischen Verfahrens. Viele sozialökonomische Gebilde und Tatbestände, wie etwa Unternehmung, Handwerksbetrieb, Angestellter, Unternehmer usw., lassen sich überhaupt nicht eindeutig den Tabellen entnehmen. Der Statistiker kann z. B. günstigenfalls die Firmen (ein juristischer Tatbestand) mit 1, 2, 3 usw. Personen darbieten; die Zahl der Unternehmungen oder der Handwerksbetriebe ist nur durch eine vielfach recht willkürliche und schematische Abgrenzung zu gewinnen. Anders ausgedrückt: der Statistiker kann die Zahl der Unternehmungen nur ungefähr, innerhalb roher Grenzen unter

bestimmten Annahmen angeben; er kann also sagen, es gibt so und soviel Firmen, die jeweils mehr als 10 Personen beschäftigen oder, falls eine Produktionsstatistik besteht, jeweils pro Jahr einen Produktionswert dieses oder jenes Umfangs liefern. Mit der Zahl der Firmen wird z. B. derjenige, der die Konzentration im modernen Wirtschaftsleben darlegen will, wenig anfangen können, da sich Firma und „kapitalistische Zusammenballung“ in vielen Fällen nicht decken.

Eine Kommission, die bestimmte statistische Erhebungen streichen oder vereinfachen will, darf also nicht nur auf die gerade im Parlament oder in der Zeitung aktuellen Probleme Rücksicht nehmen, sondern muß auch bedenken, daß morgen und übermorgen wieder ganz andere Probleme von der Statistik Antwort verlangen. Sie darf auch nicht vergessen, daß manche Fragestellungen, deren Klärung heute selbstverständlich und sogar ohne Statistik möglich erscheint, morgen wieder als Probleme auftreten. Der Ausweg, der — der Ersparnisse halber — oft beschritten wird, insbesondere die teuren Volks-, Berufs- und Betriebszählungen in größeren Zwischenräumen als bisher vorzunehmen, ist gerade für „die Verwaltung“ bedenklich. Ich habe den Eindruck, daß seit dem Jahr 1925 (Zeitpunkt der letzten großen Bestandsaufnahmen) die deutsche Volksgesamtheit und die deutsche Wirtschaft so erhebliche Veränderungen erfahren haben, daß zum mindesten für die kleineren Verwaltungsgebiete (Eingemeindungen usw.) ein fundierter Überblick heute nicht mehr möglich ist. Daran ändert nichts der Umstand, daß mit Hilfe der heute so beliebten „überschläglichen“ Schätzungen für Fest- und Parlamentsreden sogenannte große Anhaltspunkte gewonnen werden können.

Man wird einwenden, eine Kommission könne wenigstens auf einem anderen Gebiet große Erfolge erzielen, eben durch eine Rationalisierung der Statistik. Das kann einmal bedeuten, daß sie auf die Einführung von — an sich zunächst recht teuren — *elektrischen Zählmaschinen* dringt mit der Absicht, Zeit und Personal zu sparen. In der Tat sind die größeren amtlichen und privaten statistischen Ämter in den letzten Jahren in großem Umfange zur maschinellen Auszählung übergegangen. Eine Ernüchterung hat allerdings auch hier eingesetzt. Zunächst hat man durchzurechnen versucht, ob die Produktivität der Maschine und die Zeitersparnis so groß ist, daß es gerechtfertigt erscheint, eine mehr oder minder große Zahl von Angestellten zu entlassen, die dann weiter versorgt werden müssen. Dabei hat sich herausgestellt, daß gerade bei manchen großen Erhebungen die Maschine gegenüber der Kopf- und Handarbeit gar nicht von einer so großen Bedeutung ist, wie man ursprünglich angenommen hat. Die Millionen Fragebogen, die etwa bei einer Volks-, Berufs- oder Betriebszählung eingehen, müssen zunächst auf Vollständigkeit und Richtigkeit eingehend durchgeprüft und für die Übertragung der Ergebnisse auf die Lochkarten, welche für die elektrische Auszählung die Unterlage bilden, hergerichtet werden. Bei solchen Erhebungen macht die Arbeit der Maschine nur einen Bruchteil

der gesamten Zählerarbeit aus. Man ist gewöhnlich geneigt, von den großen Erfolgen des maschinellen Verfahrens bei Großbetrieben, Banken usw. auf entsprechende Erfolge bei den amtlichen Zählbehörden zu schließen. Wer sich jedoch in eine große amtliche Zählung einarbeitet, wird bald finden, daß — angesichts der hier erforderlichen eingehenden geographischen, beruflichen, sozialen oder gewerbeweisen Gliederung — der Auswirkung dieses Verfahrens viel größere Hemmungen (vor allem infolge der zahllosen, immer von neuem vorzunehmenden Sortiergänge) entgegenstehen, als wenn es gilt, Lohnsummen der Arbeiter und Umsatzzahlen usw. zu addieren. Selbstverständlich gibt es auch Erhebungen — ich greife eine einfache Volkszählung, Viehzählungen, die Außenhandelsstatistik heraus —, bei denen das maschinelle Verfahren gegenüber dem alten Verfahren große Vorteile bringt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf einen im „Allgemeinen Statistischen Archiv“ (1930) erschienenen Aufsatz von Regierungsrat Dr. Quante, in dem die Erfahrungen mit elektrischen Zählmaschinen in Preußen bei der letzten Volks- und Berufszählung dargestellt sind.

Eine anders geartete Rationalisierung der amtlichen Statistik wird von manchen dadurch erwartet, daß man die neben dem Statistischen Reichsamt bestehenden *statistischen Landesämter aufhebt* und deren Arbeiten dem Statistischen Reichsamt zuweist; man glaubt, daß sich so der Vorteil des Großbetriebes geltend machen und auch viele Doppelarbeit verschwinden würde. Bei einer Reihe großer und bedeutungsvoller statistischer Erhebungen (nicht bei allen) ist das Zählgeschäft seit langem in Deutschland dadurch gekennzeichnet, daß die landesstatistischen Ämter das Material aufbereiten und die daraus gewonnenen Übersichten dem Statistischen Reichsamt zur Zusammenstellung und Auswertung übermitteln. Man argumentiert nun dahin, daß einige Landesämter infolge ihres geringen Gebietes nicht die Möglichkeit hätten, sich des maschinellen Verfahrens, überhaupt der Vorteile des Großbetriebes zu bedienen. Demgegenüber ist zu betonen, daß die Landesämter, insbesondere Preußens, Bayerns, Sachsens durchaus Großbetriebe darstellen, die schon vom betriebsorganisatorischen Gesichtspunkt aus gegenüber dem Riesenbetrieb des Statistischen Reichsamts vielerlei Vorteile aufweisen. Allerdings könnte durchaus erwogen werden, ob sich nicht einzelne kleinere Landesämter für die Zwecke großer Zählungen zusammen tun könnten. Neben diesen Arbeiten für die Reichsstatistik obliegt den Landesämtern aber noch eine erhebliche Arbeit für die Zwecke ihrer Ministerien; es kann sich dabei ein fruchtbares Zusammenarbeiten entwickeln, zumal die Landesämter mit den Eigenarten und Bedürfnissen der Landesverwaltungen vertraut sind. Daß Ministerien es manchmal nicht verstehen, aus ihren statistischen Ämtern den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, ist nicht immer Schuld der Landesämter. Der Verwaltungsbeamte alten und neuen Stils erkennt mitunter nicht die eingangs dargelegte Problematik statistischer Ergebnisse; wenn er nicht für seinen ge-

rade fälligen Gesetzentwurf oder für seine Rede das Zahlenmaterial in eindeutiger Fassung, auf seinen individuellen Zweck zugehauen, vorfindet, dann „hustet“ er überhaupt auf die Statistik, statt in mühevолlem Nachdenken diejenigen Unterlagen aus dem umfangreichen Material herauszuholen oder herauszuholen zu lassen, die für ihn bedeutungsvoll sind. Ich möchte also gegenwärtig davon abraten, den wohlgefühten Bau der landesstatistischen Ämter zu zerschlagen. Sollte in absehbarer Zeit das Reich neu gegliedert werden etwa in Reichsprovinzen usw., dann wäre allerdings auch ein Neuaufbau der Landesstatistik vorzunehmen; Preußen würde dann vielleicht drei oder vier statistische Provinzzentralen aufweisen müssen. Das Bestreben muß m. E. hier — wie auch auf anderen Gebieten — auf eine sinnvolle Dezentralisation gerichtet sein. Die Verarbeitung, insbesondere die eigentlich geistige Auswertung des gewonnenen Zahlenmaterials durch die statistischen Stellen werde ich nachher noch streifen.

Die *statistischen Ämter der Städte* habe ich bisher nicht berührt. Wir hatten in der Vorkriegszeit in Deutschland eine Reihe von städtestatistischen Zentren, die für Methode und Fortschritt der Statistik von Bedeutung waren. In der Nachkriegszeit hat sich das geändert; diese Stellen sind vielerorts stark für die sozial- und finanzpolitischen Zwecke der Oberbürgermeister eingespannt worden. Es bleibt ihnen für eine wissenschaftliche Auswertung des Materials wenig Zeit. Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang sogar zu begrüßen, daß die heute besonders bedeutungsvollen finanz- und steuerstatistischen Arbeiten in vielen Städten, die über eigene statistische Ämter verfügen, nicht diesen Ämtern übertragen worden sind, sondern von einer anderen Stelle „auf Rechnung und Gefahr des Kämmerers“ ausgeführt werden; die Gefahr, daß gelegentlich ein Städtestatistiker es mit dem Kämmerer nicht verderben will, ist wohl nicht von der Hand zu weisen.

Die *private Statistik der wirtschaftlichen Verbände* sowie die Statistik großer Unternehmungen ist in den vergangenen Jahren offenbar stark ausgebaut worden, wenn vielleicht auch in allerletzter Zeit manche statistische Stelle wieder verschwunden ist. Sieht man von Ausnahmen ab, so kommt leider recht wenig von dieser privaten Statistik in die Öffentlichkeit. Ob es der Dernburg-Kommission gelingt, sie ans Tageslicht zu ziehen oder gar die Verbände dazu zu bringen, derartige Statistiken durch die amtlichen Stellen vornehmen zu lassen, erscheint mir fraglich. Man darf nicht vergessen, daß ein Teil dieser Statistik Mittel für den Wirtschaftskampf ist. Das soll nicht heißen, daß gefälschte Zahlen geboten werden; es kann sich z. B. schon verhängnisvoll auswirken, wenn die in die Statistik einbezogenen Firmen unter bestimmten Gesichtspunkten ausgewählt sind. Man kann auch nicht sagen, daß die Wirtschaft, also Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, der Statistik müde seien; sie sind allerdings vielfach nicht gewillt, Zahlenmaterial über den eigenen Produktionszweig zu veröffentlichen. Dafür ein Beispiel aus der allerjüngsten Zeit.

Die I. G. Farbenindustrie AG ist dabei, ein vierbändiges statistisches Werk mit textlichen Erläuterungen zu veröffentlichen: Volkswirtschaftlicher Elementarvergleich zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien. In dem Vorwort dieses Werkes weist W. von Moellendorff, unter anderem Mitglied des Aufsichtsrats der I. G. Farbenindustrie, darauf hin, daß er von Geheimrat Carl Bosch den Auftrag zu einer Reise in die Vereinigten Staaten erhalten habe, um sich über den dortigen Stand der Sammlung, Auswertung, Benutzung, Wirkung offizieller und privater Statistiken zu unterrichten und die Übertragbarkeit der Erfahrungen auf Deutschland zu untersuchen. Aus den weiteren Ausführungen (es sind z. T. „goldene Worte“) kann ich hier nur einige herausgreifen:

„In Amerika trachtet man den andern zu überzeugen, statt zu überrreden oder gar zu bluffen. Denn man hält nichts davon, advokatorische Meinungen mit angemalteter Richtermiene vorzutragen und verliert sich nicht gern in das müßige und lächerliche Spiel, dem eigenen Anhang Beifall zu entlocken, indem man einer strittigen Sache die Unstrittigkeit andichtet. Man belleißigt sich deshalb jeder erdenklichen Klarheit der Begründung, Sauberkeit der Gesinnung, Sinuälligkeit der Darstellung, und daß und wieweit man befangen ist, das verschweigt man nicht... In Amerika weiß man, daß geben muß, wer nehmen will. Denn man glaubt ebenso fest, wie man es beteuert, daß die Organe einer Wirtschaft in demselben Maße einen Austausch von Kenntnissen benötigen, wie sie einen Austausch von Werten untereinander entwickeln. Deshalb beschränkt man sich nicht darauf, die Preisgabe entbehrlicher Geheimnisse dem Kontrahenten und Konkurrenten zu predigen, sondern beginnt bei sich und selbst mit der Erschließung neuer Wissensquellen und mit der Beleuchtung unbekannter Zusammenhänge, er-

muntet den Staat und andere neutrale Instanzen dazu, infiziert das Ganze mit Offenheit wahrlich nicht als Schwärmer, sondern als nüchterner Rechner. Alles in allem ergibt sich in Amerika aus solchen Motiven ein kooperativer Charakter und ein methodischer Stil der statistischen Publizität, wie sich dergleichen in Europa noch nirgends findet.“

Man hätte es nun begrüßt, wenn der Farbentrust selbst „mit der Erschließung neuer Wissensquellen“ begonnen hätte und aus seinem Bereich oder aus dem Bereich der Produktionszweige, die er pflegt, „entbehrliche Geheimnisse“ mitgeteilt hätte, womöglich in internationaler Darstellung. Er hat statt dessen — auch etwas Ordentliches geboten. Er teilt aus bereits veröffentlichten amtlichen Quellen internationale Übersichten über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Handel und Verkehr sowie über Konsumtionsfaktoren mit, also die zahlenmäßigen Unterlagen; ferner eine im großen und ganzen gelungene graphische Darstellung, alles auf ausgezeichnetem Papier und mit guten Drucktypen. Das Unternehmen ist ganz nützlich, stellt allerdings nach den Arbeiten von Woytinski und nach den zahlreichen Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts gerade keine epochemachende Leistung dar; die Zahlen und Tabellen über Produktionsmittel- und Verbrauchsgüterindustrien erscheinen mir allzu grob zusammengebastelt, in jedem Fall methodologisch recht bedenklich. Aber erst unter der Voraussetzung, daß auf diese Veröffentlichung nun neue Veröffentlichungen, insbesondere aus dem Gebiete der chemischen Großindustrie folgen, würde ich dieses und ähnliche Unternehmen mit uneingeschränkter Freude begrüßen.

(Schluß folgt)

Wagenraumtarif oder Werttarif?

Von Reichsbahnrat Dr. Karl Schubert

Die Ausführungen von Dr. Utermann, der in Nr. 47 des vorigen Jahrgangs den gemeinwirtschaftlichen Charakter des Werttarifs der Reichsbahn bestritten hatte, werden von Reichsbahnrat Schubert nicht als stichhaltig angesehen. Er erblickt in dem Werttarif den Versuch der Reichsbahn, die transportierten Güter je nach ihrer Tragfähigkeit zu belasten. Der gemeinwirtschaftliche Charakter dieses Tarifsystems gehe bereits daraus hervor, daß die einzelnen Tarife durch Beratung mit den beteiligten Wirtschaftsgruppen festgesetzt werden.

Es scheint in der Zeit zu liegen, daß alte, jahrzehntelang wohl erprobte und als nützlich erwiesene Einrichtungen plötzlich als grundsätzlich falsch und schädlich bezeichnet werden, und an deren Statt ohne vorheriges Probieren und Untersuchen gerade das Gegenteil als das allein Richtige, Erstrebenswerte und Nützliche hingestellt wird. So wird neuerdings von dem bislang zum Nutzen aller als auf gemeinwirtschaftlicher Basis beruhend anerkannten Gütertarif der Reichsbahn behauptet, er sei nicht gemeinwirtschaftlich und deshalb sogar schädlich.

Ein vor kurzem im MdW (Jahrg. 1930, Nr. 47, S. 2154) erschienener Aufsatz ist besonders bezeichnend in dieser Richtung und vor allem noch deshalb

bemerkenswert, weil er Forderungen aufstellt, die (wie darzutun sein wird) gerade auch den Fertigwaren-Industrien, wie z. B. den deutschen Maschinenbauindustrien, schwersten Abbruch zu bereiten angetan sind. Auch dieser letzte Umstand läßt eine Entgegnung geboten erscheinen. Der Aufsatz stammt von Dr. Wilhelm Utermann und ist betitelt: „Monopolistische oder freie Verkehrspolitik?“ Dr. Utermann wendet sich dabei gegen die Ausführungen in meinem Aufsatz: „Gemeinwirtschaftliche oder kapitalistisch-privatwirtschaftliche Verkehrsbedienungen?“ in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“, 27. Jahrg., Nr. 32.

Dr. Utermann sagt *erstens*: Das Gütertarifsystem der Reichsbahn könne nicht gemeinwirtschaftlichen

Erwägungen entsprungen sein; das gehe schon allein daraus hervor, daß die Werttarifizierung in Deutschland viel älter sei als das Staatsbahnsystem.

Zweitens sagt Dr. Utermann: Das Werttarifsystem und damit die Preisbildung der Eisenbahn sei in Wirklichkeit gar nicht gemeinwirtschaftlich, sondern „extrem monopolistisch“; denn es sei nur möglich durch die Monopolstellung der Eisenbahn in Deutschland. Als Zweck verfolge es nur, einen möglichst hohen Monopolgewinn zu erzielen.

Bei der Untersuchung hierüber kommt Dr. Utermann dann *drittens* zu dem (wie ich schon jetzt hinzufügen möchte: überraschenden) Ergebnis, daß es überhaupt kein gemeinwirtschaftliches Tarifsysteem geben könne, weil es bei näherem Zusehen „völlig inhaltslos“ und „mangels jeder klaren Vorstellung über seine konkrete Anwendung praktisch undurchführbar sein würde“.

Und *viertens* kommt er zu dem Ergebnis, daß das bisherige Eisenbahngütertarifsystem als „dem Gesamtinteresse nicht zuträglich“ abgebaut und an seiner Stelle das „natürliche System“, der „Wagenraumtarif“ angestrebt werden müsse, denn er allein verbürge eine rationelle Verkehrswirtschaft. —

Zu dem ersten Argument von Dr. Utermann — das Gütertarifsystem der Reichsbahn könne nicht gemeinwirtschaftlichen Erwägungen entsprungen sein, weil es schon die Privatbahnen gehabt hätten — sei für jetzt nur das eine gesagt: Si duo faciunt idem non est idem. Zwei können das gleiche tun, dennoch braucht es nicht dasselbe zu sein. *Das Entscheidende ist immer erst, welches Endziel jeder verfolgt.* Doch hierüber erst später mehr.

Mit seinen Ausführungen zu dem zweiten Punkt bestätigt Utermann im vollen Umfange das, was über die äußere Form der Preispolitik der Reichsbahn von mir in dem genannten Aufsatz gesagt worden ist. Er führt aus, die normale kaufmännische Preisgestaltung sei die, die allein durch die Selbstkosten und durch eine gesunde Konkurrenz bedingt sei, d. h. diejenige, die für die Transportleistungen für *alle* Waren einen *einheitlichen* Frachtsatz vorsehe, da die Selbstkosten unabhängig von dem Inhalt der Sendungen seien. Der jetzige, demgegenüber nach dem Wert der Güter *abgestaffelte* Frachtsatz der Eisenbahn sei nur möglich geworden durch die Monopolstellung der Eisenbahn.

Es ist besonders wertvoll und erfreulich, daß auch Dr. Utermann, der sich als ein Vertreter der Gegner des von der Reichsbahn vertretenen Tarifsystems bekennt, zu diesem Ergebnis kommt. Und es ist ferner erfreulich, daß auch er daran den Satz knüpft, daß der Kraftwagen als Außenseiter auf das Monopol der Reichsbahn und mithin auf ihr Tarifsysteem einen Druck auszuüben in der Lage sei *und ihn auch ausübe*. Hiermit bestätigt Dr. Utermann, der mir in seinem Aufsatz mehr die Kraftwageninteressen zu betonen scheint, Dinge, die bislang von dieser Seite mehr oder weniger bestritten wurden, nämlich erstens, daß das Tarifsysteem der deutschen Eisenbahnen nur dadurch ermöglicht ist, daß die

Eisenbahnen ein tatsächliches Monopol haben, und daß es auf ihm aufgebaut ist. (Ich verglich die Preisbildung nicht mit der eines Monopols, sondern mit der eines Syndikats, was in der Sache aber dasselbe ist.) Zum anderen bestätigt Dr. Utermann, daß der Kraftwagen ein genügend starker Außenseiter ist, um die Eisenbahnen zu zwingen, in mehr oder weniger starker Form ihre nur durch dieses Monopol ermöglichte Preisgestaltung der des Kraftwagens anzugleichen, d. h. an Stelle der abgestaffelten Frachtsätze einen für alle Güter gleichen Frachtsatz einzuführen. Es ist eben eine auf die Dauer nicht zu bestreitende Tatsache, daß das gegenwärtige, nicht von den Selbstkosten ausgehende Tarifsysteem der Eisenbahnen nur so lange aufrecht erhalten werden kann, als die Eisenbahnen ein einigermaßen vollkommenes Monopol besitzen, und ferner kann auf die Dauer nicht bestritten werden, daß der Kraftwagen dieses Monopol bricht und damit die auf ihm beruhende Preisgestaltung zwangsläufig ändert. Man muß Dr. Utermann dankbar dafür sein, daß nunmehr auch von seiten der Kraftwagenfreunde in diesen Punkten über die Wirkung der Tätigkeit des Kraftwagens dieselbe Ansicht vertreten wird, wie bisher schon immer von der Eisenbahnseite. Über diese tatsächlichen Wechselwirkungen besteht hiernach jetzt keine Meinungsverschiedenheit mehr.

Ein grundlegender Unterschied besteht allerdings (und damit komme ich zu dem dritten von Dr. Utermann aufgestellten Satz) in der *Bewertung* dieses auf der Monopolstellung der Eisenbahn beruhenden Preissystems und in den Beweggründen, die hinter ihm stehen, in den Zielen und Zwecken, die mit ihm angestrebt und erreicht werden.

Dr. Utermann meint, der Zweck dieses Preissystems sei nur, „eine möglichst hohe Monopolrente zu erzielen“, sein Ziel sei also Kapitalanhäufung. Der Zweck sei also kein gemeinwirtschaftlicher. Ein gemeinwirtschaftlicher könne es schon deshalb nicht sein — und nun kommt eine überraschende Begründung —, *weil es einen solchen praktisch gar nicht gäbe*. Das gemeinwirtschaftliche System, meint Dr. Utermann, „diese allgemeine Regel, die Güter nach ihrer ‚Tragfähigkeit‘ zu belasten, ist bei näherem Zusehen völlig inhaltslos“. Diesen Satz erweitert er noch damit, daß er wörtlich sagt: „Wenn somit auch das ‚gemeinwirtschaftliche Tarifsysteem‘ theoretisch richtig wäre, so könnte man es schon mangels jeder klaren Vorstellung darüber, wie es im konkreten Fall angewandt werden müßte, nicht mit volkswirtschaftlicher Begründung zur Durchführung bringen.“ Nach seiner Meinung wickelt sich die praktische Tarifsetzung heute „üblicherweise“ nicht so ab, daß sie von derartigen „unlösbaren Problemen“ ausgeht, sondern sie fußt in erster Linie auf „historischen Gegebenheiten“, „gewissen Faustregeln“, und auf einem Interessenausgleich zwischen Eisenbahn und Versendern! Woher Dr. Utermann diese Kenntnisse über die Entstehung der deutschen Eisenbahngütertarife hat, sagt er allerdings nicht. Eins dürfte jedenfalls sicher sein, daß er seine Kenntnisse *nicht* von jenen

Vertretern der deutschen Wirtschaft hat, die dauernd und nun schon jahrzehntelang an der Weiterbildung des Tarifsystems mitarbeiten, nämlich von dem ausdrücklich zu diesem Zweck eingesetzten, von der deutschen Wirtschaft gewählten „Ausschuß der Verkehrsinteressenten bei der Ständigen Tariffkommission der deutschen Eisenbahnen“. Wenige Blicke in die Protokolle der Ständigen Tariffkommission und in die dort abgedruckten Ausführungen der Vertreter der Wirtschaft würden ihn überzeugen, daß diese Wirtschaftsvertreter nicht der Ansicht sind, die Tariffbildung beruhe in erster Linie auf „historischen Gegebenheiten“ und auf „gewissen Faustregeln“ und sei ein unlösbares Problem. Wenn dem so wäre, würden sicher weder die Vertreter der Wirtschaft noch auch die der Eisenbahn sich die Mühe geben, so viel Zeit auf sie zu verwenden.

Und hierzu noch ein anderes: Dr. Utermann sagt, daß das Werttarifsystem der Reichsbahn „nicht weniger ihrem finanziellen Eigeninteresse entspränge als der einheitliche Frachtsatz beim Kraftwagenverkehr“. Wenn die Verhältnisse so einfach lägen, weshalb machen sich dann wohl die Eisenbahnen, vor allem aber der Ausschuß der Verkehrsinteressenten die viele Mühe, eine komplizierte Güterklassifikation aufzustellen und dauernd weiterzubauen? Weshalb verlangen die Verkehrsinteressenten nicht einen einheitlichen Frachtsatz? Der wirkliche Grund hierfür ist der, daß die deutschen Eisenbahnen und mit ihr die Vertreter der Wirtschaft ausgesprochen *gemeinwirtschaftliche Ziele* verfolgen, und daß sie zur Erreichung dieser Ziele ein besonders geartetes Eisenbahngüter-Tarifsysteem notwendig haben. Zwei Dinge sind allerdings scharf auseinander zu halten, und das zweite Ding ist gerade das wesentliche. Wenn zwei eine auf Gelderwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, so ist es durchaus nicht angängig, allein deshalb beide gleich zu bewerten; das Ausschlaggebende ist vielmehr erst das, *was die beiden mit dem Gelde tun*. Erst wenn man hierüber Klarheit besitzt, ist ein Urteil möglich. Deshalb ist die zu Punkt 1 erwähnte Folgerung Dr. Utermanns, weil schon die Privatbahnen das Werttarifsystem gehabt hätten, deshalb könne es auch bei der Reichsbahn nicht *gemeinwirtschaftlichen Gedanken* entsprungen sein, ein recht erheblicher Trugschluß.

Jede *gemeinwirtschaftliche Tätigkeit* und damit auch die der deutschen Eisenbahnen setzt sich aus zwei Teilen zusammen, einmal aus der *Mittelbeschaffung*, und zweitens aus der *Mittelverwertung*. Die Mittelbeschaffung ist das einfache kaufmännische Beschaffen des Geldes, die Finanzierung. Diesem Teil, für sich allein betrachtet, kann man niemals ansehen, ob er aus *gemeinwirtschaftlichen* oder *privatwirtschaftlich-kapitalistischen Grundsätzen* betrieben wird. Seine Bedeutung erhält er erst durch den *zweiten Teil, die Mittelverwertung*. Der eine kann Geld sammeln, um seinen Privatreichtum zu vergrößern, der andere, um anderen damit zu helfen. So ist z. B. eine Geldbeitreibung als solche, sei es durch den Staat in Form von Steuern, sei es durch

einen Verein oder ein Syndikat in Form von Beiträgen, völlig farblos, solange man nicht weiß, was mit dem Gelde geschieht. Erst wenn man weiß, daß der Staat oder der Verein damit kaufmännische Geschäfte machen will, weiß man, daß sein Unternehmen rein *privatwirtschaftlich-kapitalistisch* ist; und andererseits weiß man erst dann, daß es *gemeinwirtschaftlich* ist, wenn man erfährt, daß das gesammelte Geld z. B. zu Armenunterstützung, Kirchenbauten, Wegebauten oder Krankenanstalten verwendet wird. *Dieser Zweck erst gibt der gesamten Tätigkeit das Gepräge*. Von diesem Zweck aber erwähnt Dr. Utermann nichts.

Dieser Zweck ist beim Eisenbahngütertarif ein ausgesprochen *gemeinwirtschaftlicher*, und er wird auch praktisch durchgeführt, wenn auch Dr. Utermann ihn als praktisch undurchführbar bezeichnet. Der Zweck ist allerdings nicht, wie Dr. Utermann meint, zu untersuchen, ob es besser wäre, ein Gut auf so und soviel oder auf soundsoviel Kilometer versandfähig zu machen und dahin zu wirken, daß das „Spazierenfahren der Güter prämiert“ wird. Der wirkliche *gemeinwirtschaftliche Zweck* ist ein ganz anderer, weit umfassender, er soll in seinen Einzelheiten wenigstens stichwortartig (mehr würde zu weit führen) nochmals angedeutet werden:

Den Gütern soll die nach ihrem inneren Wert oder unter Umständen — wie z. B. bei Mehl und Getreide sowie den Düngemitteln — nach ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung einerseits, aber auch ihrer Leistungsfähigkeit andererseits *angemessene Fracht* auferlegt werden, dergestalt, daß auch die minderwertigen, aber für die Wirtschaft trotzdem notwendigen Güter *in dem notwendigen Umfang* transportfähig werden, oder die aus anderen Gründen sonst frachtlisch zu begünstigenden Transporte begünstigt werden können, ferner, daß außerdem die Betriebsmittel der Reichsbahn jederzeit auch für *Spitzenleistungen* bereitgehalten sowie Bau und Unterhaltung der Bahnlinien auch in Landstrecken durchgeführt werden, die *abseits des Verkehrs* liegen, und vor allem auch in diesen Gebietsteilen der Betrieb aufrecht erhalten wird, selbst wenn er nicht nur keinen Gewinn abwirft, sondern sogar absolute Verluste mit sich bringt. Notwendig ist schließlich hinzuzufügen, daß eine *Gewinnthesaurierung* um ihrer

Dieses Heft enthält auf Seite 704 bis Seite 714

Internationale Wirtschaftszahlen des MdW,

eine Übersicht über Produktion, Arbeitsmarkt, Außenhandel, Verkehr, Groß- und Einzelhandelspreise, Umsätze und Geschäftsgang, Geld- und Kapitalmarkt, Börse, Staatsfinanzen, Wanderungsbewegung sowie über die wichtigsten Monatsdaten für eine Reihe von Welthandelswaren.

selbst willen oder im Interesse der Eisenbahn selbstverständlich ausgeschlossen ist.

Diese Grundzüge zeigen schon, wenn ein Beweis überhaupt noch notwendig ist, daß die Tarifgestaltung nicht „üblicherweise in erster Linie auf historischen Gegebenheiten und gewissen Faustregeln ...“ beruht. In engster Zusammenarbeit mit den Vertretern der deutschen Wirtschaft wird vielmehr zwischen den einzelnen Teilen der deutschen Wirtschaft (zu denen übrigens auch die Deutsche Reichsbahn gehört) abgewogen, welche Tarifgestaltung unter dem allgemeinen großen Gesichtspunkt zutreffend ist. Daß hierbei oft Interessenausgleiche zwischen verschiedenen Zweigen der Verkehrtreibenden notwendig werden, ist selbstverständlich. Um hierbei die erforderliche Mitarbeit der Wirtschaftsvertreter zu haben, ist für den Bereich des Normaltarifs der genannte Ausschuß der Verkehrsinteressenten geschaffen. Für den Bereich der Ausnahmetarife treten Sonderausschüsse zusammen, so z. B. für die Steinausnahmetarife der Steintarifausschuß. Ähnlich liegt es für das große Gebiet der Sechsfentarife. — All das sind aber, oder sollten es wenigstens sein, bekannte Sachen, die keiner näheren Ausführung bedürfen; deshalb soll es bei diesen kurzen Hinweisen bleiben.

Die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit erschöpft sich aber nicht in der Güterklassifikation und den diese ergänzenden Ausnahmetarifen. Sie reicht wesentlich weiter. Diesem weiteren Teile der gemeinwirtschaftlichen Tätigkeit der Reichsbahn, den sie nur durch die Gütertarife in ihrer jetzigen Gestalt erfüllen kann, soll noch ein besonderes Wort gewidmet werden, zumal dieser Teil weniger bekannt ist, oder richtiger, weil an ihn im allgemeinen weniger gedacht, er vielmehr als etwas Selbstverständliches ohne besondere Überlegung hingenommen wird. In seiner Bedeutung für die Allgemeinheit ist er aber von fast noch größerer Wirkung. Es sind folgende zwei Gebiete: Einmal die Tatsache, daß sich die Reichsbahn *jederzeit* (§ 6 Eisenbahn-Verkehrsordnung) und für *jedermann* zur Verfügung hält und noch darüber hinaus für Spitzenleistungen und für eine Verkehrssteigerung von etwa 30 % (unter Zugrundelegung eines Normalverkehrs), und zwar mit allen Betriebsmitteln und sämtlichen baulichen Anlagen. Hierin steckt eine außerordentlich hoch zu bemessende Leistung für die Gesamtheit. Diese jederzeitige Betriebsbereitschaft auch über das normale Maß hinaus und die jederzeitige Beförderungspflicht bedeuten mit der Sicherheit, die hierin für den Gütertausch und die Abwicklung aller Wirtschaftsverträge liegt, eine Leistung an alle Wirtschaftskreise, wie sie mit diesem Umfang und gesetzlich festgelegten Anspruch kein anderes Landverkehrsmittel bietet. Die gemeinwirtschaftliche Aufgabe, die die Reichsbahn hierdurch erfüllt, erfährt noch dadurch eine wesentliche Verstärkung, daß die deutschen Eisenbahnen ihre Leistungen — im Gegensatz zu allen anderen sonstigen privaten Landgüterverkehrsunternehmen — ohne Rücksicht auf Konjunkturschwankungen, Saisonverkehre

oder auch Wetter- und Witterungsverhältnisse das ganze Jahr über zu gleichbleibenden Preisen zur Verfügung halten, und daß Preiserhöhungen nur unter ganz besonderen Voraussetzungen zulässig sind.

Zum anderen ist es Tatsache, daß die Deutsche Reichsbahn auch jene Strecken dauernd betreibt, die nachweislich (sei es dauernd oder vorübergehend) nichts einbringen, sondern absolute Verluste bedeuten. Hierzu gehören eine große Zahl der *Nebenbahnstrecken* im Deutschen Reich. Die Reichsbahn (bzw. das Reich) hält den Verkehr auch auf diesen Strecken aufrecht, weil sie weiß, daß ohne sie diese Gebiete und Landesteile wirtschaftlich vollständig der Verkümmern, wenn nicht sogar — zumal in der Gegenwart — der Entvölkerung ausgeliefert sein würden; denn kein anderes Verkehrsmittel, am wenigsten der private Lastkraftwagen, würde bei dem geringen und vor allem sehr schwankenden Verkehr dieser abgelegenen Gebiete in der Lage sein, den regelmäßigen Güterverkehr (besonders mit den geringwertigen Gütern, die die Reichsbahn zu besonders niedrigen Sätzen fährt) aufrecht zu erhalten. Umfangreiche Untersuchungen haben das einwandfrei erwiesen. Aber selbst wenn diese Untersuchungen nicht angestellt worden wären, würden es die noch zu erwähnenden Aufschreibungen der Provinzen über die Benutzung der öffentlichen Straßen durch Lastkraftwagen zeigen. Die Reichsbahn hält den Verkehr in diesen Gebieten nicht nur *regelmäßig* aufrecht, sondern bedient ihn auch zu den *Normalsätzen*, zu denen sie ebenfalls jeden anderen auf gewinnbringenden Strecken liegenden Verkehr bedient. Die Reichsbahn kann diese Verluste tragen, weil sie dank ihrer Tarifpolitik die Mittel hierzu an anderer Stelle erhält und dank ihrer gemeinwirtschaftlichen Einstellung für solche Zwecke verwendet. Täte sie das nicht, legte sie vielmehr ihre wirklichen Selbstkosten auf diesen Strecken zugrunde, so wäre eine weitere Entvölkerung der von den großen Städten abseits gelegenen Landstriche und ein Verlust an Bodenschätzen, die auch dort nutzbar gemacht werden können, die Folge. Hierauf kann nicht stark genug hingewiesen werden. Bezeichnend ist, daß in letzter Zeit gerade die deutsche Landwirtschaft auf ihrer 60. Hauptversammlung eine Entschließung gefaßt hat, die ihre warnende Stimme gegen eine Abkehr von dem bisher verfolgten Tarifsystem erhebt.

Wie betätigt sich demgegenüber der *Privatkraftwagen*? Er sucht nur jene Transporte, die Gewinn verheißen, fährt nur in die Gegenden, die ausreichende Transporte sicher in Aussicht stellen, gibt eine Strecke sofort auf, sobald er nicht mehr auf seine Kosten kommt und verwertet seine Gewinne zu seinem eigenen Nutzen. Es wird immer behauptet, der Lastkraftwagen betriebe keinen nennenswerten *Parallelverkehr* zur Eisenbahn, sondern erschließe hauptsächlich die von der Eisenbahn bisher nicht bedienten Gebiete. Leider ist dem nicht so, die Wirklichkeit sieht wesentlich anders aus. Wenn die Angaben der Reichsbahn, die schon immer hierauf hinwies, bezweifelt wurden, so liegt nunmehr das von

den Provinzen für 1928/29 gesammelte Material über die Entwicklung des Verkehrs auf den Landstraßen vor. Dies bestätigt vollauf, daß die Hauptmasse der vom Kraftwagen beförderten Güter *parallel* zur Eisenbahn befördert wird, und daß die Gebiete abseits der Bahn nur sehr wenig aufgesucht werden.

Und hiermit komme ich zu dem vierten Teil der Ausführungen von Dr. Utermann, seinen *Forderungen für die künftige Verkehrspolitik*. Er bezeichnet das gegenwärtige Tarifsysteem als schädlich und sagt, allein der Wagenraumtarif sei geeignet, eine rationelle Verkehrswirtschaft zu verbürgen. Was bedeutet der „Wagenraumtarif“? Er bedeutet, daß alle Güter, ohne Rücksicht auf ihren inneren Wert oder auf sonstige Belange der Wirtschaft, zu denselben Sätzen gefahren werden sollen, so wie z. B. bei der Post die Pakete. Er bedeutet also die *Beseitigung der gesamten Gütereinteilung* und Einführung eines Einheitsfrachtsatzes. Ein solcher Einheitsfrachtsatz soll nach Dr. Utermann erst „wahrhaft ‚gemeinwirtschaftlich‘“ sein! Es soll also eine Ladung Zigaretten dieselbe Fracht zu bezahlen haben wie eine Ladung Kohlen, eine Ladung Leinwand dieselbe wie eine Ladung Steinschlag, und eine Ladung feinsten Nickelwaren dieselbe wie eine Ladung Düngemittel. Das soll ein „wahrhaft ‚gemeinwirtschaftlicher‘ Tarif“ sein!

Aber darüber hinaus bedeutet der Wagenraumtarif die *Abschaffung sämtlicher Ausnahmetarife*. Damit würden u. a. sämtliche Tarife aufgehoben werden müssen, welche die deutschen Seehäfen im Kampf gegen die ausländischen Seehäfen unterstützen und schützen, ferner alle Tarife, welche die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten begünstigen, und vor allem auch alle, die den Export der deutschen Fertigwarenindustrie fördern. Was das nicht zuletzt für die deutsche Maschinenindustrie bedeuten würde, dürfte nicht zweifelhaft sein: Eine Erhöhung der Frachten für die Massenbezüge an Kohle und Halbzeug und eine erhebliche Verteuerung der Fracht für die Ausfuhr sowohl über die nasse als auch über die trockene

Grenze. Ob z. B. die Maschinenindustrie eine solche Tarifpolitik als „allein“ rationell und „wahrhaft ‚gemeinwirtschaftlich‘“ bezeichnen sollte? Es dürfte zu bezweifeln sein; die Wirtschaft als Ganzes wird in ihr keine fördernde Tarifgestaltung erblicken.

Dennoch ist es wertvoll und durchaus zu begrüßen, daß einmal mit einer solchen Klarheit eine solche Forderung als Forderung ausdrücklich erhoben wird; denn wertvoller und besser als alle theoretischen Erörterungen sind die *praktischen Ziele*, die jemand erstrebt; sie geben letzten Endes allein den Ausschlag.

Und noch aus einem anderen Grunde ist eine solche klare Forderung zu begrüßen: Sie läßt etwas deutlicher erkennen, was nie genug betont werden kann, weil es immer noch andere Ansichten gibt: Bei dem ganzen Problem handelt es sich nicht um die Frage: „Eisenbahn und Kraftwagen“ oder „Eisenbahn oder Kraftwagen“; weder um die Eisenbahn noch um den Kraftwagen handelt es sich. Es handelt sich vielmehr um das *Grundsystem, nach dem der Güterverkehr in Deutschland bedient werden soll*.

Auf der einen Seite ein *Wagenraumsystem ohne Betriebspflicht*, ohne Beförderungszwang, allein aufgebaut auf den Selbstkosten des einzelnen Falles mit niedrigen Preisen für stark ausgenutzte Strecken und dicht besiedelte Gebiete und mit hohen Preisen für Strecken mit schwachem Verkehr und ungünstigen Geländebeziehungen sowie schwankenden Preisen bei schwankender Konjunktur. Auf der anderen Seite ein *gemeinwirtschaftliches Gütertarifsysteem mit Betriebspflicht*, mit Beförderungszwang, die Preise nicht aufgebaut auf den Selbstkosten des Einzelfalles, sondern abgestuft nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gutes, mit gleichhohen Preisen für alle Strecken, ob stark oder schwach ausgenutzt, für alle Gebiete, ob stark oder schwach besiedelt, ob günstig oder ungünstig gelegen, mit gleichbleibenden Preisen ohne Rücksicht auf Konjunktur oder Jahreszeit.

Das eine *und* das andere ist nicht möglich, nur das eine *oder* das andere!

Der „gemeinwirtschaftliche“ Werttarif

Von Dr. Wilhelm Utermann

Gegenüber den Darlegungen von Reichsbahnrat Dr. Schubert führt Dr. Utermann noch einmal aus, daß das gegenwärtige Tarifsysteem der Reichsbahn nicht an gemeinwirtschaftlichen Zielen orientiert sein kann. Gerade die Protokolle über die Verhandlungen in der „Ständigen Tarifkommission“ zeigen, daß die Tariffestsetzung größtenteils auf Grund von „Faustregeln“ erfolgt, die keinerlei gemeinwirtschaftlichen Sinn enthalten.

Soweit sich mein Aufsatz mit den Ausführungen von Reichsbahnrat Dr. Schubert in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ auseinandersetzte, sollte er in erster Linie der Gewohnheit entgegenstehen, daß die Reichsbahn für alle ihre Handlungen von vornherein das Prädikat „gemeinwirtschaftlich“ beansprucht.¹⁾

Es ist deshalb erfreulich, daß Dr. Schubert selbst zugeibt, das gegenwärtige Tarifsysteem stehe und falle mit der *Monopolstellung* der Reichsbahn. Er bestätigt damit meinen Nachweis, daß es sich bei diesem Tarif letzten Endes um ein monopolistisches Preissysteem handelt. Inzwischen hat auch der Direktor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Staatssekretär a. D. *Johannes Vogt*, mit Bezug auf meinen Aufsatz zugegeben, die Wertstaffelung im gegenwärtigen Reichsbahntarifsysteem sei „auch privatwirtschaft-

¹⁾ Die Einwände, die Dr. Friedhelm Böhm unter dem Titel „Volkswirtschaftliches oder interessenwirtschaftliches Tarifverfahren der Reichsbahn“ im Heft 13 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ gegen meine Ausführungen geltend macht, betreffen teilweise andere Punkte als die von Reichsbahnrat Dr. Schubert vorgebrachten. Ich behalte mir vor, auf den Aufsatz von Dr. Böhm noch an anderer Stelle einzugehen.

lich“²⁾. Wenn also dieses System, obwohl es in seinem Kern privatwirtschaftlich ist, dennoch gemeinwirtschaftliche oder gar — in Anlehnung an die von Dr. Schubert zum Vergleich beigebrachten Beispiele (Armenunterstützung, Krankenanstalten usw.) — mildtätige Züge aufweisen sollte, so kann es sich dabei nur um eine für die Reichsbahn recht profitable Gemeinnützigkeit handeln. Die Kosten hierfür trägt sie nicht selbst, sondern jener beschränkte Kreis von Versendern, der das Opfer des „gemeinwirtschaftlichen“ Tarifsystems ist, während es seine mildtätige Seite offenbar anderen Verfrachtergruppen zuwendet.

Die finanzielle Belastung der Allgemeinheit zugunsten bedürftiger Wirtschaftszweige und Landesteile ist sonst ausschließlich Sache der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik — und zwar durchaus mit Recht; denn nur dadurch, daß die Entscheidung durch die verfassungsmäßigen Organe der staatlichen Willensbildung erfolgt, und daß die breite Öffentlichkeit auf die Mittelbeschaffung Einfluß gewinnen kann, ist eine zweckentsprechende Aufbringung und Verteilung der erforderlichen Mittel gewährleistet. Das beweisen gerade die Ausführungen von Dr. Schubert zu der Frage der „Mittelbeschaffung“, die im krassen Gegensatz zu den obersten Grundsätzen jeder verantwortungsbewußten Finanzpolitik stehen. Träfe es zu, daß „die Geldbeitreibung als solche völlig farblos ist, solange man nicht weiß, was mit dem Gelde geschieht“, so wären allerdings der öffentlichen Wohltätigkeit keinerlei Schranken gesetzt. Daß dies aber durchaus der Fall ist, zeigt unsere gegenwärtige Finanzlage doch wohl eindringlich genug. Dem sozialen Nutzen, den öffentliche Ausgaben stiften, steht immer eine Nutzenentziehung bei jenen privaten Wirtschaften gegenüber, die dafür entsprechend stärker besteuert oder in anderer Weise belastet werden müssen. Jede Finanzpolitik hat deshalb beide Seiten gegeneinander abzuwägen, bevor sie sich zu irgendwelchen Ausgaben entschließt. Wollte man jedoch den Anschauungen von Dr. Schubert folgen, so würde jeder Maßstab dafür fehlen, inwieweit eine gemeinnützige Tätigkeit auch gesamtwirtschaftlich von Vorteil ist. Am zweckmäßigsten wäre es deshalb wohl — zumal die Verbindung zwischen Regierung und Reichsbahn viel lockerer ist als vor dem Kriege — wenn man die Fürsorge für notleidende Wirtschaftszweige und Landesteile dem Staat überließe, zumal die Frage der finanziellen Unterstützung bestimmter Wirtschaftszweige und Landesteile auf Kosten anderer äußerst heikel ist. Es kann deshalb nicht erwünscht sein, wenn neben der Regierung auch andere öffentliche Stellen unabhängig von ihr auf diesem Gebiete tätig sind, es sei denn, daß dies — wie beispielsweise im Falle Ostpreußen — auf Grund eines ausdrücklichen Auftrags geschieht. Wenn man aber schon den öffentlichen Monopolunternehmen die Möglichkeit gibt, Wirtschaftspolitik auf eigene Faust zu

treiben, so sollten sie sich zumindest bei der Aufbringung der hierfür erforderlichen Mittel an jenen fundamentalen Besteuerungsgrundsatz halten, der in jahrhundertelanger staatlicher Finanzpraxis entwickelt worden ist, an das Prinzip der Leistungsfähigkeit. Daß dies tatsächlich nicht geschieht, hat Dr. August Bieling überzeugend nachgewiesen³⁾. Nach ihm bedeutet es reine Willkür anzunehmen, der Versender hochwertiger Güter sei frachtmäßig leistungsfähiger als der Versender von Massengütern. Die dem gegenwärtigen Tarifsystem zugrundeliegende Differenzierung hat deshalb den Charakter einer Sonderbelastung, die dem Grundsatz der Steuergerechtigkeit nicht entspricht.

Deshalb ist es auch ungerechtfertigt, wenn Dr. Schubert von dieser Sonderbelastung die Erfüllung jener Verpflichtungen abhängig machen will, die — wie die Betriebspflicht gegenüber jedermann und zu jeder Zeit, die Veröffentlichung der Tarife, das Befahren unrentabler Strecken — der Reichsbahn als einem öffentlichen Monopolunternehmen auferlegt sind. Mit den zur Wahrnehmung dieser allgemeinen Interessen erforderlichen Kosten kann die Bahn unter Umständen ihre allgemeine Tarifhöhe oder ihre Ertraglosigkeit, keinesfalls aber die Preisdifferenzierung der Versendergruppen begründen. Wie sie auch immer ihr Tarifsystem gestalten mag, jene gemeinnützigen Ziele, wie Betriebspflicht u. dgl., die der Gesamtheit der Verfrachter zugute kommen, hat sie als öffentliches Monopolunternehmen in jedem Fall zu erfüllen.

Über die Wirkungen der Preisdifferenzierung auf den Güterverkehr besteht zwischen Dr. Schubert und mir insoweit Übereinstimmung, als wir sie in einer Stimulierung der Massengütertransporte erblicken. Wenn aber Dr. Schubert diese künstliche Steigerung der Absatzfähigkeit von Schwergütern für volkswirtschaftlich so nützlich hält, daß allein sie schon die dafür erforderliche Sonderbelastung der übrigen Güter rechtfertigt, so hätte es wohl nahegelegen, das allgemeinwirtschaftliche Ziel, das ihm dabei vor-schwebt, wenigstens in den Hauptzügen exakt darzustellen. Er beschränkt sich jedoch darauf zu versichern, den Gütern werde eine nach ihrem inneren Wert, ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung oder ihrer Leistungsfähigkeit angemessene Fracht auferlegt, damit u. a. auch die minderwertigeren Güter in dem notwendigen Umfang transportfähig würden. Hiermit wiederholt er lediglich die üblichen Argumente, die — gerade weil sie nicht stichhaltig sind — von mir kritisiert wurden. Ich halte daher an meinem Standpunkt fest, daß Güter, die bei ihrer Verarbeitung erheblich an Gewicht verlieren, im Rohzustand aber wegen ihrer spezifischen Schwere, Sperrigkeit oder aus sonstigen Gründen ihrer natürlichen Beschaffenheit einer Ortsveränderung ungewöhnlichen Widerstand entgegensetzen, wirtschaftlich rationell erst auf einer höheren transportableren Verarbeitungstufe zum Versand kommen sollten.

²⁾ Sitzung des Verkehrsausschusses des Reichverbandes der Deutschen Industrie vom 18. Februar 1931.

³⁾ Dr. August Bieling: „Der unbegründete Werttarif“. Magazin der Wirtschaft, Jahrg. 1930, Nr. 30, S. 2289.

Keinesfalls sollte man ihre Beförderung, solange sie noch einen unverhältnismäßig hohen Aufwand erfordert, künstlich anregen.

Daß von seiten der Reichsbahn gerade diese, für eine volkswirtschaftlich sinnvolle Tarifpolitik entscheidenden Beziehungen zwischen Verkehr und Produktionsstandorten vernachlässigt werden, ist um so erstaunlicher, als in der Vergangenheit gerade das aufstrebende Eisenbahnwesen die Triebkraft für die großen standortmäßigen Umwälzungen gewesen ist, die sich in der volks- und weltwirtschaftlichen Güterproduktion während der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vollzogen haben. Die Tatsache, daß die segensreichen Wirkungen des Verkehrs in der Zeit seines Aufstiegs gerade darin lagen, die entscheidenden Impulse zu gesteigerter Arbeitsteilung zu geben, und daß das Verkehrswesen seinerzeit daraus auch selbst den größten Nutzen gezogen hat, ist leider immer mehr in Vergessenheit geraten.

Bei einer Betrachtung der Tarifpolitik der neueren Zeit kann man sich sogar oft nicht des Eindrucks erwehren, als tendiere sie zum erheblichen Teil dahin, Verschiebungen, die sich in der Richtung einer rationelleren Gestaltung der Produktionsprozesse anbahnen, zu durchkreuzen. Wenn schon der Grundaufbau unseres Tarifsystems allgemein in diesem Sinne wirkt, so kommt das bei den *tarifpolitischen Einzelmaßnahmen*, denen Dr. Schubert so große Bedeutung beilegt, noch viel deutlicher zum Ausdruck. Häufig handelt es sich bei diesen Maßnahmen darum, *Gewerbezweigen*, deren Absatz aus irgendwelchen Gründen bedroht ist, *die frühere Wettbewerbsfähigkeit durch Tarifiermäßigungen künstlich niederherzustellen*. Gerade die Arbeiten der Ständigen Tarifikommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen liefern hierfür zahlreiche Belege. Ein materiell zwar nicht sehr bedeutungsvolles, aber methodisch desto charakteristischeres Beispiel aus dem letzten Jahr soll dies erläutern. Die Hersteller kohlenstoffarmer Schmelztiegel (für die Edelstahlproduktion) hatten einen Detarifierungsantrag gestellt, den die Ständige Tarifikommission mit Rücksicht auf folgenden Tatbestand gut geheißsen hat:

Die Herstellung von Edelstahl im Tiegelofenbetrieb ist neuerdings dadurch in Frage gestellt, daß jetzt auch kleine Elektroöfen benutzt werden, in denen Stähle erzeugt werden können, die dieselben Eigenschaften wie Tiegelstähle aufweisen. *Da der Tiegelofenbetrieb teurer arbeitet als der Elektroofenbetrieb*, ist zu befürchten, daß die Tiegelöfen immer mehr verdrängt werden. Manche Stahlwerke stellen überdies zur Ersparnis der Frachtkosten die von ihnen benötigten Schmelztiegel bereits selbst her. Den Schmelztiegelfabriken droht also von zwei Seiten ein Rückgang des Absatzes. Die Eisenbahnvertreter in der Ständigen Tarifikommission befürworteten den Detarifierungsantrag für dieses Erzeugnis und machten von ihrem Standpunkt aus noch geltend, im Falle der Umstellung der Edelstahlindustrie vom Tiegelofenbetrieb auf Elektroofenbetrieb würden der Reichsbahn nicht nur die Schmelztiegeltransporte — derartige Tiegel werden nach zwei bis drei Schmelzprozessen unbrauchbar — sondern außerdem die beim Schmelzofenprozeß aufkommenden Kohlentransporte verloren gehen.⁴⁾

Es dürfte schwer fallen, in dieser Entscheidung etwas anderes zu sehen als einen *volkswirtschaftlich durchaus unerwünschten* „Interessenausgleich zwischen Eisenbahn und Versendern“ (wie ich es formuliert hatte) auf Kosten eines fortschrittlichen Produktionsverfahrens. Leider liegt es in der Natur der Sache, daß die Wirtschaftspolitik kein Mittel kennt, der Gesamtheit den vollen Gewinn aus dem Übergang zu einer rationelleren Produktionstechnik zu sichern, gleichzeitig aber auch alle privatwirtschaftlichen Schäden, die diese Umstellung gegebenenfalls nach sich zieht, zu verhindern. Wenn daher die Tarifpolitik sich vorzugsweise von volkswirtschaftlichen Erwägungen im Sinne zunehmender Wohlstandssteigerung leiten lassen will, so gibt es für sie im Zweifelsfall gar keine andere Wahl, als dem wirtschaftlichen Fortschritt den Vorrang gegenüber allen sonstigen Rücksichten zu geben.

Besonderen Widerspruch erhebt Dr. Schubert dagegen, daß ich „*gewissen Faustregeln*“ und „*historischen Gegebenheiten*“ einen außerordentlichen Einfluß auf die Tarifpolitik zuschrieb. Auch für diese Auffassung bieten jedoch die Sitzungsberichte der Ständigen Tarifikommission zahlreiche Anhaltspunkte. So bestätigen sie z. B. die praktische Bedeutung jener bisher in ihrer Richtigkeit unbewiesenen Regel, Erzeugnisse in verschiedenen Stadien der Verarbeitung dürften nicht in dieselbe Tarifklasse aufgenommen werden, der Rohstoff sei vielmehr grundsätzlich niedriger als das verarbeitete Produkt und das verarbeitete Produkt wiederum je nach dem Grade seiner Verarbeitung einzutarifieren. Gelegentliche Abweichungen von diesem Prinzip (wie z. B. bei Getreide und Mehl, Raffinade und Zucker, Rohkalk und gebranntem Kalk) sind stets als ungesund und unerwünscht bezeichnet worden, allerdings ausgenommen bei Rohstoffen und daraus verarbeiteten Gütern der Ladungsklasse A, bei denen dieser Grundsatz seltsamerweise keine Rolle spielt. Aber gerade die Beratung jener Fälle, in denen Rohstoff und verarbeitetes Erzeugnis ausnahmsweise derselben Tarifklasse angehören, hätte die Reichsbahn an der objektiven Gültigkeit ihrer Faustregel irre machen müssen. Denn es hat sich regelmäßig herausgestellt, daß Detarifierungsmaßnahmen für das Rohprodukt auf heftigen Widerstand gerade jener Kreise stießen, deren Zustimmung man in erster Linie hätte erwarten sollen. So haben sich z. B. die Kalkwerke energisch gegen die Detarifierung von Kalksteinen für Eisenhüttenzwecke gewandt, weil sie befürchteten, der Brennprozeß von Kalk werde infolge dieser Tarifänderung vom Ort der Kalkgewinnung an den Ort der Verwendung abwandern.⁵⁾ Derartige Fälle, in denen eine rationell vorgenommene Standortwahl durch die Macht eines tarifpolitischen Vorurteils zunichte gemacht werden soll, sind leider nicht vereinzelt gewesen.

Eine andere Faustregel betrifft den *Frachtanteil am Wert des Erzeugnisses*. Die bloße Tatsache, daß die Fracht den Wert des Gutes am Erzeugungsort in

⁴⁾ Vgl. die 159. Sitzung der Ständigen Tarifikommission, Juni 1930.

⁵⁾ Vgl. die 146. und 153. Sitzung der Ständigen Tarifikommission; außerdem die Sitzung des Unterausschusses zur Überprüfung der Frachtberechnung für Rohkalkstein und Rohdolomit vom 8. Januar 1929.

manchen Fällen um 100 oder mehr Prozent übersteigt, fällt bei der Beratung von Detarifierungsanträgen mitunter schwer ins Gewicht. Wie problematisch dieser Frachtanteil in Wirklichkeit aber ist, beweist schlagend ein Fall, der dem eigenen Material der Ständigen Tariffkommission entnommen ist. Es handelt sich um einen Detarifierungsantrag für gesiebten Kies und Sand. Die Frachtbelastung wird als zu hoch angesehen. Im Durchschnitt soll sie 200 % betragen. Es heißt nun wörtlich:

„Dabei ist zu beachten, daß jene wenigen Gruben, die ihr Erzeugnis teurer verkaufen können und damit den Durchschnittspreis in die Höhe treiben, meist verhältnismäßig nahe an den Verbrauchsgebieten liegen und *anscheinend hauptsächlich aus diesem Grunde* in der Lage sind, höhere Preise zu berechnen, während die übrigen Gruben wegen der langen Transportstrecken weit billiger verkaufen müssen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und infolgedessen wesentlich höher belastet sind. So ergibt sich beispielsweise für eine bestimmte Grube der ersteren Art, die auf durchschnittlich nur 46 km verfrachtet und 1,16 RM für je 100 kg ihres Erzeugnisses erzielt, *eine Frachtbelastung von nur 26 %*, für eine andere hingegen, die auf durchschnittlich 395 km versendet und nur 0,30 RM für je 100 kg berechnen kann, *eine Frachtbelastung von 507 %*.“⁹⁾

Hier liegt jener seit Thünen bekannte Fall vor, daß der zunehmende Bedarf nach einem Gute seinen Preis am Absatzort so hoch steigen läßt, daß man auf immer entferntere Bezugsgebiete zurückgreifen kann. Gleichzeitig erhalten die näher am Verbrauchsort liegenden Erzeugungsstätten eine mit der Entfernung gestaffelte *Lage-Rente*, während der jeweilige Grenzproduzent nach Abzug der Transportkosten nur seine Erzeugungskosten zurückerstattet bekommt. Setzen wir den Fall, eine weitere Bedarfssteigerung erhöhe den Preis am Verbrauchsort noch über seinen gegenwärtigen Stand, so müßten noch entferntere Gegenden zur Bedarfsdeckung herangezogen werden; in den bisherigen Bezugsgebieten würden dann noch höhere Lage-Renten entstehen, und gleichzeitig würde auch die theoretisch errechnete „durchschnittliche Frachtbelastung“ zunehmen. Diese Steigerung besagt aber keineswegs, daß die Frachtbelastung für irgendeine Erzeugungsstätte fühlbarer geworden wäre als vorher; im Gegenteil, sie ist ein Ausdruck dafür, daß sich die wirtschaftliche Lage aller bisherigen Erzeugungsstätten durch das Steigen der Lage-Rente verbessert hat. Derartige Berechnungen der Frachtbelastung sagen also nicht das mindeste über die „Transportfähigkeit“ aus. Es wäre abwegig, in dem vorliegenden Fall etwa behaupten zu wollen, eine Belastung von 200 % übersteige die Transportfähigkeit von Sand und Kies, wenn gleichzeitig festgestellt wird, daß selbst eine Belastung von 507 % ihren Versand nicht hindert.

Aus diesen Beispielen, die mit Leichtigkeit um weitere vermehrt werden könnten — so insbesondere in bezug auf die Rolle der „historischen Gegebenheiten“ bei tarifpolitischen Beratungen —, geht deutlich hervor, daß man der Ansicht Dr. Schuberts nur schwer beipflichten kann, die Arbeiten der Ständigen Tariffkommission und des Verkehrsausschusses seien volkswirtschaftlich hieb- und stichfest. Hierin soll durchaus kein Vorwurf liegen, sondern es soll damit nur gezeigt werden, daß der Urteilsbildung auch dieses Gremiums Grenzen gezogen sind, die in seiner interessenmäßig außerordentlich verschiedenartigen Zusammensetzung ihre natürliche Erklärung finden.

Wie nahe die Reichsbahn selbst der volkswirtschaftlich einzig richtigen Grundeinstellung zu tarifpolitischen Fragen gelegentlich kommt, das zeigt ein Vortrag, den Reichsbahndirektor Dr. Spiess vor knapp zwei Jahren in Wien über die tarifpolitischen Möglichkeiten der Reichsbahn gehalten hat.⁷⁾ Dr. Spiess stellte dort fest, daß in einer Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Notlage, in der wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln besonders haushalten müssen, „jede Verschiebung von Verkehrsmöglichkeiten wirklich nur Verschiebung“ bedeute, und daß stets „der Wohltat an einem Punkte eine ebenso starke Plage am anderen Punkte“ gegenüberstehen muß.

Eine derartige Skepsis gegenüber den wohltätigen Wirkungen künstlicher Verkehrsverbilligungen muß notwendigerweise dahin führen, bei der Festsetzung der Beförderungspreise dem *Kostenstandpunkt* wieder mehr Rechnung zu tragen als das heute der Fall ist. Wie ein an den Kosten orientierter Tarif im einzelnen aussehen würde, darüber habe ich mich nicht geäußert. Keineswegs aber teile ich die Ansicht Dr. Schuberts, ein solcher Tarif werde überhaupt keine horizontale Staffelung aufweisen. Sowet die Beförderung verschiedener Güterarten verschiedene Kosten verursacht, ist vielmehr eine entsprechende Frachstaffelung vollkommen gerechtfertigt. Trotzdem würde selbstverständlich ein derartiger Wechsel im Tarifsysteem von sehr weittragenden wirtschaftlichen Wirkungen sein; er würde sich — wie jede Rationalisierungsmaßnahme großen Stils — nach mancher Seite hin schädlich, nach anderer Seite aber dafür desto vorteilhafter auswirken. Im Gesamtergebnis würde er jedenfalls bisher nicht ausgenutzte Erzeugervorteile freimachen. Selbstredend kann ein derartiger Systemwechsel, von dem letzten Endes auch die Reichsbahn profitieren müßte, nicht von heute auf morgen, sondern nur ganz allmählich vollzogen werden.

⁹⁾ Vgl. die 156. Sitzung der Ständigen Tariffkommission, Oktober 1930.

⁷⁾ „Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen“ vom 6. Juni 1929, S. 601.

Glossen

Reichsdefizit 1930: rund 600 Millionen

Nachdem der Ausweis über die Entwicklung der Reichsfinanzen im Februar 1931 vorliegt, läßt sich ein annähernd abschließendes Urteil über die voraussichtliche Entwicklung der Reichsfinanzen im Rechnungsjahr 1930 gewinnen (vgl. den Ausweis auf Seite 700). Die Einnahmen werden insgesamt um rund 700 Mill. RM hinter dem Voranschlag zurückbleiben, die Ausgaben für Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge werden um rund 350 Mill. RM über den Voranschlag hinausgehen. Dem Fehlbetrag von 1050 Mill., der sich daraus errechnet, steht unter den Ausgaben der in Wirklichkeit nur fiktive Posten für Schuldentilgung in Höhe von 465 Mill. RM gegenüber, so daß im Saldo der *ordentliche Haushalt 1930 ein neues Defizit von rund 600 Mill. RM bringen wird*. Dieses Defizit spiegelt sich bereits in der Entwicklung der schwebenden Schuld des Reichs. Obwohl es gelungen ist, zugunsten des außerordentlichen Haushalts aus Anleiheoperationen und Verkäufen von Reichsbahnvorzugsaktien über 700 Mill. RM netto zu vereinnahmen und den ungedeckten Fehlbetrag des Extraordinariums auf rund 200 Mill. RM herabzumindern, zeigt der Status der schwebenden Schuld keine Entspannung gegenüber dem Vorjahr. Zwar liegt formell der Betrag der schwebenden Schuld Ende Februar mit rund 1580 Mill. RM um rund 150 Mill. unter dem entsprechenden Vorjahrsstand. Im Februar 1930 waren aber in der schwebenden Schuld kurzfristige Darlehen des Reparationsagenten — gegen Schatzanweisungen — enthalten, die mit dem rückwirkenden Inkrafttreten des Young-Plans entfielen und nur rechnerische Bedeutung hatten. Die starke Beanspruchung der in- und ausländischen Kreditmärkte durch das Reich war also von einer Steigerung der schwebenden Schuld begleitet. Da in den letzten Wochen die Pflege der Kassenliquidität wieder in den Hintergrund getreten zu sein scheint und vor allem die Ausgabe von neuen Reichsschatzanweisungen nur zögernd erfolgt, mehrten sich neuerdings die Befürchtungen, daß der Mai- und der Juni-Ultimo dem Reich Schwierigkeiten bereiten könnten. Bereits der März-Ultimo konnte nur durch Diskontierung der erst im Etatsjahr 1931 fälligen Dividende für die Reichsbahnvorzugsaktien finanziert werden.

Arbeitsmarktpolitische Vorschläge der Gutachter-Kommission

Wir haben, als im Januar eine Gutachterkommission zur Untersuchung der Arbeitslosenfrage eingesetzt wurde, nur in einer kurzen Notiz den Tatbestand festgehalten, denn große Bedeutung vermochten wir dieser neuen Institution nicht beizumessen. Vielleicht versprach sich die Regierung eine beruhigende Wirkung auf die Massen, aber der psychologische Einfluß war nicht zu verspüren. Im Volk herrscht, soweit es das Ereignis überhaupt zur Kenntnis nahm, gegen Kommissionen dieser Art berechtigtes Mißtrauen, insbesondere wenn sie mit so überaus schwierigen Aufgaben betraut werden. Das Gutachter-Gremium legt nun einen Teilbericht vor, in dem es zunächst einmal zu den leichtesten Problemen

Stellung nimmt. Wenn man diesen Bericht gelesen hat, fragt man sich, ob nicht nach der gründlichen Diskussion, die in der Öffentlichkeit stattgefunden hat, die zuständigen Ministerien in kürzerer Zeit ähnliche Entwürfe hätten liefern können, zumal die sachlichen Vorarbeiten allem Anschein nach vom Reichsarbeitsministerium geleistet wurden und die Ausgestaltung der Vorschläge im einzelnen wiederum diesem Ministerium überlassen wird. Die Kommission hat ihre Aufgabe in zwei Teile zerlegt; sie will einmal die arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten des Kampfes gegen die Beschäftigungslosigkeit untersuchen, sodann die Frage, wie die Wirkungen der Erwerbslosigkeit zu mildern seien, d. h. im wesentlichen die Probleme der Unterstützung in ihren verschiedenen Formen. Aus dem ersten Teilgebiet hat sie zunächst die Fragen der *Arbeitszeitverkürzung* und der *Doppelverdiener* herausgegriffen, d. h. Fragen nicht der Arbeitsbeschaffung, sondern der Arbeitsverteilung. An rein *administrativen* Maßnahmen schlägt sie vor, in allen öffentlichen Betrieben und Behörden lange Arbeitszeiten und Überarbeit soweit wie möglich zu beseitigen, bei der Erteilung von Aufträgen durch die öffentliche Hand die Lieferfristen so zu bemessen, daß die Lieferanten nicht genötigt sind, Überstunden einzulegen (darüber wurde lange Zeit Klage geführt, die in den letzten Monaten allerdings bereits verstummt ist), und die Schlichtungsbehörden zu veranlassen, auf eine Verkürzung der tarifvertraglich festgelegten Arbeitszeit hinzuwirken (dieser Vorschlag zeigt deutlich, daß, wie Professor Hoeniger hier wiederholt ausführte, das Schlichtungswesen im Dienst der Wirtschaftspolitik der Regierung steht; vgl. Nr. 8, S. 375). Wichtiger als diese Anregungen für die Verwaltung sind die Empfehlungen an den *Gesetzgeber*. Die Reichsregierung soll ermächtigt werden, mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebranchen oder Berufe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf vierzig Stunden in der Woche herabzusetzen. Dabei muß geprüft werden, ob die Herabsetzung technisch und wirtschaftlich möglich und nach der Zahl der auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeiter durchführbar ist. Auf Betriebe, die in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigen, soll sich die Regierungsermächtigung nicht erstrecken. Wohl gemerkt soll mit diesen Maßnahmen nicht ein Zwang zur Einstellung neuer Arbeitnehmer verbunden sein; die Anpassung des Betriebs an die kürzere Arbeitszeit soll vielmehr dem Unternehmer überlassen bleiben. Über die Schwierigkeiten, die der Arbeitsstreckung entgegenstehen (vgl. MdW, Jahrg. 1930, Nr. 44 u. 46), ist sich die Kommission, wie der Bericht sagt, völlig im klaren (auch die Wirkung auf den Arbeitsmarkt hält sie unter diesen Umständen nicht für durchgreifend); sie lehnt deshalb eine *generelle* Anordnung der Arbeitszeitverkürzung auf dem Gesetzeswege ab. Allerdings ist mit ihrem Vorschlag das Problem noch nicht gelöst, denn jetzt beginnt erst die mühevolle Durchführung im konkreten Fall. Die Durchführung wird um so schwieriger sein, als nicht nur technische Widerstände zu be-

wältigen sind, sondern auch die Frage des *Lohnausgleichs* auftaucht. Mit Recht lehnt die Kommission Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zugunsten der die Arbeitszeit verkürzenden Betriebe ab. Aber mit der Bemerkung, daß in der gegenwärtigen Krise ein Lohnausgleich, der zu einer Erhöhung der Gestehungskosten führen würde, nicht tragbar sei und daß eventuell von Fall zu Fall ein gerechter Ausgleich angestrebt werden müsse, ist das Problem nicht gelöst, sondern erst gestellt. Von den weiteren Vorschlägen der Gutachter nennen wir die Bestimmung, für Überstunden Zuschläge in Höhe von mindestens einem Viertel des Grundlohns zu erheben, die nicht dem Arbeitnehmer, sondern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zugeführt werden sollen. Damit soll sowohl dem Unternehmer wie dem Arbeitnehmer die Lust an der Mehrarbeit genommen werden. In einer größeren Untersuchung beschäftigt sich das Gutachter-Gremium mit der Frage der sogenannten *Doppelverdiener*, ohne dabei zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen. Zunächst regt es an, Beamten und Dauerangestellten, deren Einkommen aus öffentlichen Mitteln fließen, entgeltliche Nebeneinnahmen zu untersagen. In der Frage, ob Empfängern von Arbeitseinkommen etwaige Pensionen zu kürzen seien (eine Frage, der nur geringe arbeitspolitische Bedeutung zukommt), sieht es von einer Empfehlung überhaupt ab. Uneinigkeit herrscht in der Frage, ob verheiratete Beamtinnen zu entlassen seien. Die Mehrheit regte an, durch Bereitstellung von Abfindungssummen einen Anreiz zu freiwilligem Ausscheiden zu geben. Der Minderheitsbeschluß lautete auf Kündigung, eine u. E. im höchsten Grade ungerechte und angesichts der geringen Auswirkung auf den Beschäftigungsgrad auch überflüssige Entscheidung. Schließlich soll künftig darauf hingewirkt werden, daß die Arbeitgeber bei Entlassungen und Einstellungen die sozialen Verhältnisse der Arbeitnehmer berücksichtigen, was wohl im Rahmen des dem Betrieb Zumutbaren in der Praxis im allgemeinen bereits geschieht.

Belegung auf dem Rentenmarkt	Die Tatsache, daß sich die Deutsche Centralboden-credit AG nach mehr als halbjähriger Pause zur
Auflegung einer neuen großen Serie von Kommunalobligationen entschlossen hat, ist symptomatisch für die Veränderung der Lage auf dem Rentenmarkt. Es handelt sich zunächst um 40 Mill. RM 7 %ige Kommunalobligationen, die zum Kurs von 95 % aufgelegt werden sollen. Die letzte Serie, die Mitte vorigen Jahres aufgelegt worden war, wurde erst vor nicht langer Zeit voll untergebracht. Die neue Emission ist insofern ein Experiment, als sie zum Kurs von 94—95 % in einem Zeitpunkt aufgelegt werden soll, in dem ältere 7 %ige Serien kaum mehr als 90 % und sogar auch 8 %ige erst 96 % notieren. Man hofft mit dieser Kursbemessung offenbar den ganzen — seit einiger Zeit schon sichtlich befestigten — Markt noch weiter umzustimmen. Anscheinend bestehen auch gewisse Abreden mit der neuen Internationalen Bodenkreditbank in Basel über die Placierung eines namhaften Teils der neuen Obligationen. Die ostentative Kursheraufsetzung soll wohl demonstrieren, daß nach den Fortschritten der Umschuldungsaktion durch die öffentlichen Banken eine neue Phase in der Ein-	

schätzung des *Kommunalkredits* angebrochen sei, und daß demgemäß die starke Differenz zwischen den Kursen der Pfandbriefe und Kommunalobligationen als nicht mehr berechtigt angesehen wird. Der Erlös aus den neuen Obligationen soll in erster Linie zur *Abdeckung kommunaler Verpflichtungen* dienen, und zwar scheint beabsichtigt zu sein, den Erlös, der nach Abzug von 1½—2 % Bonifikation für die Kommunen nicht viel über 90 % betragen wird, vorzugsweise jenen Gemeinden zuzuführen, die daraus Kredite bei den besonders um den Vertrieb dieser Obligationen bemühten Banken zurückzahlen wollen. Die *Emissionssperre*, die eine Zeitlang über den Markt verhängt war, ist damit durchbrochen. Die *Rendite* ist auf dem Rentenmarkt in den Monaten Februar und März um durchschnittlich ½ auf 7,8 % gefallen. Sie liegt damit jetzt wieder etwas über der Rendite der deutschen Anleihen im Ausland, die nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ im ersten Quartal 1931 von 9,7 auf 7,5 % gesunken ist.

Zuckerkontingentierung auf Kosten der Bauern

Die Zuckerkontingentierung, über die hier zuletzt in Nr. 3, S. 166, berichtet worden war, ist in einer recht unzumutbaren Form durchgeführt worden. Das Reichsernährungsministerium hat das Grundkontingent der Zuckererzeugung in Höhe von rund 41 Millionen Zentner Rohzuckerwert auf neun Wirtschaftsgebiete verteilt, und zwar in der Weise, daß die Durchschnittsproduktion der Jahre 1924 bis 1929 zum Maßstab gemacht wurde. Indem das Jahr 1930 überhaupt nicht Berücksichtigung fand und eine Durchschnittsberechnung für sechs Jahre gewählt wurde, wird die Anbauverschiebung aus den traditionellen Gebieten des Rübenbaus nach West- und Süddeutschland weitgehend rückgängig gemacht. Die folgende Tabelle läßt dies deutlich erkennen; es beläuft sich in 1000 Zentner Rohzuckerwert (abgerundet)

in	I das Grund- kontingent	II die Erzeugung 1930 (Januarumfrage)	I in % von II
Ostpreußen	602	653	92,2
Norddeutschland	6 021	7 057	85,3
Schlesien	8 456	10 224	82,7
Mitteldeutschland	13 593	16 228	83,8
Nordwestdeutschland	6 394	7 845	81,5
Rheinland	2 150	3 085	69,7
Süddeutschland	3 210	4 598	70,0

Die Tendenz der Kontingentierung geht also offensichtlich dahin, die bäuerliche Zuckererzeugung zugunsten der großbetrieblichen zu hemmen. Da in den nächsten Jahren kaum mit einer Erzeugung in voller Höhe des Grundkontingents gerechnet werden kann, wird die Kontingentierung für das Rheinland und Süddeutschland einer fast 50 %igen Produktionseinschränkung gleichkommen. So wird die deutsche Zuckererzeugung am unwirtschaftlichen Standort festgehalten und die deutsche Bauernwirtschaft um die Möglichkeiten gebracht, ihren Ertrag durch Ausdehnung des Rübenbaus zu heben.

Ölverträge Preußag- Wintershall-Reichspost

Schon vor drei Jahren hat die Reichspostverwaltung gelegentlich erwogen, ihre Stellung als Benzinverbraucher für die Förderung der deutschen Benzinherstellung einzusetzen; sie zog vorübergehend eine Beteiligung an den Benzingewinnungsanlagen eines

Braunkohlenunternehmens in Betracht, das niemals genannt worden ist. Inzwischen hat sich die Lage auf dem deutschen Benzinmarkt grundlegend geändert. Sieht man von der Gewinnung des Leuna-Benzins der I. G. Farbenindustrie AG ab, so sind die Aussichten für die Gewinnung synthetischen Benzins aus Kohle gering geworden. Charakteristisch für den aussichtslosen Stand der Braunkohlenverschmelzung ist die soeben erfolgte Stilllegung der Verschmelzungsanlagen der — im vorigen Jahr in den Besitz der Preag übergegangenen — Hefrag. Maßgebend war für diese Entwicklung der Rückgang der Benzinpreise, der wohl in erster Linie als Folge des russischen Angebots anzusehen ist — die russische Erdöl- und Benzinproduktion hat schon in diesem Jahre das Ziel des Fünfjahresplans erreicht — und in zweiter Linie auf den technischen Fortschritt in der Verarbeitung von Rohöl zu Benzin zurückgeführt wird. Gleichzeitig hat die deutsche Erdölproduktion einen beachtlichen Aufschwung erfahren. Neben amerikanischen Gruppen sind die deutschen Kalikonzerne auf diesem Gebiet außerordentlich rührig geworden. Während im thüringischen Kali- und Erdölgebiet der Wintershall- und der Burbach-Konzern in heftigstem Wettbewerb liegen, haben sich jetzt die Preußag und der Wintershall-Konzern zusammengefunden, um das Interesse der Post an der Förderung der deutschen Benzinerzeugung gemeinsam auszunutzen. Schon als die Preußag von der Raky AG ausgedehnte Ölgerechtsame erwarb (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 46, S. 2118), tauchte der Gedanke einer Kooperation mit den benzinverbrauchenden Reichsbehörden auf. Jetzt wird ein zehnjähriger Benzinlieferungsvertrag, den die Reichspost mit der dem Wintershall-Konzern nahestehenden Gewerkschaft Elwerath abgeschlossen hat, zur Grundlage eines gemeinsamen Raffineriebaus durch die Preußag-Gewerkschaft Florentine und die Gewerkschaft Elwerath gemacht. Ob gleichzeitig verbreitete Nachrichten über die Beteiligung eines zweiten großen Interessenten an der Gewerkschaft Elwerath — neben Wintershall — auf die Preußag Bezug haben, ist noch ungeklärt. Jedenfalls ist zwischen der Preußag und Wintershall auf dem Erdölgebiet eine enge Zusammenarbeit erreicht. Der Bau der neuen Anlage soll in günstiger Lage zum Mittel-landkanal (bei Misburg) und zunächst für eine Verarbeitungskapazität von 70—100 000 t Rohöl erfolgen. Da sich die — infolge des Fehlens einer Verarbeitungsmöglichkeit gedrosselte — Erzeugung von Elwerath und Florentine bereits zur Zeit auf jährlich rund 90 000 t Rohöl beläuft (davon 60 % Elwerath, 40 % Florentine), dürfte man bald an eine Erweiterung der Anlage herangehen, deren Bau noch in diesem Monat in Angriff genommen und im Herbst beendet sein soll. In der Verwaltung des Unternehmens wird außer den beteiligten Unternehmen auch die Reichspost vertreten sein. Bis die neue Raffinerie-Gewerkschaft lieferfähig wird, soll die an der deutschen Erdölherzeugung stark interessierte Sinclair-Gruppe den mit Elwerath abgeschlossenen Liefervertrag erfüllen. Für den Fall, daß die neue Raffinerie den Anforderungen der Reichspost, deren jährlicher Benzinbedarf auf fast 40 000 t geschätzt wird, nicht voll entsprechen sollte, dürfte diesem Konzern wohl auch die Lieferung etwaigen Ergänzungsbedarf übertragen werden. Die Kosten für die neue Anlage werden auf etwa 8 Mill. RM

geschätzt, stellen also für die beiden beteiligten Konzerne keinen sehr hohen Betrag dar. Für die Preußag, die von vornherein den Bau einer Raffinerie geplant hatte, dürfte in der durch die Kooperation mit Winterhall-Elwerath ermöglichten Anlagegröße eine namhafte Ersparnis liegen.

Expansion der Berliner Hausbesitzerbank

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG gehört zu jenen Unter-

nehmungen, die sich nach dem Kriege — gestützt auf die Macht einer ständischen Organisation — außerordentlich rasch entwickeln konnten. Hier war es in erster Linie der organisierte mittelständische Hausbesitz, der die Grundlage für die Tätigkeit des Instituts abgab. Von Ende 1924 bis Ende 1930 stiegen die Einlagen von 3,8 Mill. auf 87 Mill. RM. Wenn auch zwischen diesen beiden Terminen bei allen Banken ein erhebliches Anwachsen der Kreditoren festzustellen ist, so geht die Vermehrung bei der Hausbesitzerbank doch über das normale Maß hinaus. Eine ähnliche, wenn auch nicht so stürmische Entwicklung haben manche andere Mittelstands- oder Hausbesitzerbanken im Reich zu verzeichnen. Dem organisatorischen Zusammenschluß in Reichsverbänden entspricht die Zusammenarbeit der Bankinstitute im Deutschen Verband für Hausbesitzer-Genossenschaften (Revisionsverband) und in der Deutschen Hausbesitzerbank eGmbH (Verbandskasse). Beide Institutionen stehen in Personalunion mit der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, wie überhaupt der Vermengung der Verbands- und Bankarbeit für diesen Komplex typisch ist. Der rasche Aufschwung nach der Stabilisierung verstärkte den Expansionsdrang; in gleicher Richtung wirkte vielleicht auch die Konkurrenz mit einer ähnlichen, an die Organisationen des Hausbesitzes angelehnten Bankengruppe, die unter Führung der Deutschen Hauptbank für Hypothekenschutz AG, München, steht. Man nahm an der Hovad-Versicherungsgruppe Interesse und verband — in recht bedenklicher Weise — das Darlehns- und das Versicherungsgeschäft, mit dem Ergebnis, das der Hovad-Konzern saniert werden mußte (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 36, S. 1690). Vor etwa einem Jahr erwarb ein Konsortium unter Führung der Berliner Hausbesitzerbank die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Bodenkredit-Anstalt, und jetzt sind weitere Expansionspläne der Berliner Instituts bekannt geworden. Die Bank für Handel und Grundbesitz hat zwei westdeutschen Provinzbanken, der Barmer Creditbank und der Gewerbebank AG Trier, ein Fusionsangebot gemacht, dessen Einzelheiten allerdings noch nicht bekannt sind. Die Barmer Creditbank, von deren Aktienkapital in Höhe von rund 2 Mill. der schon genannte Deutsche Verband für Hausbesitzer-Genossenschaften fast 55 % besitzt, weist keine glückliche Entwicklung auf. Seit 1928 mußte die Dividende ausfallen, die fremden Mittel standen nach dem letzten Monatsbilanz-Ausweis in auffallendem Mißverhältnis zum eigenen Vermögen (1,1 : 2,2). Die Gewerbebank Trier, die nur ein Aktienkapital von 600 000 RM hat, weist demgegenüber 4,21 Mill. RM Kreditoren auf und konnte im Jahre 1929 noch 10 % Dividende verteilen. In einem offiziellen Communiqué wird die beabsichtigte Fusion nur sehr allgemein begründet; man wolle „durch engsten Zusammenschluß alle Kräfte zusammen-

fassen, um besonders den fusionierenden Instituten die Möglichkeit zu geben, auch in der Zeit der wirtschaftlichen Depression ihrer Aufgabe als Stützpunkt des Mittelstandes und Hausbesitzes noch mehr als bisher gerecht zu werden“. Im Zusammenhang mit den Fusionen will die Berliner Hausbesitzerbank den bereits im Sommer 1930 gefaßten Beschluß, das Aktienkapital von 2 auf 4 Mill. RM zu erhöhen, durchführen. Eine Stärkung des Eigenkapitals ist bei diesem Institut freilich unbedingt geboten, wenn man die umfangreichen Beteiligungen und Interessen berücksichtigt. Die Bilanz für 1929 wies bei 2 Mill. Aktienkapital und 700 000 RM Reserven Effekten in Höhe von rund 21 Mill. RM auf. Davon muß auf dauernden Beteiligungsbesitz ein Betrag entfallen, der über das Eigenkapital weit hinausgeht. — Für das Jahr 1930 kündigt das Institut eine Dividendenreduktion von 12 auf 10 % an.

Der Kampf zwischen Eisenbahn und Kraftwagen in Österreich

Man schreibt uns aus Wien: „Der Wettbewerb zwischen dem Schienen- und dem Landstraßenverkehr hat sich — wie in den meisten europäischen Ländern — auch in Österreich während der letzten Jahre erheblich verschärft. Zur Bekämpfung des privaten und des öffentlichen (in der Hand der Postverwaltung befindlichen) Kraftwagenverkehrs haben die österreichischen Bundesbahnen zunächst ihre *Tariffpolitik* geändert: Die Nahtarife wurden immer mehr herabgesetzt, die Ferntarife und die Tarife der billigen Massengüter, die sich für den Lastkraftwagentransport nicht eignen, wurden immer stärker erhöht. Nachdem der Plan, den Wettkampf durch *obligatorische Verordnungen* zugunsten der Bahnen zu entscheiden, mißglückt ist, hofft man einen anderen Ausweg zu finden: Vom 1. Mai an wollen die Bundesbahnen für Wien einen Haus- zu Haustarif *versuchsweise* einführen. Dieser Plan hat eine gewisse äußere Ähnlichkeit mit dem Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Firma Schenker (vgl. Nr. 7, S. 350): in beiden Fällen will die Eisenbahn den Vorzug des Kraftwagens, einheitliche Tarife von Haus zu Haus in Rechnung zu stellen, auch ihren eigenen Kunden bieten. Es bestehen jedoch wichtige *Unterschiede*. Die Bundesbahnen haben nicht — wie in Deutschland — mit einer einzigen Speditionsfirma einen Vertrag abgeschlossen und es dieser überlassen, weitere Spediteure in Dienst zu stellen; sie lassen vielmehr *alle Spediteure* zu diesem Dienst zu. Daraus ergibt sich ein weiterer Unterschied: Während der deutsche Tarif wenigstens teilweise eine wesentliche Verbilligung gegenüber den Bahn- und Speditionstarifen bringen soll, also einen Kampftarif gegen den Kraftwagen darstellt, nimmt der österreichische die gegenwärtigen Bahn- und Speditionstarife zur Grundlage und bringt nur dort eine mäßige Verbilligung, wo der Wettbewerb mit den sich nicht anschließenden Transportunternehmen es verlangt; wo ein solcher Wettbewerb nicht vorhanden ist, tritt sogar eine Erhöhung der Sätze ein. Auch von der Seite des *Personenverkehrs* versuchen die österreichischen Bahnen den Wettbewerb mit dem Kraftwagen zu regeln. Es ist bereits gelungen, mit den privaten Autobusunternehmen, deren Linien den Wiener Nahverkehr der Eisenbahnen beeinträchtigen, einen *Kartellvertrag* abzuschließen.

Diese Linien, deren Zahl von Jahr zu Jahr wächst, zwingen die Bundesbahnen zu unlohnenden Fahrpreisen. Nach dem Vertrag, dessen Dauer auf drei Jahre befristet ist, werden die Bundesbahnen die Tarife der Autobuslinien kontrollieren. Die Kraftwagen- und Bahntarife werden für diese Strecke neu aufgestellt: beide Teile erhöhen die Preise. Grundsätzlich sollen in Zukunft die Autobusfahrpreise um 10—15 % über den Bahntarifen liegen. Die Einnahmen der Bahnen aus dem Nahverkehr und die Einnahmen der Autobuslinien werden zusammengeworfen und nach einem noch zu errechnenden Schlüssel aufgeteilt. Für die Autobuslinien bedeutet der Kartellvertrag kein schlechtes Geschäft. Ihre Einnahmen sind auf alle Fälle gesichert; sie dürfen ihren Verkehr weder ausdehnen noch einschränken. Gegen die Gefahr, daß diesem neuen Kartell *Außenseiter* entstehen, scheinen sich die Bundesbahnen gesichert zu haben: Die Errichtung von Autobuslinien ist von einer behördlichen Bewilligung abhängig, und daß diese Bewilligungen in Zukunft nicht mehr leicht erteilt werden, dafür scheinen die Bundesbahnen bereits gesorgt zu haben. Diesen Versuch, die Entwicklung des Kraftwagenverkehrs durch behördlichen Eingriff und Errichtung eines Monopols zu drosseln, wird man schwerlich begrüßen können.“

Die Snia Viscosa nach der Sanierung

Die hier vor drei Monaten mitgeteilten Pläne für eine Sanierung der Snia Viscosa sind inzwischen durchgeführt worden, freilich in schärferer Form, als man damals annahm (vgl. Nr. 3, S. 124). Zum drittenmal ist der Wert der Snia-Aktie herabgesetzt worden, diesmal auf nur noch 40 Lire nominal, nachdem man in den beiden früheren Fällen von ursprünglich 200 zunächst auf 150 und dann auf 120 Lire heruntergegangen war. Eine Kapitalerhöhung findet nicht statt, im Gegenteil, es erfolgt noch eine weitere Verminderung des Kapitals, da bei der Fusion mit einer Tochtergesellschaft, der Seta Artificiale Varedo, das Kapital nicht im vollen entsprechenden Umfang erhöht, sondern gegenseitiger Aktienbesitz eingezogen wird. So kommt das vergrößerte Unternehmen auf insgesamt 350 Mill. Lire Kapital bei einer Kapazität von mindestens 15 Mill. kg Viscoseseide und bei einer Produktion von zuletzt wohl etwa 12 Mill. kg. Das bedeutet bei einem Durchschnittspreis von ungefähr 25 Lire je Kilogramm einen Jahresumsatz von 300 Mill. Lire oder sechs Siebentel des neuen Kapitals. Obwohl somit auch jetzt das Kapital nur langsam umgeschlagen wird, könnte es im Verhältnis zu anderen Kunstseiden-Unternehmungen als mäßig gelten. Vor allem aber ist zu berücksichtigen, daß ein erheblicher Teil des Kapitals praktisch gar nicht in der Kunstseidenherstellung arbeitet. Nach der Sanierung wird die Bilanzsumme rund 577 Mill. betragen, wovon auf der Passivseite nur 138 Mill. auf fremde, in der Hauptsache langfristige Gelder entfallen. Unter den Aktiven sind aber nicht weniger als 225 Mill. Bankguthaben, während die gesamten Anlagekonten nur noch 220 Mill. ausmachen. Auch wenn man annimmt, daß ein Teil der Bankguthaben für den laufenden Betrieb notwendig sei, kommt man also für das in der Kunstseidenproduktion arbeitende Kapital auf ein recht günstiges Verhältnis zum gegenwärtigen Umsatz. Eine andere Frage ist es freilich, was ver-

dient wird. Für das abgelaufene Jahr reichte der Überschuß nicht einmal ganz aus, um die als notwendig bezeichneten Abschreibungen zu decken, die allerdings vom neuen Buchwert der Anlagen fast 15 % ausmachten, also in Zukunft wohl ermäßigt werden können. Man wird annehmen dürfen, daß auf der Basis der gegenwärtigen Gesteungskosten — unter Berechnung der Abschreibungen auf Grund der neuen Buchwerte — und der gegenwärtigen Preise ohne Verlust, aber auch ohne erheblichen Gewinn gearbeitet wird. Eine Erhöhung der Preise oder eine bessere Ausnutzung der Anlagen würde sich also in der Ermöglichung von Gewinnen auswirken, aber ohne eine solche Verbesserung der Arbeitsbedingungen kann die Snia auch jetzt noch nicht an eine Dividendenverteilung denken. Die Verwaltung hat sich in der *Generalversammlung* ernst, aber doch zusehends geäußert. Sie hat erklärt, daß man mit der Senkung der Gesteungskosten noch nicht ganz am Ende sei; allein im Jahre 1930 seien sie um 30 % vermindert worden, während der durchschnittlich erzielte Preis nur um 25 % gesunken sei. Außerdem habe man bei der Verlegung des Sitzes von Turin nach Mailand die Verwaltung reorganisiert und an ihren Kosten 30 % erspart. Schließlich habe man die Außenorganisation von überflüssigem Ballast entlastet und die Läger vermindert. Den Export habe man um 25 % vergrößern können (während die italienische Gesamtausfuhr nicht gestiegen ist), und für ein Absatzprogramm auf dieser Basis habe man die Zustimmung der ausländischen großen Erzeugergruppen gefunden, d. h. also wohl in der Hauptsache die Zustimmung von AKU und Courtaulds, die als Großaktionäre der Snia diese im Kampf gegen die Chatillon und das Comptoir ins Feld schicken. Die Snia ist nach der Sanierung in diesem Kampf widerstandsfähiger als zuvor. Aber für den Weg zur Rentabilität bleibt sie doch angewiesen auf die Erholung der ganzen Branche, auf die Überwindung der Weltwirtschaftskrise.

Ende der amerikanischen Weizenstützung

Man schreibt uns: „Der Zusammenbruch des großen Stützungsversuchs für Weizen in den Vereinigten

Staaten ist den vielen anderen Experimenten dieser Art rascher gefolgt, als man noch bis vor kurzem anzunehmen geneigt war. Nach den Pressemeldungen hat auch hier die Politik in stärkstem Maße mitgespielt, in noch viel stärkerem als bei der Schaffung des amerikanischen Farmamts. Ehe Präsident Hoover der Einstellung der weiteren Käufe und der entscheidenden Veröffentlichung zustimmte, hatte er eine eingehende Besprechung mit Senator Borah, einem der wichtigsten republikanischen Führer im Senat. Er hat sich also der Unterstützung seiner Partei versichert, weil ihm die Unpopularität der Maßnahme klar war. Die Ankündigung selbst ist bezeichnenderweise sehr lang, enthält sachlich aber kaum mehr als die übliche Klage darüber, daß die Bestrebungen, die Landwirte zu einer Einschränkung ihrer Anbaufläche zu veranlassen, ohne Erfolg geblieben seien, und daß es für den Augenblick noch zu früh sei, sich eingehend über die Politik im neuen Erntejahr zu äußern. Die organisierten Landwirte, deren Vertreter kurz vorher ins Farmamt eingetreten ist, geben sich mit dieser Einstellung der Staatshilfe natürlich nicht

zufrieden. Ob sie die ersehnte Sondersession erzwingen werden, ist fraglich, sicher werden sie aber im Winter ihre alten Lieblingspläne von der Ausgleichsabgabe und der Ausfuhrprämie wieder vor den Kongreß bringen. Für die Art solcher Organisationen, den Markt zu behandeln, ist die Verkaufsankündigung des Farmamts bezeichnend. Das Amt erklärt, vom 1. April an Weizen (Hard Winter II) mit 82½ Cents loco Chicago abgeben zu wollen. Bis zum 30. Juni steige der Preis alle zehn Tage um je ½ Cent (was etwa den Lagerkosten usw. entspricht, die dem Farmamt tatsächlich erwachsen). Es wäre von Wert, zu erfahren, wieviel Weizen das Farmamt auf dieser Grundlage verkaufen kann. Seine bisherigen Ausfuhrverkäufe gibt es selbst jetzt mit „einigen Millionen Bushels (zu 27 000 t) ... zufriedenstellend nach Menge und Preis“ an, während europäische Beobachter sie auf nicht mehr geschätzt haben, als auf wenige hundert bis etwa 1000 oder 2000 Tonnen. — Selbstverständlich mußte diese Einstellung der Stützung für das neue Erntejahr als „Fortsetzung der bisherigen Politik“ dargestellt werden, aber der Vorsitzende des Senatsausschusses für Ackerbau ist immerhin ehrlich genug, zuzugeben, daß es sich um eine Folge der Unmöglichkeit handle, den Überschuß der Ernte von 1930 auswärts unterzubringen, ferner um Mangel an Geld. Die bisher bewilligten 400 Mill. \$ (die letzten hundert werden erst am 1. Juli verfügbar) sind bis auf 50 Mill., die etwas leichter greifbar sind, völlig festgelegt, so daß (wie der erwähnte Politiker sagt) das Farmamt lediglich die Mittel hat, den bisher aufgekauften Weizen auf mehrere Jahre (er spricht von drei) festzuhalten. Der Weizen soll nicht später unter einem Preis von 1,25 \$ abgegeben werden. Wie eine so lange Lagerung auf die Beschaffenheit des Weizens wirken würde, darüber ist man bei Fachleuten nur einer Meinung, wie denn auch die wiederholten Versicherungen des Farmamts angezweifelt werden, daß sich seine Bestände in bester Beschaffenheit befänden. Diese werden am Schluß des Erntejahres mindestens 250—275 Mill. Bushels, also weit über 7 Mill. Tonnen, betragen, und die Hoffnungen auf „systematische Anbaueinschränkung“ hat man, wie auch Senator Borah offen zugibt, begraben müssen. In manchen amerikanischen Staaten wird mit dünnen Worten erklärt, man denke nicht daran, den Landwirten zu einer Einschränkung ihrer Anbaufläche zu raten; die Ansichten darüber, ob die gegenwärtigen Weltmarktpreise eine solche Einschränkung außerhalb der Union in großem Ausmaß erzwingen werden, gehen mehr und mehr auseinander. So ist nach dem kanadischen Pool (dessen Schulden bei den Banken übrigens im Höchststande 68 Mill. \$ betragen haben, nicht 22 Mill., wie vor einigen Monaten behauptet wurde) auch die amerikanische Weizenstabilisierung an der Unlösbarkeit ihrer Aufgabe gescheitert.“

Amerikanische Betriebe im Ausland

Man schreibt uns: „Die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten hat zur Errichtung amerikanischer Betriebsstätten im Ausland geführt. Dagegen sind Proteste nicht nur der betreffenden Staaten wegen angeblicher Überfremdung, sondern ebenso aus dem Mutterland wegen Verletzung nationaler Interessen erhoben worden, die

das amerikanische Wirtschaftsministerium genötigt haben, den Umfang der industriellen Betätigung im Ausland festzustellen. Nach dieser auf einer Enquête beruhenden Statistik beträgt der Wert der industriellen Anlagen Amerikas im Ausland in der Form eigener Fabriken, kontrollierter Gesellschaften und Montagewerkstätten nach dem Stand von 1929 im ganzen 1,5 Milliarden \$, d. h. etwa 10 % der gesamten amerikanischen Auslandsanlagen zu jener Zeit. Hierbei handelt es sich nur um die „verarbeitende“ Industrie, nicht um Bergwerke oder sonstige Rohstoffbetriebe einschließlich der Papier- und Zellstoff-Fabriken in Kanada, die fast ausschließlich zur Versorgung des amerikanischen Inlandmarktes dienen. Jene Werke beliefern, wenn das Kapital zweimal im Jahr umgeschlagen wird, die fremden Märkte mit jährlich etwa 3 Milliarden \$, während der direkte Export an Fertigwaren nur 2,7 Milliarden \$ betrug.

	Zahl der Unternehmungen	Investierte Werte in \$
Europa	453	628 895
Kanada ¹⁾	524	540 593
Lateinamerika	153	230 959
Afrika und Asien	64	84 088
Australien und Neuseeland ..	42	49 816
Zusammen	1236	1 534 351

¹⁾ ohne Papier- und Zellstoff-Fabriken.

In Großbritannien allein befinden sich Werte in Höhe von 268 Millionen, in Deutschland von 139 Millionen, in Frankreich von 91 Millionen und im übrigen Europa von 130 Millionen \$, davon in Österreich nur von 2,6 Millionen \$. Bei den Anlagen in

Europa handelt es sich um Zweigbetriebe großer amerikanischer Konzerne, im ganzen um verhältnismäßig wenige Firmen, in Kanada um zahlreiche Nachbarschaftsbetriebe oft ganz kleinen Umfangs und in Lateinamerika sogar vielfach nur um Betriebe amerikanischer Auswanderer, die ihre Staatsangehörigkeit beibehalten haben. Die amerikanischen Zweigbetriebe in Europa konzentrieren sich auf einige wenige Branchen, und zwar in erster Linie auf die elektrotechnische und Automobilindustrie und die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, auf die mehr als die Hälfte der gesamten Anlagen entfällt, in Kanada zwar auch auf die Herstellung von Automobilen und landwirtschaftlichen Maschinen und deren Zubehör, aber auch auf eine große Reihe anderer Gruppen, in Lateinamerika zum überwiegenden Teil auf die Nahrungsmittelindustrien. Die Enquête hat auch Perioden der Filialgründung im Ausland festgestellt. Es ergibt sich erstens, daß die Bewegung ausschließlich in das laufende Jahrhundert fällt, zweitens, daß sie seit Beginn dieses Jahrhunderts, soweit Kanada in Frage kommt, verhältnismäßig gleichmäßig verläuft, während sich bei der Begründung von Anlagen im übrigen Ausland einige Perioden deutlich voneinander abheben. Es handelt sich um die Perioden von 1899 bis 1902 und von 1908 bis 1915, die beide noch eine verhältnismäßig geringe Expansion aufweisen, die schon sehr expansive Periode von 1919 bis 1924 und dann — sich mächtig entfaltend und alle bisherigen weit hinter sich zurücklassend — die Periode von 1925 bis 1929.“

Günstige Lage der Angestelltenversicherung

Die günstige Entwicklung der Angestelltenversicherung (vgl. MdW 1930, Nr. 12, S. 565), hat sich im Jahre 1930 trotz der Wirtschaftskrise ohne wesentliche Änderung fortgesetzt. Während sich die Ausgaben um rund 58 Mill. RM erhöhten, stiegen die Einnahmen um rund 52 Mill. RM, so daß der Rücklage mit rund 323 Mill. RM über 13 Mill. RM mehr als im Vorjahr zugeführt werden konnten. Gleichzeitig erhöhte sich die Rücklage für die Anwartschaften nach vollständiger Deckung der laufenden Rentenverpflichtungen auf etwa 307 gegen 233,8 Mill. RM im Jahre 1929. Die Anlage der für die Reserve erübrigten Beträge erfolgte mit mehr als der Hälfte (rund 184 Mill. RM) in Darlehen für den Wohnungsbau. Für den Erwerb von Reichsbahnvorzugsaktien aus Reichsbesitz wurden — abzüglich einer unter den Verbindlichkeiten ausgewiesenen Lombardschuld — rund 60 Mill. RM aufgewandt. Über 90 Mill. RM wurden neu in Darlehen an öffentliche Körperschaften investiert. Die Beitragseinnahmen sind trotz der Krise gegenüber 1929 gestiegen, da sich die Zahl der beitragspflichtigen Angestellten offenbar weiter erhöht hat. Dem idealen Ziel einer weitgehenden Deckung von Rentenleistungen und Einnahmen aus Zinsen der Rücklage und Erstattungen dritter Stellen ist die Angestelltenversicherung 1930 recht nahe gekommen: Die Zinsen und Erstattungen beliefen sich auf über 90 % der Rentenleistungen. Auch für den Zuwachs an Rentenleistungen, der wahrscheinlich im Jahre 1931 eintreten wird, ist infolge der Steigerung der Rücklage ein ähnliches Deckungsverhältnis zu erwarten. Durch die starke Rücklagenbildung verwandelt sich die Angestelltenversicherung in zunehmendem Umfang aus einer Versicherung nach dem Umlageverfahren in eine Versicherung mit ausreichender Kapitaldeckung; im Interesse der finanziellen Solidität kann diese Entwicklung nur begrüßt werden.

Konkurs der Hausleben-Versicherung

Nachdem die Versuche, den Versicherungsbestand der *Hausleben Versicherungs-AG in Berlin* auf die Providentia (Gruppe Phönix-Wien) überzuleiten, ohne Erfolg geblieben sind, hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung Konkursantrag für die Gesellschaft gestellt (vgl. Nr. 1, S. 46; Nr. 8, S. 391). Damit schließt die Entwicklung einer Gesellschaft ab, deren Geschäftsführung nicht nur unter einem unerprobten Wirtschaftsprogramm, sondern auch unter einer ungenügenden Leitung schwer gelitten hat. So wird die Erhöhung des Kapitals von 900 000 auf 3 Mill. RM (Oktober 1927) angefochten und besonders die damals vorgenommene *Grundstückstransaktion* bemängelt: Das betreffende Objekt wurde für 450 000 RM erworben und kurz danach buchmäßig mit 1,1 Mill. RM bewertet. Auch auf die finanziellen Transaktionen bei der Gründung erstrecken sich heute die Zweifel, ebenso wie die riesigen *Verwaltungsspesen* beanstandet werden. Gerade der letztgenannte Punkt wird bei einem Manko von 1,2 Mill. RM in den technischen Reserven als schwer belastend angesehen, zumal für die Versicherungsgläubiger, die nunmehr vor den übrigen Gläubigern bevorzugt sind, lediglich 300 000 Reichsmark vorhanden sind. Die Gesellschaft ließ in großem Umfang Prämien als Darlehen auf die Policen bei den Versicherten stehen (Ende 1929 über 6 Mill. RM). Verluste erwuchsen auch aus der Konzernbildung. Es ist zu bedauern, daß nicht bereits weit früher das Reichsaufsichtsamt die hier anscheinend bestehenden Mißstände aufgedeckt hat. Die Versicherungsnehmer werden wenigstens teilweise mit Verlusten zu rechnen haben. Die Verwaltung, die den größten Teil der Aktien in Händen oder in der letzten Zeit an sich gezogen hatte, setzte zwar kürzlich in einer Generalversammlung die Ablehnung eines Antrags auf Einsetzung einer Revisionskommission und auf Regreßnahme der Aktionäre durch; indessen haben zum mindesten die *Gläubiger* einen von der Generalversammlung

unabhängigen Regreßanspruch, der zweifellos mit Aussicht auf materiellen Erfolg gegenüber einem Teil des Aufsichtsrats geltend gemacht werden kann.

Eine bedeutsame aktienrechtliche Entscheidung

Der Prozeß der *Industrie- und Privatbank AG* (Michael-Konzern) gegen die *Victoria zu Berlin Allgemeine Versicherungs-AG* ist durch eine Entscheidung des II. Zivilsenats des Reichsgerichts beendet worden, die mit Recht große Beachtung gefunden hat. Bei dem Streit handelt es sich um den Kapitalerhöhungsbeschluß der *Victoria* vom 12. Juni 1928, den der Michael-Konzern aus mehreren Gründen angefochten hatte. Die Verwaltung habe zu Unrecht einen Teil der Aktionäre nicht zur Abstimmung zugelassen, für etwa 700 Aktien, die vom Michael-Konzern an der Börse erworben wurden, sei die Umschreibung im Aktienbuch verweigert worden, und schließlich seien die Schutzaktien gesetz- und sittenwidrig, denn sie seien an eine mit der *Victoria* wirtschaftlich identische Konzerngesellschaft (die *Victoria Rückversicherungs AG*) begeben worden. Das Reichsgericht hat im Gegensatz zu der Entscheidung des Kammergerichts den Generalversammlungsbeschluß der *Victoria* für ungültig erklärt und von den Kosten des Rechtsstreits der Klägerin ein Siebentel, der Beklagten sechs Siebentel auferlegt. Die Begründung des Urteils ist erst in einigen Wochen zu erwarten, und erst dann wird sich sagen lassen, ob der Entscheidung grundsätzliche Bedeutung zukommt, namentlich im Hinblick auf die Schaffung neuer Schutzstammaktien, die hier vorlag. Weder aus dem Urteil noch aus dem Prozeßverlauf ist zu erkennen, ob die Entscheidung in dieser Hinsicht einen Wendepunkt in der Rechtsprechung des Reichsgerichts bedeutet — etwa mit Rücksicht auf den neuen Aktiengesetzentwurf — oder ob besondere Gründe vorlagen, in diesem Fall von der bekannten bisherigen Praxis abzuweichen.

Internationale Verwertung der Hydrierpatente

Durch den Jahresbericht der *Koninklijke Nederlandsche Petroleum Mij* war im Sommer des vorigen Jahres bekannt geworden, daß sich diese englisch-holländische Erdölgesellschaft der Kombination *I. G. Farbenindustrie—Standard Oil—Imperial Chemical Industries* zur Verwertung der Kohlehydrierpatente angeschlossen habe (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 24, S. 1136). Als gemeinsame Organisation dieser Gruppen ist nunmehr in Liechtenstein (Vaduz) als Gesellschaft englischen Rechts die „*International Hydrogenation Patents Co. Ltd.*“ gegründet worden, in der die Hydrierungspatente für alle Länder eingebracht werden; lediglich für die Vereinigten Staaten, innerhalb deren die Patente durch die *Standard-I. G. Co.* — eine Gemeinschaftsgesellschaft der *I. G. Farbenindustrie* und der *Standard Oil Co.* — verwertet werden, für Deutschland (*I. G. Farbenindustrie*) bleibt die bisherige Sonderregelung in Kraft. Wie aus der Vertretung der einzelnen Konzerne in der Verwaltung der

neuen Gesellschaft hervorgeht, sind die *Ölunternehmungen* (*Standard Oil* und *Koninklijke Shell*) in erster Linie an ihr interessiert (sie haben je vier Sitze), während die *Chemiekonzerne* (*I. G. Farbenindustrie* und *Imperial Chemical Industries*) nur je einen Sitz erhalten. Man darf wohl daraus schließen, daß die Patente auch in der näheren Zukunft hauptsächlich zur Aufbereitung von Rohöl, weniger aber zur echten Kohleverflüssigung verwendet werden können. Zum Zweck eines regeren Erfahrungsaustauschs und einer besseren Verbreitung der Verfahren soll außerdem bald eine weitere Gesellschaft im Haag, die „*International Hydrogenation Engineering & Chemical Co.*“ gegründet werden. Diese Firma wird vor allem *Anlagen* für die Lizenznehmer der Patente errichten.

Personalia

Zum Präsidenten des Reichswirtschaftsgerichts und damit zum Vorsitzenden des Kartellgerichts ist Ministerialrat *G. Bogatsch* vom Reichswirtschaftsministerium ernannt worden.

Professor *Ludwig Heyde*, bisher Generalsekretär der Gesellschaft für soziale Reform, hat sich wegen Überlastung mit akademischen Verpflichtungen genötigt gesehen, dieses Amt niederzulegen, das er seit 1919 als Nachfolger von Professor Zimmermann innegehabt hat.

Der Dezernent für Verkehr, Bahnen und Werke der Stadt Köln, Beigeordneter *Spennrath*, hat einen Ruf als Vorstandsmitglied der AEG angenommen. Er wird bei diesem Unternehmen die Bahnabteilung leiten.

Im Alter von 63 Jahren verstarb am 2. April Kommerzienrat *Georg Kossenhaschen*, Erfurt, einer der Führer des deutschen Hotelwesens.

Das Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten Dr. ing. e. h. *Henry Pels*, Generaldirektor der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik *Henry Pels & Co. AG*, ist am 1. April gestorben.

Bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG sind am 31. März aus Altersrücksichten Dr. ing. e. h. *Carl Knupe* und Bergassessor a. D. Dr. rer. pol. h. c. *Karl Müller-Klönne* aus dem Vorstand ausgeschieden.

Bei der Deutschen Lastautomobilfabrik AG in Ratingen wurde *Günther Kelm*, Düsseldorf, zum Vorstandsmitglied bestellt.

Das Arbeitslosenkomitee der Vereinigten Staaten, das Präsident Hoover im November vorigen Jahres ins Leben rief, hat Oberregierungsrat Dr. *Otto Nathan* vom Reichswirtschaftsministerium als Berater herangezogen. Dr. Nathan, der sich in den letzten Monaten auf Einladung amerikanischer Forschungsinstitute und Universitäten in Amerika aufhielt, hat sich bereits nach Europa zurückbegeben, um in Deutschland und anderen Staaten für seine Tätigkeit beim amerikanischen Arbeitslosenkomitee Material zu beschaffen.

Bilanzen

Hapag-Lloyd-Union

Der Erfolg der Union — 6 % Dividende aus den Freigabe-Erlösen

Fast genau ein Jahr nach Abschluß des fünfzigjährigen Poolvertrags zwischen der Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-AG und dem Norddeutschen Lloyd legen beide Gesellschaften von den Ergebnissen dieses ersten Vertragsjahres Rechnung ab. Während der kurzen Dauer ihres Bestehens war die Hapag-Lloyd-Union Belastungsproben ausgesetzt, wie sie in dieser Schwere nur selten auftreten. Es ist ein Zeichen für die Gesundheit des dem Vertrag zugrunde liegenden Gedankens, daß diese Probe glänzend bestanden wurde. Der Erfolg der Hapag-Lloyd-Union in dem ersten Vertragsjahr ist klar

zu sehen: Die beiden deutschen Großreedereien konnten zusammen einen wesentlichen Teil ihrer Abschreibungen verdienen. Das ist für ein Gewerbe, in dem sich die Weltwirtschaftskrise besonders scharf ausprägte, eine respektable Leistung; die anderen internationalen Schifffahrtsgesellschaften konnten im allgemeinen ähnliche Erfolge nicht erzielen. Wir erinnern nicht nur an die Schwierigkeiten des Royal-Mail-Konzerns, sondern auch an den Abschluß der Cunard-Line, deren Betriebsgewinn von 18 000 £ nicht im entferntesten zur Deckung der Abschreibungsbedürfnisse von 1 Mill. £ ausreichte.

Der Union-Vertrag ist insofern für den relativ günstigen Abschluß der beiden Großreedereien verantwortlich zu machen, als er den sonst unvermeidlichen verlustreichen Konkurrenzkampf beseitigt hat. Darüber hin-

aus hat der Vertrag effektive *Ersparnisse* gebracht; die einheitliche Verwendung des Flottenmaterials, das sich ausgezeichnet ergänzte, und die nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommene *Verkleinerung des Tonnageangebots* durch Außerdienststellen der überflüssigen Tonnage — bei der Hapag allein zeitweilig 12 % des Flottenparks — haben eine bei den schlechten Geschäftseinnahmen sehr wirksame Rationalisierung herbeigeführt. Auf diese Weise ist es gelungen, die Belastung durch die fixen Kosten zu mildern. Obwohl rund 114 000 Tö Schiffe neu in Fahrt gesetzt wurden, sind die Unkosten je BRT von 21,55 auf 19,95 RM zurückgegangen.

(RM)	Hapag		Lloyd		Union	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Betriebsgewinn je BRT	62,0	58,0 ¹⁾	61,6	43,4 ¹⁾	61,7	40,5 ¹⁾
Unkosten je BRT	26,7	19,2	16,4 ²⁾	20,7	21,6	19,9
Buchwert der Flotte je BRT	290 ³⁾	328	305	347	298 ³⁾	338
Abschreibungsquote je BRT (%)	6,1	6,4	7,0	7,1	6,85	6,75

¹⁾ Ohne Freigabegelder. — ²⁾ Ein Teil der sozialen Aufwendungen waren beim Lloyd in den Reserven verrechnet worden; 1930 wurden die Verbuchungen der von der Hapag geübten Praxis angeglichen. — ³⁾ Die Hapag berechnete den Wert ihrer Flotte einschließlich etwa 6½ Mill. RM Inventar, während der Lloyd diesen Posten unter „Vorräte“ verbuchte. Im Jahre 1930 glich die Hapag ihre Verbuchungspraxis derjenigen des Norddeutschen Lloyd an.

Die Tatsache, daß der *Gesamtumsatz* eines so schlechten Jahres, wie es die Berichtszeit war, hinter dem Gesamtumsatz von 1929 nicht wesentlich zurückblieb, kann jedoch nicht allein durch den Unions-Vertrag erklärt werden. Es müssen vielmehr auch *Sonderfaktoren* eine Rolle gespielt haben, zumal zu den sonstigen Einnahmeausfällen infolge des gedrückten Frachtraten-Niveaus Einbußen an Transporten in Auswirkung der Schlieschen Agrarpolitik im Gesamtumfang von etwa 20–25 Mill. RM eingetreten sind. Des Rätsels Lösung geben die Ergebnisse der *Riesendampfer des Norddeutschen Lloyd*. Sie haben einen so großen Zuspruch des Reisepublikums aufzuweisen, daß der Lloyd seinen Umsatz um 10 % erhöhen konnte. Damit war ein Teilausgleich für den Umsatzrückgang der Hamburg-Amerika Linie (20 %) geschaffen.

Dieses schlechte Ergebnis der Hapag, das sie zum Kostgänger des Lloyd machte, kommt nicht überraschend. Denn die Hapag ist — im Gegensatz zu ihrer Schwester in Bremen — vorwiegend Frachtreederei (sie entnimmt 70 % ihrer Gesamteinnahmen dem Frachtgeschäft), und auf diesem Geschäftsgebiet hat sich die Schiffsfahrtskrise unendlich viel schärfer ausgewirkt als in der Personenschifffahrt. Die Mindereinnahmen an Fracht bei der Hapag betragen nicht weniger als 40 Mill. RM. Der Nutznießer des Union-Vertrags scheint also die Hamburg-Amerika Linie zu sein. Der Lloyd muß nach dem Poolvertrag seine

Gewinn- und Verlustrechnung der Hapag

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,140	—	—	—	—
Gesamtertrag	32,295	49,462	59,697	59,588	³⁾ 55,148
Ausgaben					
Handlungskosten	9,270	13,862	8,693	9,699	11,513
Steuern	—	—	6,435	6,710	—
Soziale Lasten	—	—	7,037	8,471	8,160
Anleihezinsen	2,648	2,977	2,849	2,586	2,318
Betriebsertrag	20,517	32,643	34,683	32,123	33,557
Dividende in %	6 ¹⁾	8 ²⁾	7	7	6

¹⁾ Auf 54 Mill. RM; außerdem 3 % auf 21 Mill. RM. — ²⁾ Auf 150 Mill. RM; außerdem 4 % auf 30 Mill. RM. — ³⁾ Nach Vornahme des vertraglichen Ausgleichs mit dem Norddeutschen Lloyd, Bremen.

um 6–8 Mill. RM höheren Einnahmen der Hapag zur Verfügung stellen. Wäre er selbständig geblieben, so hätte er zwar auch aus eigener Kraft keine Dividende zahlen können; wohl aber hätte er seine Abschreibungen voll aus den laufenden Einnahmen bestreiten können.

Unter den geschilderten Verhältnissen ist es erklärlich, daß beide, Hapag und Lloyd, nicht nur zur Ausschüttung der Dividende von 6 %, sondern auch zur Deckung eines Teils der Abschreibungen auf die *Freigabe-Erlöse* zurück-

greifen müssen. Von den ausgewiesenen *Abschreibungen* im Gesamtbetrag von 47,2 Mill. RM sind im Geschäftsjahr 1930 nur etwa 30 Mill. RM eingefahren worden. Dennoch hat der Lloyd keinen Anlaß, wegen des Union-Vertrags unzufrieden zu sein. Ist er heute der Gebende und die Hapag die Nehmende, so kann darin sehr bald eine Änderung eintreten. Eine geringfügige Belebung des Frachtenmarktes würde sofort erheblich höhere Gewinne der Hamburg-Amerika Linie zur Folge haben, die im normalen Frachtgeschäft mit einem Umsatz von 220 Mill. RM rechnet. Beinahe bedeutungsvoller ist aber die Tatsache, daß die Zeiten des Großverdienens der beiden Lloyd-Riesendampfer bald der Vergangenheit angehören werden — sobald nämlich die durch die Lloydschiffe ausgelösten *Konkurrenzbauten* der Engländer und Amerikaner nach ihrer Fertigstellung einen Wettkampf auf dem

Gewinn- und Verlustrechnung des Lloyd

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,474	0,701	0,719	0,552	—
Gesamtertrag	30,836	39,443	45,842	51,840	¹⁾ 56,078
Ausgaben					
Allgemeine Verwaltungskosten und Steuern	8,792	11,092	12,632	12,840	10,487
Soziale Aufwendungen	—	—	—	—	7,108
Anleihe- und Bankzinsen	2,524	1,649	4,151	5,318	²⁾ 5,126
Abschreibungen	12,587	15,668	15,591	20,041	23,565
Überschuß	7,407	11,735	14,188	14,193	9,792
Dividende in %	6	8	8	8	6

¹⁾ Nach Vornahme des vertraglichen Ausgleichs mit der Hamburg-Amerika Linie, Hamburg. — ²⁾ Einschl. Dividende auf vollgezahlte Vorkursaktien.

Atlantik hervorrufen werden, von dessen Schärfe und finanziellen Belastungen sich wohl noch niemand eine rechte Vorstellung machen kann.

Die Durchleuchtung der Rechnungswerke beider Unionpartner stößt leider auf große Schwierigkeiten, die sich aus der Unklarheit der Bilanzen ergeben. Die interne Ertragsverrechnung wird leider nicht bekanntgegeben, sondern lediglich das Gesamtertragnis nach Vornahme des vertraglichen Ausgleichs veröffentlicht. Grundlage bei der Aufstellung der Ertragsrechnung bildete der § 4 des Union-Vertrags, der folgendermaßen lautet:

„Beide Gesellschaften machen ihre Bilanzen auf gleicher Grundlage auf. Sämtliche Nettoerlöse der Reisen, Einnahmen aus Dividenden anderer Gesellschaften und Beteiligungen, Zinseinnahmen, Buchgewinne irgendwelcher Art gelten als Betriebsüberschüsse, von denen die nach kaufmännischen Grundsätzen zur Ermittlung des Nettogewinnes abzuziehenden Ausgabenkosten, die Zinsbelastung, Handlungskosten, Steuern, Propagandalasten usw. abzusetzen sind. Die sich ergebenden Beträge werden so verteilt, daß beiden Gesellschaften der gleiche Betrag für Abschreibungen, Reservebildung und Dividende zur Verfügung steht.“

Aus diesem Paragraphen erklärt sich der etwas höhere Bruttogewinn des Norddeutschen Lloyd, da er höhere Zinsen infolge der größeren fundierten Schuld (5,13 gegen 2,32 Mill. RM bei der Hapag) aufbringen muß. Die gegenüber dem Vorjahr beim Lloyd im Gegensatz zur Hapag um etwa 5 Mill. RM höheren *Unkosten* ergeben sich aus der (von der Hapag übernommenen) Buchungstechnik, auch die auf den Schiffen entstandenen Sozialausgaben voll in der Gewinnrechnung auszuweisen. Will man ein wirkliches Bild über die Ertragsverhältnisse des vergangenen Jahres gewinnen, so tut man gut, die Gewinn- und Verlustrechnung von Hapag und Lloyd als eine Einheit zu betrachten. Man sieht dann, daß sich das ausgewiesene Gesamtertragnis gegenüber dem Vorjahr nur um 1 Mill. RM auf 111 Millionen vermindert hat. Freilich muß man dabei berücksichtigen, daß je 16,73 Mill. RM aus den Freigabebeträgen, die während des Jahres 1930 eingegangen sind, der Gewinnrechnung zugeführt wurden. Das wirkliche Ertragnis des laufenden Jahres beträgt also nur 77,7 Mill. RM und liegt damit um 33,5

Mill. RM unter den Zahlen des Vorjahres. Auf die Tonne der in Fahrt befindlichen Schiffe ergibt sich dann ein *Betriebsgewinn* der Union von 40,50 gegen 61,70 RM im Vorjahre. Die Einnahmen der Union sind also um etwa ein Drittel zurückgegangen!

Nach strengen kaufmännischen Grundsätzen hätte die Hapag-Lloyd-Union keine Dividende, sondern nur einen *Bonus* verteilen dürfen. Denn die Beträge, die zur Honorierung der Dividendenscheine mit 6 % verwertet werden, stammen voll aus den eingelaufenen Freigabebzahlungen. Man glaubt, dies damit rechtfertigen zu können, daß die Ausschüttung für beide Gesellschaften nicht über die Beträge hinausgeht, die in den bisher ausgezahlten Freigabegeldern anteilmäßig als Zinsentschädigung für rückliegende Jahre enthalten waren. Diese reichlich gekünstelte Konstruktion hat man wohl deswegen gewählt, weil man es im Hinblick auf künftige Emissionsbedürfnisse für richtiger hielt, eine möglichst *stabile Dividende* auszuweisen. Im übrigen können Hapag und Lloyd darauf hinweisen, daß die eigentlichen *Freigabegelder*, soweit sie nicht zu Abschreibungen verwandt wurden, bis auf einen kleinen Rest intakt bleiben. Beim Lloyd sind insgesamt 30,83, bei der Hapag 47,36 Mill. RM Freigabegelder eingegangen, von denen je 16,73 Mill. RM in die Gewinnrechnung eingestellt worden sind. Von dem Rest führt der Lloyd 10 Mill. RM seiner Versicherungsrücklage zu, die er außerdem durch Überweisung der Erneuerungsrücklage von 7,5 Mill. RM verstärkt, während die Hapag 25,25 Mill. RM einer Sonderrücklage zuschreibt. Beim Lloyd verbleibt also ein offener Rest von 4,09, bei der Hapag ein solcher von 5,38 Mill. RM. Dieser offenstehende Betrag von 9,47 Mill. RM ist teils zur Deckung der Kosten der Freigabeverfahren, teils zu Ausgleichszahlungen für Bewertungsunterschiede an andere am Freigabeverfahren beteiligte Reedereien verwandt worden.

Von einer „Vergoldung“ der Bilanzen beider Gesellschaften, wie man sie früher als Folge der Freigabebzahlungen in Aussicht stellte, ist vorläufig nichts zu merken. Nach wie vor ist der Status beider Gesellschaften außerordentlich *angespannt*. Das Verhältnis der flüssigen Mittel (zuzüglich der Außenstände) zu den nicht fundierten Verbindlichkeiten hat sich sogar bilanzmäßig bei der Union verschlechtert. Im Jahre 1929 standen den 125 Mill. RM liquiden Mitteln 220 Mill. RM schwebende Schulden gegenüber; 1930 haben sich zwar die schwebenden Schulden nicht verändert, die flüssigen Mittel sind jedoch auf

66 Mill. RM zusammengeschrunpft. Wenn diese Entwicklung auch auf verstärkte Investitions- und Expansions-tätigkeit zurückzuführen ist, so darf man ihr doch nicht eine allzu große Bedeutung beimessen; denn *Umbuchungen* haben das Bild entscheidend beeinflusst. Beim Lloyd sind in Angleichung an die Bilanzierungsmethoden der Hapag nur die Forderungen an fremde Firmen aufgeführt, während die Übergangsposten in einem Saldo in den „unabgerechneten Reisen und Konten“ verbucht wurden. Diese Angleichung wurde dadurch erleichtert, daß der Lloyd 25 Mill. RM eigene Aktien (z. T. im Austausch gegen Aktien ihm nahestehender Gesellschaften) verwerten konnte, die bei der Bremer Reederei-Vereinigung AG aus früheren Kapitalerhöhungen zu seiner Verfügung gehalten wurden und unter Debitoren verbucht waren.

Nach dem Gesagten wird es verständlich, daß die *Debitoren* beim Lloyd von 47,3 auf 8,2 Mill. RM gesunken, die *Wertpapiere und Beteiligungen* aber von 32,2 auf 56,9 Mill. RM heraufgeschwollen sind. Die Verringerung der kurzfristigen *Gläubiger* beim Lloyd von 74,9 auf 53,1 Mill. RM, unter gleichzeitiger Erhöhung der langfristigen Kredite von 16,4 auf 36,6 Mill. RM, darf nicht als eine Konsolidierung aufgefaßt werden; es dürften vielmehr in Anlehnung an die Hapagpraxis alle Kredite, die länger als ein Jahr laufen, von Kreditoren auf langfristige Verbindlichkeiten umgebucht worden sein. Für die Richtigkeit dieser These spricht die nahezu unveränderte Relation bei der Hapag zwischen Gläubigern und langfristigen Verbindlichkeiten.

Der Status der *Hapag* ist etwas angespannter als der des Lloyd; denn bei der Hamburger Reederei stehen den 115,5 Mill. RM langfristigen Verbindlichkeiten nur 21 Mill. RM Schulden gegenüber, während beim Lloyd 36,6 Mill. RM langfristige Kredite und 80 Mill. RM konsolidierte Verbindlichkeiten vorhanden sind. Die Hapagbilanz weist zwar eine aus der Freigabe resultierende *Sonderrücklage* von 25,25 Mill. RM aus; indessen ist dieser Betrag bereits belegt, da in dieser Höhe kurzfristige Verbindlichkeiten abgedeckt wurden. Freilich hat die Hapag aus der ersten Rate der Freigabe noch 38,4 Mill. RM zu erhalten, die wohl noch im Laufe dieses Jahres eingehen werden. Die Gesamtforderung der Hapag aus der Freigabe beläuft sich auf 122, beim Lloyd auf 79,6 Mill. RM. Wenn auch noch nicht feststeht, wann

Bilanz des Norddeutschen Lloyd

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Vorzugsaktien	1.172	1.172	0.820	0.820	0.820
Seedampfer, Seebäder- und Schleppdampfer, Leichterfahrzeuge usw.	130.235	158.609	167.728	241.777	293.888
Anzahlungen auf Neubauten u. Grundbesitz, Gebäude, Inventar und Anlagen	1.556	63.819	83.348	44.139	8.108
Kasse und Bankguthaben	5.961	6.695	6.519	7.910	8.037
Wertpapiere und Beteiligungen	68.448	55.213	40.940	39.503	37.145
Lagerbestände in Bremen und Bremerhaven	5.766	9.573	25.639	32.219	56.914
Schuldner	4.276	4.907	12.535	16.309	13.916
Sicherheitswechsel und Bürgschaften	38.354	46.327	48.939	47.272	8.147
	0.630	5.379	7.270	17.021	—
Passiva					
Stammaktien	125.000	125.000	160.000	160.000	160.000
Vorzugsaktien	3.906	3.906	5.000	5.000	5.000
Gesetzliche Rücklage	17.000	17.000	22.500	22.500	24.500
Erneuerungsrücklage	5.000	7.500	7.500	7.500	—
Versicherungsrücklage	10.000	10.000	10.000	10.000	27.500
Anleiheaufwertung	2.852	2.168	1.810	1.641	1.500
6 % amerikanische Geldanleihe von 1927	—	84.000	84.000	82.730	80.073
Langfristige Kredite u. Restraten auf gekaufte Schiffe	36.102	13.014	13.014	16.315	36.589
Gläubiger	11.362	27.116	31.273	74.873	53.058
Unabgerechnete Reisen und Konten	37.159	44.875	37.184	35.197	29.155
Dividende auf Stammaktien ..	—	—	—	—	9.600
Gewinn- und Verlustrechnung, Saldo	7.407	11.735	14.188	14.193	—
Sicherheitswechsel und Bürgschaften	0.630	5.379	7.270	17.021	—

1) Einschl. Übergangsposten und Forderungen an Gesellschaften, an denen der Norddeutsche Lloyd durch größeren Aktienbesitz bzw. Gesellschaftsanteile beteiligt ist. — 2) Einschl. Verpflichtungen gegenüber Gesellschaften, an denen der Norddeutsche Lloyd durch größeren Aktienbesitz bzw. Gesellschaftsanteile beteiligt ist.

Bilanz der Hapag

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Seeschiffe in Fahrt, Flußdampfer, Schlepper, Leichterfahrzeuge usw.	176.066	228.341	240.201	279.448	331.613
Anzahlungen auf Neubauten u. Umbauten	—	—	34.738	23.165	—
Grundbesitz, Gebäude und Anlagen	8.128	8.808	9.846	10.795	13.217
Kassenbestand u. Bankguthaben	23.349	29.594	19.084	22.845	11.734
Wechsel	0.147	0.130	0.407	0.243	—
Wertpapiere und Beteiligungen	20.219	24.413	25.997	24.986	25.600
Vorräte	3.880	4.498	5.321	4.681	11.578
Schuldner	16.135	10.278	10.744	13.294	8.881
Passiva					
Aktienkapital	150.000	160.000	160.000	160.000	160.000
Vorzugsaktien	1.370	1.370	1.370	1.370	1.370
Reservefonds	13.437	16.923	18.235	18.235	18.235
Sonderrücklage	—	—	—	—	25.250
Grundverwerbssteuer - Reservekonto	0.240	0.270	0.270	0.270	0.270
Vorkriegs-Schuldverschreibungen	2.254	1.730	1.392	1.152	1.333
Genußrechtsurkunden	0.443	0.433	0.370	0.291	—
6 1/2 % Anleihe von 1925	27.300	27.300	25.200	23.100	21.000
Langfristige Verbindlichkeiten	16.800	28.990	80.765	177.723	115.468
Tratten überseeischer Agenturen usw., noch einzulösen ..	0.371	0.520	0.728	0.505	—
Gläubiger	20.886	20.399	10.247	11.326	15.090
Unabgerechnete Reisen und Konten	29.152	36.508	36.544	34.271	35.007
Dividende	5.670	11.600	11.200	11.200	9.600
Zinsen auf die Genußrechtsurkunden	—	0.019	0.017	0.013	—

dieses Geld ganz eingeht, so wird man doch unter diesen Auspizien die Statusanspannung nicht allzu tragisch nehmen.

Aufmerksamkeit verdienen die stark erhöhten *Buchwerte*: Bei Hapag und Lloyd zusammen ist das *Flottenkonto* von 521 auf 626 Mill. RM gestiegen. Das erklärt sich durch die Zugänge nach nunmehriger Beendigung der in den Zeiten des schärfsten Wettbewerbes beider Linien aufgestellten Neubauprogramme. Beim Lloyd ist die „Europa“, bei der Hapag sind acht moderne Frachtdampfer hinzugekommen. Der Buchwert der Flotte hat sich infolgedessen je BRT bei der Union von 297,5 auf 337,5 RM erhöht — ein Satz, der angesichts des Bestandes an älteren Fahrzeugen als sehr hoch angesprochen werden muß. Vielleicht wäre es sogar richtiger gewesen, auf Kosten der Dividendenausschüttung größere Rückstellungen für dieses Konto vorzunehmen. Ein weiteres Anwachsen der Buchwerte, wie es nun schon seit Jahren geschieht, erscheint jedenfalls nicht mehr tragbar. Die unterschiedlichen Buchwerte bei Hapag und Lloyd erklären sich aus dem Überwiegen hochwertiger Passagiertonnage bei der Bremer Reederei. Derselbe Grund führt auch zu etwas höheren Abschreibungsquoten als bei der Hapag.

Es ist zu hoffen, daß das Schiffahrtsjahr 1931 endlich die langersehnte Besserung auf dem Weltfrachtenmarkt bringt. Die Union muß durchaus bessere Einnahmen erzielen; denn die etwas kühne Finanz- und Bilanzpolitik des Jahres 1930 darf nur einmal angewandt werden. Gerade im Hinblick auf die kommenden Entscheidungen muß eine gesunde finanzielle Rüstung beizeiten geschaffen werden. Auch sollte die Ruhepause, die jetzt der Union gewährt wird, dazu benutzt werden, die Verbindung zwischen den beiden Partnern noch enger zu gestalten und so bessere Vorbedingungen für den kommenden Appell an die Emissionsmärkte zu schaffen. Das gleichzeitig auch der noch immer (besonders unter den Agenturen und zwischen den Häfen) herrschende interne Wettbewerb auf das wirtschaftlich zweckmäßige Maß beschränkt werden sollte, versteht sich von selbst (vgl. die letzten Besprechungen Jahrg. 1930, Nr. 8, S. 393; Nr. 12, S. 566).

Vereinsbank in Hamburg

Dividendenherabsetzung von 10 auf 6 % — Beträchtliche Geschäftsverminderung

Die Hamburger Vereinsbank, deren geschäftliches Schwergewicht auf der Finanzierung des hamburgischen Warenhandels beruht, hat ihre *Dividende* ebenso wie die deutschen Großbanken um 4 % ermäßigt; sie bringt nur 6 % zur Ausschüttung. Während jedoch die meisten Großbanken infolge der Dividendenreduktion erhebliche Beträge für Sonderabschreibungen — hauptsächlich auf Wertpapiere — frei machen konnten, läßt die Erfolgsrechnung der Vereinsbank hierfür keinen Raum. Einen gewissen Ausgleich schafft die Gesellschaft durch den von 50 000 auf 200 000 RM erhöhten *Gewinnvortrag*.

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,071	0,083	0,032	0,044	0,054
Zinsen	2,443	3,078	3,320	3,372	2,838
Provisionen	2,003	2,136	1,941	2,247	2,384
Sonstige Gewinne	1,090	0,865	0,758	0,452	0,202
Ausgaben					
Handlungskosten, Steuern u. soziale Abgaben	1,508	1,857	1,932	2,086	1,918
Gehälter und Pensionen	2,345	2,315	2,392	2,495	2,422
Überweisung an die Reserve ..	¹⁾ 0,550	¹⁾ 0,550	0,200	—	—
Reingewinn	1,203	1,440	1,527	1,534	1,137
Dividende in %	10	10	10	10	6

¹⁾ Davon 50 000 RM an den Beamtenunterstützungsfonds.

Während sich die *Zinseinnahmen* um 0,53 Mill. RM vermindert haben, ist der *Provisionsertrag* um 0,14 Mill. RM gestiegen. Da bei den besonderen Buchungsmethoden der

Gesellschaft keine klare Trennung des kommerziellen und industriellen Kreditgeschäfts und des Wertpapier- und Emissionsgeschäfts in der Erfolgsrechnung durchgeführt ist, lassen die Verschiebungen der Einnahmeposten keine zuverlässigen Rückschlüsse auf die Erträge der einzelnen Geschäftsgruppen zu. Die Gesellschaft begründet den Rückgang der Zinseinnahmen mit der erheblichen Zusammenschumpfung der Zinsmarge. Andererseits haben sich die Handlungskosten und Gehälter um rund 0,24 Mill. RM vermindert. Der verbleibende Reingewinn hätte die Verteilung einer 7 %igen Dividende erlaubt. Die Verwaltung hat es jedoch vorgezogen, ihre liquiden Mittel durch Einsetzung eines höheren Gewinnvortrags zu stärken und gleichzeitig eine gewisse innere Reserve zu schaffen.

(Mill. RM)	Bilanz				
	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Nicht eingezahl. Aktienkapital	1,800	1,800	1,800	—	—
Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendenscheine	2,215	4,328	1,474	1,332	1,360
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	—	—	2,111	3,052	2,713
Schecks und Wechsel	8,557	15,246	19,582	19,309	20,897
Unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel des Reichs und der Länder ..	—	—	—	1,513	—
Eigene Akzepte	0,020	0,438	0,518	—	—
Nostroguthaben bei Banken u. Bankfirmen	11,611	5,864	6,907	6,931	4,682
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere ..	15,410	10,746	11,810	9,000	6,896
Rembourskredite dinglich sichergestellt	4,269	3,301	3,915	16,778	14,741
Rembourskredite ohne dingliche Sicherstellung	—	—	1,112	10,351	5,829
Sonstige kurzfristige Kredite gegen Verpfändung v. Waren	—	—	3,398	3,140	1,381
Eigene Wertpapiere	—	—	—	—	—
davon Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen ..	—	—	0,110	0,001	0,011
Sonstige bei Notenbanken beleihbare Wertpapiere	1,958	1,909	0,991	0,436	—
Sonstige börsengängige Wertpapiere	—	—	1,237	1,392	0,920
Sonstige Wertpapiere	—	—	0,011	0,115	0,145
Konsortialbeteiligungen	1,570	1,463	3,834	4,402	3,935
Debitoren, gedeckt	19,174	27,174	27,432	27,406	27,873
Debitoren, ungedeckt	2,600	4,637	9,219	13,684	11,355
Langfristige Ausleihungen geg. hypothekarische Sicherheiten	—	—	1,753	1,637	0,794
Bankgebäude	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500
Sonstige Immobilien	1,000	0,908	0,900	0,975	1,050
Avale u. Bürgschaftsverpflichtungen	1,541	2,265	2,059	3,586	3,194
Passiva					
Aktienkapital	15,000	15,000	15,000	15,000	15,000
Reserven	2,750	4,800	5,000	5,000	5,000
Kredite der Kundschaft bei Dritten	1,028	1,233	4,963	31,007	21,393
Guthaben von Banken, Bankfirmen usw.	0,758	0,819	6,832	7,668	7,220
Sonstige Kreditoren	46,051	52,401	59,706	55,288	49,383
Von den Guthaben u. sonstigen Kreditoren sind fällig	—	—	—	—	—
innerhalb 7 Tagen	¹⁾ 32,722	¹⁾ 38,841	41,838	39,667	33,715
bis zu 3 Monaten	¹⁾ 13,328	¹⁾ 12,774	23,753	21,435	21,974
nach mehr als 3 Monaten ..	—	¹⁾ 0,786	0,947	1,834	0,913
Akzepte	2,429	4,650	6,410	8,270	7,765
Beamtenunterstützungsfonds ..	0,103	0,109	0,169	0,180	0,180
Nicht erhobene Dividenden ..	0,011	0,011	0,008	0,008	0,005
Reingewinn	1,203	1,440	1,527	1,534	1,137
Avale u. Bürgschaftsverpflichtungen	1,541	2,265	2,059	3,586	3,194

¹⁾ Nur „Sonstige Kreditoren“.

Nachdem 1929 mit dem Eintritt der neuen Vorstandsmitglieder und der gleichzeitig erfolgten Überleitung des großen Warenkreditgeschäfts von Huth, Willink & Co. auf die Vereinsbank die *fremden Gelder* erheblich angewachsen waren, ist für 1930 wieder ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Die Kreditoren sind von 93,96 auf 77,99 Mill. RM zurückgegangen, und zwar in erster Linie infolge der erheblichen *Verminderung des Remboursgeschäfts*; die von der Kundschaft bei Dritten benutzten Kredite haben sich von 31,01 auf 21,39 Mill. RM gesenkt. Von den verbleibenden Kreditoren entfallen weniger als 5 % auf ausländische Bankguthaben. Die Beschränkung in der Aufnahme ausländischer Kredite, die von der Vereinsbank von jeher grundsätzlich geübt wurde, hat sich im letzten Jahre besonders

günstig ausgewirkt, da das Institut entsprechend weniger von der Abziehung der Auslandsgelder betroffen wurde. Die Akzepte sind von 8,27 auf 7,76 Mill. RM zurückgegangen. Der Gesamtumfang des Vereinsbankakzeptes entspricht ungefähr dem halben Aktienkapital.

Auf der Aktivseite haben sich die *Rembourskredite* ebenfalls erheblich ermäßigt. Die Verwaltung bemerkt dazu, daß sich die Zahl der Abschlüsse und der Kunden dieser Geschäftsart zwar erhöht habe, daß jedoch die einzelnen Geschäfte wertmäßig infolge des Preisrückgangs kleiner waren. Die *flüssigen Mittel* (Kasse, Notenbanken und Wechsel) haben sich nur um 0,236 Mill. RM vermindert. *Effektenreports* und *Lombards* sind infolge des kleineren Wertpapiergeschäfts stärker zurückgegangen. Der Rückgang des *Wertpapierkontos* ist nur zu einem kleinen Teil auf Verkäufe, überwiegend auf eine viel niedrigere Bewertung zurückzuführen. Der Buchwert liegt erheblich unter den ohnedies sehr niedrigen Kursen vom Ultimo 1930. Gewisse Veränderungen der *Konsortialbeteiligungen*, die im einzelnen nicht angegeben werden, haben zu einem Rückgang dieses Postens geführt. Außerdem dürften wieder größere innere Abschreibungen vorgenommen sein. *Debitoren* haben sich von 41,09 auf 39,23 Mill. RM gesenkt; das Verhältnis der gedeckten zu den ungedeckten Forderungen ist erheblich günstiger geworden. Die hypothekarisch gedeckten Kredite haben sich hingegen durch Rückzahlungen ungefähr halbiert.

Nach der recht erheblichen Expansion im Jahre 1929 hat die Gesellschaft ihren Geschäftsumfang und besonders die Warenfinanzierung beträchtlich *eingeschränkt*. An den zahlreichen Insolvenzen am Hamburger Platz war sie verhältnismäßig wenig beteiligt, so daß ihre Verluste ziemlich unwesentlich waren. Andererseits war sie mit besonderem Nachdruck und Erfolg auf Wahrung der *Liquidität* bedacht, so daß sie ihre Akzeptverpflichtungen nicht zu erweitern brauchte und ihr Eigenakzept ungefähr auf den Betrag des halben Aktienkapitals beschränken konnte. Durch die Übernahme der Ottensener Bank hat sie recht wertvolle neue Geschäftsbeziehungen, besonders zur Fischverarbeitungsindustrie gewonnen. Die Verwaltung gibt in ihrem Bericht der Erwartung Ausdruck, daß mit einer allmählichen Besserung der Verhältnisse zu rechnen sei.

Nach der bekannten Entscheidung des Reichsgerichts besteht die Vereinsbank wieder als *Aktiengesellschaft*; die im Jahre 1929 vorgenommene Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien ist nichtig (vgl. Jahrg. 1930, Nr. 27, S. 1281). Aus formalen Gründen müssen die in der Zwischenzeit gefaßten Beschlüsse von der nächsten Generalversammlung nochmals bestätigt werden.

AG Buderus'sche Eisenwerke zu Wetzlar

Dividendenrückgang von 6 auf 4 % — Relativ günstiger Abschluß

Die AG Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar, die am 14. März 1931 auf ihr zweihundertjähriges Bestehen zurückblickten, sind für 1930 zu einer Dividendenreduktion von 6 auf 4 % gezwungen. Bei dem starken Umsatzrückgang von 49,42 Mill. RM auf 33,07 Mill. RM, also um 33 %, wäre eine noch größere Gewinnminderung nicht verwunderlich gewesen. Der Reingewinn hat in dem vorliegenden Abschluß dank einem ungewöhnlich hohen Betriebsüberschuß nur ungefähr im gleichen Verhältnis abgenommen wie der Umsatz, obwohl die Handlungskosten und Steuern höher waren als vor einem Jahr.

(RM)	Auf 1000 RM Umsatz entfielen			Umsatz je Kopf der Beschäftigten
	Handlungskosten	Betriebsüberschuß	Reingewinn	
1926	48,60	126,70	38,40	6520
1927	41,80	96,20	24,50	7220
1928	48,10	102,50	23,40	7010
1929	49,00	103,80	24,50	7460
1930	74,60	145,00	23,60	6600

Der Betriebsüberschuß ist nicht die Folge einer größeren Ergiebigkeit je Kopf der Beschäftigten. Der auf den Kopf

der Gesamtbelegschaft entfallende Umsatz ist vielmehr um 11 % zurückgegangen, was in Anbetracht der rückläufigen Konjunktur nicht Wunder nimmt. Es muß z. B. den Ertrag je Kopf mindern, daß der Personalabbau bei den Arbeitern 36 %, dagegen bei den Angestellten nur 4 % betrug, so daß von der Belegschaft im Mittel von 1930 13,8 % auf Angestellte entfielen gegenüber nur 10,1 % im Jahre 1929. Auch die Vorleistung der Gesellschaft, die zwar ihre Fabrikatpreise verbilligt hat, deren Löhne aber erst vom 1. Dezember 1930 an (Metallarbeiter) bzw. vom 1. Februar 1931 an (Bergarbeiter und Angestellte) herabgesetzt wurden, mußte ertragmindernd wirken. Die Höhe des Betriebsüberschusses, der je 1000 RM Umsatz um 40 % größer war als 1929, ist unter diesen Umständen wohl eine Folge der Tatsache, daß sonst zur Selbstfinanzierung verwandte Mittel in diesem Jahre ausgeschüttet wurden.

Bilanz					
(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Aktiva					
Eisensteingruben	1,360	1,270	1,220	1,090	0,990
Kalksteinbrüche	0,177	0,245	0,266	0,228	0,190
Kohlenzeche Massen	—	—	—	—	—
Sophienhütte, Wetzlar	5,440	5,643	5,094	4,997	5,460
Georgshütte, Burgsolms	0,140	0,063	1 RM	1 RM	1 RM
Main-Weser-Hütte, Lohr	1,655	1,727	2,160	2,080	1,850
Karlshütte, Staffeln	0,840	0,851	1,165	1,130	1,060
Westdeutsches Eisenwerk, Kray	0,623	0,534	0,890	1,705	1,550
Hauptverwaltung, Beamtenwohnhäuser, Ländereien	1,463	1,520	2,755	3,095	3,000
Lager Berlin und Köln	0,797	0,847			
Patente, Modelle, Geräte, Fuhrwerk	4 RM	4 RM	4 RM	4 RM	4 RM
Rohstoffe und Waren	2,449	3,694	3,773	4,990	4,503
Beteiligungen	2,258	2,265	2,263	3,843	3,503
Wertpapiere	2,287	2,304	2,310		
Kasse	0,456	0,546	0,534	0,716	0,322
Wechsel	0,641	0,850	1,000	1,529	0,864
Debitoren	21,921	20,807	19,388	19,607	17,807
Bürgschaften	0,934	1,066	1,059	1,200	1,555
Passiva					
Stammaktien	26,000	26,000	26,000	26,000	26,000
Vorzugsaktien	0,300	0,300	0,300	0,300	0,300
Reserven	2,625	2,630	2,630	2,855	3,655
Anleihen	1,100	1,100	1,100	1,100	1,034
Hypotheken u. Restkaufgelder	0,262	0,368	0,473	0,545	0,321
Kreditoren	11,229	10,773	10,225	12,274	8,842
Reingewinn	0,971	1,973	2,089	2,136	0,947
Bürgschaften	—	1,066	1,059	1,200	1,555

Auf die Anlagen wurde etwas mehr als im Vorjahr abgeschrieben, ihr Buchwert hat zum erstenmal seit fünf Jahren abgenommen (um 225 000 RM). Wären nicht größere Erweiterungsbauten auf der Sophienhütte vorgenommen worden, dann wäre das Anlagenkonto noch kleiner, denn die Zugänge aller anderen Anlagenteile werden wesentlich niedriger ausgewiesen als in den Vorjahren. Die laut Geschäftsbericht entsprechend den Kursen am Schlusse des Geschäftsjahres bewerteten Effekten erbrachten 136 632 RM (1929: 143 925 RM), d. h. 3,9 % ihres Bilanzwertes. In der Bilanz von 1929 waren die Effekten so bewertet, daß ihr Ertrag einer Verzinsung von 3,7 % entsprach. In dem um

Gewinn- und Verlustrechnung

(Mill. RM)	31.12.26	31.12.27	31.12.28	31.12.29	31.12.30
Einnahmen					
Gewinnvortrag	0,594	0,951	1,031	0,922	0,167
Betriebsüberschuß	4,133	4,010	4,645	5,125	4,805
Ausgaben					
Handlungskosten	1,581	1,667	2,173	2,421	2,474
Abschreibungen	1) 2,175	1,321	1,413	1,492	1,551
Reingewinn	0,971	1,973	2,089	2,136	0,947
Dividende auf Stammakt. in %	0	5	5	6	4

1) Einschl. außerordentlicher Abschreibungen auf Zeche Massen.

9 % niedriger bewerteten Rohstoff- und Warenkonto dürfte eine stille Reserve enthalten sein, da die meisten Unternehmungen infolge der Krise gerade ein Anschwellen der Lagerbestände verzeichnen. Der Hauptposten der flüssigen Mittel, die Außenstände, wird nicht aufgegliedert, ein Urteil über den Liquiditätsgrad der flüssigen Mittel ist also nicht möglich. Da die Schulden um 3,4 Mill. RM = 28 %, die gesamten flüssigen Mittel jedoch nur um 2,8 Mill. RM = 13 % abgenommen haben, hat sich die Liquidität der Gesamtbilanz etwas erhöht. (Vgl. die letzte Bilanzbesprechung Jahrg. 1930, Nr. 13.)

Die Wirtschaft des Auslands

Italien

Der Montecatini-Bericht

Vor einem Jahr wurde bei der Besprechung der Bilanz der *Montecatini Società Generale per l'Industria Mineraria ed Agricola* in Mailand bereits darauf hingewiesen, daß sich als Folge der starken Expansion allmählich wieder Kapitalbedarf einstellen müsse; die Einführung der Aktie auf ausländischen Kapitalmärkten — darunter auf dem deutschen — wurde als Marktverbreiterung unter diesem Gesichtspunkt betrachtet (vgl. MdW, Jahrg. 1930, Nr. 18, S. 853). Der Abschluß für das Jahr 1930 zeigt eine sehr erhebliche Zunahme des Kapitalbedarfs. An eine Emission war nicht zu denken. Die Krise hat verstärkte Ansprüche an die Finanzkraft gestellt. Zugleich ist aber die Ausdehnung der Geschäfte auf einer Reihe von Gebieten fortgeführt worden, so daß die Liquidität notwendigerweise nochmals erheblich abnehmen mußte.

Allerdings ist eine Emission auch jetzt noch keineswegs dringlich. Die laufenden Verbindlichkeiten stiegen wohl um rund 20 % und damit auf den höchsten Stand seit Jahren; sie sind sogar höher als vor der Begebung der Amerika-Anleihe von 1927, aber sie betragen doch erst 234 Mill. Lire und damit knapp halb soviel wie das Aktienkapital von 500 Mill. und nur ein Viertel des gesamten Eigenkapitals einschließlich der Reserve von 409 Mill. Zusammen mit der Amerika-Anleihe, von der planmäßig 11½ Mill. getilgt wurden, machen die fremden Gelder erst 420 Mill. aus, also noch nicht die Hälfte der eigenen Mittel. Aber eine so kapitalintensive Industrie wie die chemische arbeitet zweckmäßigerweise hauptsächlich mit eigenen Mitteln, und so ist es bei Montecatini doch bemerkenswert, daß sich die Liquidität so rasch vermindert.

Auf der Aktivseite der Bilanz ist die Entwicklung noch drastischer. Die flüssigen Mittel nahmen um 16 auf 79 Mill. ab, die Debitoren um 135 auf 341 Mill. und die Vorräte um 38,5 auf 140,5 Mill. Von den 190 Mill., die auf diese Weise greifbar wurden, und den 42 Mill. neuen Verbindlichkeiten wurde der größte Teil in *Beteiligungen* investiert. Das schon im vorigen Jahr sprunghaft von 250 auf 370 Millionen gestiegene Beteiligungskonto erhöhte sich diesmal noch stärker auf 581 Mill., also auf mehr als das Doppelte des Standes vor zwei Jahren. Allerdings handelt es sich dabei wohl zum Teil um mehr formelle als tatsächliche Veränderungen, nämlich um die Verwandlung von Guthaben bei Tochtergesellschaften in Anteilbesitz, woraus sich ein Teil des Debitorenrückgangs in diesem wie im vorigen Jahr erklärt. Aber in erheblichem Umfang hat der Konzern auch neue Mittel beansprucht, sei es zur Finanzierung von Vorräten an Schwefel, an Superphosphat und Stickstoffdünger (Krisenfolge!), sei es zum weiteren Ausbau der Anlagen (Stickstoff, Aluminium, Elektrizität, Mineralfarben, Acetatseide). Die Investitionen in eigenen Betrieben beanspruchten über die von 11,13 auf 12,35 Mill. erhöhten Abschreibungen hinaus noch 25 Mill. Die Anlagekonten stehen nun mit 272,5 Mill. zu Buch. Im ganzen ergibt sich also eine Zunahme der Anlagen und Beteiligungen um 236 Mill. bei einer Abnahme der Betriebsmittel um 190 Mill. und einer Erhöhung der Schulden um 42 Millionen Lire.

Auch am *Ertrag* ging diese Veränderung nicht spurlos vorüber. Das Zinsen- und Dividendenkonto spiegelt sie wider. Auf der Ausgabenseite ging zwar die hier allein verbuchte Zinslast aus der Anleihe infolge der Tilgung von 12,09 auf 11,44 Mill. zurück, aber die Einnahmen aus Zinsen und Dividenden nahmen ebenfalls von 61,29 auf 54,68 Mill. ab. Man kennt nicht den Anteil, der davon auf Dividenden entfällt, es ist aber anzunehmen, daß er in diesem Jahr längst nicht entsprechend der Erhöhung des Beteiligungskontos stieg. Der Rückgang wird sich wohl aus dem Zinsenkonto erklären. Es hat vermutlich nicht nur die Einnahme an Zinsen aus kurzfristig angelegten Geldern

mit deren Betrag und mit der allgemeinen Zinssenkung abgenommen; vielmehr ist wohl von diesem Konto im voraus ein höherer Posten an Passivzinsen abzuziehen gewesen. Man darf annehmen, daß die Lieferanten-Kreditoren mit der Umsatz- und Preisverminderung abgenommen haben, so daß nicht nur die 53 Mill., um die sich die laufenden Verbindlichkeiten erhöhten, sondern noch ein größerer Betrag auf neue Bankschulden entfällt. Mit dieser Verminderung des Ertrags aus Kapitalanlagen traf ein Rückgang des Betriebsergebnisses um 9 auf 87 Mill. zusammen. Da Generalunkosten und Steuern nur wenig sanken und die Abschreibungen sogar noch etwas erhöht werden mußten, ergab sich eine Verminderung des Reinergebnisses von 98 auf 83 Mill. — genau entsprechend dem Minderbedarf für die *Dividende*, die von 18 auf 15 % herabgesetzt wurde.

Der Bericht über die Geschäftsentwicklung in den einzelnen Arbeitsgebieten der Gesellschaft, der z. T. in einer vorbildlichen Ausführlichkeit und Genauigkeit gehalten ist, zeigt die Einwirkung der Krise auf den Absatz zahlreicher Erzeugnisse, noch nicht aber in demselben Umfang auf die Produktion. Auf einer Reihe von Gebieten sind also die Vorräte gewachsen, der Druck auf die Preise ist die natürliche Folge. Innerhalb des Bergbaus und der Erzaufbereitung hat die Blei- und Zinkgewinnung am stärksten gelitten, eine Wirkung der internationalen Metallderoute, die allerdings ihrem Umfang nach nicht von allzu großer finanzieller Bedeutung für Montecatini ist. Dasselbe gilt für die Marmorgewinnung, die sich ebenfalls in einer kritischen Lage befindet. Dagegen ist die Schwefelproduktion des Konzerns auf dem italienischen Festland, wo er diese Industrie fast völlig beherrscht, noch weiter von 72 000 auf 86 000 t gestiegen, und in Sizilien, wo er mit etwa 12 % an der Gesamterzeugung beteiligt ist, von 29 000 auf 32 000 t. Der Absatz entwickelte sich aber keineswegs in derselben Weise, und die Vorräte sind in einem Maße gestiegen, das die Verwaltung als beängstigend bezeichnet. Eine Reorganisation des behördlich geregelten sizilianischen Schwefelbergbaus und eine neue Verständigung mit der amerikanischen Konkurrenz werden für nötig erklärt. Der Absatz von Pyriten hat mit der steigenden Produktion einigermaßen Schritt gehalten; er stieg von 541 000 auf 576 000 t bei einer Zunahme der Erzeugung von 554 000 auf 595 000 t; auch hier haben sich die Lager von Montecatini um rund 20 000 t erhöht. Am schlechtesten verlief das Kunstdünger-Geschäft. Entsprechend der gesamten Entwicklung in der Branche stieg die Erzeugung von Superphosphat bei Montecatini von 8,26 auf 9,33 Mill. dz, während der Absatz gleichzeitig von 9,54 auf 8,02 Mill. dz zurückging, so daß der Lagerbestand um reichlich 25 % einer Jahreserzeugung zunahm. Die italienische Ammonsulfat-Erzeugung (der Anteil des Konzerns wird hier nicht genau angegeben) stieg von 1,66 auf 1,81 Mill. dz, während der Verbrauch von 1,23 auf 1,06 Mill. abnahm — also auch hier eine Vorratsvermehrung erheblichen Umfangs, obwohl die Ausfuhr etwas stieg. Von den übrigen größeren Produktionen nahm die an Aluminium zu, die gemeinsam mit den Vereinigten Aluminium-Werken betrieben wird (von 7000 auf 8000 t). Hier und in den vergrößerten Stickstoffanlagen wuchs auch der Stromverbrauch, so daß die eigenen Elektrizitätswerke weiter ausgedehnt werden sollen.

Die Expansion ist also bei Montecatini noch nicht beendet. Übrigens hat sich die Gesellschaft auch jetzt eben wieder an einem neuen Unternehmen beteiligt, an der Farbenfabrik Acna, die sie zusammen mit der I. G. Farbenindustrie AG sanieren will (vgl. MdW, Nr. 11, S. 523). Die Bilanzentwicklung ließe es wohl angezeigt erscheinen, jetzt langsamer vorzugehen, vor allem, solange die Krise die Rentabilität zu vermindern droht. Montecatini wird in absehbarer Zeit emittieren müssen, und das wird ohne unerwünschte Kapitalverwässerung nur dann möglich sein, wenn der Gewinn aufrechterhalten wird.

Briefe an den Herausgeber

Die Preisspanne im Kleinhandel mit Fleisch

Berlin SW 68, Oranienstraße 95.

In Nr. 4 des MdW, S. 193, hat *Erich von der Warth*, Referent in der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, über bemerkenswerte Ergebnisse sorgfältiger Forschungsarbeit bezüglich des Spannenproblems beim Fleisch berichtet. Die grundsätzliche Untersuchung der hierbei bestehenden methodischen Schwierigkeiten, die bisher auch nicht im entferntesten objektive Würdigung fanden, wird dadurch hoffentlich einen kräftigen Anstoß erfahren. Insoweit von der Warth von der *preußischen Fleischpreisstatistik* gesprochen hat, die fast allein als Materiallieferantin für die Beurteilung der Fleischpreisgestaltung auf breiter Basis in Betracht kommt, bedürfen seine Ausführungen einiger Erweiterungen, zumal da die Würdigung, die er der Statistik zuteil werden läßt, zu kurz ist, um mißverständliche Auffassungen völlig auszuschließen. Durch die Ausführungen klingt der Hinweis, daß die Statistik dadurch, daß sie — wenigstens beim Schweinefleisch — nur Sorten mit seit 1924 aufwärts strebendem Trend erhebt und die Sorten mit abwärts gerichteter Tendenz nicht berücksichtigt, ihre Aufgabe nicht erfüllt. In notwendiger Ergänzung hierzu mögen einige Feststellungen und Schlußfolgerungen gestattet sein.

1. Klarheit muß vor allem über die *Aufgabenabgrenzung* der Fleischpreisstatistik bestehen. Es kann nicht ihre Aufgabe sein — die Bruttospannenfrage als Leitstern über sich —, das überaus vielgliedrige Material für kalkulatorische Nachprüfungen zu beschaffen. Ihre Aufgabe ist vielmehr die Verfolgung der Preisbewegung des Fleisches als Massennahrungsmittel. Daraus folgt, daß es nicht auf erschöpfende Vollständigkeit der Sortenerhebung, sondern auf die Erfassung typischer Teile ankommt. Allerdings müssen diese Teile so ausgewählt sein, daß ihre Erhebung ein getreues Spiegelbild der beim Massenverbrauch typischerweise zu zahlenden Preise ergibt. Voraussetzung hierfür ist die Kenntnis des Verbrauchsbildes für Fleisch.

2. Die Kenntnis des Verbrauchsbildes für das „wichtigste Nahrungsmittel“, das Fleisch, ist sehr unzulänglich. Die Verneinungen des Fleischgewerbes vor dem Enquête-Ausschuß haben hierüber nur Gemeinplätze zutage gebracht. Wie notwendig Einblicke in die sich ändernden Verbrauchsverhältnisse sind, zeigt u. a. die Erhebung des Statistischen Reichsamts über die Wirtschaftsrechnungen von Haushalten. Der Labilität und der Fortentwicklung der statistischen Grundlagen muß durch öftere Nachprüfung dieser Grundlagen Rechnung getragen werden, so groß die Schwierigkeiten auch sind, die sich dabei ergeben.

3. Die preußische Fleischpreisstatistik, die verwendbare Ergebnisse aus einer größeren Zahl von Orten seit dem Jahre 1816 aufweist, ist in ihrer Methode oft den veränderten Verhältnissen angepaßt worden. Beim Rind-, Kalb- und Hammelfleisch hält von der Warth die gegenwärtig bestehende Methode für unbedenklich, da in den erfaßten Sorten die Gesamtpreisbewegung zum Ausdruck kommt. Beim *Schweinefleisch* dagegen soll sich in den ermittelten Kleinhandelspreisen, die sich nur auf Sorten mit steigendem Preistrend stützen, die wahre Preisbewegung nicht richtig widerspiegeln. Beim Kotelettpreis (in Berlin!) — der Preis für Kamm und Bauchfleisch verläuft ähnlich — zeigt sich die nach *oben* strebende, beim Preis für Rücken fett (Liesen) die nach *unten* verlaufende Grundrichtung. Selbst wenn man diese Ergebnisse als allgemein gültige Tatsachen unterstellt — was folgt aus ihnen unter Berücksichtigung des über die Aufgabe der Statistik und das Verbrauchsbild Gesagten?

4. Die Schlußfolgerung lautet, daß in die amtliche Erhebung der Fleischpreise weder diese noch jene Sorten „richtig“ einbezogen werden können, solange nicht die Bedeutung der Sorten beim Verbrauch, und zwar beim Verbrauch von *Frischfleisch*, in allen oder in repräsentativen

Erhebungsorten ermittelt ist. Was nutzt die beste und sorgfältigste Wägungsmethode bei der Errechnung eines „wahren“ Durchschnitts aus sämtlichen Sorten, wenn sich die Berechnung nur auf die erfahrungsmäßig feststehenden Ausschachtungsprozente stützt und nicht auf die Anteile am Frischumsatz? Wie sehr sich die kalkulatorisch orientierte und die „konsumorientierte“ Einstellung einander gegenüberstehen, zeigt das Beispiel des *Rindertalgs*, der nach von der Warth einen absteigenden Trend hat und doch kaum in eine Fleischpreiserhebung gehört. Sollte es ähnlich wie mit dem Talg nicht mit dem Rücken fett sein, das (zusammen mit Liesen) übrigens einen Zerlegungsanteil von noch nicht einmal 3 % hat? Selbst wenn von der Warths Behauptung zutrifft, daß die Teile mit abwärts gerichtetem Trend bei der Wertung des Schweinefleischpreises mit 37 % (Berliner Verhältnisse) anzusetzen sind, muß man dem doch entgegenhalten, daß diese Zahl nicht unter Zugrundelegung des tatsächlichen Sortenverhältnisses beim Frischfleischumsatz, sondern nur nach Maßgabe der *anatomischen Tierzerteilung* zustandekommt, ferner daß gerade die fettreichen und geringwertigen Sorten (mit absteigendem Trend) wenig gefragt sind, die (von der Statistik erfaßten) übrigen 63 % dagegen restlos dem Frischfleischverbrauch zugeführt werden. Niemand wird sich der Einsicht verschließen, daß die Preisstatistik auch geringere Sorten, die nicht so gut „gehen“, aufnehmen muß, wenn sie eine beachtliche Bedeutung haben. Aber diese Dinge bedürfen noch sehr der Aufhellung, die vielleicht durch die bevorstehende Veröffentlichung der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen gefördert wird.

5. Die enormen Schwierigkeiten der laufenden Erhebung einer großen Menge von Sorten in einer größeren Zahl von Orten werden auch von *Erich von der Warth* nicht verkannt. Wenn notwendig, würde sich aber sicher ein Weg zu einer *Ausweitung der Erhebungen* finden lassen, etwa in der Form, daß in einigen Großstädten mit gut funktionierendem statistischen Apparat und in einigen mittleren Städten eine Ausdehnung der Sortenerhebung vorgenommen wird, wenn die Art des Fleischverbrauchs dies erfordert. Eine solche Intensivierung der umfangreichen preußischen Erhebungen, die naturgemäß unter Mithilfe des Fleischgewerbes erfolgen müßte, würde auf jeden Fall ertragreich sein, denn man könnte hoffen, daß dann an die Stelle der endlosen und meist unfruchtbaren Spannendebatten praktische Erörterungen über die Anpassung der Viehproduktion und -verwertung an die Marktsituation treten würden.

Harry Wild, Preußisches Statistisches Landesamt

Schlußwort von *Erich von der Warth*

Der Zweck meines Aufsatzes war lediglich, die Problematik der Frage der Preisspannen darzulegen und bei dieser Gelegenheit auch die Grenzen der Anwendbarkeit der amtlichen Statistik zu Spannenberechnungen zu zeigen. Eine Kritik an der Statistik zu üben, hat völlig ferngelegen, und wenn in einem Fachblatt meine Ausführungen so aufgefaßt worden sind, so bedauere ich dies. Richtig ist, daß der Zweck der Statistik der Kleinhandelspreise nur der sein kann, die *Preisbewegung* zu verfolgen. Wenn die Untersuchung ergeben hat, daß dieser Zweck, soweit die Schweinefleischpreise in Frage kommen, vielerorts noch nicht erfüllt worden ist, so kann daraus nicht etwa ein Vorwurf gegen die Statistik erhoben werden, der bisher die Mittel zu so umfassenden Untersuchungen, wie sie jetzt in der Reichsforschungsstelle durchgeführt worden sind, nicht zur Verfügung gestanden haben. Es ist gerade der Zweck der landwirtschaftlichen Marktforschung, durch solche Spezialuntersuchungen die amtliche Statistik zu unterstützen und ihr die Möglichkeit zu geben, gegebenenfalls Lücken zu schließen.

In seinen Schlußfolgerungen kommt Wild zu dem Ergebnis, daß das Wiegen der einzelnen Preise nach Maßgabe der anatomischen Tierzerlegung nicht richtig sei, die

einzelnen Preise vielmehr mit dem Anteil gewogen werden müßten, die sie beim Verbrauch an Frischfleisch haben. Dieser Gedankengang liegt sehr nahe; er ist selbstverständlich auch in die Untersuchungen einbezogen worden. Länger als ein ganzes Jahr wurde der Umsatz in einem Fleischerladen nach Absatzmenge jedes einzelnen Schweinefleischteiles beim Frischverkauf festgestellt, mit dem Ergebnis, daß beim Frischfleischverkauf tatsächlich

die prozentualen Anteile der einzelnen Fleischteile am Gesamtabsatz anders sind als bei der anatomischen Zerlegung. Trotzdem ergab die Untersuchung, daß letzten Endes das Wiegen der Preise nach den Anteilen, die sich bei der anatomischen Zerlegung ergeben, allein anwendbar bleibt, weil diese für den Gesamtanfall an den einzelnen Fleischteilen maßgebend ist. Die Gründe hierfür werden in den Berichten über Landwirtschaft noch dargelegt werden.

Marktberichte

Die Konjunktur

Während des vergangenen Monats hat sich die Lage in mehreren Industriezweigen wesentlich gebessert. Der Eingang neuer Aufträge ging teilweise weit über den erwarteten Umfang hinaus, wobei allerdings zu beachten ist, daß die Erwartungen für die Frühjahrsbelegung dieses Jahres ungewöhnlich klein waren. Daß in dieser Besserung bereits eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung zu erblicken sei, wird in fast allen Berichten bezweifelt. Auch die Mitteilungen der preussischen Handelskammern sprechen nur vorsichtig davon, daß „die lebhaftere Auftragsstätigkeit nicht nur saisonmäßig bedingt zu sein scheint“.

Eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Lage war bei den meisten *Produktionsmittel-Industrien* festzustellen. Im Bergbau und in der Eisenindustrie, im Maschinenbau und auf dem Baumarkt blieb die Lage gedrückt. Eine gewisse Steigerung der Nachfrage nach Hausbrandbriketts in Mitteldeutschland — durch die kalte Witterung verursacht — kam mehr den Lägern des Handels als der Produktion zugute. Einen Anstieg in der Auftragshöhe konnten hingegen einige Zweige der *verarbeitenden Industrie* aufweisen. So hat sich z. B. die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen — teilweise wohl als Folge der Berliner Ausstellung — erhöht, die chemische Industrie hatte ein etwas lebhafteres Geschäft in mehreren Produkten, und vor allem konnte die Beschäftigung in der *Textilindustrie* gesteigert werden. Der Saisonbedarf einerseits und die Erhöhung der Baumwollpreise andererseits haben in Zusammenhang mit den geringen Lägern des Handels eine gewisse Belegung erzeugt, die sich allerdings nicht auf alle Teilgebiete erstreckte. Von den höheren Aufträgen profitierten hauptsächlich die Streichgarnspinnereien, die Tuchfabriken und die Seidenindustrie. Auch die Herren- und Damenkonfektion und die Wäscheindustrie sowie teilweise die Schuhindustrie konnten eine Belegung aufweisen.

Auf dem *Arbeitsmarkt* kommt die saisonmäßige Belegung dieser Industriezweige bereits deutlich zum Ausdruck. Während der ersten Hälfte des Monats März hatte sich die Zahl der Arbeitslosen nur ganz unwesentlich vermindert; in der zweiten Hälfte sank jedoch ihre Zahl um rund 224 000 Personen. Dieser Rückgang ist aber nicht größer als die Entlastung des Arbeitsmarkts zur gleichen Zeit des Vorjahrs, obwohl damals bereits eine gewisse Verschlechterung der Konjunkturlage festzustellen war. Immerhin erstreckt sich der Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen nicht nur auf die typischen Saisonberufe, sondern etwa zu einem Drittel auch auf die übrigen Gewerbe.

Der Geld- und Kapitalmarkt

Starke Beanspruchung der Reichsbank

Infolge der Osterfeiertage trat in diesem Jahr unmittelbar nach dem Quartalsultimo eine *viertägige Bankverkehrspause* (vom 3. bis 6. April) ein; gleichzeitig rief die Einkommenssteuerzahlung weiteren Umschlagsbedarf hervor. Unter diesen Umständen war die *Reichsbank* am März-*Ultimo* stark beansprucht worden. Es waren ihr 135 Millionen RM Reichsschatzwechsel, 486 Mill. RM Wechsel und Schecks und 187 Mill. RM Lombards zugeflossen. Die Ausleihungen stiegen also in ihrer Gesamtheit um 805 Mill. RM,

d. h. um beinahe 100 Mill. RM mehr als im vorigen Jahr, obwohl diesmal keine Devisenabflüsse zu verzeichnen waren. Außerdem hat das *Reich* seinen Betriebskredit teilweise in Anspruch genommen; dies kommt nur deswegen im Reichsbankausweis nicht zum Ausdruck, weil die *sonstigen Aktiven* diesmal durch Abschlußbuchungen noch stärker vermindert wurden: Sie sanken nach Abzug der darunter verbuchten Rentenbankscheine um 35 Mill. RM. Die *Deckungsbestände* haben sich nur um 2 Mill. RM vermehrt. Der Goldbestand ist zwar um 37 Mill. gestiegen, größtenteils infolge des Eingangs zweier russischer Transporte und wegen des über Frankreich in England gekauften Goldes. Aber gleichzeitig sind die Deckungsdevisen in fast demselben Umfange zurückgegangen, und die unsichtbaren Devisenbestände scheinen sich kaum verändert zu haben.

Späte Erleichterung

Am Ultimo hatten die Banken einen Teil des für die Feiertage beschafften Geldes auf *Reichsbankgirokonto* stehen lassen. Infolgedessen ergab sich Ende März merkwürdigerweise eine Zunahme der Reichsbankgiroguthaben um 45 auf 387 Mill. RM, die den Banken für ihre Bilanzausweise nicht unlegen gekommen sein wird, zumal der Gesamtbestand mit 387 Mill. RM minimal ist; er bleibt mit 70 Mill. hinter dem Stand von Ende März vorigen Jahres zurück. Während der Feiertage dürften auf Reichsbankgirokonto Abzüge erfolgt sein. Das Geld blieb gleichviel bis zum 7. April knapp; erst am 8. April trat eine wesentliche Erleichterung für *tägliches Geld* ein, das sich auf 5% bis 6% verbilligte. Für *Privatdiskonte* war zu unverändert 4% schon in den ersten Apriltagen einige Nachfrage aufgetreten; es konnten wiederum Schatzwechsel mit Fälligkeit Anfang Juni placiert werden. Das Reich ist auf volle Ausnutzung seines Kontingents bedacht, zumal es Ende Mai ohnehin größeren Geldbedarf zu befriedigen hat. Bisher ist trotz der weitgehenden Behebung der Vertrauenskrise die Neigung der Banken, einjährige Schatzanweisungen zu übernehmen, noch weit geringer als vor einem Jahr; damals stellten diese Papiere bekanntlich eine willkommene Anlage dar. Um dem Geschmack des Marktes entgegenzukommen, begibt die Reichsbank einen Typ von Schatzanweisungen mit kombiniertem Verfall am 15. September 1930 und 15. Januar 1931 (mit 6% Diskont).

1931	Berlin				Frankfurt a. M.	
	Privatdiskont lange Sicht	kurze Sicht	Tägliches Geld	Monatsgeld	Warenwechsel	Scheek-tausch
30. 3.	4 3/4	4 3/4	5 — 6 1/2	5 3/8 — 6 3/8	5 1/4	5
31. 3.	4 3/4	4 3/4	6 — 7 1/2	6 3/8 — 7 3/8	5 1/4	5 1/2
1. 4.	4 3/4	4 3/4	6 — 7 1/2	6 3/8 — 7 3/8	5 1/4	5 1/2
2. 4.	4 3/4	4 3/4	6 — 7 1/2	6 3/8 — 7 3/8	5 1/4	5 1/2
3. 4.	4 3/4	4 3/4	6 — 7 1/2	6 3/8 — 7 3/8	5 1/4	5 1/2
4. 4.	4 3/4	4 3/4	5 1/2 — 6 1/2	5 3/8 — 6 3/8	5 1/4	5

Zurückhaltung bei der Aufnahme von Auslandsgeldern

Die Liquidität der Banken ist immer noch nicht groß; andererseits hält ihre *Zurückhaltung gegenüber dem kurzfristigen Auslandsgeld* weiter an. Dieses ist zwar jetzt dauernd stark offeriert; Monatsdollars z. B. zu 3%—4% bei einem Markmonatsgeldsatz von 5%—5% für erste Banken. Aber gemäß dem Wunsch der Reichsbank und nach den gemachten Erfahrungen sind die Banken bei der Annahme der Offerten außerordentlich vorsichtig, zumal über kurz oder lang bei Neuaufrollung der Reparationsfrage wiederum Erschütterungen in den Kreditbeziehungen zum Aus-

land eintreten könnten. Die *Devisenkurse* haben sich infolgedessen noch nicht wieder weit von der Parität entfernt. Kabel New York notierte am 8. April 4,198 und das Pfund, das seinerseits gegen New York 4,892 steht, sogar genau 20,40.

Berlin Mittelkurs:	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.
New York.....	4,197	4,200	4,198	4,198	4,200	4,198
London.....	20,38	20,49	20,40	20,41	20,41	20,40

Auch Zuflüsse von *Auslandsanleihen* sind vorläufig kaum zu erwarten. Die Belebung auf dem heimischen *Rentenmarkt* hält unterdessen an. Der deutsche Abschnitt der internationalen Rumänenanleihe im Betrage von 1½ Millionen RM ist vor der Zeit größtenteils untergebracht worden, und auch die deutschen gegenwärtig aufliegenden Anleihen haben einen günstigen Abgang (vgl. S. 682).

Die Warenmärkte

Da in die Berichtszeit die Osterpause fällt, waren die Preisschwankungen auf den wichtigen Märkten im allgemeinen nicht groß. Trotzdem zeigen die

Kohlenmärkte

vereinzelt eine etwas bessere Stimmung, besonders in England. Die Nachfrage zur Ausfuhr läßt zwar zu wünschen übrig, aber die Quotenwirtschaft hat das Angebot so beschränkt, daß für die billigeren Arten in den meisten Revieren kleine Preiserhöhungen erfolgen konnten. Der französische Markt hat sich nach dem Eingreifen des Kabinetts in die Arbeiterverhältnisse etwas beruhigt. Der deutsche zeigt keine wesentlichen Veränderungen; die Halben sind im letzten Monat nicht mehr gewachsen. In Belgien hat das Brüsseler Kontor seine Richtpreise für Industriekohlen um 5—15 Fr herabgesetzt, und die Preise für Hausbrandkohlen, die nicht gebunden sind, haben sogar um das Doppelte bis das Dreifache nachgegeben.

Nicht einheitlich lagen die

Eisenmärkte

Aus einzelnen Bezirken wird berichtet, daß Stimmung und Preise eine Kleinigkeit besser geworden seien. Dabei handelt es sich aber weniger um eine Steigerung der Nachfrage als darum, daß sich der größte Teil der Werke in den Frankländern und die österreichischen und tschechischen Hütten vom Ausfuhrmarkt für den Augenblick zurückgezogen haben; infolgedessen konnten die meisten Preise um 1—2 sh anziehen. Falls sich die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der belgischen Gruppe der Internationalen Rohstahlgemeinschaft nicht beilegen lassen, muß angeblich mit einem Ausscheiden der gesamten belgischen Werke aus dem Kartell gerechnet werden. In einzelnen Berichten wird die etwas bessere Nachfrage *Ostasiens* erwähnt; zu großen Geschäften scheint sie aber noch nicht geführt zu haben. Die Zurückhaltung eines großen Teils der festländischen Hütten ist hauptsächlich den englischen Werken zugute gekommen, denen mancher heimische Auftrag zugeflossen ist, der sonst ans Festland abgegeben worden wäre. Im ganzen werden jedoch die Umsätze durchweg als für die Jahreszeit außergewöhnlich klein bezeichnet.

Die Berichte aus *Amerika* sprechen von bescheidenen neuen Preiserhöhungen für Halb- und Fertigzeugnisse, während Schrott eigenartigerweise in den letzten Wochen erneut verflaut ist. Die Beschäftigung der Werke hat sich in der letzten Zeit mit 55—56 % der Leistungsfähigkeit kaum verändert.

Die Metallmärkte

lagen *unsicher*; es kam meistens zu neuen leichten Rückgängen. Besonders gespannt scheint die Lage auf dem *Kupfermarkt*. Auch während der Berichtswochen hat zwar das Kartell seinen Nominalpreis aufrechterhalten, aber die Forderungen der Außenseiter sind wieder unter 10 cts, angeblich nicht selten bis zu 9½ cts (einmal wurde sogar von 9½ cts gesprochen) heruntergegangen, ohne daß diese Preise zu größeren Käufen angeregt hätten.

Die *Zinn-Statistik* ist für den März etwas günstiger ausgefallen als man erwartet hatte: Die sichtbaren Bestände haben um einige hundert Tonnen abgenommen. Aber die Nachfrage ist klein und der Markt gedrückt.

Nach dem Zusammenbruch der Pool-Politik auf dem *Bleimarkt* häufen sich die Nachrichten über neue Bemühungen, eine internationale Einigung zustande zu bringen, die den Markt etwas befestigten. Gegen ihr Gelingen spricht unter anderem eine während der nächsten Monate zu erwartende ziemlich beträchtliche Produktionssteigerung in Australien.

Der Baumwollmarkt

war lustlos. Es besteht noch keine Sicherheit darüber, wie sich das Farmamt im neuen Erntejahr verhalten wird. Seine Erklärungen sprechen zwar stets nur vom Weizen, nicht von der Baumwolle; aber die gespannte Finanzlage läßt vermuten, daß auch bei der Baumwolle die Tage dauernder Stützung gezählt sind. Die Feldarbeiten im Baumwollgürtel gehen bei verhältnismäßig günstiger Witterung flott weiter, wenn auch von einzelnen Seiten behauptet wird, sie zeigten merkbare Verspätung gegenüber dem Durchschnitt.

Die Stimmung auf den

Getreidemärkten

ist gedrückt geblieben, ohne daß allerdings die Preisveränderungen sonderlich bedeutend waren. In Europa sind mäßige Deckungskäufe vorgenommen worden, was die Cifpreise, besonders von Manitobaweizen, leicht hat anziehen lassen. Mit welchen Mitteln gearbeitet wird, um die Märkte in Stimmung zu versetzen, zeigt das Auftreten von Heuschrecken und Hessesfliegen in den... Chicagoer Kabeln, — zu einer Zeit, die Monate vor einer wirklichen Schädigungsmöglichkeit durch diese Tiere liegt. Die Berichte über den Stand der Saaten in der Union lauten ausgesprochen günstig. Auch bei der Frühjahrsanbaufläche scheint sich die Einschränkung in verhältnismäßig engen Grenzen zu halten. — Für das nächste Erntejahr waren beträchtliche Anbaueinschränkungen in *Australien* erwartet worden; nach den letzten Meldungen über starke Regenfälle in diesem Erdteil wird man aber annehmen müssen, daß die Landwirte diese seltene Gunst der Lage ausnutzen werden.

Über die Entwicklung der Dinge in *Deutschland* ist nichts Wesentliches zu sagen. Der erste Saatenstandsbericht bestätigt die schon vor Wochen erwähnten Schäden durch das ungünstige Märzewetter. Die Verschlechterungen gegenüber dem Vorjahr erreichen gelegentlich 4 bis 5 Punkte. Die Haltung des Markts ist insbesondere beim Weizen fest geblieben, weil die Herabsetzung der Vermahlungsquote auf 50 % keine Wirkung haben kann, wenn nicht gleichzeitig der Preis des Auslandweizens durch Ermäßigung des Zolles dem jetzigen Inlandsstande etwas angenähert wird. Auch die Heraufsetzung der Roggenaushmahlung von 60 auf 70 % konnte nicht wirken, so daß man zunächst ihr Inkrafttreten um eine Woche vorverlegt hat. Hierin zeigt sich die Zurückhaltung der ersten Hand besonders deutlich.

Die Effektenmärkte

Berliner Börse

Lebhafte Beteiligung des Publikums

Die Börse war in der Osterwoche *recht fest und auch etwas belebt*; erst in den letzten Tagen erfolgte ein kleiner Rückschlag. Die Belebung ist offenbar in erster Linie eine Folge des *Kupon-Termins*, der diesmal zusammenfiel mit den Dividendenausschüttungen bei einigen großen Unternehmungen, so daß recht beträchtliche Mittel zur Neuanlage in die Hände des Publikums flossen. Vor allem wirkte sich dieser Anlagebedarf natürlich auf dem Rentenmarkt aus, der eine kräftige und stätige Aufwärtsbewegung aufwies; erst in zweiter Linie war der Aktienmarkt beeinflusst. Immerhin haben sich aber auch hier diese Erscheinungen deutlich ausgewirkt, da sich die seit einiger Zeit zu verspürende Stärkung des Vertrauens weiter fortgesetzt hat und anscheinend wiederum *Fluchtkapitalien* in ge-

wissem Umfang zurückkehrten. Dazu kam, daß jetzt vielfach Hoffnungen auf eine *Diskontermäßigung* geäußert werden. Schließlich wurde technisch die Befestigung dadurch erleichtert, daß die Kulisse bisher der Aufwärtsbewegung skeptisch gegenüberstand, also nur geringe Engagements eingegangen waren, so daß die von außen kommenden Kaufaufträge auf einen verhältnismäßig leeren Markt stießen.

Auch einige *Einzelbewegungen* verliehen der Börse einen gewissen Impuls. Vor allem hat die Kursbewegung der *Farben-Aktie* die Spekulation stark angeregt. Nachdem noch vor kurzem Gerüchte von einer Dividendenermäßigung verbreitet waren, entstand jetzt umgekehrt die Meinung, daß sicherlich wieder mit 12 % zu rechnen sei. Teilweise wurde sogar von einem Sonderbonus oder von der Übernahme der Kapitalertragsteuer durch die Gesellschaft gesprochen. Auch tauchten Vermutungen auf, daß die Gesellschaft nach dem Muster der DD-Bank einen Aktienrückkauf durchführen werde. Alle diese Gerüchte fanden aber ein Ende durch eine Erklärung der I. G. Farbenindustrie, daß sie diesen Gerüchten fernstehe und sich die Entscheidung bis zu der am 2. Mai stattfindenden Aufsichtsratssitzung völlig offen halten müsse. Auch danach blieb aber ein anregender Faktor, nämlich die internationale Hydrierpatent-Gründung unter Beteiligung der I. G. Farbenindustrie. Immerhin ging infolge der Verwaltungserklärung ein Teil des Gewinnes wieder verloren. Recht lebhaft Kursbewegungen fanden ferner in *Ilse Bergbau-Aktien* statt, die zunächst von 193 auf 222 sprangen und dann auf 200 zurückfielen. Seit der letzten Generalversammlung erwartet die Kulisse, daß die rivalisierenden Aktienkäufer wieder einsetzen, daß also die Viag und die Petschek-Gruppe sich um das noch schwimmende Material bemühen werden. Diese Hoffnungen wurden verstärkt durch das Reichsgerichtsurteil in Sachen Victoria-Michael (vgl. S. 687), auf Grund dessen die Ansicht entstand, daß nun auch die Schutzaktien der Ilse mit mehr Aussicht als früher würden bekämpft werden können. Schließlich sollen auch in den letzten Märztagen tatsächlich Käufe der Viag-Gruppe erfolgt sein. Es wird aber behauptet, daß ihnen keine Aufkaufsabsichten zugrunde lagen, sondern daß sie anscheinend mit dem Bilanz-Termin der Viag zusammenhängen, die an einem hohen Börsenkurs der Ilse-Aktien am März-Ultimo Interesse hatte. Immerhin haben diese Behauptungen genügt, um eine große Mitläuferschaft herbeizulocken, die sich dann enttäuscht sah, als die angeblichen Käufe der Viag-Gruppe nicht fortgesetzt wurden.

Bevorzugt wurden ferner *Kali-Aktien*, weil der Märzabsatz des Kalisyndikats erstmals eine Besserung erkennen läßt, wenn sie auch saisonmäßig bedingt ist. Daneben erwartet man von bevorstehenden Bilanzveröffentlichungen im *Salzdetfurth-Konzern* Anregungen. Nicht ganz erklärlich waren die Kurssteigerungen von *Miag* und *Sarotti*, denn bei *Miag* fällt bekanntlich die Dividende aus, und bei *Sarotti* ist von der bevorstehenden Bilanzsitzung wohl eine Dividendenreduktion auf 7–8 % (i. V. 10 %) zu erwarten. Rückgängig waren *Continental Gummi*, da auch dort eine voraussichtlich 2 %ige Dividendenreduktion angekündigt wurde.

Frankfurter Börse

Über die Osterpause hinweg hat sich eine deutliche Tendenzschwankung entwickelt. Die letzten Tage vor Ostern hatten feste Börsen gebracht: Die Farben-Aktie überschritt 159 % gegenüber 152 % zu Beginn der Berichtszeit. Die Belegung des Stickstoffgeschäfts, Erwartungen einer 12 %igen Nettodividende, Vermutungen über eine Absetzung von 150 Mill. RM eigenen Aktien (zum Teil angeblich aus Interventionsbesitz einer Großbank) vom Kapital regten den Kurs dieses Papiers an. Es setzte jedoch ein beträchtlicher *Baissevorstoß* ein, als eine Erklärung der I. G.-Verwaltung bekanntgegeben wurde, daß „die Vermutung einer Dividendenreduktion verfrüht sei“. Diese Mitteilung brachte zunächst nur Unruhe auf dem Frankfurter Markt, da dort eine Dividendenkürzung gar nicht

vermutet worden war. Infolgedessen fiel der Kurs um volle 4 % auf 155 à 156 zurück. Dieser Rückgang zog fast den ganzen Aktienmarkt in Mitleidenschaft und schien der weiteren Hausse zunächst ein Ende zu bereiten. Zuvor hatten *Kunstseiden-Aktien* stark angezogen auf besseren Absatz und auf ein angebliches Näherrücken einer internationalen Kunstseidenkonvention; besonders *Bernberg* hatten endlich wieder den Paristand erreicht und überschritten, um dann freilich auf 96 % zurückzufallen. Eine starke Schwankung gab es in *Thüringer Elektrizitäts-Lieferung* (82 à 85 à 82½). Gesucht nach der Baisse auf Dividendenlosigkeit waren, anscheinend bei Deckungsbedarf, *Miag* (später 68 nach 56). *Zellstoffwerte* erholten sich stark: *Waldhof* bis 112 nach 105½, um freilich dann ebenfalls wieder auf etwa 110 % nachzugeben. Auch eine kräftige Steigerung in *Lahmeyer* (bis 135½) erfuhr später wieder ihre Korrektur (bis 131½). Sehr fest waren *Kalimerte* im Zusammenhang mit den günstigeren Absatzzahlen im März. *Pokorny & Wittekind* fanden einige Nachfrage, gaben aber später wieder nach. Recht matt lagen *Continental Gummi* wegen der erwarteten Dividendenreduktion von 9 auf 7 %; teilweise bestand keine Nachfrage (später 115½ nach zuletzt 124½). *Linoleum* waren vernachlässigt; es werden nur 6 % Dividende erwartet, der Kurs hielt sich bei etwa 93½ nach 96. *Neckarwerke Eßlingen* waren auf Dividendenermäßigung gedrückt, 105½ nach 110. *Junghans* gaben, nachdem die Fusionsverhandlungen in der Uhrenindustrie zunächst Anregung geboten hatten, von 39 auf 34½ nach. *Holzmann* zogen auf etwa 100 (plus etwa 6), als die bevorstehende Dividendenzahlung von 8 % bestätigt wurde. Nachfrage erhielt sich für Frankfurter Hypothekenbank, 158½ nach 155. Auf dem *Einheitsmarkt* waren bei Materialmangel zeitweise gestrichen Süddeutsche Immobilien (später wieder 24), Knorr Heilbronn (170 nach 160, dann aber wieder 162), Beck & Henkel (später 28 à 27 nach 24). Mangels Interesses waren gestrichen Voigt & Haefner, Ettlinger Spinnerei, Vereinigte Kunstwerkstätten, Parkbrauereien (Schätzung 93), nach Briefstreichung Vereinigte Pinselfabriken (25 nach 37½) und Bremer Ölfabriken (48 nach 51). Schramm Lackfabriken sanken unter dem Eindruck des Geschäftsberichts auf 32½ à 55 nach 56½. Im *freien Verkehr* kam es zu einer stärkeren Bewegung in Kleyer-Aktien, da man — etwas verfrüht — die Wiedereinführung in den offiziellen Markt erwartet. Der Kurs stieg von 51 auf 65, sank aber wieder auf 60. Auf dem Versicherungsmarkt sanken Allianz Leben von 200 auf 192 RM; Allianz und Stuttgarter Verein setzten jedoch ihre Steigerung auf 218 (nach 211) RM fort.

	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.
Dt. Effecten- u. Wechselbank ..	94½	94½	94½	94½	94½	94½
Frankfurter Bank ..	92½	92½	93	93	93	93
Frankfurter Hypotheken-Bank ..	152	153½	155	158	158	158½
Cementwerk Heidelberg	77½	79½	81	81½	81½	83½
Scheideanstalt	133	—	133½	133½	135	132½
Frankfurter Hof	40	40	40	40	40	40
Hanfwe. Füssen-Immenstadt ..	—	54¼	54	54	—	56
Henninger Brauerei	—	124	124	—	—	—
Hochtel	77	78	78	79	80	80
Holzmann	—	—	92¼	93	94½	95
Main-Kraftwerke	75	78	74	71¾	72	72
Metallgesellschaft	75	—	74	74	76¾	77
Maschinenfabrik Moenus	25¼	25½	25½	25½	25¼	—
Ludwigshafener Walzmühle ..	56½	55¾	—	—	53½	53¾
Tellus. Bergbau u. Hüttenind. ..	40	40	40	—	41	—
Verein f. chem. Industrie.	66¼	—	66½	66¼	67	66¾

Hamburger Börse

Trotz der dreitägigen Geschäftsunterbrechung war die Stimmung vor den Feiertagen bei mittleren Umsätzen recht freundlich; auch nach dem Fest blieb die Grundtendenz stetig. Die Umsätze waren zwar im allgemeinen nicht erheblich, um so beachtlicher ist jedoch die Widerstandsfähigkeit der Kurse. Für *Schiffahrtswerte* hat das Interesse offensichtlich etwas nachgelassen. Das Geschäft konzentriert sich fast ausschließlich auf *Hapag* und *Lloyd*, und auch hierin waren die Umsätze geringer als in den Vorwochen. Man beginnt, die Lage der Gesellschaften etwas stärker unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Schiffahrtsentwicklung zu beurteilen und legt sich entsprechend größere Zurückhaltung auf. *Hapag*

waren mit 73 und Norddeutscher Lloyd mit 75% etwas höher. *Hamburg-Süd*-Aktien blieben mit 122 ziemlich unverändert gesucht. Die Börse ist zwar etwas beunruhigt, weil die Verwaltung immer noch nicht den Bericht vorgelegt hat, und sie ist überdies enttäuscht, weil es statt der zu erwartenden völligen Vereinheitlichung der deutschen Südamerikadienste nur zu einem Betriebs- und Gewinnpool der beteiligten Reedereien unter Beibehaltung der bisherigen Flaggen und Organisationen kommen dürfte. Der Kurs wird jedoch trotzdem gehalten, weil immer noch ein gewisses Découvert besteht und überdies die Aktienverteilung müheelos jede gewünschte Kursregulierung erlaubt. *Hansa* wurden mit 97 und 98 gesucht. Unter 102 war jedoch kein Briefkurs zu hören. Die Aktien der *Flensburger Schuld-Reedereien* waren auf Grund der recht ungünstigen Abschlüsse zu letzten Kursen angeboten. Rein börsenmäßig besteht für die Aktien nach der Umorganisation kaum noch nennenswertes Interesse. *Afrika-Reedereien* blieben mit 40 und 41 gesucht. Von sonstigen Verkehrswerten waren *Hamburger Hochbahn* mit 74% rund 1% höher. — *Lübeck-Büchener* wurden verschiedentlich mit 46 bezahlt, sie konnten also von dem vorwöchentlichen Verlust wieder 4% einholen. *Bergedorf-Geesthachter* waren mit 29 und 38 etwas höher gesucht. — Auf dem Markt der Bankwerte wurden *Hamburger Hypothekenbank* vorübergehend mit 140, also 6% höher, bezahlt. Sie gaben allerdings gegen Schluß wieder 2% nach. Mit der Gemeinschaftsgruppe ist inzwischen ein Abkommen getroffen worden, das die Unabhängigkeit des *Hamburger Instituts* absolut sicher stellt. Gleichzeitig hat das dem Aufsichtsrat angehörende *Bankkonsortium* ein Aktienpaket im Nennwert von 1 Mill. RM erworben, das sich bislang im Besitz der Berliner und *Hamburger Opposition* unter Führung der hiesigen Bankfirma *Ludwig Tillmann* befand. Der Verkaufskurs soll bei etwa 150 liegen. Danach verfügen die Verwaltungsbanken über die absolute Majorität, überdies dürften die formal nicht ganz unbegründeten Anfechtungsklagen der jetzt desinteressierten *Opposition* zurückgezogen werden. Ob die Verwaltung noch auf die Durchführung der zum Teil wohl auch als Schutzmaßnahme anzusehenden Kapitalerhöhung von 9 auf 12 Mill. RM Wert legt, ist bei der veränderten Sachlage zweifelhaft. *Vereinsbank* stiegen um 1½% auf 100%, *Lübecker Commerzbank* um 3% auf 104.

Karstadt-Aktien hatten größere Umsätze als in den Vorwochen. Die starken Schwankungen blieben weiter bestehen. Es fiel besonders auf, daß bei erhöhten Kursen *Berlin* jeweils größere Posten abgab und dadurch den Kurs entsprechend zurückwarf. Trotzdem war der Schlußkurs mit 64 um 5% höher. Die Kulisie trat verschiedentlich als Käufer auf, da sie die Dividendenaussichten offenbar wieder optimistischer beurteilt. — Von Brauereiwerten waren *Bill-Bräu* mit 195, *Holsten* mit 122½ und *Elbschloß* mit 95 B je 1% niedriger. — Von Zementwerten waren *Hemmoor* mit 127 1% und *Alsen* mit 117 3% höher gesucht, während der Geldkurs für *Breitenburger* mit 75 5% niedriger liegt. Im übrigen waren fester: *Markt- und Kühlhallen* 137 (+3), *HEW* 121 (+2), *Genschow* 60 G (+2), *Wiemann Leder* 102½ (+1½), dagegen schwächer: *Harburg-Phönix* 54 (—1), *Triton* 50 (—2), *Nordsee* 154 G (—1), *Stader Leder* 62½ (—1).

Auf dem Markt der Kolonialwerte kam es noch gelegentlich zu Umsätzen in *Neu Guinea*, die eigentliche Bewegung ist jedoch anscheinend vorüber. Die Anteile blieben mit 310 angeboten. *Kamerun Eisenbahn* sind mit 43 etwas höher gesucht. Von unnotierten Werten waren *Salitrera* mit 99 4% höher, *Doag* stiegen um 3% auf 63. *Capco Shares* standen dagegen mit 39 um 3 niedriger. Von sonstigen unnotierten Werten waren *Norddeutsche Hochsee-Fischerei* mit 104 4% und *Hochsee-Fischerei Nordstern* mit 54 6% niedriger zu haben. Im übrigen waren fester: *Deutsche Werft* 71 (+2), *Descshimag* 25 (+1), *Kaffee Hag* 156 (+10), dagegen schwächer: *Deutsche Pe-*

troleum 61 (—2), *Stettiner Öl* 44 (—4), *Oldenburg-Portugiesische* 72 (—4), *New York Hamburger Gummiwaren Comp.* 121 (—2).

	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.
Deutsch-Ostafrika-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	40G
Woermann-Linie	40G	40G	40G	40G	40G	41G
Flensburger Dampfercomp.	143G	143G	143 bz	144B	144B	144B
Bavaria- u. St. Pauli-Brauerei	197B	197B	198B	195B	195B	195B
Bill-Brauerei						
R. Dolberg	74G	75G	75G	74G	74G	74B
Eisenwerk Nagel & Kaemp.						
Flensburger Schiffsbau G.	101G	101G	101 bz	101G	102G	102,50B
Lederwerke Wiemann	34,60G	34,50G	34,50G	34,50G	34,50G	34,50G
Chem. Fabrik Harburg-Staßfurt						
Transp.-AG (vorm. Hevecke)	94B	91B	94B	94B	94B	93B
Malzfabrik Hamburg	24G	24G	24G	24G	24G	23,5G
Schwartauer Werke	50G	50G	50G	50G	50G	50G
Jaluit-Gesellschaft	35G	35G	35G	30G	30G	30G
dto. Genußscheine	80G	80G	80G	80G	80G	80G
Deutsche Hand. u. Plant. Ges.	40G	40G	40G	40G	40G	40G
dto. Genußscheine						

Pariser Börse

Die abgelaufene Börsenwoche, die mit dem Ultimo begann und durch vier Feiertage unterbrochen wurde, hat sich von ihrer Vorgängerin kaum unterschieden; es sei denn, daß sich die ungünstigen Momente leicht verschärften, während die günstigen vollkommen ausfielen. Das Geschäft ist nach langer Lustlosigkeit vollkommen in Lethargie verfallen. Die Makler hatten kaum noch Abschlüsse zu verzeichnen. Eine Ausnahme bildeten lediglich die beiden Gruppen der französischen Renten und der Goldgruben-Werte, die immer noch lebhaftes Geschäft zu verzeichnen hatten, wenn auch hier, gegenüber der Vorwoche, ein deutlicher Rückgang zu verspüren war. Die allgemeine Tendenz blieb abgeschwächt, die Kursbewegung schließt im Saldo der Woche beinahe überall mit neuen, leichten Einbußen.

Die Ultimoliquidation, mit der die Börsenwoche einsetzte, gab keinen Anlaß zu irgendwelchen Positionsänderungen. Sie unterschied sich von der Medioliqidation nur dadurch, daß die Zahl der Depots geringer und ihr Ausmaß kleiner waren. Reportgeld war wie früher leicht und reichlich zu haben. Die Spekulation hat sich vollkommen reserviert verhalten. Sie beschränkte ihre Tätigkeit auf die Arbitrage mit London, wobei Suez erneut beträchtlich an Terrain verloren, während die Goldgruben neue Gewinne verzeichnen konnten.

Die Börsenkundschaft verharret weiter in Teilnahmslosigkeit. Ihr Interesse ist vollkommen absorbiert durch die sich häufenden Obligations-Emissionen. Wäre nicht die außenpolitische Unsicherheit, unter der auch die Kurse der Young-Anleihe schwer zu leiden hatten, so würde sie sich wahrscheinlich noch intensiver der Renten und Staatspapiere annehmen. So aber blieb auch hier das Geschäft mehr als ruhig. Die Dawes-Anleihe ging auf 12 800, die Young-Anleihe auf 327 zurück. Die Bankwerte lagen im allgemeinen schwach. Es nutzte nichts, daß die Bank Bouil-loux-Lafont ihre Schalter wieder öffnen konnte, nachdem sie die nötige Unterstützung beim Crédit Commercial, bei Rothschild und Lazard Frères sowie bei der Union Parisienne gefunden hatte. Eisenbahn-Aktien blieben vernachlässigt, zumal sich die Einnahmen seit Jahresbeginn um durchschnittlich 11,3% vermindert haben. Schiffahrtswerte konnten sich leicht erholen; die Nachricht, daß sich die Transatlantique, über die recht pessimistische Gerüchte im Umlauf waren, mit den Chargeurs Réunis zu einer Betriebsgemeinschaft zusammenschließen will, hat eine schüch-

	28. 3.	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.
3% Staatrente 1)	88,20	88,10	88,80	88,65	88,40	88,65
6% (1927)	105,70	106,00	105,05	106,25	106,65	106,90
Banque de France 2)	18310	18200	18950	18300	18110	17900
Crédit Lyonnais 3)	2560	2560	2575	2560	2555	2520
Banque de Paris et des Pays-Bas 4)	2345	2360	2320	2320	2300	2285
Paris-Lyon-Méditerranée 5)	1560	1545	1555	1560	1551	1550
Aciéries de Longwy 6)	1200	1175	1175	1180	1175	1169
Schneider & Cie (Creusot) 7)	1755	1740	1765	1750	1735	1750
Mines de Lens 8)	820	813	815	815	805	795
Cie. Paris. de Distrib. d'Electr. 9) ..	2320	2285	2315	2300	2285	2270
Thomson-Houston 10)	617	605	610	610	605	608
Etablissements Kuhlmann 11)	625	622	618	608	595	600
L'Air Liquide 12)	1070	1048	1050	1045	1035	1008
Pechiney 13)	2080	2050	2050	2020	1980	1975
Citroën 14)	728	665	715	702	690	675

Nominalwert der Stücke: 1) Fr 100, 2) Fr 1000 3) Fr 500, 4) Fr 400, 5) Fr 250

terne Aufwärtsbewegung auf diesem Marktgebiet bewirkt. Die Elektrizitätsaktien, die bisher immer noch das glänzendste Teilgebiet der Pariser Börse gebildet hatten, konnten die abgelaufene Woche nicht ganz ohne Schaden überstehen. Wenn sich auch die Kurse meistens gut behaupteten, so sind doch hier und da empfindliche Einbrüche zu verzeichnen. Die chemischen Werte liegen etwas besser, da sich der Frühjahrsabsatz in künstlichen Düngemitteln als nicht so schlecht erwiesen hatte, wie befürchtet wurde. Die Industriewerte lagen allgemein gedrückt; die Bergwerksaktien konnten ihre vorherige Erholung nur mit Mühe behaupten. Die Auslandswerte lagen im Zusammenhang mit der Baisse in New York durchweg schwach, ohne allerdings allzuviel an Terrain einzubüßen.

Londoner Börse

Das Ziel, das sich Montagu Norman bei seiner Reise in die Vereinigten Staaten gesetzt hat, und dem die Botsprechungen dienen, die er in den letzten Tagen mit dem neuen Leiter des Federal Reserve Systems Meyer, mit Hoover, Harrison, Owen Young und I. P. Morgan hatte, besteht anscheinend in der Gründung einer neuen Bank zum Zweck des internationalen Kapitalausgleichs. Gedacht ist an eine Art Investment Trust mit einem Kapital von 100 Mill. \$, der unter Mitwirkung der Zentralnoteninstitute und der großen internationalen Banken zustande kommen soll. Es ist eine Art Konkurrenzunternehmen zu der in mancher Hinsicht durch ihre Satzungen behinderten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der gerade von England aus viele Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden waren und die nun zur Mitarbeit an dieser neuen Gründung herangezogen werden soll. Als Kapitalbedarfsländer werden Südamerika, Australien und Zentraleuropa, dagegen nicht Rußland genannt. Ob der Plan gelingt, hängt in erster Linie vom Verhalten des amerikanischen und vor allen Dingen des französischen investierenden Publikums ab.

In London ist die Emissionstätigkeit ziemlich gering. Im ersten Quartal wurden 45 gegen 70 Mill. £ im Vorjahr aufgelegt. Im März ist der Emissionsbetrag besonders gering gewesen; zudem sind die Underwriters auf einigen Emissionen vollkommen sitzen geblieben. So ist z. B. die Anleihe für Griechenland total mißglückt, ferner ist die englische Tranche der Cosach-Anleihe zu mehr als 90 % nicht gezeichnet worden. Ferner ist die 1 Mill. £-Anleihe der Derby Corp. schlecht untergebracht, und schließlich war die Emission der Lancashire Cotton Corp. in 6½ %ige Schuldverschreibungen ein glatter Mißerfolg: Es sollen nur 4 % des Betrages vom Publikum aufgenommen worden sein. Das Ergebnis ist besonders bemerkenswert deshalb, weil es sich um die erste Anleihe handelt, die unter dem Schutz der Bankers Industrial Development Co. — des Tochterinstituts der Bank von England zur Rationalisierung der englischen Industrie — aufgelegt worden ist. Die Abneigung gegen Schuldverschreibungen der Baumwollindustrie und dazu die verhältnismäßig kurze Laufzeit haben den geringen Erfolg verschuldet.

Auf dem Geldmarkt kam es zu einer äußerst starken Anspannung. Die Bank mußte mit größeren Mitteln zu Hilfe kommen. Sie konnte ihre bisherige Politik, Wechsel abzugeben, um die Banksätze zu erhöhen, aufgeben und auch selbst in größerem Umfange Wechsel (in erster Linie Junifälligkeiten) erwerben. Auch die Rückzahlung der Verschuldung an die Bank hat die Sätze erneut gehoben, obwohl Dividenden- und Zinszahlungen inzwischen auf den Markt gelangt waren. Der Privatskont notierte etwas höher mit 2½ %. Dabei sind der Bank weitere Golderwerbungen geglückt, und da in der nächsten Woche Goldsowereignis aus Südafrika erwartet werden und überdies auf den offenen Markt größere Posten Barrengold gelangen, so ist mit einem ziemlich stetigen Anwachsen des Goldbestandes der Bank für die nächste Zukunft zu rechnen.

Zwischen Karfreitag und Dienstag ist die Börse ausgefallen. In der kurzen Periode, die für das Geschäft übrig-

blieb, war die Umsatztätigkeit gering, das Kursniveau jedoch einigermaßen gehalten und jedenfalls ziemlich weitgehend von New York emanzipiert. Britische Anleihen konnten einigen Nutzen daraus ziehen, daß das Defizit geringer ausfällt als man früher erwartet hatte. Unter den ausländischen Anleihen ist die Erholung der Young-Anleihe von 77¼ auf 80 die auffälligste Bewegung. Die übrigen deutschen Anleihen konnten gleichfalls gewisse Kurserholungen geringeren Ausmaßes verzeichnen. Internationale Werte waren schwach in Übereinstimmung mit Wallstreet. Gedrückt lag der Markt der Textilaktien unter dem Einfluß der mißglückten Baumwollanleihe, relativ unverändert dagegen Kunstseidenwerte bis auf British Enka.

	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.
4½ Funding Loan	91¼/16	91¼/16	92¼/16	92¼/16	92¼/16	93
London Midl. & Scot. Ord.	25¼/16	25¼/16	25¼/16	25¼/16	25¼/16	25¼/16
Central Argentine Ord.	60¼/16	59¼/16	59¼/16	57¼/16	59¼/16	58¼/16
De Beers Cons. Mines Def.	5¼/16	5¼/16	5¼/16	5¼/16	5¼/16	5¼/16
Burmah Oil Co.	2¼/16	3¼/16	3¼/16	3¼/16	3¼/16	3¼/16
Anglo Dutch Plantation ..	17 3/8	17 3/8	17 0	18 1/16	18 1/16	18 3/8
Courtauld	31 3/8	31 10¼/16	32 3/8	32 3/8	32 3/8	32 3/8
Imperial Chemical Industr.	16 1¼/16	16 3/8	16 4¼/16	16 1/16	16 4¼/16	16 1¼/16
Vickers	84 0	71 10¼/16	71 1¼/16	71 1¼/16	84 0	84 0
Rio Tinto Ord.	27¼/16	27¼/16	27¼/16	27¼/16	27¼/16	27¼/16
Aktienindex 1928=100	87.1	87.1	87.1	87.2	87.2	—
Abschlüsse total	6667	4 48	5119	4546	4358	—
Staats- u. Kommunallanl.	15.5	1333	1378	1386	1380	—
Verkehr u. Public Utilities	1017	799	844	788	679	—
Handel u. Industrie	1731	1685	1608	1308	1306	—
Bank. Versicherung	697	502	532	319	409	—
Minerwerte	490	493	612	564	424	—
Gelwerte	133	92	115	136	117	—
Gummi, Tee, Kaffee	107	114	76	48	58	—

*, ex div.

New Yorker Börse

Die Börsenentwicklung geht seit einigen Wochen beinahe den umgekehrten Weg, wie der Verlauf der Wirtschaftslage sonst: In der Berichtszeit lauteten die Meldungen über die Wirtschaft einigermaßen befriedigend, an der New Yorker Börse aber war bis auf den 4. April ein Tag immer schlechter als der andere. Überwiegend wird in der Wirtschaft von einer Erholung über den Tiefstand hinaus gesprochen und eine, mit allem Vorbehalt, günstige Prognose für die nächsten Monate gestellt. Einige weniger befriedigende Daten — beispielsweise die Tatsache, daß die Entwicklung der Eisenindustrie nicht den Erwartungen gemäß vor sich gehe, oder die Zahlungseinstellung zweier kleiner Banken im Staat New Jersey — gelten als kompensiert durch einen neuerlichen Aufruf Hoovers, in dem zur Beibehaltung der bisherigen Löhne aufgefordert wurde und, nicht zum ersten Male, versichert wird, daß die Krise in zwei Monaten überwunden sei.

Vorübergehend ist eine Call Geld-Versteifung eingetreten. Sie geht auf den erhöhten Geldbedarf zu Ostern zurück. Der Zahlungsmittelumlauf hat sich natürlich gesteigert. Die gesamte Geldzirkulation hat sich von 4547 auf 4621 Mill. \$ erhöht, in der Hauptsache infolge des Bedarfs zur Auszahlung des Veteranen-Bonus. Daß unter diesen Umständen keine stärkere Anspannung auf dem Geldmarkt entstanden ist als ein Anziehen des Satzes auf 2½ %, liegt daran, daß die Bundes-Reserve-Banken ohne größere Zinsforderungen ihren Bestand an angekauften Wechseln verdoppelt haben (von 83 auf 167 Mill. \$). Der Goldbestand ist wiederum gewachsen. Dagegen haben die Maklerkredite von neuem einen kleineren Rückgang erfahren. Die Höhe von Darlehen an Börsenmitglieder gegen Aktiensicherheit am 1. April wird mit 3,58 % des Kurswertes aller an der Börse notierten Aktien angegeben, deren Wert sich auf 53 336 Mill. \$ beziffert. Einige Emissionen sind erfolgreich untergebracht worden. 35 Mill. \$ des Staates New York sind zu dem niedrigsten Zinssatz emittiert worden, den der Staat seit 25 Jahren anzulegen hatte. In der Mitte dieses Monats wird das Schatzamt 275 Mill. \$ Zertifikate auflegen, die eine Laufzeit von 8 Monaten haben sollen und zu dem niedrigen Satz von 1½ % verzinst werden.

Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien	Tag	30 Industrieaktien	20 Eisenbahnaktien
31. 3. 31	172.32	96.91	4. 4. 31	172.21	95.78
1. 4. 31	170.71	95.25	6. 4. 31	170.55	95.19
2. 4. 31	169.89	95.38	7. 4. 31	167.08	94.85

Die Börsentendenz ist weiter schlecht geblieben. Am letzten Tage des März trat eine Kursbefestigung ein, die eine Folge umfangreicher Deckungen war, und am Ostersonnabend erfolgte aus denselben Gründen erneut eine kleine Aufwärtsbewegung, aber an den Tagen dazwischen und danach ist es zu starken Abgängen und erheblich sinkenden Kursen gekommen. Was seit Januar gewonnen war, ist zu drei Vierteln wieder verloren gegangen. Die Gründe sind nicht recht ersichtlich. Die Wirtschaftslage ist bestimmt nicht schlechter als im Januar. Die Börsenkredite sind etwas größer geworden, haben aber kein bedrohliches Ausmaß angenommen. Dauernden nachhaltigen Druck üben die fortwährend eintretenden ungünstigen Jahresabschlüsse aus. In der letzten Woche sind zudem wiederum bei einer ganzen Reihe von Bahnen starke Mindereinnahmen gegenüber den entsprechenden Vorjahrszahlen bekannt geworden. Schwach lagen Eisen- und Stahlwerte, da hier von einem Rückgang der Saisonaufwärtsbewegung die Rede war. So fielen U. S. Steel von 139% auf 135%. Besonders verstimmt hat die Dividendenreduktion bei Industrial Alcohol, die von 48 auf 41% heruntergingen. Im Zusammenhang damit gaben auch die übrigen chemischen Werte stärker nach. Allied Chemical, die zu Anfang der Woche 142% notierten, gingen bis zum 6. April auf 135% zurück. Erhöhte Abgaben machten sich wiederum bei Public Utilities bemerkbar (American Water Works 58% statt 64, International Tel. & Tel. 32% statt 35%), und bei Eisenbahnwerten (Atchison Topeka 181 statt 185, Union Pacific 179% statt 184%, New York New Haven 79 statt 83).

	31. 3.	1. 4.	2. 4.	4. 4.	6. 4.	7. 4.
U. S. Steel Corporat.	139 3/4	139 1/8	138 1/2	139 7/8	136 7/8	135 5/8
American Can Co. . .	123 1/4	122 1/4	121 1/2	122 5/8	121 1/2	119 1/2
Anaconda Copper . .	33	32 5/8	32 3/4	33	32 3/4	31 3/4
General Motors . . .	42 1/2	42 3/4	4 3/4	44	43 3/8	42 3/8
Chrysler	21 1/8	20 3/4	20 5/8	21 3/8	21 1/8	21 1/8
General Electric . . .	48 1/8	48 1/8	47	47 3/4	46 3/4	45 1/4
Am. Tel. & Telegr. . .	188 1/8	187 1/4	187 1/4	189	188	187
Radio Corporation . .	217 1/8	22	21 5/8	22 1/4	21 7/8	21 1/8
Allied Chemical . . .	142	140	135	134 1/4	135 1/4	132 1/4
Standard Oil N. J. . .	41 7/8	41 1/4	41 1/4	41 3/4	41 3/4	42 1/4
Woolworth	62 1/8	62	62 1/4	63	62	60 3/4
Pennsylv. - Railr. Co.	56 1/4	56 1/4	55 1/4	56 1/4	56 3/8	55 1/3
Aktienumsatz (1000)	2400	2300	2500	900	1600	2200

Statistik

Reichsbank-Ausweis

(Mill. RM)	7. 4. 1931	31. 3. 1931	7. 3. 1931	7. 4. 1930
Aktiva				
1. Noch nicht begebene Reichsbankanteile	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Goldbestand (Barren, Gold) so- wie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 1892 RM berechnet	2 343,644	2 323,403	2 235,393	2 544,427
und zwar:				
Goldkassenbestand	2 136,006	2 115,765	2 077,755	2 394,639
Goldpfund unbelastet bei ausländ. Zentralnotenbanken . .	207,638	207,638	207,638	149,788
3. Deckungsfähige Devisen	165,005	188,055	189,424	350,286
4. Reichsschatzwechsel	48,500	141,530	16,237	17,140
5. Sonstige Wechsel und Schecks	1 975,360	1 950,920	1 842,293	2 027,022
6. Deutsche Scheidemünzen . . .	141,228	157,157	166,163	126,385
7. Noten anderer Banken	9 119	4 144	16,237	1 847
8. Lombardforderungen	155,219	274,072	84,608	55,326
darunter Darlehen auf Reichsschatzwechsel	0,001	0,001	0,001	0,046
9. Effekten	1) 102,690	1) 102,602	1) 102,24	93,133
10. Sonstige Aktiva	511,832	476,460	519,533	511,644
Passiva				
1. Grundkapital:				
a) begeben	122,788	122,788	122,788	122,788
b) noch nicht begeben	177,212	177,212	177,212	177,212
2. Reservefonds:				
a) gesetzlicher Reservefonds . .	53,915	53,915	53,915	53,915
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung . .	46,224	46,224	46,224	46,224
c) sonstige Rücklagen	271,000	271,000	271,00	271,000
3. Betrag der umlaufenden Noten .	4 377,850	4 435,672	4 144,8	4 567,390
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	312,848	387,452	301,308	519,414
5. Sonstige Passiva	258,572	281,402	338,962	159,479
Bestand an Rentenbankscheinen	33,9	6,8	44,6	45,4
Umlauf an Rentenbank scheinen	412,0	439,1	415,7	334,1
Deckungsverhältnis %	57,3	56,4	59,5	63,4
Diskontsatz %	5	5	5	5
Lombardsatz %	6	6	6	6

1) Darunter ca. 8 Mill. RM Pflichteinzahlung der Reichsbank auf ihren Kapitalanteil bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich.

Preußische Staatsfinanzen im Februar 1931

(Mill. RM)	Haus- halts- soll + Vor- jahrs- reste	Febr. 1931	Jan. 1931	1. April 1930 bis 28. Febr. 1931
A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben				
Aus dem Vorjahr:				
a) Zur Deckung restlicher Verpflichtungen aus dem Vorjahr zurückgestellte Restbestände	177,872			
b) Zur Deckung des Fehlbetrages des Rechnungsjahres 1929 sind erforderlich	17,640			
Bestand	180,032			
I. Einnahmen				
1. Steuern:				
a) Landesteile (ohne b) 2)	1 840,170	139,149	144,680	1 474,883
b) Anteile der Gemeinden (Gemeindeverbände) usw.	1 686,567	121,915	126,197	1 341,475
Steuern insgesamt	3 526,737	261,064	270,877	2 816,358
2. Überschüsse der Unternehmungen und Betriebe	69,985	— 0,700	2,377 ³⁾	31,168
davon Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe	1,799	— 0,342	— 0,033	—
Verbleiben	68,186	— 0,358	2,410	31,168
3. Sonstige Einnahmen:				
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	217,753	17,141	15,180	164,940
Ubrige Landesverwaltung 4)	31,328	1,704	2,162	19,909
Einnahmen insgesamt	457,516	39,129	38,211	401,557
(abzüglich der Steuerüberweisungen an Gemeinden usw. und der Zuschüsse an Unternehmungen und Betriebe)	2 614,953	196,765	202,643	2 092,457
II. Ausgaben				
1. Justiz 5)	380,535	29,687	29,833	324,853
2. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	797,212	57,207	60,326	666,354
3. Wirtschaftende Arbeitslosenfürsorge	—	—	—	—
4. Wohnungswesen	183,779	11,486	13,053	128,583
5. Schuldendienst	83,738	7,040	18,086	58,783
6. Versorgungsgebühren	209,110	17,256	18,476	199,445
7. Sonstige Ausgaben 6)	935,291	69,693	81,206	801,407
Angaben insgesamt	2 589,670	192,359	219,977	2 179,830
Mithin: Mehrausgabe	—	—	17,334	87,873
Mehreinnahme	25,283	4,456	—	—
B. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Aus dem Vorjahr:				
Mehrausgabe	RM 22,580			
I. Einnahmen				
Insgesamt	—	—	28,386	14,722
darunter: (Anleihen)	—	—	(28,386)	(14,722)
II. Ausgaben				
1. Landeskulturwesen	—	0,397	0,697	33,077
2. Verkehrswesen	—	0,809	0,116	5,462
3. Wirtschaftende Arbeitslosenfürsorge	—	1,616	1,981	30,491
4. Wohnungswesen	—	—	—	—
5. Sonstige Ausgaben der Hoheitsverwaltungen	—	—	—	—
6. Zuschüsse und Neuinvestitionen für Unternehmungen und Betriebe, sowie Vermögen	—	0,586	— 0,045	6,739
darunter: Domänen und Forsten	—	0,265	— 0,045	6,374
Bergwerke	—	—	—	—
Verkehrsunternehmungen	—	—	—	—
Elektrizitätswerke	—	—	—	—
Angaben insgesamt	—	3,901	2,745	75,768
Mithin: Mehrausgabe	—	3,901	31,137	61,047
Mehreinnahme	—	—	—	—
C. Abschluß				
I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben				
Bestand aus 1929				160,032
Mehreinnahme April 1930 bis Februar 1931				87,323
zusammen Mehreinnahmen				247,355
II. Einnahmen und Ausgaben auf Grund von Anleihegesetzen				
Vorschuß aus 1929				22,580
Mehreinnahme April 1930 bis Februar 1931				61,047
zusammen Mehreinnahme				83,627
Bleibt Bestand				10,968
D. Stand der schwebenden Schulden Ende Februar 1931				
Schatzanweisungen				251,19
Darunter auf Grund von Anleihegesetzen				51,190

1) Hier sind die planmäßigen Einnahmen und Ausgaben und die außerplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben (ausschl. Anleihefonds) berücksichtigt. — 2) Ohne die am Schlusse des Rechnungsjahres 1929 verbliebenen und 1930 zur Ausschüttung kommenden Restbeträge an Kraftfahrzeugsteuer von 4,227 und an Gesellschaftsteuer von 1,338. — 3) Davon 23 784 Überschüsse der Forstverwaltung bis Ende März 1930 aus dem seit 1. Oktober 1929 laufenden Forstwirtschaftsjahr 1930. — 4) Ohne Einnahmen bzw. Ausgaben an Steuern und an hinterlegten Geldern bei der allgemeinen Finanzverwaltung. — 5) Ohne Versorgungsgebühren.

Deutsche Reichsfinanzen im Februar 1931

(Mill. RM)	Haush.- Soll u. Rechn.- Soll der Vorjahr- reste	Febr. 1931	Jan. 1931	1. April 1930 bis 28. Febr. 1931
A. Ordentlicher Haushalt				
Fehlbetrag am Schluß des Rechnungsjahres 1929	465,0			
I. Einnahmen:				
1. Steuern, Zölle und Abgaben	10 265,6	632,1	1 047,1	8 557,4
2. Dividende aus Reichsbahn-Vorzugsaktien	51,2	—	—	50,6
2a. Zuschuß des außerordentlichen Haushaltes aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn	150,0	—	—	—
3. Überschüsse der Post und der Reichsdruckerei	186,5	10,0	—	101,5
a) Post	4,4	—	—	—
b) Reichsdruckerei	31,0	0,7	0,8	25,8
4a. Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank	40,0	—	—	—
5. Reparationssteuer der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55,0	605,0
6. Sonstige Verwaltungseinnahmen	61,4	1,4	4,3	30,5
a) Arbeitsministerium	16,0	1,1	1,4	14,5
b) Wehrministerium	19,3	1,6	1,7	18,5
c) Justizministerium	34,0	2,2	3,5	35,1
d) Verkehrsministerium	82,1	5,6	7,3	66,4
e) Finanzministerium	30,5	4,8	2,4	42,3
f) Übrige Reichsverwaltung	1163,2	711,7	1 123,5	9 547,6
Einnahmen				
II. Ausgaben:				
1. Steuerüberweisungen an die Länder	3 387,3	206,4	325,0	2 899,7
2. Bezüge der Beamten und Angestellten (ausschl. Ruhegehälter s. 3.)	858,3	65,9	69,1	762,7
3. Versorgung und Ruhegehälter einschl. der Kriegesbeschädigtenrenten	1 749,3	136,8	141,5	1 608,1
4. Innere Kriegslasten	364,3	17,6	40,5	264,1
5. Reparationszahlungen	1 047,9	81,7	1) 81,9	933,0
a) aus der Reparationssteuer der Diach. Reichsbahn-Gesellschaft	660,0	55,0	55,0	605,0
b) Sonstige äußere Kriegslasten	109,3	9,1	2) 9,0	99,8
7. Sozialversicherung	441,2	34,6	37,7	410,8
8. Knappschaft	75,0	—	—	10,5
9. Invalidenversicherung	50,0	—	—	—
10. Kleinrentnerfürsorge	35,0	9,0	—	35,0
11. Krisenunterstützung	300,0	44,7	37,5	318,5
11a. Zahlung an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung zur Abgeltung der bei Durchführung der Krisenfürsorge entstehenden Kosten	11,0	2,2	5,2	11,5
12. Wertschaffende Arbeitslosenfürsorge	46,4	1,1	3,2	44,9
13. Notstock f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	50,0	—	—	50,0
14. Arbeitslosenversicherung	184,0	77,9	64,5	373,6
15. Darlehen f. Reichsanstalt f. Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung	140,0	—	—	140,0
16. Reichsschuld:				
a) Verzinsung und Tilgung	187,3	11,3	16,5	134,2
b) Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	465,0	15,0	—	465,0
c) Anleiheablösung	327,8	4,2	15,3	302,6
17. Schutzpolizei	195,0	16,2	16,1	178,7
18. Münzprägung	10,0	0,1	0,4	4,2
19. Sonstige Ausgaben				
a) Reichstag	7,1	0,9	0,4	6,1
b) Auswärtiges Amt	29,8	3,2	—	23,9
c) Ministerium des Innern	39,3	2,0	2,5	32,3
d) Arbeitsministerium	77,1	2,4	5,3	49,9
e) Wehrministerium	289,5	22,0	20,5	292,7
f) Marine	155,0	8,7	10,4	168,6
g) Ernährungsministerium	82,5	4,5	9,2	62,2
h) Verkehrsministerium	159,8	8,3	8,7	115,5
i) Finanzministerium	105,1	6,9	7,9	78,5
j) Allgemeine Finanzverwaltung	53,2	18,4	5,9	64,1
k) Übrige Reichsverwaltung	20,8	1,7	0,7	13,9
Ausgaben insgesamt:	11 697,3	867,8	983,5	10 431,4
Mehrausgabe	—	156,1	—	883,8
Mehreinnahme	—	—	140,0	—
B. Außerordentlicher Haushalt				
I. Einnahmen:				
Insgesamt	1 339,0	48,3	71,7	2) 845,6
(darunter aus Anleihen)	(842,6)	—	(—)	(487,1)
II. Ausgaben:				
1. Wohnungs- und Siedlungswesen	151,6	6,8	12,2	118,7
2. Verkehrswesen (Ausbau der Wasserstraßen)	72,2	0,8	2,5	64,9
3. Rückkauf von Reichsschuldverschreibungen	—	—	—	10,8
4. Einlösungen von Reichsschatzanweisungen und von Schuldscheinen-Darlehen	29,9	—	—	14,0
5. Darlehen zur Fortführung begonnener Eisenbahnen	0,4	—	—	0,4
6a. Zuschuß an den ordentlichen Haushalt (s. A. I. 2a.)	150,0	—	—	—
b. Innere Kriegslasten	69,4	1,7	2,1	15,2
7. Sonderanlage bei der Bank für international. Zahlungsausgleich	65,0	—	—	62,5
8. Übrige Reichsverwaltung	28,8	—	1,4	21,1
Ausgaben insgesamt	567,3	9,3	15,4	286,0
Mehrausgabe	—	—	—	—
Mehreinnahme	—	39,0	55,7	559,6

C. Abschnitt

A. Ordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	465,0
Außerordentliche Tilgung der schwebenden Schuld	465,0
Bleiben:	0,0
Mehrausgaben April 1930 bis Februar 1931	883,8
Mithin Fehlbetrag	883,8

B. Außerordentlicher Haushalt

Fehlbetrag aus dem Vorjahr	771,7
Mehreinnahmen April 1930 bis Februar 1931	559,6
Mithin Fehlbetrag	212,1
Fehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt	1 095,9

D. Stand der schwebenden Schuld

	28. Febr. 1931	31. Jan. 1931
1. Unverzinsliche Schatzanweisungen	1 84,5	1 100,0
2. Umlauf an Reichswechseln	400,0	400,0
3. Kurzfristige Darlehen	76,5	79,8
4. Betriebskredit bei der Reichsbank	—	63,2
5. Schatzanweisungen für den Rumänien-Vertrag vom 8. Febr. 1929	15,0	15,0
6. Verpflichtungen aus früheren Anleihe-Operationen	4,4	4,4

1) Außerdem 33,1 Mill. RM infolge Umbuchung. — 2) Abzügl. 33,1 Mill. RM infolge Umbuchung. — 3) Darunter 100,5 Mill. RM aus der Auflösung des Reservefonds des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen und 142,2 Mill. RM aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Ausweise deutscher Privatnotenbanken

(Mill. RM)	Bayerische Noten-B.	Sächsische Bank	Badische Bank	Württ. Noten-B.
31. März 1931				
Aktiva				
Gold	28 559	21 032	8 124	—
Deckungsfähige Devisen	6 443	10 369	3 049	—
Sonstige Wechsel u. Schecks	50 878	49 593	18 217	—
Deutsche Scheidemünzen	0 034	0 090	0 016	—
Noten anderer Banken	2 458	10 722	0 047	—
Lombardforderungen	2 637	2 462	1 291	—
Wertpapiere	5 245	8 323	10 600	—
Sonstige Aktiva	6 736	12 625	22 134	—
Passiva				
Notenumlauf	69 081	69 315	19 991	—
Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	1 727	15 401	12 028	—
Verbindlichkeiten mit Kündigungsfrist	—	—	—	—
Sonstige Passiva	0 118	5 421	19 806	—
Weitergegebene Wechsel	2 934	4 580	1 065	—
	3 348	0 001	1 715	—

Monatsausweis der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

(Mill. Schweizer Fr)	31. 3. 1931		28. 2. 1931		31. 1. 1931	
	Fr	%	Fr	%	Fr	%
Aktiva						
Kasse und Bankguthaben	7,2	0,4	6,8	0,4	5,7	0,3
Zinsgelder	—	—	—	—	—	—
a) auf Sicht	186,3	9,8	56,4	3,0	65,5	5,0
b) bis zu 3 Monaten	850,7	44,7	723,6	38,9	722,1	42,3
c) 3 bis 6 Monate	12,8	0,7	260,4	14,0	162,2	9,5
Rediskontierbare Anlagen (Einstandspreis)	—	—	—	—	—	—
a) Handelswechsel und Bankakzepte	471,5	24,8	429,3	23,1	346,9	20,3
b) Schatzwechsel	136,1	7,3	174,6	9,4	185,4	10,9
Andere Einlagen (Einstandspreis)	—	—	—	—	—	—
a) bis zu einem Jahr	184,8	9,7	159,9	8,6	150,5	8,8
b) von 1 bis 2 Jahren	37,8	2,0	37,1	2,0	37,2	2,2
c) über 2 Jahre	12,0	0,6	12,6	0,7	12,2	0,7
Sonstige Aktiva	—	—	—	—	—	—
Passiva						
Stammkapital 500 000 000 (begeben 410 250 000)	—	—	—	—	—	—
davon eingezahlt	103,2	5,4	102,8	5,5	102,8	6,0
Besondere Einlagen	—	—	—	—	—	—
a) Treuhänderannuitäten	154,9	8,2	154,2	8,3	154,3	9,0
b) Einlage der deutschen Regierung	77,4	4,1	77,1	4,1	77,1	4,5
c) Garantiefonds der französischen Regierung	68,9	3,6	68,7	3,7	68,8	4,0
Einlagen auf Sicht	—	—	—	—	—	—
a) Zentralbanken	—	—	—	—	—	—
für eigene Rechnung	311,0	16,4	316,0	17,0	237,8	13,9
für Rechnung Dritter	292,2	15,4	190,4	10,2	183,0	10,7
b) Sonstige Einlagen	0,2	0,0	0,2	0,0	0,2	0,0
Einlagen bis zu höchstens 3 Monat.	—	—	—	—	—	—
a) Zentralbanken	—	—	—	—	—	—
für eigene Rechnung	495,1	26,0	555,1	29,8	580,4	34,0
für Rechnung Dritter	355,7	18,7	150,4	8,1	150,6	8,8
b) Sonstige Einlagen	13,8	0,7	8,7	0,5	8,7	0,5
Einlagen von 3 bis zu höchstens 6 Monaten	—	—	—	—	—	—
Zentralbanken	—	—	—	—	—	—
für eigene Rechnung	5,7	0,3	5,7	0,3	6,2	0,4
für Rechnung Dritter	5,3	0,3	214,9	11,5	124,6	7,3
Sonstige Passiva	17,8	0,9	16,2	0,9	13,2	0,8
Bilanzsumme	1901,1	100,0	1861,0	100,0	1707,9	100,0

Berliner Börsenkurse vom 30. März bis 8. April 1931

(Einheitskurse der fortlaufend notierten Papiere und Kassakurse der auf Zeit gehandelten Wertpapiere)

	Div. %	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.		Div. %	30. 3.	31. 3.	1. 4.	2. 4.	7. 4.	8. 4.
Heimische Anleihen								Kali-Werte							
Anleihe-Ablösungs- schein Nr. 1—9.000 ..	fr. Z.	57,50	58,13	58,50	58,75	58,75	59,00	Dt. Telefon- u. Kabel	0	80,00	78,00	78,00	78,00	79,50	79,00
dto. ohne Auslösung ..	—	6,25	6,20	6,25	6,30	6,40	6,25	Elektr. Lief.-Ges.	10V	135,38	135,38	136,00	137,75	140,75	139,50
Ausländische Anleihen								Elektr. Schlesien	8	73,00	71,50	71,00	70,25	71,00	70,25
5% Bosn. Eb.-Anl. 1914	fr. Z.	13,38	13,38	12,75	13,25	12,75	—	Elektr. Licht u. Kraft ..	10	126,00	125,50	127,75	127,88	129,38	128,00
5% dto. Invest.-Anl.	fr. Z.	—	8,95	—	—	8,65	—	Felten & Guilleaume ..	7 1/2	91,50	90,25	91,88	93,00	94,88	93,25
5% Mex. Anl. 1904	fr. Z.	—	—	—	—	—	—	Ges. f. elektr. Untern. ..	10	128,58	128,75	131,75	131,00	134,88	132,50
4% Mex. Anl. 1904	fr. Z.	—	—	—	—	—	—	Hackethal Draht	0V	54,00	53,75	53,25	54,00	56,00	57,75
4 1/2% Ost. St.-Sch. 14	4 1/2	39,25	39,50	39,00	39,00	38,75	38,63	Lahnweyer & Co.	10	119,00	118,25	119,25	121,50	123,00	121,25
m.n.Bg.d.C.C.	4 1/2	2,25	2,25	2,20	2,15	2,20	2,15	Hamb. Elektr.	12	127,00	126,13	126,50	130,50	133,50	131,25
4% dto. am Eb. Anl.	4 1/2	—	—	—	—	—	—	Österr. St.-Schuck. 4)	8	108,25	108,50	100,60	100,25	102,50	102,50
4% dto. Goldrente	4	23,75	—	23,50	23,50	23,50	23,40	Rhein. Elektr.	10	122,00	123,75	124,75	122,70	126,00	123,50
m.n.Bg.d.C.C.	4	1,38	1,38	—	—	—	1,35	Rhein.-Westf. Elektriz.	10	138,50	138,00	139,00	140,75	141,75	139,63
4% dto. Kronen-Rente ..	4	1,30	1,25	1,25	1,25	1,25	1,25	Schles. Elektr. u. Gas LitB	10V	135,50	135,25	137,75	137,00	139,88	138,50
4% dto. kv. Rente J/J ..	4 1/2	2,50	—	—	—	—	2,50	Schuckert & Co.	12	135,50	136,00	137,50	138,50	142,25	140,50
4% dto. dto. M/N	4 1/2	—	—	—	—	—	—	Siemens & Halske	14	183,50	183,75	184,88	188,00	190,75	186,63
4 1/2% dto. Silber-Rente	4 1/2	—	—	—	—	—	—	Vogel Draht	6	47,63	47,68	49,00	60,00	60,25	60,25
4% Rum. vereinh. Anl. 03	4 1/2	9,50	9,80	8,45	8,60	8,50	8,50	Lokomotiv- und Waggon-Fabrik-Aktien							
4% Rum. vereinh. Anl. 13	4 1/2	15,75	15,75	14,70	14,80	15,13	15,20	Berl. Masch. Schwarzsk.	0	54,50	53,00	53,75	54,00	55,25	54,13
4% Rum. Anl.	4 1/2	7,75	7,75	6,80	6,80	6,95	7,00	Orenstein & Koppel	6	56,00	56,50	57,50	58,00	58,75	58,00
4% Türk. Admin.-Anl. 03	4	3,10	3,20	3,20	3,20	3,15	3,20	Maschinen- und Metall-Fabrik-Aktien							
4% dto. Bagd. Bb.-Anl. 1	4	4,30	4,19	—	4,25	—	—	Bayerische Motoren	7	78,50	79,00	79,88	80,75	81,50	80,00
4% dto. dto. Eb.-Anl. 2 ..	4	—	7,85	—	—	—	—	Gelsenkirchen Bgw.	0	59,00	59,75	60,25	—	58,75	55,50
4% dto. unil. Anl. 03, 06	4	—	—	—	—	—	—	Hirsch Kupfer	8	119,00	—	119,00	119,50	120,00	—
4% dto. Anl. v. 05	4	4,63	4,50	—	4,80	—	—	Gehr. Körting	7	39,75	39,50	34,63	34,00	34,25	34,75
4% dto. Anl. v. 08	4	—	4,20	4,25	4,25	—	—	Maschinenbau-Untern. ..	0	44,50	44,25	43,50	44,13	46,75	47,25
4% Türk. Zolloblig.	fr. Z.	10,00	10,00	10,00	—	10,10	10,20	Maschinenfabrik Buckau	10V	114,00	114,00	114,75	115,25	119,88	115,50
4 1/2% 400 fr. Lose	4 1/2	—	16,50	16,38	—	16,25	16,25	Reinhold Schickel	10	65,00	63,10	64,00	64,00	65,25	65,50
4 1/2% Ung. St.-Rente 13	4 1/2	—	19,00	—	18,90	18,80	18,50	Schubert & Salzer	12	167,75	166,50	169,25	170,00	170,38	165,75
4 1/2% dto. St.-Rente 14	4 1/2	—	—	—	—	—	—	Montan-Werte							
4% Ung. Goldrente	4	19,40	19,40	19,25	19,25	19,25	19,25	Buderus Eisen	4V	57,00	56,50	56,00	57,38	57,75	56,50
4% dto. Staatsrente 10	4	16,50	16,50	16,38	—	16,38	—	Gelsenkirchen Bgw.	8	83,50	83,50	85,00	88,00	88,88	85,00
4% Ung. Kronenrente ..	4	1,25	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	Harpener Bergbau	6	73,50	75,00	72,25	76,00	78,25	78,25
4% Lissab. St.-Lnl. I, II	4	21,25	20,50	22,20	22,50	21,50	20,50	Hoesch Eisen	6	73,75	72,00	73,00	73,63	74,75	74,25
4% Mex. Rew.-Anl.	4 1/2	8,75	8,75	8,50	—	—	—	Hohenlohe-Werke	10	133,50	130,00	220,00	215,00	202,00	201,00
4 1/2% Anat. Eisb. Serie I, 2	4 1/2	15,13	15,00	13,70	13,88	14,50	14,50	Hörsing	6	71,50	71,00	72,50	73,75	74,88	72,50
5% Macedon. Gold	fr. Z.	7,25	6,95	7,00	7,00	6,95	—	Köln-Neuss	6 1/2	79,50	80,00	80,00	81,00	81,50	81,50
5% Tehuant. Eb.-Anl.	fr. Z.	8,00	—	—	—	—	—	Laurahütte	0	37,00	37,50	—	—	37,50	—
4 1/2% dto. abgest.	—	—	—	—	—	—	—	Leopoldgrube	4	37,00	37,75	37,75	38,50	38,50	38,00
Bank-Werte								Mannesmann Röhren ..	7	81,25	81,50	83,00	84,00	84,88	82,75
Allg. Dt. Credit-Anstalt	5V	98,00	95,50	95,75	95,25	96,00	95,50	Mansfeld	0	37,75	37,00	37,75	38,00	37,75	37,25
Bank elektr. Werte	10	111,00	110,00	110,00	111,50	112,00	111,00	Mitteldt. Stahlwerke ..	6	103,00	103,00	113,00	113,00	113,00	110,00
Bank für Brau-Industrie	11	126,50	127,00	127,00	127,50	128,00	129,88	Öfenbedarf	0	40,50	40,75	41,70	25,25	41,50	41,50
Barmer Bankverein	8V	105,25	105,75	107,00	109,50	110,75	110,75	Phönix Bergbau	6 1/2	63,75	61,50	63,50	64,00	65,50	64,13
Bayr. Hypo.-Bank	10	127,50	128,00	128,00	129,50	130,00	131,00	Rhein. Braunkohlen ..	10	187,00	188,00	187,50	190,00	19,00	188,25
Bayr. Vereinsbank	10	132,00	133,00	133,00	133,00	133,00	133,00	Schles. Bergbau	7 1/2	84,63	86,25	86,75	88,75	90,50	88,63
Berliner Handels-Ges.	8	126,75	126,25	127,50	128,50	129,50	129,00	Schles. Bergbau	0	34,25	34,25	32,50	34,25	33,50	33,50
Commerz- u. Privat-Bk.	7V	114,50	114,75	115,00	115,25	116,25	117,00	Stolberger Zink	0	44,00	—	44,00	44,00	45,50	47,00
Darmst. u. Nationalbank	8V	147,50	148,00	148,00	150,00	151,00	149,00	Ver. Stahlwerke	4	60,25	59,00	60,50	61,00	62,00	61,50
Deutscher Bank u. Disc.-Ges.	6V	111,13	111,38	112,13	113,38	115,00	114,00	Textil-Werte							
Disconto Bank	6V	111,00	111,00	111,50	112,88	113,75	113,13	Allgem. Kunstzide Unie	0	82,75	81,00	88,50	88,13	89,75	87,50
Österr. Credit	8 1/2	27,00	27,00	28,50	27,00	—	27,00	J. P. Bemberg	0	99,88	91,88	95,25	99,50	101,00	98,00
Reichsbank	12	260,00	260,00	263,50	261,25	265,00	270,00	Norddt. Wollkämmerei ..	0	70,00	69,75	69,00	70,00	71,88	69,50
Wiener Bankverein	5	9,50	—	165,00	165,63	169,00	170,50	Schlesische Textil	0	7,50	7,13	6,75	7,00	7,25	7,00
Bahnen-Werte								Stöhr Kammgarn	5	95,50	97,00	98,00	100,00	106,00	102,00
A.-G. f. Verkehrswesen	12	62,50	65,13	68,00	69,13	70,25	68,25	Sonstige Werte							
Allg. Lokalbahn	3 1/2	124,50	130,50	131,50	131,75	133,00	130,50	Aschaffenburg. Zellstoff	12	82,00	80,25	83,00	82,75	85,00	85,88
Deutsche Reichsb.-Vorz.	3 1/2	93,50	93,50	93,63	94,75	94,00	94,00	Berger Tiefbau	20	259,50	260,00	270,00	274,00	272,00	267,00
Hamb. Hochbahn	6	73,00	73,00	73,13	74,13	74,25	74,00	Charlottenb. Wasser ..	7 1/2	90,00	91,00	91,00	92,50	93,50	92,25
Schantung 1—30.000	6V	75,25	76,00	75,25	77,50	81,25	81,25	Continent. Gummi	9	124,75	124,00	118,00	117,00	116,50	114,13
Canada Abfl.-Scheine	—	22,75	—	22,75	22,63	—	22,88	Dt. Atlant. Telegr.	8	97,50	97,00	97,75	97,25	97,25	97,00
Baltimore	—	—	—	—	71,00	—	76,00	Dt. Cont. Gas Dessau ..	9	140,75	140,75	143,00	144,00	145,10	142,00
Schiffahrts-Werte								Deutsche Erdöl	7	73,13	73,00	73,00	75,00	77,75	77,75
Hamb. Amerik. Paketf.	8 V	72,88	72,88	72,88	73,75	74,00	72,75	Dt. Linoleumwerke	15	95,75	95,00	95,13	95,00	94,75	94,00
Hamb.-Süd.-Dampfschiff	8	121,00	—	—	121,00	—	121,00	Dt. Eisenhandel	6V	71,00	73,25	74,75	76,25	79,00	75,75
Hansa Dampfschiff	10	95,50	—	95,00	96,75	95,13	95,00	Dynamit Nobel	15	161,00	159,50	156,00	157,75	159,00	157,00
Norddt. Lloyd	6V	74,88	74,88	75,00	75,25	75,38	74,88	Eisenb.-Verkehrsmittel	12	181,25	183,25	185,00	189,00	141,50	188,00
Automobil-Werte								Feldmühle Papier	6	92,00	—	53,00	53,13	—	—
Daimler-Benz	0	34,00	33,13	33,13	34,25	35,00	33,75	Phil. Holzmann	8	92,00	92,88	92,50	93,13	94,75	96,00
Chemische Werte								Hotelbetrieb	10	109,00	108,50	109,00	109,00	107,50	107,50
Byk Guldenwerke	6	44,50	44,75	45,25	49,88	48,75	47,50	Gehr. Junghans	0	36,38	36,50	37,00	37,00	39,75	36,25
Chem. Fabr. v. Heyden	5	55,75	55,50	55,75	57,75	58,00	56,50	Karstadt	12	58,50	58,88	58,88	61,50	64,25	64,50
L.G. Farbenindustrie	12 1/2	149,00	149,50	151,25	156,13	159,75	156,00	Metalgesellschaft	6	75,00	75,75	76,10	76,00	78,00	77,75
T. Goldschmidt	0	45,75	47,88	48,00	49,50	54,25	53,00	Mühlbau	0V	55,50	55,00	55,00	56,00	58,00	59,0

Wochenzahlen zu den Marktberichten

In diese Rubrik werden — ohne Anspruch auf systematische Vollständigkeit — alle wichtigen Wirtschaftszahlen des In- und Auslandes aufgenommen, die uns wöchentlich zugänglich sind; Zahlen, die in Sonderübersichten enthalten sind, werden hier nicht aufgenommen.

		1930					1931									
Einheit		März		April		Februar				März				April		
		12.	13.	14	15	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	
		Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	
		17.-22.	24.-29.	31. 3.	7.-12.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	30. 3.	6.-11.	
Produktion																
Kohle																
Deutschland																
Ruhrrev. Steinkohle ¹⁾	1000 t	871,6	869,2	867,1	859,6	295,0	300,0	294,8	290,1	284,2	297,0	301,0	283,8	—	—	—
Oberschlesien Steinkohle ¹⁾ ..	—	51,8	51,8	50,6	49,8	58,1	58,7	57,8	58,1	54,1	56,0	56,3	53,1	—	—	—
Großbritannien																
Steinkohle	—	5 408	5 443	5 171	5 290	5 002	4 851	4 878	4 790	4 671	4 610	4 648	—	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika																
Bituminöse Kohle	—	7 111	8 078	7 482	7 418	7 100	7 453	7 171	6 783	6 990	7 594	—	—	—	—	—
Pennsylvania Anthrazit	—	808	1 039	812	882	1 319	1 447	1 097	1 028	888	984	—	—	—	—	—
Petroleum (Rohöl)																
Ver. Staaten von Amerika ²⁾	1000 bbls ³⁾	2 538	2 614	2 530	2 561	2 110	2 120	2 165	2 100	2 156	2 190	2 268	2 275	2 252	—	—
Arbeitslosigkeit																
Deutschland ⁴⁾																
Verfügbare Arbeitsuchende ⁵⁾ ..	1000	—	—	3 091	—	—	5 061	—	5 043	—	5 054	—	—	—	—	—
Hauptunterstützungsempfänger	—	—	—	2 053	—	—	2 601	—	2 589	—	2 526	—	—	—	—	—
I. d. Arbeitslosenversicherung ⁶⁾ ..	—	—	—	294	—	—	861	—	908	—	949	—	—	—	—	—
I. d. Krisenunterstützung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Großbritannien ¹⁾																
Registrierte Arbeitslose ⁷⁾	—	1 622	1 639	1 677	1 676	2 624	2 637	2 631	2 618	2 635	2 692	2 640	2 560	—	—	—
Umsätze und Geschäftsgang																
Güterumsetzung																
Deutschland gesamt	1000	792,1	797,2	810,0	815,5	814,3	823,5	823,5	845,7	859,1	857,9	875,4	891,9	—	—	—
arbeitstäglich	—	132,0	132,9	135,0	135,9	102,4	103,1	104,0	107,8	109,8	109,7	112,6	115,3	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika	—	878	885	908	911	718	721	714	682	723	734	742	740	—	—	—
Einnahmen aus dem Güterverkehr																
Großbritannien ⁸⁾	1000 £	2 004	1 986	1 968	2 014	1 700	1 762	1 780	1 822	1 713	1 746	1 811	—	—	—	—
Postcheckverkehr																
Deutschland (Lastschriften) ⁹⁾ ..	Mill. RM	1 198	1 567	1 394	1 408	1 161	1 146	1 119	1 426	1 106	1 112	1 019	—	—	—	—
Abrechnungsverkehr																
Großbritannien																
London, gesamt ¹⁰⁾	Mill. £	916	1 061	1 038	947	839	854	779	726	834	756	742	—	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika ¹¹⁾ ..	\$	12 378	11 774	13 262	11 326	8 534	6 588	9 571	7 042	9 863	8 488	9 276	8 139	—	—	—
Wechselproteste Deutschland ¹²⁾ ..	Anzahl	371	318	276	323	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika ¹³⁾ ..	1000 RM	494,2	414,8	394,0	419,8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vergleichsverfahren Deutschland																
Konkurrenz	Anzahl	28	28	30	30	21	23	21	26	23	27	25	25	—	—	—
Deutschland ¹⁴⁾	—	45	47	45	39	45	45	41	47	45	49	48	44	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika ¹⁵⁾ ..	—	558	533	503	414	678	534	722	659	614	565	549	—	—	—	—
Preise																
Großhandelsindizes																
Deutschland ¹⁶⁾																
I. Gesamtindex	1913 = 100	126,0	126,1	126,6	128,9	113,7	114,5	114,0	114,2	113,9	114,3	114,3	113,4	113,6	—	—
II. Agrarstoffe	—	108,8	109,1	111,1	112,2	104,8	106,8	105,9	106,3	106,1	107,5	107,6	106,4	107,0	—	—
III. Kolonialwaren	—	118,7	119,0	118,5	118,3	99,9	100,2	99,5	99,8	99,8	100,0	98,4	96,4	97,6	—	—
IV. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	—	125,5	125,7	125,6	125,4	106,3	106,6	106,4	106,7	106,4	106,2	106,3	106,3	105,5	—	—
V. Industrielle Fertigwaren	—	152,7	152,4	152,1	152,0	140,1	140,0	139,7	139,3	139,0	138,8	138,3	138,3	138,1	—	—
Produktionsmittel	—	139,0	138,9	138,9	138,8	133,1	133,0	132,9	132,5	132,4	132,4	132,0	131,9	131,8	—	—
Konsumgüter	—	163,1	162,5	162,0	161,9	145,2	145,2	144,8	144,4	143,9	143,7	143,5	143,1	142,9	—	—
Großbritannien ¹⁷⁾	1913 = 10	117,3	117,1	117,3	117,4	95,5	95,1	95,7	95,4	95,1	95,0	95,1	95,4	95,3	—	—
Frankreich ¹⁸⁾	1913 = 100	583	566	564	566	494	494	494	492	492	491	494	492	—	—	—
Ver. Staaten von Amerika ¹⁹⁾ ..	1926 = 100	90,7	90,4	90,8	91,3	76,4	76,3	75,8	75,8	76,0	76,0	76,0	75,8	—	—	—
Großhandelspreise²⁰⁾																
Weizen, Chicago, nächst. Termin	cts je bu ²¹⁾	104,0	105,00	111 ^{3/8}	113 ^{1/4}	79 ^{3/8}	79 ^{7/8}	79 ^{1/8}	79 ^{1/8}	79 ^{3/8}	79 ^{1/4}	79 ^{3/8}	79 ^{1/8}	81 ^{1/8}	83	83
„ märk., Berlin	RM je 1000 kg	238,50	247,50	264,00	261,50	268,00	268,00	270,00	285,00	292,00	292,00	290,00	278,00	286,00	289,00	289,00
„ nächst. Term.	—	—	285,00	277,00	274,00	281,50	281,00	282,88	294,75	304,00	305,00	301,00	295,00	304,00	313,50	313,50
Roggen, märk.	—	147,00	143,50	165,00	161,00	159,00	157,75	155,00	163,00	167,00	177,00	184,00	180,00	184,00	188,00	188,00
Weizenmehl,	RM je 100 kg	159,00	157,00	185,00	182,50	175,50	176,25	174,50	183,00	185,50	195,75	200,00	195,00	200,50	212,50	212,50
Roggenmehl,	—	30,28	31,13	32,88	33,50	38,88	38,38	34,38	38,75	37,63	37,88	38,00	36,88	37,63	37,63	37,63
Mais, New York	cts je bu ²²⁾	21,75	22,28	24,50	25,38	25,10	25,00	24,80	25,48	26,48	27,63	28,00	27,63	27,75	28,00	28,00
Chicago, nächst. Termin ..	—	83 ^{3/8}	82	84 ^{1/4}	85 ^{1/4}	64 ^{1/4}	66 ^{1/4}	62 ^{1/4}	61 ^{1/4}	60	62 ^{1/4}	61 ^{1/4}	60 ^{1/4}	61 ^{1/4}	61 ^{1/4}	61 ^{1/4}
Futtergerste, Berlin	RM je 1000 kg	145,00	148,00	169,50	184,50	197,00	197,00	198,00	198,00	201,00	205,00	212,50	214,00	218,50	22,00	22,00
Hafer,	—	123,00	133,00	165,00	161,00	141,50	141,50	140,50	147,50	150,50	155,50	162,00	160,00	165,00	169,00	169,00
Zucker, New York, nächst. Term.																
„ London	cts je lb ²³⁾	1,72	1,71	1,76	1,59	1,23	1,20	1,18	1,22	1,20	1,20	1,24	1,33	1,32	1,31	1,31
„ Magdeburg	sh je cw ²⁴⁾	6,9	7,2	7,0	6,8	5,8 ^{3/4}	5,8 ^{3/4}	5,11 ^{1/4}	6,01 ^{1/4}	5,10 ^{1/4}	5,81 ^{1/4}	5,11 ^{1/4}	6,31 ^{1/4}	6,41 ^{1/4}	5,81 ^{1/4}	5,81 ^{1/4}
Kaffee, Rio 7, New York	cts je 50 kg ²⁵⁾	28,00	28,00	26,55	26,25	26,00	26,00	26,00	26,00	26,40	26,40	26,40	26,40	26,40	26,40	26,40
„ nächst. Term.	—	8,95	9,00	8,50	8,85	6,80	6,80	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75	6,75
„ Hamburg ²⁶⁾	RPf je 1/2 kg	44,50	44,25	42,00	44,88	29,88	29,88	29,75	29,00	28,38	28,38	28,38	28,38	28,38	28,38	28,38
Kakao, Accra ²⁴⁾ , London	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ nächst. Termin	sh je cw ²¹⁾	35,5	38,0	37,0	42,4	21,0	19,0	19,9	20,0	19,9	19,9	20,3	20,0	20,6	20,6	20,6
Reis, Burma II, London	sh je 50 kg	39,3	39,0	39,6	39,3	26,0	24,6	24,3	23,3	24,0	24,0	22,3	22,6	23,0	23,0	23,0
Leinsaat ²⁵⁾ , nächst. Term. London	sh je cw ²¹⁾	13,6	18,6	13,3	13,3	11,9	11,9	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6
„ per lgt ²²⁾	—	18,26	18,12	18,12	18,12	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76	8,76
Schmalz, Chicago, nächst. Termin	cts je lb ³⁰⁾	10,35	10,25	10,30	10,42	8,20	8,40	8,02 ^{1/2}	8,12 ^{1/2}	8,22 ^{1/2}	8,32 ^{1/2}	8,42 ^{1/2}	8,52 ^{1/2}	8,62 ^{1/2}	8,72 ^{1/2}	8,82 ^{1/2}
Baumwollöl roh, N. Y.	—	8,40	7,25	7,71 ^{1/2}	7,63	6,25	6,10	6,25	7,30	6,50	6,50	6,70	7,00	6,87 ^{1/2}	6,87 ^{1/2}	6,87 ^{1/2}
Gummi, first latex crepe, N. Y.	cts je lb ³⁰⁾	15,5	16	16	15,8	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14	8,14
„ London	sh je lb ³⁰⁾	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10	0,78-10
„ Hamburg, nächst. Term.	RM je 100 kg	140,00	142,50	140,00	137,50	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88	88,88
Baumwolle, middling, New York																
„ (29)	cts je lb ³⁰⁾	15,55	15,80	16,65	16,65	10,50	10,90	10,30	11,35	11,20	10,95	10,75	10,80	10,70	10,70	10,70
„ (30)	sh je lb ³⁰⁾	8,23	8,51	8,73	8,74	5,61	5,77	5,96	6,11	6,15	6,02	6,02	6,02	6,02	6,02	6,02
„ (31)	—	13,76	14,05	14,20	14,20	8,75	9,25	9,45	10,05	10,10	9,75	9,90	9,95	9,95	9,95	9,95
Wolle ³⁰⁾ , d. Inlandspreis ³³⁾	RM je kg	6,10	6,40	6,45	6,54	4,46	4,62	4,78	4,92	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96	4,96
Kammzug ³¹⁾	d je lb ³⁰⁾	6,17	6,17	6,00	6,00	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77	4,77
Jute, London, nächst. Termin ..	£ je lgt ³²⁾	23,00	23,26	24,50	24,10	14,78	14,78	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00	15,00
Hant, Manila, London	—	29,00	29,10	30,50	29,50	19,15,0	19,15,0									

		1930						1931					
		März		April		Februar		März		April			
Einheit		12. 13.	14. 15.	14. 15.	16. 17.	6. 7.	8. 9.	10. 11.	12. 13.	14. 15.	16. 17.		
		Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche		
		17.-22.	24.-29.	5.-10.	12.-17.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.		
		17.-22.	24.-29.	5.-10.	12.-17.	2.-7.	9.-14.	16.-21.	23.-28.	2.-7.	9.-14.		
Großhandelspreise¹⁾													
Kupfer, elektrolyt., New York...	cts je lb ¹¹⁾	18,00	18,00	18,00	18,00	10,05	10,05	10,35	10,55	10,80	10,80		
standard, London.....	£ je 100 lb ¹²⁾	87 7 6	70 10 0	70 7 5	69 5 0	43 8 9	45 8 9	45 18 9	46 15 0	46 13 9	45 8 9		
London, 3 Monate.....	£ je 100 lb	67 0 0	88 0 0	68 16 3	67 6 0	43 3 9	45 3 9	45 14 4	46 16 3	46 18 9	46 0 0		
Zinn, standard, London.....	£ je 100 lb	162 2 6	170 5 0	168 10 0	163 12 6	112 2 6	16 3 9	118 12 6	122 7 6	123 2 6	123 2 6		
3 Monate.....	£ je 100 lb	164 5 0	172 8 0	168 5 0	166 12 6	113 12 6	117 12 6	120 3 6	123 15 0	123 17 6	124 12 6		
Zink, New York.....	cts je lb ¹¹⁾	4 95	4 85	4 85	5 00	4 10	4 05	4 00	3 95	4 05	4 05		
London, greifb.	£ je ton	18 5 0	19 1 3	18 2 6	18 2 6	11 15 0	12 5 0	12 6 3	12 15 1	12 17 6	12 12 6		
Blei, New York.....	cts je lb ¹²⁾	5 50	5 55	5 75	5 50	4 00	4 50	4 50	4 60	4 60	4 60		
London.....	£ je ton	18 15 0	19 0 0	18 6 3	18 5 0	12 18 9	13 10 0	13 10 0	13 18 9	14 2 6	13 7 6		
Silber, New York.....	cts je oz fine ¹³⁾	41 75	42 25	42 12	42 35	27 13	27 00	26 38	27 13	27 00	26 75		
Barren ¹⁴⁾ London.....	d	19 1/2	19 1/2	19 1/2	19 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2		
2 Monate.....	d	19	19 1/2	19 1/2	19 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2	12 1/2		
Einzelhandelspreise (Berlin)¹⁵⁾													
Koggenbrot, ortsbüch.	RM je kg	0 38	0 38	0 38	0 38	0 36	0 36	0 36	0 36	0 36	0 36		
Schweinefleisch (Bauchfleisch) ..	RM je kg	2 30	2 30	2 30	2 21	1 75	1 67	1 67	1 64	1 62	1 61		
Butter (Molkerei)	RM je kg	3 70	3 70	3 60	3 40	3 29	3 36	3 48	3 43	3 44	3 41		
Eier	RM je Stok	0 12	0 12	0 11	0 11	0 14	0 13 1/2	0 13 1/2	0 13	0 12 1/2	0 12 1/2		
Vollmilch, ab Laden	RM je l	0 26	0 26	0 25	0 25	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30	0 30		
Baksetts, frei Keller	RM je Ztr	1 85	1 85	1 85	1 85	1 78	1 78	1 78	1 78	1 78	1 78		
Steinkohle, frei Keller	RM je Ztr	2 50	2 50	2 50	2 50	2 38	2 38	2 38	2 38	2 38	2 38		
Geld- und Kapitalmarkt													
Tägliches Geld¹⁶⁾													
Berlin	% p. a	4 79	5 13	5 86	5 85	6 40	4 71	5 19	5 65	6 09	4 46		
London	% p. a	2 71	2 54	2 70	2 09	2 13	2 88	1 98	2 20	1 70	2 18		
Amsterdam	% p. a	1 04	1 38	2 90	2 63	0 88	0 60	0 50	0 61	1 11	0 56		
New York	% p. a	3 25	3 75	4 00	3 67	1 50	1 50	1 50	1 50	1 60	1 70		
Langfristiges Geld¹⁷⁾													
Berlin Monatsgeld	% p. a	6 19	6 02	5 96	5 45	6 38	6 32	6 25	6 30	6 38	5 88		
London, 2 Mon. Bankkzente	% p. a	2 68	2 29	2 24	2 41	2 41	2 50	2 50	2 66	2 51	2 67		
Amsterdam, Prolongationsatz ¹⁸⁾ ..	% p. a	2 46	2 19	2 73	3 00	1 17	1 00	1 00	1 00	1 11	1 00		
New York, 3 Mon. Warenwechsel ..	% p. a	4 13	4 13	4 13	4 01	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63	2 63		
Privatdiskont¹⁹⁾													
Berlin ²⁰⁾	% p. a	5 02	4 88	4 71	4 46	4 87	4 87	4 88	4 88	4 82	4 75		
London	% p. a	2 54	2 19	2 43	2 49	2 46	2 51	2 63	2 70	2 58	2 65		
Amsterdam	% p. a	2 36	2 24	2 21	2 29	1 15	1 08	1 01	1 00	1 00	1 00		
Zürich	% p. a	2 56	2 56	2 56	2 73	1 00	1 00	1 15	0 91	0 88	1 00		
Paris	% p. a	2 53	2 50	2 50	2 50	1 75	1 75	1 75	1 71	1 63	1 59		
New York	% p. a	2 79	2 75	2 94	2 95	1 46	1 31	1 48	1 57	1 57	1 57		
Rendite													
Frankreich, 3% Staatsrente ²¹⁾	% p. a	3 43	3 39	3 34	3 35	3 41	3 38	3 40	3 40	3 39	3 36		
Deutschland ²²⁾	% p. a	6 51	6 45	6 42	6 39	6 41	6 39	6 38	6 38	6 37	6 35		
5%	% p. a	7 66	7 55	7 51	7 49	7 60	7 54	7 53	7 51	7 48	7 41		
6%	% p. a	8 39	8 22	8 16	8 14	8 23	8 16	8 14	8 12	8 05	7 95		
7%	% p. a	8 80	8 68	8 64	8 59	8 67	8 61	8 60	8 58	8 53	8 47		
8%	% p. a	9 32	9 33	9 35	9 37	9 37	9 37	9 36	9 36	9 34	9 32		
Devisenkurse²³⁾													
\$ in:	RM	4 192	4 188	4 189	4 189	4 205	4 206	4 208	4 207	4 207	4 201		
Berlin	£ in \$	4 863	4 867	4 865	4 865	4 859	4 860	4 857	4 858	4 857	4 858		
London	Fr	2 494	2 491	2 491	2 490	2 489	2 491	2 493	2 495	2 495	2 495		
Amsterdam	Fr	5 167	5 164	5 165	5 169	5 175	5 178	5 184	5 191	5 195	5 197		
Zürich	Fr	25 562	25 532	25 560	25 532	25 507	25 506	25 515	25 518	25 513	25 550		
Paris	L	19 10	19 09	19 08	19 08	19 10	19 10	19 10	19 10	19 09	19 08		
Mailand	RM	20 383	20 380	20 371	20 379	20 431	20 445	20 438	20 438	20 435	20 407		
Berlin	Fr	124 30	124 33	123 30	124 22	123 93	123 97	123 92	123 95	124 02	124 12		
Paris	\$	4 864	4 867	4 865	4 866	4 860	4 861	4 857	4 858	4 858	4 859		
New York	RM für 100 Fr	16 40	16 40	16 39	16 40	16 49	16 49	16 49	16 49	16 48	16 44		
Trans. Fr in Berlin													
Goldbewegung ²⁴⁾	1000 Fr	+ 11331	+ 4142	+ 48696	- 118	+ 10179	+ 11337	+ 19482	+ 285	+ 791	- 61		
Deutschland	1000 Fr	+ 33147	+ 36776	+ 23063	+ 74399	+ 18366	+ 4229	+ 817	+ 7886	+ 3453	+ 22431		
Großbritannien	1000 Fr	- 8452	- 5	- 19	- 17	- 27	- 16854	- 17	- 17	- 29	- 25		
Niederlande	1000 Fr	+ 8	+ 53	+ 10	+ 8	+ 10	+ 8	+ 54	+ 38	+ 46	+ 66		
Schweden	1000 Fr	+ 19	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 8	+ 343	+ 127	+ 24	+ 29		
Schweiz	1000 Fr	- 68	+ 0 8	+ 32 8	+ 5 4	+ 20 1	+ 17 4	+ 19 7	+ 10 8	+ 26 2	+ 2 0		
Frankreich	1000 Fr	- 13 1	+ 62 8	- 122 5	+ 65 4	- 64 2	+ 4 5	+ 29 1	- 13 0	+ 54 5	+ 8 7		
Ver. Staaten von Amerika ²⁵⁾	1000 Fr	- 13 1	+ 62 8	- 122 5	+ 65 4	- 64 2	+ 4 5	+ 29 1	- 13 0	+ 54 5	+ 8 7		
Effektenkurse													
Deutschland:	1928 = 100	108 21	109 69	112 54	112 52	76 62	78 25	78 80	79 64	81 97	84 69		
Börsenindex d. Frkf. Ztg. ²⁶⁾ ..	1928 = 100	107 39	109 01	111 8	112 10	75 39	80 06	80 29	81 33	83 42	86 18		
Aktienindex Gesamt	1928 = 100	109 71	110 92	111 8	112 10	75 39	80 06	80 29	81 33	83 42	86 18		
Kassawerte	1928 = 100	109 71	110 92	111 8	112 10	75 39	80 06	80 29	81 33	83 42	86 18		
Terminwerte	1928 = 100	109 71	110 92	111 8	112 10	75 39	80 06	80 29	81 33	83 42	86 18		
Inländische Anleihen	1928 = 100	97 46	98 95	98 88	99 09	98 90	99 54	99 73	99 76	100 48	101 39		
Gesamt	1928 = 100	90 74	92 99	93 20	94 28	90 05	92 04	92 06	92 38	93 32	94 30		
7%	1928 = 100	98 82	100 03	99 95	100 14	100 15	101 18	101 23	100 92	101 40	101 80		
8%	1928 = 100	102 96	103 38	103 25	103 18	92 65	93 98	93 68	94 92	94 20	97 93		
Deutsche Anleihen i. Auslande ..	1928 = 100	154 4	157 4	160 9	164 3	97 0	104 1	106 2	110 7	107 3	106 6		
Ver. Staaten v. Amerika ²⁸⁾	1928 = 100	154 4	157 4	160 9	164 3	97 0	104 1	106 2	110 7	107 3	106 6		
Maklerdarlehen													
Ver. Staaten v. Amerika ²⁹⁾	1000 \$	3 841	3 820	3 967	3 994	1 716	1 749	1 772	1 798	1 790	1 819		

Internationale Wirtschaftszahlen

(vgl. die letzte Veröffentlichung in Nr. 6, S. 318)

	Einheit	1929	1930												1931	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Produktion																
(Indizes¹⁾)																
Deutschland ²⁾ : Gesamt	1928 = 100	98,0	94,6	92,7	92,7	94,5	89,7	83,6	80,5	79,6	78,4	77,1	75,6 ¹⁵⁾	73,8 ¹⁵⁾	70,9	—
Steinkohle	—	114,8	112,6	101,8	97,1	96,2	92,5	92,3	88,4	88,7	90,7	91,3	92,6	93,9 ¹⁵⁾	90,5	—
Roheisen	—	110,1	109,2	106,7	100,8	93,1	85,9	79,4	77,2	73,8	67,6	68,9	65,8	61,4 ¹⁵⁾	60,5	—
Rohstahl	—	101,8	103,7	103,7	97,6	91,0	84,1	75,6	71,0	72,9	66,1	67,2	67,8	65,6 ¹⁵⁾	62,7	—
Zement	—	68,7	51,1	51,7	84,1	102,7	104,1	93,8	85,5	82,7	78,2	74,2	59,8	39,0	—	—
Kali	—	106,0	124,8	123,6	104,8	91,3	90,4	82,1	91,4	92,6	96,0	90,9	81,9	75,6	—	—
Maschinen	—	111,3	81,3	83,2	90,2	88,7	87,7	87,4	88,2	89,7	85,2	69,6	74,1 ¹⁵⁾	71,6	—	—
Baumwollgarn	—	100,4	99,2	100,3	96,6	107,5	92,3	79,4	89,1	81,8	82,1	84,2	82,6	87,9 ¹⁵⁾	74,4	—
Schuhe	—	104,8	105,4	106,4	103,2	115,6	122,0	95,4	80,2	91,9	102,7	108,9	97,4	79,6	—	—
Porzellan	—	87,7	88,8	90,3	89,8	93,6	89,6	80,6	75,6	73,1	72,2	79,1	75,9	69,0	—	—
Papier	—	102,0	103,6	100,1	99,4	97,8	96,9	97,1	91,1	88,6	88,5	89,6	91,7	90,7	—	—
Großbritannien³⁾: Gesamt																
Bergbau	—	—	—	105,1	—	—	97,7	—	—	94,2	—	—	93,4	—	—	—
Verarb. Industrie Gesamt	—	—	—	114,3	—	—	98,0	—	—	94,5	—	—	102,5	—	—	—
Eisen und Stahl	—	—	—	103,5	—	—	97,9	—	—	94,4	—	—	92,2	—	—	—
Textilien	—	—	—	110,3	—	—	93,4	—	—	78,2	—	—	64,3	—	—	—
Nahrungsmittel (Getränke und Tabak)	—	—	—	92,5	—	—	78,3	—	—	71,6	—	—	75,3	—	—	—
Leder und Schuhe	—	—	—	95,1	—	—	102,9	—	—	106,3	—	—	107,4	—	—	—
Nichteisenmetalle	—	—	—	106,4	—	—	101,8	—	—	96,4	—	—	93,1	—	—	—
Eisen- und Stahlkonstruktion und Schiffbau	—	—	—	88,1	—	—	103,7	—	—	107,8	—	—	99,2	—	—	—
Frankreich⁴⁾: Gesamt																
Bergbau	—	113,4	113,4	112,6	113,4	113,4	113,4	111,0	109,4	107,9	107,1	106,8	105,5	104,7	—	—
Eisen- u. Stahlverhüttung	—	107,7	112,0	111,1	107,7	106,0	103,4	101,7	103,4	103,4	102,6	102,6	103,4	101,7	101,7	—
Textilien	—	104,0	100,8	104,0	105,6	103,2	105,6	102,4	99,2	100,0	98,0	98,0	95,2	94,4	93,6	—
*Baugewerbe	—	91,9	87,9	88,9	85,9	87,9	86,9	87,9	82,8	80,8	80,8	84,8	86,9	85,9	83,6	—
Leder	—	144,3	142,3	143,3	147,4	148,5	147,4	144,3	143,3	142,3	141,2	138,1	136,1	135,1	134,0	—
Kautschuk	—	80,8	83,1	85,4	87,7	89,2	90,0	89,2	86,9	84,6	81,5	80,0	80,0	81,6	83,1	—
Papier	—	163,9	159,8	156,4	155,5	154,9	155,5	149,2	146,7	144,3	148,9	152,0	153,2	153,8	153,8	—
Mechan. Industrien: Gesamt	—	139,1	150,6	157,5	162,1	166,7	169,0	163,2	160,9	144,8	139,1	131,0	127,6	127,6	128,4	—
*Automobile	—	115,2	117,4	115,9	116,7	116,7	116,7	117,4	116,7	115,2	113,0	110,1	108,0	105,6	104,3	—
*Polen ⁵⁾ : Gesamt	—	100,5	104,8	109,5	112,5	112,3	111,1	108,4	106,9	103,3	98,4	97,7	97,4	97,2	98,9	—
Bergbau	—	96,7	90,3	83,9	79,6	79,7	80,4	79,6	80,2	82,1	84,4	85,0	82,0	79,0	74,0	71,5
*Steinkohle	—	116,1	105,9	90,3	82,8	86,2	82,1	84,4	86,4	92,5	97,2	98,1	99,2	98,1	96,8	87,6
*Petroleum	—	90,0	85,8	84,8	90,0	86,8	82,3	85,7	85,9	92,5	93,7	90,9	95,3	92,7	88,9	90,5
*Eisenerz	—	97,8	86,1	79,8	65,1	59,7	65,4	64,1	64,0	61,0	65,0	71,1	69,2	60,4	43,4	44,9
*Zink und Bleierz	—	104,6	99,5	101,4	100,1	97,2	98,1	97,2	94,6	95,7	89,0	91,8	92,9	95,1	94,5	90,3
Hüttenwesen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
*Eisen und Stahl	—	79,1	90,7	87,2	82,8	81,0	91,8	80,6	87,3	84,1	84,3	82,5	84,3	71,5	73,2	82,0
*Zink	—	100,2	103,9	107,9	106,3	108,1	107,7	106,8	109,2	109,9	107,2	108,3	109,4	111,1	107,3	102,7
Fertigwarenindustrie	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
*Holz	—	91,3	90,7	84,8	84,5	87,3	83,3	81,4	80,3	81,1	79,1	80,7	76,0	67,9	64,9	60,9
*Textilien	—	79,9	66,2	64,4	62,7	63,4	67,3	66,3	69,5	72,4	78,9	80,1	72,3	73,2	63,1	64,4
*Bekleidung	—	113,9	98,7	92,6	91,6	92,9	101,8	90,2	71,1	89,0	92,1	90,0	87,3	87,4	87,7	74,1
*Nahrungsmittel	—	113,0	110,9	95,7	95,1	94,2	96,5	94,2	91,9	91,6	91,1	96,2	97,5	95,6	87,0	87,1
*Produktivgüter ⁶⁾	—	93,6	90,5	86,0	79,4	77,4	78,8	77,5	77,7	77,6	78,3	77,2	74,0	67,8	63,7	62,5
*Konsumgüter ⁷⁾	—	91,6	81,8	76,5	75,1	75,3	78,9	76,9	77,6	80,1	84,1	88,1	81,6	81,7	73,5	73,0
Schweden ⁸⁾ : Gesamt	—	118,2	137,3	130,9	135,5	135,5	127,3	111,8	118,2	109,1	115,5	114,5	109,1	109,1	102,7	111,8
*Vereinigte Staaten ⁹⁾ : Gesamt	—	90,0	94,5	97,3	94,5	96,4	94,5	90,9	85,5	83,6	82,7	79,1	77,3	74,5	74,5	77,3
*Bergbau: Gesamt	—	110,4	104,7	102,8	96,6	98,1	96,2	94,3	91,5	90,6	88,7	92,4	86,8	88,7	84,9	83,0
*Bittumin. Kohle	—	110,6	106,4	97,4	80,2	103,2	97,9	94,7	91,5	87,2	90,4	92,6	91,5	90,4	81,9	97,7
*Anthrazit	—	127,4	111,6	106,3	72,6	76,8	85,3	82,1	88,3	92,6	84,2	110,5	87,4	97,9	97,9	93,7
*Rohöl	—	108,2	108,2	110,7	102,5	104,9	104,1	101,6	98,4	95,9	93,4	94,3	93,4	91,1	90,2	90,2
*Kupfer	—	100,0	87,8	82,6	76,5	78,3	78,3	74,8	72,2	78,0	77,4	72,2	72,2	66,1	62,6	66,1
*Zink	—	87,5	92,9	87,5	85,7	83,9	83,9	88,4	82,2	83,9	83,9	80,4	82,5	60,7	58,0	58,0
*Blei	—	99,1	86,8	100,0	100,9	104,7	93,1	93,4	97,2	100,0	95,3	88,7	78,3	88,8	78,3	77,4
*Silber	—	98,9	100,0	111,4	101,1	100,0	90,9	85,2	78,4	79,5	83,0	79,5	83,0	80,7	77,3	—
*Verarb. Industrie: Gesamt	—	86,5	91,9	96,4	94,6	96,4	93,7	91,0	89,8	82,0	81,1	76,6	75,7	72,1	73,0	76,7
*Eisen und Stahl	—	75,6	83,2	100,0	95,0	95,8	93,3	92,4	78,2	78,2	72,3	63,0	54,6	49,6	53,8	61,3
*Textilien	—	89,7	96,3	92,5	91,6	89,7	84,1	78,5	78,5	75,7	82,2	85,0	86,9	81,3	80,4	86,9
*Nahrungsmittel	—	98,9	93,0	95,4	91,8	99,0	100,0	94,9	95,9	92,9	98,0	95,9	95,9	90,8	94,9	93,9
*Papier und Druckerei	—	100,9	104,3	104,7	108,4	104,3	101,7	100,0	94,9	93,2	93,2	91,4	88,0	83,8	89,7	—
*Automobile	—	57,5	85,8	90,3	86,7	90,3	89,4	79,6	66,4	54,9	54,9	43,4	65,5	75,2	55,8	60,2
*Leder und Schuhe	—	98,0	98,0	95,1	97,1	101,0	96,1	95,1	93,1	93,1	93,1	87,3	79,4	79,4	75,6	81,4
*Nichteisenmetalle	—	99,1	91,3	87,8	90,4	92,2	87,8	83,5	84,3	83,5	84,3	82,6	75,7	73,5	67,8	68,7
*Petroleumraffinerie	—	109,2	107,2	110,5	110,5	114,5	113,8	111,8	109,2	107,9	108,6	105,3	99,3	98,0	94,7	—
*Gummireifen	—	55,6	73,6	74,3	85,4	72,9	84,0	82,6	64,6	66,7	58,3	61,1	53,5	50,7	61,1	—
*Tabakwaren	—	107,3	105,6	107,8	103,2	109,7	108,1	113,7	110,5	104,8	100,8	104,0	96,0	103,7	97,6	106,5
*Kanada ¹⁰⁾ : Gesamt	—	93,3	103,7	95,1	96,6	98,3	108,0	97,2	95,3	90,3	89,4	90,3	90,0	79,7	—	—
Bautätigkeit																
Deutschland¹¹⁾																
Gebäude für öffentl., gewerblich und sonstige wirtsch. Zwecke	Anzahl	610	664	707	886	711	767	642	681	621	666	611	547	464	554	—
Bauerlaubnisse	—	422	493	431	686	538	593	417	498	497	501	525	427	339	850	—
Angefangene Bauten	—	897	807	724	718	749	693	580	559	569	584	696	671	614	497	—
Bauvollendungen ¹²⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wohngebäude																
Bauerlaubnisse	—	1558	1348	1280	1737	2502	2291									

*¹) Monatsende. — ²) 96 Groß- und Mittelstädte; die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand vor der kommunalen Neugliederung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — ³) Rohzugang. — ⁴) F. W. Dodge Corporation; 37 östliche Staaten. — ⁵) 122 Werke; etwa 50 % der Gesamt-Produktion. — ⁶) Durch Heiz- und Wasserkraft. — ⁷) Bei den Arbeitsämtern verfügbare Arbeitssuchende, einschl. der noch in Stellung oder in Notstandsarbeiten befindlichen Arbeitssuchenden. — ⁸) In % der Gewerkschaftsmitglieder (ohne Landwirtschaft). — ⁹) Stichtag: Letzter Arbeitstag der letzten Woche im Monat. — ¹⁰) Letzte Arbeitswoche im Monat. — ¹¹) Von der Versicherung ausgeschlossen sind die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter, ferner Hausangestellte und unter gewissen Voraussetzungen Eisenbahnarbeiter, Arbeiter in öffentlichen und Polizeidiensten, sowie Angestellte mit einem Einkommen von mehr als 250 £ im Jahr. — ¹²) In % der Versicherten. — ¹³) Durchschnitt aus Wochenendzahlen, einschl. versicherter Arbeitsloser. — ¹⁴) Einschl. der vorübergehend Arbeitslosen und der Kurzarbeiter. — ¹⁵) Mitglieder der Arbeitslosenkassen; Wochendurchschnitt. — ¹⁶) Vierteljahrssumme. — ¹⁷) Spezialhandel, reiner Warenverkehr. — ¹⁸) Einschl. Reparationssachlieferungen. — ¹⁹) Vorläufige Zahl.

	Einheit	1929	1930												1931	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Außenhandel ¹⁾																
Belgien																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	2 908,1	2 951,3	2 809,1	2 887,7	2 844,7	2 866,5	2 486,8	2 543,3	2 326,0	2 378,7	2 520,2	2 139,6	2 340,6	2 054,4	—
Nahrungsmittel u. Getränke	„	645,0	609,2	542,1	588,5	553,4	589,4	517,6	547,3	561,1	553,1	618,1	523,7	582,7	485,9	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren	„	1 474,3	1 450,8	1 289,8	1 375,7	1 378,9	1 368,3	1 206,5	1 196,1	1 030,0	1 109,0	1 142,3	980,8	1 062,4	976,9	—
Fertige Waren	„	776,8	877,1	850,0	907,0	898,6	886,7	745,0	784,1	716,5	694,8	734,7	621,0	675,4	574,6	—
Ausfuhr: Gesamt	„	2 736,4	2 206,3	1 810,1	2 760,1	2 539,0	2 291,5	2 012,8	2 276,3	1 940,6	2 223,6	2 218,5	2 014,6	1 956,1	1 765,9	—
Nahrungsmittel u. Getränke	„	228,1	167,3	126,3	205,7	155,7	137,8	188,4	174,3	140,8	165,9	156,5	165,2	169,1	172,3	—
Rohstoffe u. halbfertige Waren	„	815,3	644,3	542,2	886,4	773,7	738,6	688,1	734,2	613,3	689,6	692,4	613,9	550,3	531,1	—
Fertige Waren	„	1 687,6	1 383,3	1 135,9	1 651,8	1 597,0	1 400,7	1 142,6	1 350,1	1 175,2	1 352,4	1 354,4	1 223,6	1 227,2	1 043,0	—
Niederlande																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fl	214,5	220,6	201,1	226,6	204,2	224,0	201,5	203,8	198,8	196,2	198,0	181,0	165,1	149,5	178,8
Nahrungsmittel u. Getränke ²⁾ ..	„	43,6	46,8	39,2	44,3	42,0	41,4	41,2	36,2	37,8	39,1	40,1	37,8	37,4	29,2	44,2
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	83,8	78,2	66,5	76,0	66,4	76,5	74,6	76,0	69,9	60,9	67,1	64,5	57,5	48,6	58,7
Fertige Waren	„	86,7	94,5	94,4	105,0	94,5	105,0	84,6	89,8	89,8	94,6	89,3	77,5	69,3	71,6	74,9
Ausfuhr: Gesamt	„	143,9	151,9	144,5	156,0	142,1	150,8	134,5	145,1	152,7	146,8	151,2	128,0	117,4	109,5	117,6
Nahrungsmittel u. Getränke ²⁾ ..	„	49,3	54,7	47,9	53,1	52,5	56,2	56,8	59,5	54,8	47,1	56,5	47,2	42,2	39,8	43,8
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	25,6	27,0	23,0	24,3	22,0	24,6	20,6	21,7	21,5	21,5	24,5	22,0	20,2	16,9	19,3
Fertige Waren	„	64,6	66,3	69,1	73,5	64,1	67,6	55,6	62,1	59,0	56,1	62,7	52,1	51,6	49,4	50,7
Schweiz ³⁾																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Fr	268,3	208,2	205,0	227,4	233,8	211,3	200,8	238,4	240,3	221,8	251,2	210,6	217,1	182,1	173,2
Lebens- und Genußmittel	„	47	39	38	43	43	43	42	42	38	40	42	39	45	37	36
Betriebsmittel	„	18	17	14	14	14	16	17	22	21	20	19	16	15	16	13
Rohstoffe zur Verarbeitung	„	58	51	49	49	46	46	45	42	42	39	46	43	46	41	35
Fabrikate	„	49	47	49	58	55	52	45	48	46	49	51	45	46	39	42
Ausfuhr: Gesamt	„	177,8	147,1	157,4	157,9	161,7	163,3	136,7	138,1	130,4	143,8	149,0	142,2	140,1	118,9	117,9
Tierische Nahrungsmittel und Schokolade	„	11,4	12,3	11,1	11,5	14,1	14,1	13,7	14,9	12,7	14,5	14,5	11,4	10,8	10,9	9,7
Textilien	„	54,5	51,3	57,4	58,0	53,7	52,2	42,0	41,8	39,5	44,3	44,4	42,4	43,7	44,5	44,6
Metalle, Maschinen, Fahrzeuge, Apparate	„	43,5	40,5	39,1	38,2	39,8	42,7	35,6	37,2	34,8	35,7	35,1	36,1	33,5	26,8	27,4
Uhren	„	36,3	11,6	18,1	17,6	23,5	23,4	18,0	16,4	15,7	19,1	20,8	23,7	25,6	6,8	10,9
Drogen, Chemikalien, Farbstoffe ..	„	14,1	13,0	13,7	14,5	12,9	14,0	12,0	12,4	12,4	12,7	13,6	12,6	11,6	11,0	11,4
Italien																
Einfuhr: Gesamt	Mill. L	2 069,1	1 505,5	1 494,6	1 504,8	1 570,9	1 489,6	1 984,3	1 078,7	1 161,6	1 281,9	1 330,2	1 808,9	1 609,9	1 024,8	1 035,3
Industrielle Rohstoffe	„	685,0	628,3	605,9	548,4	536,5	484,3	539,5	347,2	352,6	354,9	379,0	411,3	481,1	—	—
Industr. Halb- u. Fertigwaren	„	1 033,0	576,8	613,7	647,8	672,4	620,3	982,8	444,8	520,0	557,3	553,9	474,4	800,1	—	—
Nahrungsmittel ⁴⁾	„	351,0	300,4	274,9	308,6	362,0	385,0	461,9	288,7	298,0	362,6	426,2	418,0	328,7	—	—
Ausfuhr: Gesamt	„	1 393,7	974,9	1 077,8	1 044,0	1 038,1	1 039,4	1 354,4	736,6	867,5	908,3	1 060,1	961,8	1 052,4	690,6	857,4
Industrielle Rohstoffe	„	148,8	115,0	116,7	107,3	106,5	106,9	140,2	60,9	70,7	66,0	77,4	89,8	39,5	—	—
Industr.- Halb- u. Fertigwaren	„	891,0	614,9	698,3	671,9	649,8	661,1	886,8	462,9	533,6	577,8	614,9	564,8	674,3	—	—
Nahrungsmittel ⁴⁾	„	356,9	245,0	262,8	264,8	281,8	271,4	327,4	212,8	263,3	264,4	367,6	306,9	278,2	—	—
Osterreich																
Einfuhr: Gesamt	Mill. S	314,9	207,6	227,0	228,1	235,7	233,3	249,0	217,7	201,8	221,5	215,5	223,1	240,4	171,2	180,3
Lebende Tiere	„	24,8	20,0	18,6	18,9	18,6	18,4	19,8	19,6	17,1	22,3	17,3	17,7	19,1	14,4	13,0
Nahrungsmittel u. Getränke	„	73,3	50,5	48,8	44,4	53,5	55,3	81,3	56,9	36,8	45,9	45,9	48,7	52,7	38,3	40,4
Rohstoffe u. halb. Waren	„	91,6	64,9	61,3	66,6	63,5	62,6	61,0	58,2	62,6	59,4	59,4	64,1	73,1	56,5	57,3
Mineralische Brennstoffe ⁵⁾ ..	„	22,8	16,1	13,0	14,0	12,9	13,6	13,7	15,2	16,6	18,0	20,9	19,9	17,3	16,6	14,1
Fertige Waren	„	125,2	72,2	98,3	98,5	100,2	97,0	86,8	83,0	85,3	93,9	93,0	92,6	91,0	61,1	67,1
Ausfuhr: Gesamt	„	188,3	127,8	156,8	164,9	170,3	152,2	152,0	137,2	145,1	166,8	168,6	147,2	156,3	93,8	109,5
Nahrungsmittel u. Getränke	„	3,7	3,3	3,7	3,3	3,2	2,8	2,9	3,1	4,9	4,0	13,3	8,9	4,4	3,4	4,1
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	38,1	28,9	38,8	36,5	38,7	35,8	36,0	33,8	32,1	34,1	34,4	30,8	28,7	19,9	23,8
Fertige Waren	„	145,0	94,7	113,4	124,0	127,3	111,9	111,4	98,8	106,5	123,4	116,5	105,0	119,1	67,5	77,9
Tschechoslowakei																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Kč	1 817,7	1 362,0	1 218,1	1 339,0	1 446,8	1 598,5	1 144,2	1 206,3	1 156,5	1 280,3	1 258,1	1 369,2	1 279,4	875,8	841,8
Nahrungsmittel u. Getränke	„	306,1	215,0	186,1	196,4	208,0	226,7	181,6	169,0	185,1	229,8	227,6	309,8	305,6	144,6	137,0
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	766,1	654,0	597,8	617,2	714,2	780,9	549,2	545,4	549,3	546,4	511,1	548,5	511,4	404,6	377,1
Fertige Waren	„	591,5	430,6	372,0	459,9	472,1	521,8	366,2	434,9	363,5	417,2	455,1	447,7	407,4	310,6	312,0
Ausfuhr: Gesamt	„	2 149,6	1 478,6	1 331,1	1 478,3	1 406,7	1 521,1	1 199,4	1 421,7	1 338,8	1 511,0	1 693,2	1 605,2	1 432,4	994,5	1 031,0
Nahrungsmittel u. Getränke	„	322,9	154,8	107,7	111,7	141,8	158,0	130,0	117,7	121,7	119,7	178,4	194,7	189,1	67,8	59,6
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	367,1	227,6	220,3	242,7	232,9	251,9	194,6	220,8	218,6	232,8	250,1	255,4	244,1	173,6	168,5
Fertige Waren	„	1 457,9	1 093,8	1 001,2	1 122,4	1 030,3	1 108,6	870,1	1 074,8	992,1	1 151,2	1 258,4	1 147,4	1 015,0	750,8	770,9
Polen																
Einfuhr: Gesamt	Mill. Zi	212,8	216,7	181,7	195,0	179,4	196,7	177,4	195,3	188,5	190,4	202,2	163,8	158,9	153,4	116,6
Nahrungsmittel u. Getränke	„	35,6	31,2	26,4	34,6	24,0	24,7	17,2	19,0	28,8	18,1	18,5	22,1	22,8	20,1	14,8
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	83,8	88,5	73,1	74,7	69,0	74,9	83,8	83,5	78,0	83,0	89,7	66,1	58,7	60,6	48,9
Fertige Waren	„	92,9	96,3	81,8	85,2	86,0	96,8	76,5	92,8	81,6	89,3	93,7	75,5	77,0	72,7	52,8
Ausfuhr: Gesamt	„	254,8	218,6	218,1	221,1	208,9	199,2	189,3	197,8	201,5	211,8	207,9	195,9	183,7	152,5	134,9
Lebende Tiere	„	13,4	12,8	19,3	18,2	11,2	10,7	12,7	13,6	15,9	18,8	20,9	17,1	16,6	10,7	8,4
Nahrungsmittel u. Getränke	„	80,7	63,4	53,2	59,8	68,1	58,2	45,8	56,8	62,0	61,4	62,1	55,9	45,1	40,3	37,0
Rohstoffe u. halbfertige Waren ..	„	105,8	96,5	97,1	94,6	83,6	87,1	74,1	86,5	79,4	88,0	81,6	81,5	78,5	69,1	57,2
Fertige Waren	„	54,6	45,8	48,5	48,4	46,0	43,4	36,7	40,9	44,2	43,6	43,3	41,3	43,1	32,4	32,2
Vereinigte Staaten																
Einfuhr: Gesamt	Mill. \$	310,6	311,0	281,8	300,5	307,9	284,7	250,2	220,4	218,4	226,3	248,3	203,7	208,7	183,3	175,0
Rohstoffe	„	115,6	109,0	98,6	101,7	105,7	86,7	76,7	69,6	72,6	75,4	77,5	59,2	69,1	59,4	56,5
Halbfertige Waren	„	57,5	63,0	59,1	62,7	61,8	53,2	51,6	44,7	44,1						

	Einheit	1929	1930											1931		
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Verkehr																
Eisenbahnverkehr																
Güterwagenstellung																
Deutschland	1000	3 431	3 281	2 989	3 416	3 218	3 577	3 162	3 449	3 333	3 479	3 768	3 317	3 077	2 796	2 507
Belgien	"	651	697	636	670	647	648	590	611	606	615	659	599	597	552	512
Tschechoslowakei	"	492	435	405	465	461	479	444	485	490	520	661	642	447	376	356
Vereinigte Staaten	"	3 651	3 788	3 506	3 8 7	3 940	4 127	3 878	4 010	4 058	4 049	4 272	3 345	3 153	3 121	—
Oesterreich (arbeitsfähig)	Anzahl	6 231	5 759	5 725	6 157	6 627	6 902	6 772	6 004	6 189	6 036	6 621	6 106	5 801	5 128	4 785
Polen (arbeitsfähig)	"	17 000	13 640	13 156	13 304	12 639	13 206	13 746	15 228	15 434	17 239	18 095	17 567	15 243	12 451	11 759
Beförderte Gütermenge																
Deutschland	Mill. t	35,63	33,36	29,78	34,10	31,87	35,44	32,36	33,30	32,63	34,24	38,18	31,99	31,21	32,06	—
Großbritannien	1000 t	27 738	29 973	27 535	28 551	25 909	27 230	22 556	24 792	22 861	24 995	28 722	25 708	25 9 9	—	—
Italien	"	5 012	4 885	4 691	5 253	5 155	5 219	4 969	5 416	5 147	5 490	5 625	4 695	4 038	3 949	3 646
Österreich	Mill. tkm	371,9	320,6	286,2	331,6	305,7	330,5	305,7	237,8	299,0	320,7	357,6	321,1	282,8	302,6	—
Schiffsverkehr																
Seeschifffahrt¹⁾																
Deutschland ²⁾	1000 NRT	3 718	3 457	3 109	3 584	3 547	3 873	3 298	3 759	3 939	3 820	3 821	3 460	3 458	3 332	—
Großbritannien ³⁾	"	5 055	5 306	4 611	5 093	5 119	5 885	5 574	5 880	5 764	5 837	5 692	5 034	5 007	4 599	4 120
Frankreich ⁴⁾	1000 RT	4 109	4 226	3 746	4 414	4 817	5 097	5 029	5 042	5 001	4 789	5 304	3 899	4 709	—	—
Belgien ⁵⁾	1000 NRT	2 490	2 511	2 197	2 431	2 167	2 565	2 469	2 566	2 549	2 476	2 474	2 220	2 436	2 227	—
Niederlande ⁶⁾	1000 cbm	5 18	5 230	4 590	4 785	4 640	5 085	5 020	5 075	5 125	5 255	5 150	4 820	4 800	4 460	—
Italien	1000 NRT	6 135	6 010	5 896	6 823	6 540	6 793	6 461	6 864	6 592	6 750	6 773	6 399	6 241	6 153	—
Polen ⁷⁾	1000 RT	123	164	133	128	127	163	171	199	217	2 0	201	189	17	161	—
Danzig	"	331	364	278	312	314	301	317	392	385	389	371	350	329	328	—
Vereinigte Staaten ⁸⁾	1000 NRT	5 607	5 693	5 368	5 834	6 703	7 525	7 509	8 067	8 490	7 653	7 074	6 224	5 506	—	—
Kanalverkehr																
Kaiser Wilhelm Kanal	Schiffe	4 338	3 794	3 010	3 797	3 787	4 596	4 861	5 450	5 445	4 929	4 749	4 716	4 285	3 285	—
1000 NRT	"	2 045	1 690	1 247	1 402	1 401	1 953	2 240	2 351	2 170	1 950	2 021	1 856	1 692	1 284	—
Schiffe	"	522	531	491	515	489	479	478	488	485	458	517	479	495	476	431
Panamakanal	1000 NRT	1 939	1 982	1 785	1 889	1 872	1 833	1 805	1 842	1 771	1 027	1 935	1 760	1 848	1 771	—
Schiffe	"	532	538	471	524	505	492	455	479	468	431	471	462	462	509	438
Suezkanal	1000 NRT	2 899	2 944	2 594	2 823	2 734	2 683	2 434	2 647	2 581	2 394	2 669	2 573	2 599	2 803	—
Binnenschifffahrt																
Güterumschlag, Hamburg ⁹⁾	1000 t	841,8	596,9	523,2	783,0	979,1	1 012,1	838,2	644,4	850,9	892,7	975,0	916,5	973,2	604,0	—
Duisburg ¹⁰⁾	"	2 216,9	2 198,3	1 523,0	1 495,1	1 470,1	1 501,0	1 420,2	1 563,7	1 498,9	1 650,7	1 613,7	1 182,1	1 733,2	1 623,3	—
Frachtfahrten																
Getreide (La Plata / Großbritannien)	sh je ton	15,0	14,6	10,3	11,6	14,6	10,3	11,0	13,6	20,0	16,6	14,9	17,0	20,0	18,6	18,0
Getreide (Montreal / Großbritannien)	cts 100 lbs	—	—	11,50	12,00	10,00	8,50	8,50	8,00	10,50	10,00	10,00	8,00	—	—	9,00
Zucker (Kuba / Großbritannien)	sh je ton	17,6	15,6	14,6	14,3	14,3	12,9	11,6	13,0	14,0	14,0	14,3	—	12,0	12,6	12,7 1/2
Erz (Huelva / Rotterdam)	"	5,10 1/2	6,7 1/2	5,0	5,1 1/2	5,0	4,10 1/2	4,6	4,7 1/2	—	—	—	—	—	—	—
Reis (Burmah / Großbritannien)	"	—	20,0	17,6	18,0	18,0	17,6	—	—	—	20,8	22,1	19,0	—	23,9	23,0
Oel (Golf / Großbritannien)	"	32,1	32,0	42,6	35,6	30,2	30,0	28,0	17,6	15,0	10,6	10,6	11,0	10,0	10,3	7,6
Holz D. B. B. (Südfinnl. / London)	sh je St. 8)	43,10 1/2	41,0	39,6	38,6	37,9	37,9	36,6	34,6	31,3	32,0	31,0	35,9	37,6	35,9	34,6
Index d. Stat. Reichsamts ¹¹⁾	1913 = 100	106,9	100,2	97,8	93,2	93,2	92,4	90,5	89,9	89,9	89,0	90,3	90,1	91,1	89,1	88,7
Index d. "Economist" ¹²⁾ Gesamt	1898/1913	100,3	94,4	89,0	87,9	89,7	88,5	88,1	90,8	86,1	97,2	95,1	92,2	94,8	94,5	95,2
England—Europa	= 100	117,3	104,2	98,1	96,3	94,4	95,1	91,3	86,3	86,7	87,3	91,1	89,5	89,7	88,0	87,1
—Nordamerika	"	95,5	94,2	92,6	87,7	91,2	88,5	85,2	89,6	94,2	91,2	85,6	85,0	86,9	90,1	93,4
—Südamerika	"	94,6	95,1	95,5	91,9	95,9	91,6	90,7	94,6	99,7	97,7	93,3	90,4	93,8	90,1	94,6
—Indien	"	109,0	99,8	93,4	94,2	94,8	94,2	95,7	102,8	104,5	103,0	101,3	99,8	103,7	101,3	96,9
—Fern-Osten u. Pacific	"	93,4	85,2	78,9	77,8	76,3	74,6	74,6	78,3	84,7	89,2	85,2	81,0	85,2	88,8	90,9
—Australien	"	91,7	88,1	75,7	79,2	85,5	87,2	90,8	93,5	106,8	117,5	113,9	107,7	109,5	108,6	108,6
reise und Löhne																
Großhandelsindizes¹¹⁾																
Deutschland (+) 12): Gesamt	1928 = 100	95,9	94,5	92,4	90,8	90,5	89,8	88,9	89,4	89,1	87,7	85,9	85,8	81,1	82,5	81,4
Agrarstoffe	"	94,0	90,7	86,4	81,6	83,5	82,4	81,7	85,6	86,8	84,5	81,4	83,4	82,2	79,4	78,9
Kolonialwaren	"	86,6	86,5	86,4	88,6	89,2	88,3	88,6	85,5	83,4	81,2	81,3	81,4	79,2	76,6	75,0
Rohst. u. Halbfertigwaren	"	96,5	95,7	94,6	93,6	93,1	92,3	91,0	89,1	87,8	86,7	85,2	84,2	82,1	80,3	79,3
Industrielle Fertigwaren: Gesamt	"	98,2	98,4	97,5	96,4	95,8	95,5	95,3	94,6	94,7	93,6	92,6	91,4	90,1	89,2	88,1
Produktionsmittel	"	101,9	101,8	101,8	101,5	101,3	101,2	100,8	100,7	100,6	100,4	100,0	99,8	98,6	98,0	97,0
Konsumgüter	"	96,1	96,3	95,0	93,4	92,5	92,2	92,0	91,4	90,5	89,6	88,3	86,7	85,1	84,1	82,9
Großbritannien (+) 13): Gesamt	"	94,4	93,4	91,1	88,7	88,2	86,8	86,0	85,0	84,1	82,3	80,6	79,9	77,6	76,2	75,7
Nahrungsmittel: Gesamt	"	92,4	91,0	88,4	84,8	84,7	83,5	83,6	83,4	82,6	81,2	79,6	79,1	76,2	74,3	73,4
Pflanzliche	"	88,5	86,5	81,3	76,5	78,5	76,7	74,5	72,6	72,6	70,2	68,6	63,6	61,7	58,9	58,8
Tierische	"	112,1	109,4	107,6	102,7	100,2	96,6	96,0	96,4	97,6	98,1	96,7	99,0	91,6	92,1	87,4
Industrielle Waren: Gesamt	"	95,5	94,5	92,6	91,0	90,0	83,6	87,3	85,3	84,5	83,0	81,1	80,7	78,4	77,3	77,0
Eisen und Stahl	"	102,3	102,5	102,2	102,8	101,8	101,6	101,0	100,4	99,7	99,4	98,6	97,7	96,6	96,6	95,9
Kohle	"	102,7	102,3	101,5	100,8	98,2	93,5	92,1	91,8	91,6	94,4	95,2	95,4	95,5	96,5	95,6
Baumwolle	"	87,5	86,0	81,7	79,5	79,5	79,1	76,6	74,8	72,3	68,5	65,3	64,9	61,7	61,0	63,5
Wolle	"	90,1	86,1	80,4	76,7	75,6	76,5	75,6	73,6	72,6	70,4	65,5	63,2	60,6	58,9	58,8
Frankreich (+) 14): Gesamt	"	92,7	90,9	90,9	89,1	88,3	87,2	85,5	86,6	85,6	84,4	81,8	79,5	78,1	77,0	77,6
Nahrungsmittel: Gesamt	"	89,0	89,6	90,1	89,1	89,1	89,1	88,1	92,5	92,5	91,7	89,4	87,5	89,4	90,8	90,1
Pflanzliche	"	77,5	72,8	71,2	69,6	71,2	78,1	74,2	82,5	84,3	82,8	79,1	77,8	70,6	83,3	86,6
Tierische	"	116,1	112,5	116,2	114,5	113,8	106,8	108,4	111,4	111,5	111,5	110,3	108,8	112,1	112,1	106,9
Zucker, Kaffee, Kakao	"	81,5	81,4	81,1	81,0	80,4	79,2	77,8	76,1	73,7	71,8	71,8	69,8	66,9	66,0	65,7
Rohstoffe: Gesamt	"	92,0	91,7	91,4	89,0	87,7	85,8	84,0	82,4	80,6	79,1	76,3	73,2	70,4	68,4	68,3
Mineralien und Metalle	"	100,5	100,5	100,0	97,5	91,5	89,5	88,2	87,7	87,0	85,5	81,0	79,0	78,5	70,4	71,5
Textilien	"	76,6	73,6	71,8	69,7	70,8	68,8	64,4	62,1	59,9	57,5	53,1	49,9	46,8	44,6	45,4
Italien (+) 15): Gesamt	"	93,5	92,3	90,5	88,9	87,4	85,8	84,0	81,8	82,0	81,1	78,7	77,2	75,1	73,7	72,9
Nahrungsm.: Gesamt	"	89,4	89,8	84,6	83,1	82,2	80,6	79,7	77,9	78,3	78,6	78,3	73,8	70,4	68,6	67,8
Pflanzliche	"	80,0	79,1	78,4	75,0	73,8	71,8	71,8	70,0	71,1	69,2	65,9	63,4			

	Einheit	1929	1930												1931	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Großhandels-Indizes																
Österreich ¹⁾ : Gesamt	1928=100	94,5	96,0	94,5	92,5	91,4	90,0	92,9	91,4	90,6	88,3	86,0	84,5	82,2	81,6	82,2
Nahrungsmittel		91,1	91,8	92,3	90,7	89,1	87,4	90,7	89,9	89,1	85,0	82,5	80,9	77,6	78,0	78,4
Industriestoffe		98,5	99,5	98,1	96,7	96,0	96,0	96,0	96,3	94,7	93,3	91,9	90,5	90,1	89,2	87,8
Polen ²⁾ : Gesamt		91,0	87,2	84,0	84,1	84,1	82,4	82,2	82,9	80,9	78,7	77,5	77,7	75,4	70,8	71,6
Inländ. pflanzl. Erzeugnisse		71,4	66,9	61,3	63,3	67,1	62,2	65,7	69,0	65,2	58,9	55,7	57,9	56,3	53,1	54,3
Tierische Erzeugnisse		100,3	93,1	87,4	86,1	82,7	82,8	78,5	79,7	77,6	80,7	83,6	85,2	79,1	67,1	68,7
Industriestoffe u. -erzeugn.: Gesamt		97,2	95,1	94,2	93,6	92,6	92,4	91,4	90,4	89,4	88,1	86,9	85,3	83,4	80,7	81,0
Holz		104,4	96,1	90,1	93,1	93,1	93,1	93,1	88,8	86,3	83,4	83,4	79,6	75,9	70,5	70,5
Textilien		85,6	82,1	80,1	80,6	80,6	81,2	78,9	78,1	76,2	73,6	72,2	68,8	65,6	62,3	63,5
Kohle		109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5	109,5
Metalle		100,3	99,9	98,9	96,9	95,1	93,6	93,1	92,7	92,2	91,8	89,2	88,8	88,6	88,6	87,6
Vereinigte Staaten ³⁾ : Gesamt		96,5	95,7	94,4	93,0	92,9	91,3	88,9	88,1	86,1	86,3	84,6	82,4	80,8	78,9	77,4
Landwirtsch. Produkte		96,3	92,5	92,6	89,5	90,5	87,9	84,0	78,5	80,2	80,6	78,1	75,0	71,1	69,5	66,3
Nahrungsmittel		97,8	94,4	94,7	93,2	93,8	91,3	89,8	85,6	84,4	83,5	81,9	80,0	81,2	79,1	76,5
Häute und Leder		88,2	86,4	85,4	84,8	84,4	84,3	84,1	82,7	81,3	81,4	79,3	77,2	74,5	72,8	71,2
Textilien		93,8	92,7	91,6	89,7	88,7	87,8	85,3	83,0	80,6	78,3	76,6	78,0	75,1	73,7	78,0
Heiz- und Leuchtstoffe		93,1	91,6	90,4	88,8	89,3	89,4	87,6	86,5	86,5	87,5	88,1	82,3	80,6	80,0	79,3
Metalle und Metallprodukte		102,6	101,7	101,4	101,1	99,8	97,3	95,9	94,8	93,2	92,3	90,9	90,7	90,5	89,7	89,3
Baumaterialien		102,7	102,7	102,1	101,8	101,1	99,1	98,1	94,9	93,3	92,2	91,6	91,4	90,1	88,5	87,3
Chemikalien und Drogen		98,0	97,4	96,6	95,5	95,3	94,1	93,1	91,9	91,4	90,7	90,1	89,2	88,8	87,7	86,1
Lebenshaltungskosten-Indizes																
Deutschland ⁴⁾		100,7	100,0	99,1	98,1	97,2	96,7	97,3	98,5	98,2	96,9	95,8	94,7	93,4	92,5	91,6
Großbritannien ⁵⁾		100,6	100,0	98,8	97,0	94,6	93,4	92,8	93,4	94,6	94,6	94,0	94,9	93,4	92,2	91,6
Frankreich (Paris) ⁶⁾				108,1			110,2			114,1			115,0			
Belgien ⁷⁾		110,1	109,0	113,6	110,5	108,1	106,8	107,0	108,2	109,1	109,9	109,7	109,2	106,7	104,8	
Schweiz ⁸⁾		100,6	100,0	99,4	98,8	98,1	98,1	98,1	98,8	98,8	98,8	98,1	97,5	96,9	96,9	96,5
Italien (Rom) ⁹⁾		101,8	102,1	100,8	101,2	101,4	100,4	100,6	103,0	103,5	102,7	102,5	102,6	98,4	95,3	
Österreich (Wien) ¹⁰⁾		104,6	104,6	103,7	101,8	102,8	102,8	104,6	103,7	104,6	101,9	101,9	101,9	101,4	98,1	97,3
Polen (Warschau) ¹¹⁾		103,3	99,2	96,7	95,9	95,9	95,1	95,1	97,5	95,9	95,9	95,9	97,5	96,7	90,2	89,3
Ernährungskosten-Indizes ¹⁴⁾																
Deutschland		99,9	98,6	97,1	95,3	93,9	93,0	93,7	95,8	95,4	93,0	91,6	90,2	88,5	87,7	85,0
Großbritannien		101,3	100,0	98,1	95,5	91,1	89,2	87,9	89,8	91,7	91,7	91,1	91,7	89,6	89,4	101,3
Frankreich (Paris)				107,4			110,0			116,1			118,0			
Belgien		110,8	108,8	107,4	102,6	98,9	96,9	97,2	99,2	100,4	101,8	101,5	101,1	97,4	94,9	
Italien (Rom)		101,2	100,6	98,0	98,8	99,0	97,8	98,2	102,3	101,6	99,8	100,4	100,6	95,1	91,3	
Österreich (Wien)		102,5	103,4	100,8	100,0	99,2	98,3	101,7	100,0	100,0	97,5	95,8	95,8	93,1	91,6	89,1
Polen (Warschau)		100,7	91,6	87,4	85,3	84,6	83,2	83,9	88,1	85,3	85,3	85,3	88,8	86,7	76,9	76,9
Löhne: Deutschland ¹⁵⁾																
Stundenlöhne: gelernte Arbeiter	Rpf	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9	111,9				
ungelernte Arbeiter		84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0	84,0				
Wochenlöhne ¹⁶⁾ : gelernte Arbeiter	RM	54,10	54,10	54,10	54,10	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12	54,12				
ungelernte Arbeiter		41,80	41,78	41,78	41,78	41,80	41,80	41,81	41,81	41,81	41,81	41,81				
Umsätze und Geschäftsgang																
Einzelhandelsumsätze																
Deutschland																
Warenhäuser	% 17)	94,2	96,5	113,4	81,0	117,7	89,4	92,7	92,2	94,5	93,5	91,6	86,0	89,0	90,3	82,9
Konsumgenossenschaften	RM	10,90	8,96	8,80	8,76	8,78	8,44	8,44	8,76	8,12	8,35	8,52	8,40	8,48	7,28	
Vereinigte Staaten																
Warenhäuser ¹⁸⁾	1923/25=100	105	107	108	110	105	105	103	100	102	99	102	98	94 ¹⁹⁾	97 ²⁰⁾	95
Abrechnungsverkehr																
Deutschland ¹⁹⁾	Mill. RM	9 562	10 589	9 122	9 775	10 142	10 358	9 565	11 161	9 294	10 093	11 212	8 694	9 447	9 548	7 963
Großbritannien (London town)	£	3 121	3 746	3 083	3 753	3 213	3 475	3 094	3 586	2 927	3 010	3 414	2 983	2 793	3 389	
Frankreich ²⁰⁾	Fr	42 721	45 483	43 806	45 995	47 630	51 142	51 128	50 140	43 196	48 591	48 077	38 033	42 485	42 36	39 889
Belgien ²¹⁾	Fr	40 024	39 271	35 053	37 649	40 391	41 909	38 003	38 549	34 954	38 114	42 089	34 110	35 941	33 066	29 616
Schweiz ²²⁾	Fr	1 164	1 232	1 068	1 168	1 056	1 077	1 099	1 088	854	832	1 050	955	1 016	1 078	925
Italien ²³⁾	L	62 776	55 439	51 252	53 261	56 275	51 686	50 925	62 519	48 840	51 655	51 537	55 532	65 522	62 481	53 370
Tschechoslowakei (Prag)	Kš	7 625	8 751	6 052	7 257	7 375	6 553	5 852	5 838	5 579	5 779	5 855	5 782	6 630	7 494	5 574
Österreich ²⁴⁾	S	4 507	4 272	3 933	3 975	3 764	4 115	3 873	4 275	3 917	3 977	4 858	4 019	4 180	3 968	3 423
Vereinigte Staaten ²⁵⁾	\$	51 716	49 943	41 132	50 592	50 191	48 031	49 136	46 461	38 391	39 911	44 983	35 757	41 872	39 310	32 665
Postverkehrsverkehr (ingesamt)																
Deutschland	Mill. RM	12 824	13 249	11 032	11 551	12 146	12 067	11 146	12 808	11 267	11 148	12 473	11 018	11 748	11 859	9 697
Belgien	Fr	29 011	30 201	27 342	28 408	29 071	30 032	26 449	29 368	25 912	25 713	28 906	24 894	28 376	27 513	24 584
Tschechoslowakei	Kš	23 296	22 486	18 885	19 001	19 897	19 861	18 257	20 409	18 751	19 542	20 710	20 680	23 354		
Österreich	S	2 311	2 271	1 943	2 006	2 097	2 202	2 011	2 295	2 133	2 042	2 471	2 224	2 376	2 194	1 917
Polen	Zł	2 142	2 098	1 825	2 048	1 997	1 990	1 822	2 029	1 919	2 035	2 111	1 916	2 078		
Konkurse																
Deutschland, Konkurse	Anzahl	881	1 106	1 103	1 142	1 066	1 062	853	977	810	759	843	829	850	1 085	1 065
Vergleichsverfahren		459	521	576	692	703	702	647	645	591	508	480	467	477	518	548
Großbritannien		338	407	397	408	367	367	295	406	317	304	375	411	371		
Frankreich		528	658	516	582	507	593	516	540	402	326	462	558	591	601	558
Niederlande		247	273	244	251	260	241	240	255	214	262	270	280	29	804	
Italien		1 230	1 214	1 148	1 270	974	1 254	1 156	1 373	1 036	1 452	1 785	1 634	1 494	1 573	1 586
Tschechoslowakei		66	69	61	72	74	72	76	66	71	70	75	98	82	87	85
Vereinigte Staaten ²⁶⁾ Konkurse		2 037	2 759	2 262	2 347	2 198	2 179	2 026	2 023	1 913	1 963	2 124	2 031	2 525	3 316	2 583
Verbindlichkeiten	1000 \$	67 465	61 185	51 326	58 946	49 069	55 541	68 131	39 823	49 181	46 947	56 297	55 281	83 683	94 048	89 600

		1930															1931	
	Einheit	1929												1930		1931		
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Geld- und Kapitalmarkt																		
Diskontsätze d. Zentralbanken¹⁾																		
Deutschland ²⁾	% p. a.	7	6,5	6	5	5	4,5	4	4	4	4	5	5	5	5	5		
Großbritannien ³⁾	"	5	5	4,5	3,5	3,5	3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5		
Frankreich ⁴⁾	"	3,5	3	3	3	3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5		
Belgien ⁵⁾	"	4,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5		
Niederlande ⁶⁾	"	4,5	4	4	3,5	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2,5	2,5		
Schweiz ⁷⁾	"	3,5	3,5	3,5	3,5	3	3	3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5		
Italien ⁸⁾	"	7	7	7	6,5	6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5		
Tschechoslowakei ⁹⁾	"	5	5	5	5	5	4,5	4	4	4	4	4	4	4	4	4		
Österreich ¹⁰⁾	"	7,5	7	6,5	6	6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5		
Ungarn ¹¹⁾	"	7,5	7	6,5	6	6	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5		
Polen ¹²⁾	"	8,5	8	8	7	7	6,5	6,5	6,5	6,5	6,5	7,5	7,5	7,5	7,5	7,5		
Rumänien ¹³⁾	"	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9	9		
Schweden ¹⁴⁾	"	12	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11	11		
Norwegen ¹⁵⁾	"	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5		
Dänemark ¹⁶⁾	"	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5		
Vereinigte Staaten (New York) ¹⁷⁾	"	4,5	4,5	4	3,5	3,5	3	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5		
Japan ¹⁸⁾	"	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,48	5,11	5,11	5,11	5,11	5,11		
Notenumlauf d. Zentralbanken																		
Deutschland ¹⁹⁾	Mill. RM	4 723,9	4 319,4	4 318,6	4 415,2	4 472,1	4 384,6	4 393,7	4 320,6	4 346,2	4 377,3	4 396,4	4 264,8	4 487,1	4 106,9	4 028,5		
Großbritannien ²⁰⁾	£	869,4	855,8	847,3	850,0	869,4	866,4	860,4	865,0	866,8	869,5	867,2	864,2	868,9	851,7	847,1		
Frankreich ²¹⁾	Fr	67 478,9	69 407,8	69 622,6	70 188,8	71 122,7	71 820,3	72 143,8	72 630,6	73 070,3	72 980,7	73 888,1	74 876,6	75 735,7	77 544,4	77 697,9		
Belgien ²²⁾	Blg	2 680,4	2 760,8	2 748,5	2 789,1	2 835,7	2 945,1	2 907,4	3 023,9	3 064,9	3 126,1	3 147,4	3 180,9	3 224,6	3 216,0	3 216,0		
Niederlande ²³⁾	Fl	836,9	812,4	797,0	810,1	820,0	830,4	823,6	818,9	810,3	822,6	825,0	837,7	838,3	827,5	816,1		
Schweiz ²⁴⁾	Fr	932,8	871,0	844,1	864,1	878,6	868,0	874,3	889,2	898,8	927,6	942,9	938,1	988,1	925	911,3		
Italien ²⁵⁾	L	16 048,3	16 375,9	15 965,5	16 038,2	16 008,1	15 798,7	15 700,7	15 959,2	16 035,9	16 048,4	15 887,8	15 644,2	15 642,1	15 353,6	15 010,4		
Tschechoslowakei ²⁶⁾	Kö	7 541,6	6 759,1	6 437,6	6 489,9	6 482,2	6 394,1	6 571,2	6 549,9	6 698,7	6 671,9	6 718,3	7 221,6	6 401,2	6 121,1	6 121,1		
Österreich ²⁷⁾	S	1 034,8	932,5	899,8	908,2	910,0	913,2	948,4	951,9	961,9	931,9	944,5	1 023,0	928,9	894,8	894,8		
Ungarn ²⁸⁾	P	445,9	424,2	418,2	399,6	431,5	409,0	407,0	410,3	413,6	398,7	420,9	420,5	416,1	393,8	375,7		
Polen ²⁹⁾	Zl	1 295,8	1 267,8	1 218,4	1 256,4	1 283,4	1 283,1	1 261,6	1 268,1	1 296,2	1 310,9	1 345,4	1 298,5	1 279,4	1 211,9	1 077,7		
Rumänien ³⁰⁾	Lei	213,5	19 767,4	19 613,9	20 034,6	19 845,8	18 890,3	18 384,0	18 445,3	19 015,6	19 450,7	19 186,1	18 883,2	19 228,9	18 448,9	8 215,9		
Schweden ³¹⁾	Kr	532,8	494,6	494,7	520,5	517,9	524,9	540,1	521,4	537,4	519,3	438,2	578,6	540,2	518,9	507,0		
Norwegen ³²⁾	Kr	315,7	299,2	291,9	295,4	309,9	303,7	307,9	314,7	319,6	304,2	309,0	299,4	310,2	291,3	282,0		
Dänemark ³³⁾	Kr	367,6	346,8	352,3	356,8	362,4	371,1	365,6	347,2	349,8	344,5	369,7	354,2	360,2	340,9	340,1		
Vereinigte Staaten ³⁴⁾	\$	1 940,0	1 794,0	1 664,8	1 601,8	1 550,1	1 476,7	1 431,6	1 382,6	1 333,2	1 354,0	1 387,5	1 384,3	1 561,2	1 567,4	1 464,0		
Kanada ³⁵⁾	\$	175,5	168,1	168,6	162,9	164,7	164,7	166,0	152,2	166,2	163,5	160,0	159,2	148,1	141,4	—		
Gold u. Devisen d. Zentralbanken																		
Deutschland ³⁶⁾	Mill. RM	2 659,8	2 687,4	2 777,4	2 815,3	2 910,9	2 910,4	3 048,7	2 881,0	2 957,4	2 851,8	2 413,8	2 614,9	2 727,6	2 495,9	2 442,5		
Großbritannien ³⁷⁾	"	2 852,3	3 055,0	3 096,7	3 126,1	3 280,2	3 272,0	3 195,9	3 162,1	3 140,2	3 18,5	3 225,2	3 236,9	3 075,2	2 922,2	2 871,0		
Frankreich ³⁸⁾	"	6 804,3	7 018,9	7 059,6	7 008,7	6 963,9	7 103,4	7 227,4	7 352,7	7 500,7	7 558,5	7 212,1	8 476,5	8 721,6	8 973,6	9 175,4		
Belgien ³⁹⁾	"	991,8	1 019,8	999,6	1 007,5	1 047,8	1 085,2	1 119,8	1 171,5	1 209,7	1 223,6	1 259,9	1 281,0	1 346,1	1 336,8	1 341,9		
Niederlande ⁴⁰⁾	"	755,1	751,1	737,4	732,3	728,9	72,8	728,8	686,6	659,2	651,1	701,1	719,0	723,3	748,5	748,5		
Schweiz ⁴¹⁾	"	485,6	489,0	454,1	454,4	459,0	458,7	458,7	478,4	507,2	518,1	528,1	544,3	554,7	542,8	521,3		
Italien ⁴²⁾	"	2 285,0	2 243,0	2 224,3	2 232,9	2 249,6	2 209,2	2 238,8	2 219,6	2 277,4	2 272,8	2 244,8	2 205,3	2 124,1	2 081,1	2 062,2		
Tschechoslowakei ⁴³⁾	"	420,2	424,3	405,8	397,4	389,8	402,6	423,2	435,5	450,9	472,6	477,8	478,6	490,1	480,9	460,6		
Österreich ⁴⁴⁾	"	233,8	222,2	219,0	224,1	230,8	240,5	252,7	259,0	260,7	256,5	256,2	247,1	244,2	218,3	205,9		
Ungarn ⁴⁵⁾	"	148,1	131,1	137,6	127,8	125,7	129,6	139,1	142,9	150,9	141,8	130,5	130,4	136,9	131,6	123,1		
Rumänien ⁴⁶⁾	"	398,1	356,6	332,5	299,7	289,2	286,5	286,5	271,3	271,9	272,2	273,4	275,2	275,4	274,4	266,9		
Schweden ⁴⁷⁾	"	272,7	275,0	274,6	274,7	274,7	273,7	273,3	273,1	272,5	272,6	272,2	271,9	271,3	270,8	270,4		
Norwegen ⁴⁸⁾	"	165,1	165,0	165,0	164,8	164,9	164,9	164,9	164,9	164,9	164,8	164,8	164,7	164,1	164,7	164,7		
Dänemark ⁴⁹⁾	"	281,8	309,4	334,7	303,7	287,4	303,9	256,6	264,2	270,8	280,8	282,2	283,2	282,7	278,7	289,4		
Vereinigte Staaten ⁵⁰⁾	"	12 238,6	12 348,6	12 508,5	12 721,4	12 739,4	12 888,5	12 873,4	12 888,2	12 888,2	12 888,2	12 888,2	12 888,2	12 888,2	12 888,2	12 888,2		
Kanada ⁵¹⁾	"	369,1	338,7	340,7	343,0	350,8	336,7	324,4	311,4	362,1	363,0	354,5	474,1	410,0	354,1	—		
Argentinien ⁵²⁾	"	1 701,1	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3	1 794,3		
Brasilien ⁵³⁾	"	631,1	584,1	531,8	531,8	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7	377,7		
Japan ⁵⁴⁾	"	2 243,1	2 182,5	2 002,5	1 902,1	1 860,2	1 822,6	1 822,6	1 845,6	1 816,5	1 810,0	1 739,5	1 715,5	1 728,5	1 738,9	—		
Bankenstatistik																		
Deutschland⁵⁵⁾																		
Debitoren	Mill. RM	—	—	7 729,6	7 776,7	7 886,4	7 808,3	7 790,8	7 898,2	7 995,1	8 038,2	7 948,4	7 833,7	—	—	7 528,9		
Wechsel u. Schecks ⁵⁶⁾	"	—	—	3 011,5	3 000,4	2 897,7	2 940,6	2 939,8	2 713,3	2 636,4	2 500,2	2 215,4	2 238,4	—	—	2 429,0		
Warenvorräte	"	—	—	2 224,3	2 220,9	2 204,1	2 172,5	2 167,5	2 115,5	2 091,6	2 138,6	2 257,3	2 319,7	—	—	2 330,3		
Reports	"	—	—	319,3	331,4	350,1	359,5	297,4	244,5	250,1	222,3	204,3	198,1	—	—	143,0		
Kreditoren	"	—	—	14 504,7	14 755,1	14 790,6	14 760,8	14 813,8	14 585,1	14 314,6	14 203,8	13 550,5	13 044,4	—	—	13 204,4		
Großbritannien⁵⁷⁾																		
Depositen	Mill. £	1 810,7	1 805,0	1 751,1	1 719,5	1 749,7	1 779,8	1 829,4	1 830,6	1 803,8	1 800,7	1 827,7	1 838,0	1 875,8	1 873,3	1 810,6		
Vorschüsse	"	989,1	985,4	988,3	990,8	984,3	972,4	977,1	966,7	950,7	941,9	938,8	935,4	928,7	923,9	924,9		
Wechselbestand	"	229,0	245,2	220,4	183,6	209,6	248,0	273,5	298,4	281,2	285,7	297,8	314	321,5	329,7	301,2		
Wertpapierbestand	"	250,2	247,6	244,0	240,4	240,4	246,0	246,0	255,8	265,4	270,1	272,1	270,9	284,7	298,9	309,4		
Frankreich⁵⁸⁾																		
Depositen	Mill. Fr	32 377	32 240	33 366	33 100	33 521	34 217	34 690	34 381	35 076	34 091	34 537	35 186	34 417	34 441	—		
Vorschüsse	"	10 446	10 287	10 651	10 385	10 850	10 346	10 462	9 237	10 246	10 745	10 988	10 992	11 144	10 471	—		
Wechselbestand	"	20 064	20 289	20 279	19 693	18 836	18 586	19 441	19 972	19 611	18 645	18 362	19 634	19 456	20 011	—		
Italien⁵⁹⁾																		
Depositen	Mill. L	8 168,8	—	2 428,6	—	1 823,8	—	3 222,7	—	3 321,5	—	3 232,6	—	—	—	—		
Wechselbestand	"	8 538,8	—	6 547,2	—	5 031,8	—	9 125,5	—	9 329,7	—	9 459,5	—	—	—	—		
Reports	"	1 692,1	—	1 270,3	—	814,8	—	1 598,1	—	1 495,4	—	1 506,4	—	—	—	—		
Kreditoren	"	13 746,6	—	10 590,3	—	8 184,2	—	14 473,0	—	14 631,0	—	14 911,2	—	—	—	—		
Debitoren	"	5 655,8	—	4 761,3	—	3 518,2	—	6 244,0	—	6 206,3	—	6 282,7	—	—	—	—		
Schweiz⁶⁰⁾																		
Wechsel, inländische	Mill. Fr	357,1	345,7	339,3	329,8	322,4	316,8	310,1	308,6	322,5	333,0	34						

	Einheit	1929	1930												1931	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mal	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Bankenstatistik																
Vereinigte Staaten																
Bundesreservebanken ¹⁾																
Kredite, gesamt	Mill. \$	1 643	1 357	1 181	1 095	1 072	996	1 000	1 003	998	1 016	1 020	1 033	1 273	1 129	986
Diskontierte Wechsel	"	808	501	378	274	231	247	251	226	214	189	196	221	338	25	216
Angekaufte Wechsel	"	320	314	285	240	266	182	141	154	153	197	185	184	257	206	102
Regierungssicherheiten	"	446	485	480	540	530	529	571	583	599	597	602	596	644	647	603
Depositen, gesamt	"	2 438	2 403	2 362	2 373	2 408	2 418	2 458	2 477	2 448	2 452	2 484	2 483	2 467	2 490	2 426
Guthab. d. Mitgliedsbanken	"	2 395	2 346	2 306	2 330	2 350	2 356	2 392	2 417	2 392	2 397	2 407	2 433	2 415	2 433	2 370
Mitgliedsbanken ²⁾																
Effektenkredite	"	7 968	7 794	7 671	7 964	8 270	8 312	8 568	8 398	8 857	8 390	8 248	7 897	7 776	7 495	7 815
Andere Kredite	"	9 476	9 027	8 871	8 781	8 631	8 513	8 480	8 508	8 481	8 490	8 591	8 776	8 551	8 899	8 242
Anlagen	"	5 567	5 548	5 541	5 607	5 750	5 837	5 977	6 194	6 291	6 381	6 575	6 782	6 781	6 768	7 102
Spareinlagen ³⁾																
Deutschland ⁴⁾	Mill. RM	9 016	9 359	9 548	9 637	9 714	9 836	9 912	10 008	10 094	10 148	10 191	10 272	10 400	10 767	1 909
Frankreich ⁴⁾	Fr	493	836	998	636	432	438	291	271	349	239	187	206 ²⁸⁾	164 ²⁹⁾	200 ²⁸⁾	494
Niederlande ⁴⁾	Fl	581	588	595	599	596	599	601	606	612	611	614	61	625	—	—
Italien ⁴⁾	L	25 469	25 911	26 009	26 054	26 054	26 114	26 099	26 331	26 402	26 449	26 431	25 50	26 858	27 535	—
Österreich ⁴⁾	S	1 367	1 474	1 509	1 528	1 541	1 551	1 565	1 572	1 585	1 595	1 582	1 586	1 592	1 600	1 702
Polen ⁴⁾	Zl	173	180	190	201	210	217	221	229	234	240	232	236	254	265	275
Vereinigte Staaten ⁴⁾	\$	4 306	4 360	4 377	4 450	4 448	4 446	4 500	4 513	4 532	4 603	4 598	4 607	4 733	4 829	—
Emissionen																
Deutschland ⁴⁾ : Gesamt	Mill. RM	127	319	277	355	369	272	247	378	329	168	168	164	178	280	—
Aktien ¹⁰⁾	"	29	163	94	23	45	27	21	91	27	30	49	15	33	75	—
Festverzinsl. Werte ¹¹⁾	"	98	156	243	332	324	245	226	281	302	138	122	149	145	205	—
Im Ausland aufgen. Anleihen	"	2	3	156	95	104	49	503	41	210	1	12	0	0	—	—
Großbritannien ¹²⁾ : Gesamt	1000 \$	5 283	16 925	26 155	28 384	21 271	37 899	39 132	16 432	6 560	5 039	30 497	19 910	15 862	12 332	19 606
Inland	"	4 046	11 337	7 995	18 948	11 890	17 816	7 703	13 108	3 454	2 4 9	12 763	11 510	10 44	7 848	5 952
Brit. Reich	"	716	2 90	10 619	5 716	117	15 689	4 647	299	2 655	2 122	13 418	7 604	4 282	1 144	13 641
Ausland	"	521	2 685	7 571	3 720	9 264	4 394	875	3 025	451	508	4 321	790	1 153	3 845	10
Frankreich, Inlnd.: Gesamt	Mill. Fr	1 490	1 313	3 261	2 354	872	1 210	2 601	980	887	1 351	3 650	1 134	2 311	484	4 228
Aktien	"	507	296	471	440	258	513	796	555	152	233	608	181	223	110	215
Obligationen	"	983	1 017	2 790	1 914	614	897	1 835	625	735	1 118	3 142	953	2 088	374	4 013
Niederlande ¹³⁾ : Gesamt	Mill. Fl	17,3	42,1	58,7	52,9	40,9	37,8	52,2	35,0	18,2	17,6	11,4	73,0	44,3	8,5	42,9
Inland	"	11,7	37,5	17,4	33,1	12,4	6,6	24,9	17,5	14,1	16,9	7,5	72,5	33,3	7,7	37,8
Ausland	"	5,5	4,6	41,3	19,8	37,5	31,8	32,3	17,5	4,0	0,7	8,9	0,5	10,8	0,7	5,1
Aktien u. Vorzugsaktien	"	2,4	6,3	0,2	1,0	4,7	3,0	1,9	0,1	0,2	0,7	1,0	0,1	1,4	—	6,3
Anleihen	"	14,8	35,8	58,5	52,0	45,2	34,8	55,9	34,9	18,0	17,0	10,4	73,0	42,4	8,5	36,5
Schweiz ¹⁴⁾ : Gesamt	Mill. Fr	33,1	78,1	236,9	56,1	122,7	231,4	110,7	80,9	45,6	249,1	143,0	158,2	19,3	34,1	86,0
Inland	"	33,1	68,4	274,7	23,5	101,1	160,1	43,2	46,2	45,6	216,2	108,9	117,8	19,3	34,1	86,0
Ausland	"	—	9,1	21,3	28,7	14,9	71,3	67,5	34,6	—	82,9	34,7	40,6	—	—	—
Aktien	"	4,1	0,5	0,4	4,0	6,8	4,2	5,1	1,0	0,6	—	—	—	6,1	0,5	2,4
Anleihen	"	29,0	77,9	288,4	52,1	105,9	227,2	105,5	79,9	44,9	249,1	143,0	158,2	13,2	33,6	83,6
Vereinigte Staaten ¹⁵⁾ : Gesamt	Mill. \$	650,5	826,7	625,7	821,1	957,8	1 179,6	772,8	583,2	290,5	494,6	459,3	267,5	391,9	618,6	221,5
Konversionen	"	84,4	77,2	29,8	22,2	54,7	70,3	68,6	28,8	88,1	115,5	64,9	9,9	9,4	182,2	16,2
Neues Kapital	"	565,9	749,5	595,9	799,0	903,1	1 109,3	704,2	554,5	204,4	379,1	394,4	257,5	385,1	436,1	206,3
Inland	"	521,2	718,9	469,9	658,0	728,6	989,7	527,8	477,4	165,9	375,6	294,8	250,5	384,9	534,4	202,0
Ausland	"	44,3	30,6	126,1	141,0	174,5	119,6	176,4	77,1	38,5	3,5	99,6	7,0	20,5	132,0	4,3
Aktien u. Vorzugsaktien	"	127,4	126,8	155,3	123,0	261,4	424,1	152,4	70,4	56,3	61,8	21,6	18,1	73,6	45,3	26,8
Anleihen	"	433,6	622,7	440,7	676,0	641,7	685,1	551,8	484,0	148,1	317,3	372,8	239,1	312,0	421,1	179,5
Börse																
Kursindizes																
Deutschland (+) ¹⁶⁾ : Gesamt	1928=100	77,6	80,9	81,3	80,2	82,3	82,0	78,4	74,1	69,6	61,6	64,6	62,2	59,8	55,1	57,7
Bergbau u. Schwerindustrie	"	85,5	81,0	91,5	89,8	92,1	91,1	87,2	81,9	75,7	75,1	70,2	66,5	61,9	57,1	60,1
Verarbeitende Industrie	"	71,2	74,0	73,9	72,7	75,4	75,5	71,7	67,1	62,4	61,5	57,2	55,1	51,9	49,3	51,2
Handel u. Verkehr	"	81,9	84,0	85,2	84,1	85,6	85,0	82,3	78,9	75,9	75,5	71,6	69,6	67,1	63,9	65,5
Großbritannien ¹⁷⁾ : Gesamt	"	96,6	96,6	96,7	97,9	98,6	96,7	94,4	95,5	93,7	94,7	93,3	92,7	90,8	91,2	89,4
Aktien	"	95,3	95,1	94,8	94,2	95,6	93,1	87,8	83,9	84,8	87,2	82,8	81,1	78,4	77,3	77,0
Festverzinsliche Werte	"	96,6	97,6	98,0	100,4	100,4	99,2	98,0	100,0	99,6	99,7	100,7	100,4	100,2	100,4	97,7
Frankreich ¹⁸⁾																
Aktien: Gesamt ¹⁹⁾	"	111,6	119,5	115,4	115,2	117,1	111,3	105,3	106,0	102,2	102,4	95,2	91,1	84,1	83,0	80,9
Banken	"	105,0	112,4	106,2	106,8	108,4	105,0	100,3	100,6	97,5	98,8	92,6	90,1	85,4	88,5	88,9
Kohlenbergwerke (nördl.)	"	187,8	174,0	167,3	164,0	161,7	152,9	148,8	151,5	144,7	144,7	133,9	131,9	112,0	120,2	113,2
Chemische Industrie	"	112,3	115,6	110,4	108,7	110,6	105,2	95,8	97,6	92,0	94,1	84,2	80,2	72,2	78,1	125,2
Textilindustrie	"	96,1	101,2	96,6	93,4	94,2	89,4	83,7	82,8	76,7	74,1	68,6	63,4	53,0	59,6	59,8
Elektrizitätswerke	"	121,8	135,3	135,7	137,2	141,4	136,5	129,8	131,9	128,9	128,1	118,1	113,5	106,9	115,8	117,4
Festverzinsliche Werte ²⁰⁾	"	113,1	120,4	118,9	118,3	117,9	117,7	118,3	118,1	119,3	119,0	117,8	116,9	116,2	118,1	119,9
Niederlande: *) ²¹⁾ Gesamt	"	85,8	85,8	86,7	84,1	85,8	80,7	73,0	69,5	68,1	63,5	63,5	60,9	55,8	51,9	59,2
Petroleumgesellschaften	"	113,9	113,9	112,1	111,2	118,4	115,7	111,2	112,1	108,5	104,9	96,7	88,6	85,0	83,2	88,6
Indische Gesellschaften	"	80,8	80,1	82,8	78,7	79,4	74,0	67,3	64,6	60,6	58,5	58,5	50,6	55,3	54,5	57,9
Niederlnd. Gesellschaften	"	85,6	86,5	87,5	84,7	86,5	80,9	73,4	69,6	66,8	64,9	64,0	59,3	54,6	53,6	59,3
Banken	"	101,9	102,8	103,7	101,9	101,0	100,1	98,3	97,4	95,6	92,0	89,3	90,2	86,6	87,6	92,0
Belgien ²²⁾																
Aktien: Gesamt ²³⁾	"	65,5	64,8	65,5	67,0	62,9	64,6	61,2	56,9	53,6	52,7	51,9	44,2	47,6	45,9	46,8
Banken	"	55,3	55,3	53,6	49,5	52,8	52,8	50,3	46,2	44,5	46,2	45,4	39,6	42,1	41,2	42,1
Metallurg. Industrie	"	69,7	68,4	71,5	62,1	65,9	65,3	59,6	55,2	54,0	54,6	51,5	45,2	47,7	45,8	45,2
Kohlenbergwerke	"	102,8	102,1	96,3	84,0	78,9	84,0	82,6	81,8	81,0	80,4	84,7	78,2	79,7	76,0	71,7
Obligationen ²⁴⁾	"	106,6	108,5	108,5	109,5	110,4										

		1929	1930												1931	
Einheit		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
noch: Kursindizes																
Italien ¹⁾ :																
Aktien ²⁾ : Gesamt	1928 = 100	96,2	97,1	109,8	97,7	96,4	97,1	95,0	91,2	88,6	87,4	85,1	83,4	79,2	78,8	81,1
Banken	"	93,5	95,4	98,6	97,3	95,0	96,4	95,4	93,2	92,1	91,1	89,7	89,1	87,4	87,9	88,7
Textilindustrie	"	55,7	58,0	56,2	51,9	60,6	60,1	55,9	52,2	49,8	47,1	45,6	46,8	41,4	41,5	41,0
Miner., Metall. u. mech. Ind.	"	91,7	94,9	99,2	96,4	92,9	93,9	88,3	84,9	81,3	80,7	78,6	78,3	73,3	74,2	78,3
Elektrizitätsindustrie	"	99,1	99,5	102,8	100,5	98,5	99,2	95,4	92,5	90,8	89,9	86,6	85,8	79,1	78,0	81,7
Festverzinsliche Werte ³⁾	"	97,0	97,7	98,3	98,6	99,0	99,9	100,3	100,3	99,1	99,4	99,5	99,9	99,4	101,8	104,3
Vereinigte Staaten ⁴⁾ :																
Aktien ⁵⁾ : Gesamt	"	102,7	104,1	110,7	114,7	120,7	114,1	102,1	99,4	98,7	99,4	85,4	78,1	72,7	74,7	80,1
Eisenbahnen	"	105,8	106,6	111,3	111,3	110,5	105,8	97,3	96,5	94,2	95,7	86,4	79,4	73,2	77,8	81,7
Öffentliche Industrierwerke	"	135,0	140,4	155,1	162,5	177,3	167,9	150,4	144,4	143,0	145,1	125,8	112,2	106,1	109,5	119,5
Industriegesellsch.	"	95,3	96,6	101,1	105,8	110,8	103,7	92,7	90,7	90,1	90,1	78,5	70,6	66,1	66,8	71,3
Festverzinsliche Werte ⁶⁾	"	95,3	95,3	95,2	96,6	96,7	96,7	97,0	97,5	98,4	98,8	97,9	97,9	96,6	98,4	98,2
Schweden: Gesamt ⁷⁾	"	96,0	102,2	102,7	106,2	104,9	100,4	94,2	94,2	89,3	87,9	85,3	84,1	81,4	79,9	86,2
Rendite festverzinslicher Werte																
Deutschland ⁸⁾ : Durchschnitt	% p. a.	8,39	8,35	8,26	8,23	8,08	7,93	7,91	7,85	7,88	7,93	8,10	8,11	8,16	8,14	8,11
5 % Werte	"	6,59	6,53	6,50	6,50	6,39	6,31	6,27	6,25	6,25	6,28	6,35	6,35	6,39	6,39	6,39
6 % "	"	7,81	7,76	7,67	7,64	7,47	7,25	7,20	7,15	7,19	7,25	7,44	7,49	7,5	7,5	7,54
7 % "	"	8,70	8,61	8,44	8,37	8,10	7,84	7,83	7,70	7,76	7,84	8,13	8,15	8,21	8,19	8,16
8 % "	"	8,99	8,95	8,84	8,79	8,57	8,40	8,37	8,27	8,33	8,40	8,65	8,65	8,69	8,67	8,62
10 % "	"	9,87	9,92	9,84	9,84	9,68	9,46	9,36	9,27	9,37	9,48	9,85	9,84	9,90	9,87	9,87
Frankreich ⁹⁾	"	4,25	3,73	3,77	3,81	3,81	3,86	3,82	3,81	3,74	3,75	3,87	3,90	3,95	3,79	3,66
Niederlande ¹⁰⁾	"	4,76	4,71	4,71	4,67	4,68	4,64	4,58	4,56	4,52	4,49	4,46	4,51	4,50	4,49	4,46
Belgien ¹¹⁾	"	4,52	4,49	4,26	4,29	4,17	3,87	3,92	3,86	3,90	3,82	3,80	3,82	3,79	3,75	3,72
Schweiz ¹²⁾	"	4,29	4,25	4,23	4,20	4,26	4,22	4,12	3,89	3,97	3,90	3,94	3,9	3,91	3,78	3,80
Italien ¹³⁾	"	6,30	6,36	6,32	6,32	6,24	6,07	6,06	6,17	6,26	6,27	6,29	6,22	6,25	6,24	6,19
Vereinigte Staaten ¹⁴⁾	"	4,44	4,45	4,49	4,44	4,41	4,40	4,39	4,35	4,30	4,23	4,18	4,23	4,30	4,16	4,17
Börsenumsätze																
Zürich ¹⁵⁾	Mill. Fr.	398,9	626,8	572,1	656,6	741,7	630,3	601,2	508,2	448,0	531,9	596,7	444,8	414,6	458,0	—
New York, Aktien	Mill. Stck.	83,9	82,3	68,7	96,6	111,0	78,0	76,6	47,7	39,9	53,5	65,5	51,9	58,8	42,5	64,1
Festverzinsliche Werte	Mill. \$	277,1	207,7	202,6	348,1	267,6	221,5	226,1	190,8	169,7	226,4	267,7	187,2	265,6	259,7	190,1
Staatsfinanzen [*])																
Deutschland:																
Einnahmen ¹⁶⁾	Mill. RM	577,5	1155,5	651,4	536,5	828,7	440,7	432,4	1242,2	850,1	685,8	1147,4	713,8	641,2	1123,5	711,7
Ausgaben ¹⁶⁾	"	845,3	1022,6	894,5	982,9	712,8	613,7	600,1	1044,6	867,4	1096,0	1041,8	879,3	1003,7	983,5	867,8
Schulden ¹⁷⁾	"	9351,1	9388,5	9412,8	9628,8	9863,9	9400,7	1123,3	10903,7	10969,3	11029,9	10939,5	11543,8	11295,2	1132,4	1250,9
Großbritannien:																
Einnahmen	Mill. £	10,3	25,5	28,0	31,2	9,6	8,7	8,5	11,8	7,8	10,6	10,7	7,9	12,0	21,8	26,6
Ausgaben	"	14,9	10,0	11,1	21,7	8,4	10,2	15,2	15,8	9,7	15,6	24,3	11,3	17,4	15,4	15,3
Schwebende Schuld	"	857,6	773,7	709,2	637,4	614,7	326,0	691,3	695,4	679,8	690,1	703,2	766,1	761,2	748,7	644,3
Frankreich ¹⁸⁾ :																
Einnahmen	Mill. Fr.	4904	5293	3884	3880	4403	4106	4085	6456	4230	4269	6423	4941	4680	5078	—
Niederlande																
Einnahmen	Mill. Fl.	46,8	44,5	39,9	40,8	44,1	50,8	39,7	41,8	38,0	40,8	41,1	40,6	42,6	43,3	—
Schwebende Schuld	"	246,0	293,1	280,0	272,0	250,0	251,0	204,0	177,0	206,0	235,0	289,0	306,0	274,1	328,0	340,0
Vereinigte Staaten																
Einnahmen: Gesamt	Mill. \$	742,9	151,2	138,5	674,9	159,1	173,2	803,5	138,7	127,4	602,8	147,8	120,4	717,1	125,4	118,6
aus Zöllen	"	39,3	41,3	35,9	42,6	41,1	51,7	72,2	26,2	32,1	36,7	39,3	56,4	80,8	28,8	28,1
Ausgaben	"	443,2	347,4	236,7	362,2	414,1	231,0	416,8	284,3	224,1	368,2	375,2	244,7	364,6	413,8	191,4
Nettoschulden	"	16 245,5	16 429,1	16 511,7	16 129,6	16 363,4	16 405,7	15 985,4	16 099,2	16 834,8	15 864,3	16 106,9	16 212,2	15 841,3	16 122,1	—
Wanderungsbewegung																
Einwanderung																
Vereinigte Staaten	Anzahl	17 842	14 787	13 585	19 759	22 261	19 414	14 944	13 323	14 816	17 792	13 942	9 209	6 439	4 091	—
Kanada	"	4 944	3 386	3 963	14 576	19 309	17 410	13 171	8 383	10 576	11 101	4 445	3 267	2 090	—	—
Frankreich ¹⁹⁾	"	9 948	8 113	8 868	11 804	16 304	23 296	15 342	27 622	14 290	30 697	28 669	7 841	6 317	4 434	—
Auswanderung																
Deutschland (Übersee) ²⁰⁾	"	2 005	2 807	2 985	4 232	4 899	3 964	2 030	2 277	2 671	4 460	4 068	2 188	79	1 144	—
Großbritannien (Übersee)	"	5 230	7 014	6 601	10 938	12 214	11 911	7 273	6 376	7 718	7 556	8 041	4 292	2 134	—	—
Polen	"	5 026	5 516	6 311	80 921	43 678	23 279	15 088	12 599	8 014	9 274	7 497	6 436	3 234	2 284	—
Kontinent	"	4 296	5 320	4 992	7 371	4 473	5 668	3 761	3 392	2 935	2 243	2 893	1 981	1 605	2 299	—
Übersee	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Italien	"	2 043	1 762	1 657	1 664	1 649	1 618	1 248	1 240	1 703	899	1 829	2 122	3 034	2 612	2 998
Kontinent	"	3 038	3 024	3 080	3 738	3 484	3 645	3 109	3 429	3 723	2 540	3 581	3 194	2 850	2 349	1 890
Übersee	"	3 088	5 652	2 985	3 174	4 054	2 796	2 804	3 104	2 650	2 692	3 974	3 548	4 709	2 681	—
Frankreich ²¹⁾	"	2 302	1 890	1 939	2 861	2 871	3 570	3 645	5 130	5 016	6 014	5 283	3 238	—	—	—
Griechenland (Übersee)	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

	Einheit	1929	1930												1931	
		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Zinn																
Produktion¹⁾																
Bolivien	t	4 682	4 200	3 200	2 500	3 600	3 600	2 900	2 650	2 200	3 700	3 750	3 800	3 061	2 178	2 530
Malaien-Staaten	"	6 137	6 443	4 989	6 052	5 715	6 331	5 865	5 774	4 334	4 232	5 041	5 008	5 211	5 651	5 684
Preise																
Deutschland ²⁾	RM je dz	380,00	362,00	360,00	340,00	337,0	302,00	284,00	278,00	280,00	276,00	248,00	239,00	233,00	240,00	213,00
Großbritannien ³⁾	£ je lgt	180. 2.6	177. 9.0	175. 4.9	165. 2.6	165. 1.3	148.13.0	137.18.0	135.11.0	137.4.0	134. 9.0	118.13.0	115.19.0	111. 5.4	117. 7.0	123.15.0
Vereinigte Staaten ⁴⁾	cts je lb	39,74	38,85	36,68	36,80	36,08	32,11	30,34	29,82	30,04	29,65	28,81	25,90	24,2	26,14	26,82
Einfuhr																
Deutschland	t	2 114	1 517	1 583	1 109	1 001	1 220	1 350	1 462	1 132	1 387	1 016	871	1 010	854	818
Großbritannien	"	2 479	1 788	1 189	1 264	1 545	1 036	864	1 682	735	732	825	205	610	599	1 097
Frankreich	"	1 193	765	1 182	1 024	1 046	1 016	1 233	908	1 155	920	804	1 066	1 051	—	—
Vereinigte Staaten	"	5 537	7 193	5 547	8 727	8 341	8 971	9 911	6 344	6 075	5 612	6 024	6 574	6 766	—	—
Ausfuhr																
Großbritannien	"	1 513	1 437	2 233	2 697	2 013	2 130	1 320	1 589	1 447	1 058	2 216	3 499	1 643	1 876	1 954
Zink																
Produktion⁵⁾																
Deutschland	t	8 651	9 053	8 298	9 322	8 809	9 179	8 488	8 316	8 163	7 263	7 303	7 200	7 302	6 172	4 838
Frankreich ¹⁾	"	8 630	8 222	7 718	8 983	8 375	8 590	7 401	7 360	7 015	6 334	6 677	7 015	7 541	7 261	5 220
Vereinigte Staaten ²⁾	"	44 080	46 387	40 754	43 158	39 082	39 908	39 437	36 322	37 177	36 654	37 140	29 018	29 641	28 518	22 818
Kanada ³⁾	"	6 997	4 990	8 649	9 650	8 781	8 350	8 350	8 145	8 844	9 131	10 021	10 285	11 866	9 223	9 225
Mexiko ⁴⁾	"	1 805	2 039	1 623	2 127	2 426	2 512	2 512	2 809	2 769	2 462	2 726	2 863	3 103	3 102	2 500
Preise																
Deutschland ¹⁾	RM je dz	40,32	39,08	38,23	36,69	35,79	33,11	32,75	32,41	32,11	30,92	28,73	28,76	26,93	24,86	23,95
Großbritannien ²⁾	£ je lgt	20. 3. 8	19.13. 9	19. 4. 1	18. 4. 4	17.14. 8	16.19. 2	16.16. 5	16. 8.11	16. 3. 2	15.19. 8	14.16. 5	15.0.10.2	13.19. 2	13. 0. 5	13. 9. 7
Vereinigte Staaten ³⁾	cts je lb	5,67	5,23	5,18	4,93	4,84	4,64	4,44	4,35	4,36	4,27	4,06	4,27	4,10	4,04	4,01
Einfuhr																
Deutschland	t	8 802	7 748	5 896	10 481	7 899	9 255	9 758	9 615	8 890	13 889	10 127	8 978	7 214	5 672	7 073
Frankreich	"	3 872	3 279	4 668	2 888	3 868	3 581	3 688	1 947	3 778	4 850	3 560	3 551	5 701	—	—
Großbritannien	"	14 689	13 199	11 655	12 538	10 659	13 710	14 819	13 741	11 965	7 471	10 387	8 238	9 827	10 273	9 936
Ausfuhr: Vereinigte Staaten	"	662	497	439	409	300	80	190	68	258	187	178	124	279	—	—
Blei																
Produktion⁶⁾																
Deutschland	t	10 230	9 920	9 714	10 316	8 386	8 881	9 923	8 292	10 192	10 271	8 718	9 905	9 949	9 716	10 823
Vereinigte Staaten	"	49 918	43 821	46 595	51 293	46 980	48 676	46 013	46 755	48 003	43 990	45 724	39 392	44 114	39 37	35 801
Kanada	"	12 211	14 036	10 411	12 412	12 040	11 959	11 602	11 853	12 068	11 719	12 014	11 557	11 520	12 054	10 746
Mexiko	"	14 948	20 855	18 478	21 408	20 473	20 128	19 151	20 558	20 469	21 583	21 145	21 017	24 302	21 753	18 819
Australien	"	15 468	14 804	12 890	14 742	13 824	13 658	13 556	13 814	13 827	13 843	14 022	13 708	13 98	14 123	12 704
Preise																
Großbritannien ¹⁾	£ je lgt	21. 9. 2	21.11. 1	20.15.11	18.15. 0	18. 9. 3	17.12. 8	17. 19	18. 1. 8	18. 5. 2	17.18. 5	15.12. 0	15.19. 3	15. 6.10	14. 3.1	13. 9. 7
Vereinigte Staaten ²⁾	cts je lb	6,10	6,10	6,09	5,54	5,43	5,41	5,31	5,15	5,34	5,35	5,00	4,95	4,91	4,90	4,34
Einfuhr																
Deutschland	t	6 402	7 287	9 043	8 879	5 190	9 412	5 720	5 590	6 126	8 824	5 352	7 790	6 868	7 977	4 039
Großbritannien	"	30 081	36 444	21 619	26 811	31 420	28 373	28 364	20 973	22 936	32 348	28 491	31 436	26 15	22 954	20 470
Frankreich	"	5 611	11 027	14 257	10 271	9 973	13 074	12 488	7 237	9 762	11 137	18 085	11 588	6 901	—	—
Ausfuhr: Vereinigte Staaten	"	4 086	5 927	3 488	4 830	4 057	5 599	4 899	3 711	3 530	2 547	2 481	1 448	1 307	—	—
Gold																
Produktion																
Südafrika	1000 oz fine	851,1	882,8	818,2	869,4	868,6	916,2	887,8	912,7	921,1	903,2	926,6	884,5	908,5	914,0	849,0
Kanada	"	168,6	154,1	145,4	163,8	169,2	168,3	175,5	170,3	169,6	177,7	188,4	197,3	—	—	—
Rhodesien	"	46,8	46,1	43,4	45,5	45,8	47,6	45,2	45,8	46,2	46,2	45,0	44,4	46,5	45,7	42,8
Britisch Indien	"	32,7	24,9	28,4	28,7	30,1	14,9	14,5	27,6	29,5	29,5	30,8	32,4	33,3	—	—
Belgisch-Kongo	"	13,2	12,3	11,4	11,5	11,2	11,3	11,4	11,1	11,1	12,8	13,0	14,1	11,8	13,6	18,1
Preise: Großbritannien ¹⁾	sh je oz f	84.11 1/2	84.11 1/4	84.11 1/2	84.11 1/2	84.10 1/2	84.11 1/2	85. 0	85. 0 1/4	85. 0 1/4	84.11 1/4	85. 0 1/2	85. 1 1/2	85. 0 1/2	84.11 1/2	84.11 1/2
Einfuhr: Großbritannien ²⁾	1000 £	2 599,2	3 530,7	3 575,8	3 234,1	2 615,0	3 465,5	2 246,1	3 999,4	2 995,1	3 693,8	4 148,5	5 564,3	5 742,4	4 012,2	4 695,3
Silber																
Produktion																
Mexiko	1000 oz fine	11 122	5 877	12 717	8 844	7 514	9 080	10 270	7 905	7 755	9 154	—	—	—	—	—
Vereinigte Staaten	"	4 592	4 755	5 161	4 998	4 627	4 295	3 966	3 551	3 835	3 780	3 816	3 738	3 451	—	—
Kanada	"	2 192	1 715	1 842	1 818	2 568	2 185	3 104	1 999	2 036	2 644	1 991	2 362	2 041	—	—
Südafrika	"	81	81	79	87	85	85	85	90	94	80	94	86	86	—	—
Preise																
Großbritannien ¹⁾	d je oz f	22,40	20,98	20,00	19,41	19,55	18,84	16,00	15,94	16,34	16,77	16,58	16,88	15,22	13,88	12,50
Vereinigte Staaten ²⁾	cts je oz f	48,68	45,09	43,09	41,88	42,41	40,55	34,76	34,35	35,50	36,41	35,88	36,09	32,72	29,03	27,00
Einfuhr: Großbritannien ³⁾	1000 oz	8 886,1	10 904,2	9 971,6	10 384,2	5 129,3	7 264,6	3 822,6	10 620,4	4 076,4	4 563,7	2 105,9	6 692,2	9 918,1	14 073,4	9 724,3
Ausfuhr: Vereinigte Staaten	1000 \$	6 369,1	5 892,0	5 331,0	5 818,4	4 647,0	4 976,0	3 336,1	3 709,1	4 543,0	3 903,0	4 424,0	4 103,0	3 472,1	3 574,0	1 634,0
Petroleum																
Produktion																
Polen	1000 t	50	50	50	34	54	54	53	50	57	57	59	57	—	—	—
Rumänien	"	451	448	417	495	514	537	517	530	429	454	390	425	65	600	510
UdSSR	"	1 285	1 270	1 142	1 376	1 476	1 590	1 486	1 604	1 650	1 680	1 728	1 750	1 81	1 725	1 591
Vereinigte Staaten	1000 hl	127 715	128 732	118 024	123 361	122 711	127 720	122 294	121 698	118 994	112 832	115 565	103 376	106 486	104 908	—
Mexiko	"	6 242	5 912	5 199	5 540	5 277	5 329	5 230	5 462	5 482	5 155	—	—	—	—	—
Venezuela	"	19 388	18 313	17 288	18 952	17 050	17 359	18 061	18 479	18 088	17 931	18 734	17 344	16 679	16 508	—
Preise																
Großbritannien ¹⁾	sh je gal	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0	1,0
Vereinigte Staaten ²⁾	\$ je bbl	1,42	1,34	1,24	1,18	1,23	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,27	1,18	0,93	0,93	0,93
Vorräte Vereinigte Staaten	Mill. hl	606,3	613,9	615,3	613,9	613,5	612,1	610,3	611,3	606,7	598,1	596,9	592,9	585,1	582,6	—
Verbrauch Vereinigte Staaten	"	101,9	100,9	87,9	99,7	100,5	104,3	101,1	98,5	99,1	99,4	93,7	89,3	92,3	86,5	—

		1929		1930												1931	
Einheit		Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
noch: Petroleum																	
Einfuhr																	
Vereinigte Staaten ¹⁾	1000 hl	9 358	8 664	6 870	7 675	9 190	7 923	5 044	9 343	8 043	9 233	8 046	7 101	7 515	—	—	
Italien	t	12 406	11 007	9 188	8 921	11 601	10 106	13 187	10 855	18 313	16 589	19 929	10 512	15 596	12 274	10 188	
Großbritannien	1000 hl	6 958	9 592	7 206	9 379	8 250	11 063	10 020	12 112	8 349	9 460	9 289	6 586	7 782	9 390	7 701	
Ausfuhr																	
Vereinigte Staaten ²⁾	1000 hl	18 520	17 745	14 946	18 052	18 474	13 890	21 035	16 382	18 301	13 184	17 630	11 426	14 053	—	—	
Rumänien	t	66 956	54 052	60 152	61 113	77 771	72 174	81 312	94 342	99 637	75 891	81 452	77 175	73 119	—	—	
UdSSR. ³⁾	"	72 370	62 600	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	65 200	63 280	48 340	74 400	61 500	66 10	61 700	—	
Gummi																	
Preise																	
Deutschland ⁴⁾	RM je kg	1,50	1,52	1,55	1,52	1,45	1,41	1,27	1,17	1,17	1,01	1,08	1,16	1,10	0,99	0,80	
Großbritannien ⁵⁾ *)	d je lb	8,50	8,27	8,36	8,69	8,44	8,00	7,25	7,00	6,68	6,13	5,93	6,03	6,18	5,28	4,75	
Niederlande ⁶⁾	Fl je kg	0,86	0,84	0,86	0,82	0,80	0,76	0,66	0,60	0,52	0,44	0,44	0,48	0,50	0,46	—	
Vereinigte Staaten ⁷⁾	cts je lb	16,01	15,06	15,74	15,31	14,94	14,10	12,24	11,15	9,96	8,11	8,10	9,01	8,9	8,21	7,64	
Einfuhr																	
Deutschland	t	3 189	4 265	3 954	4 775	5 064	4 902	4 320	4 014	3 931	4 690	4 306	3 708	3 493	4 440	3 769	
Großbritannien	"	15 677	16 187	14 891	16 041	16 070	14 162	13 289	10 780	10 535	19 167	17 213	14 222	14 927	14 314	15 811	
Frankreich	"	5 102	5 046	5 569	5 329	6 037	6 298	5 382	4 055	4 739	6 307	8 791	15 984	8 49	—	—	
Vereinigte Staaten ⁷⁾	"	43 927	48 673	43 689	45 980	46 382	43 684	22 392	35 993	37 246	36 357	47 119	30 211	37 97	—	—	
Ausfuhr																	
Britische Malaien-Staaten	t	48 518	53 378	49 753	48 079	44 506	49 803	37 194	41 807	37 240	34 547	31 761	31 542	34 099	42 144	42 522	
Baumwolle																	
Preise																	
Deutschland ⁸⁾	RM je kg	1,76	1,74	1,59	1,54	1,64	2,05	1,47	1,39	1,29	1,16	4,09	1,12	1,04	1,04	1,11	
Großbritannien ⁹⁾ *)	d je lb	9,50	9,42	8,59	8,29	8,61	8,57	7,87	7,60	6,87	6,22	5,85	6,1	5,49	5,47	5,97	
Vereinigte Staaten	cts je lb	17,27	17,22	15,62	15,18	16,42	16,43	14,47	13,11	12,03	10,96	10,82	10,94	10,0	10,28	10,96	
Verbrauch: Vereinigte Staaten		1000 bales	453,9	576,2	491,4	508,6	632,4	473,9	405,2	378,8	352,3	394,3	444,5	414,9	406,2	454,2	433,5
Einfuhr																	
Deutschland	1000 t	47,5	43,9	33,7	29,8	29,7	24,5	18,8	19,4	20,9	27,8	47,7	44,9	33,8	36,3	28,8	
Großbritannien	"	88,8	78,0	56,6	41,5	34,4	46,2	28,4	18,6	22,2	26,1	48,4	61,9	86,8	50,5	33,3	
Frankreich	"	50,1	45,2	31,8	34,8	29,8	23,9	17,5	16,8	13,8	18,5	42,5	47,7	51,1	—	—	
Italien	"	23,6	26,7	22,2	23,3	19,5	18,1	13,3	11,8	8,4	8,6	11,4	19,7	16,1	19,5	17,4	
Tschechoslowakei	"	11,1	11,9	10,3	9,2	8,6	10,5	7,3	6,2	6,9	8,5	9,3	10,4	10,1	8,1	—	
Belgien	"	9,8	8,4	5,8	8,3	8,6	8,6	8,1	6,1	5,9	6,0	7,0	4,7	6,2	5,9	—	
Ausfuhr																	
Brit. Indien	1000 t	54,0	82,1	89,5	92,3	77,1	62,0	44,4	47,0	48,5	52,0	40,6	41,2	64,8	—	—	
Vereinigte Staaten ¹⁰⁾	"	219,7	176,6	96,1	116,9	85,6	52,4	45,7	43,9	90,9	218,7	212,4	223,6	183,1	141,7	98,2	
Wolle																	
Preise																	
Deutschland, Inlandspreis	RM je kg	7,22	7,00	6,43	6,19	5,99	6,04	6,27	6,17	6,00	6,00	5,58	5,33	5,12	4,90	4,77	
Kammzug ¹¹⁾	"	4,45	4,13	3,47	3,24	3,19	3,33	3,37	3,33	3,38	3,28	3,20	3,05	2,67	2,5	2,49	
Großbritannien ¹²⁾ *)	sh je lb	1,5	1,5	1,2	1,08	1,01	1,04	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	0,98	0,98	0,98	
Vereinigte Staaten ¹³⁾	cts je lb	81,8	78,4	73,7	70,1	66,6	63,7	63,8	64,3	64,6	64,5	62,8	61,5	60,2	58,5	56,3	
Einfuhr																	
Deutschland ¹⁴⁾	1000 t	10,7	19,6	13,0	12,0	14,7	13,5	17,9	14,7	13,4	7,9	10,7	6,7	12,5	13,0	23,6	
Großbritannien ¹⁵⁾	"	35,3	43,3	37,2	45,6	38,8	41,0	32,3	22,3	17,7	11,6	13,2	18,3	34,1	46,8	37,3	
Frankreich ¹⁶⁾	"	23,1	37,3	35,0	24,6	28,4	26,3	30,1	22,6	32,7	15,4	13,7	16,0	18,7	—	—	
Italien ¹⁴⁾	"	2,9	4,8	7,0	4,5	5,5	6,0	6,9	2,3	3,5	3,3	2,1	1,5	6,1	5,0	6,7	
Vereinigte Staaten ¹⁷⁾	"	9,2	12,0	8,4	9,1	8,1	7,0	2,9	4,0	4,6	4,0	4,1	3,9	5,0	8,8	8,9	
Ausfuhr																	
Großbritannien ¹⁵⁾	1000 t	13,3	14,2	14,6	7,7	15,3	12,4	19,3	8,2	8,7	8,3	13,9	5,0	8,1	11,7	11,0	
Jute																	
Preise																	
Großbritannien ¹⁸⁾ *)	£ je t	31,2	31,2	30,10	29,63	29,50	29,20	27,12	25,56	23,17	18,80	16,66	16,50	16,26	15,80	14,95	
Einfuhr																	
Großbritannien	1000 t	35,2	36,3	23,0	13,0	5,6	9,3	5,8	4,1	5,0	4,5	7,7	8,8	15,7	19,9	16,3	
Vereinigte Staaten ¹⁹⁾	"	30,7	46,3	43,0	82,8	32,4	25,0	8,8	28,6	18,5	19,5	18,2	19,7	26,1	—	—	
Ausfuhr																	
Brit. Indien	1000 t	93,6	75,4	58,6	45,5	43,6	42,2	42,2	31,6	25,1	87,1	67,1	80,1	88,5	—	—	
Automobile																	
Produktion																	
Vereinigte Staaten	Stück	91 011	235 276	280 996	331 973	375 685	364 512	283 481	224 690	185 618	177 752	115 476	102 358	122 747	139 755	181 785	
Personenwagen	"	27 513	37 025	48 560	62 990	67 853	55 075	45 582	40 467	38 363	41 967	38 318	32 785	31 533	31 584	37 633	
Lastwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kanada	"	4 426	8 856	13 021	17 165	20 872	21 251	12 194	8 556	6 946	5 623	3 206	3 597	4 226	4 552	7 529	
Personenwagen	"	1 069	1 532	2 527	3 605	3 885	3 421	2 896	1 632	2 846	2 231	1 335	1 880	1 297	1 914	2 842	
Lastwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Einfuhr																	
Deutschland, Personenwagen ²⁰⁾	"	282	1 295	565	885	922	492	501	460	193	495	228	134	79	457	405	
Ausfuhr																	
Großbritannien	"	2 125	1 872	1 653	1 571	1 497	1 885	1 085	1 855	1 240	1 079	1 844	1 937	1 710	1 792	1 463	
Personenwagen	"	142	258	310	44	406	582	245	355	192	122	189	270	331	261	239	
Lastwagen ²¹⁾	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Frankreich ²²⁾	"	2 924	2 530	3 089	2 776	2 390	1 507	1 302	2 381	1 133	1 173	855	1 520	1 69	—	—	
Personenwagen	"	1 193	888	727	821	878	378	201	59	218	270	262	244	246	—	—	
Lastwagen	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Chassis	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Italien ²³⁾	"	748	1 348	2 309	2 596	2 682	2 802	2 337	2 070	1 110	1 059	958	1 455	1 286	776	—	
Vereinigte Staaten	"	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Personenwagen	"	13 831	15 298	18 782	22 129	23 777	16 876	10 101	7 825	7 958	8 125	7 136	6 039	9 091	—	—	
Lastwagen ²¹⁾	"	10 908	12 876	6 750	8 961	11 461	9 666	5 336	4 042	5 318	5 312	4 079	5 639	5 102	—	—	

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Herbert Block,
Berlin-Wilmersdorf. — Für die Inserate: i. V. E. Schepke.
— Verlag: Berlin W 62, Kurfürstenstraße 131. Fernsprecher
B 2 Lützow 3693, 3694, 3695. — Druck: Buchdruckerei
Gustav Ascher G. m. b. H., Berlin SW 61, Teltower Str. 29.
— Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt
die Redaktion, auch wenn Rückporto beiliegt, keine Ver-
antwortung. — Bezugspreis: Bei Postzustellung 12 RM pro
Quartal, bei Zusendung durch Streifband im Inland
und in Österreich 13 RM, im übrigen Ausland 14 RM.
Postscheck Berlin Nr. 149 296.

Finanzanzeigen in diesem Heft.

Aktiebolaget Kreuger & Toll, Stockholm: Bilanz.
Deutsche Centralbodencredit Aktiengesellschaft: Zeich-
nungseinladung auf 40 Mill. Goldmark 7% Gold-Kom-
munal-Obligationen.
Hoesch-KölnNeuessen Aktiengesellschaft für Bergbau und
Hüttenbetrieb: Dritte Aufforderung an die Aktionäre
zum Aktienumtausch.
Süddeutsche Bodenreditbank: Bilanz.
Württembergische Notenbank: Bilanz.

Geschäftliche Mitteilungen.

Diesem Heft liegt ein Prospekt des S. Fischer Verlages,
Berlin, Bülowstraße 90, bei, in dem dieser auf die Neu-
erscheinungen des Jahres 1931 auf dem Gebiete der Wirt-
schaftsliteratur hinweist.



Rohre aller Art

nahtlos bis 650 mm Ⓢ

überlappt geschweißt von 300 bis 4000 mm Ⓢ



Schmiedeeiserne Fässer / Lichtmaste / Leitungsmaste
Grob-, Mittel- und Feibleche

MANNESMANNRÖHREN-WERKE / DUSSELDORF

Dritte Aufforderung an die Aktionäre des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, Essen-Altenessen, und der Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Aktiengesellschaft in Dortmund,

zum Umtausch ihrer Aktien in Aktien der

Hoesch-KölnNeuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Dortmund.

Auf Grund der Generalversammlungsbeschlüsse des Köln-Neu-
essener Bergwerksvereins und der Eisen- und Stahlwerk Hoesch
A.-G. in Dortmund vom 22. Dezember 1930, die in das Handels-
register eingetragen sind, fordern wir hiermit die Aktionäre des
Köln-Neuessener Bergwerksvereins zum dritten Male auf, ihre
Stammaktien mit laufenden Gewinnanteilscheinen und Er-
neuerungsscheine

außerdem je nom. RM 300,— Stammaktien unserer Gesellschaft mit
Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 ausgehändigt. Soweit sich bei
dieser im Verhältnis von 10 : 1 in Aktien zu gewährenden zusätz-
lichen Vergütung Beträge ergeben, die nicht in Aktien zu RM 300,—
darstellbar sind, werden die Stellen diese Spitzen bestmöglichst
regulieren.

Wegen der weiteren Einzelheiten verweisen wir auf die in Nr. 6
dieser Zeitschrift veröffentlichte erste Umtauschaufforderung.

Diejenigen Stammaktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins,
die nicht

bis spätestens zum 15. Mai 1931 einschließlich

zum Umtausch eingereicht sind, werden gemäß § 290 HGB. für
kraftlos erklärt werden. Die an Stelle der für kraftlos erklärten
Aktien auszugebenden neuen Aktien unserer Gesellschaft werden
bestmöglichst verkauft. Der Erlös wird abzüglich der entstehenden
Kosten zur Verfügung der Beteiligten gestellt werden.

Ferner fordern wir die Aktionäre der Eisen- und Stahlwerk
Hoesch A.-G. in Dortmund nochmals auf, ihre noch auf die bis-
herige Firma „Eisen- und Stahlwerk Hoesch, Aktiengesellschaft in
Dortmund“ lautenden Stammaktien zum Umtausch in neue auf den
jetzigen Firmennamen lautende Stammaktien-Urkunden

bis zum 15. Mai 1931 einschließlich

bei den obengenannten Stellen einzureichen. Für je nom. RM 600,—
bzw. RM 900,— bzw. RM 1000,— Stammaktien der Eisen- und Stahl-
werk Hoesch A.-G. mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden
neue auf die Firma „Hoesch-KölnNeuessen, Aktiengesellschaft für
Bergbau und Hüttenbetrieb“ lautende Aktien-Urkunden in Höhe
des gleichen Nennbetrages mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930
ausgehändigt.

Es empfiehlt sich, den Umtausch tunlichst innerhalb der Frist
vorzunehmen, weil alsdann die Lieferbarkeit der alten Stamm-
aktien der Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G. an den in Frage
kommenden Börsen aufgehoben werden wird.

bis spätestens zum 15. Mai 1931 einschließlich
bei dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein Filiale der Deutschen
Bank und Disconto-Gesellschaft, Köln,
„ „ Bankhaus A. Levy, Köln,
„ „ Bankhaus Leopold Seligmann, Köln,
„ „ Bankhaus I. H. Stein, Köln,
bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, Aachen,
Dortmund, Düsseldorf, Essen (Essener Credit-Anstalt),
Frankfurt a. M.,
„ „ Commerz- und Privat-Bank A.-G., Berlin, Aachen, Dort-
mund, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Köln,
„ „ Dresdner Bank, Berlin, Aachen, Dortmund, Düsseldorf,
Essen, Frankfurt a. M., Köln,

unter Beifügung eines mit zahlenmäßig geordnetem Nummern-
verzeichnis versehenen Anmeldeseheines, der bei den Umtausch-
stellen erhältlich ist, während der üblichen Geschäftsstunden zum
Umtausch in neue Stammaktien der Hoesch-KölnNeuessen, Aktien-
gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, einzureichen. Der
Umtausch erfolgt nach Maßgabe der nachstehenden Bedingungen:

1. Für je nom. RM 300,— bzw. RM 600,— bzw. RM 900,— bzw.
RM 1000,— Stammaktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins
mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden neue Stammaktien
unserer Gesellschaft in Höhe des gleichen Nennbetrages mit Ge-
winnberechtigung ab 1. Juli 1930 ausgereicht.

2. Für je nom. RM 3000,— Stammaktien des Köln-Neuessener
Bergwerksvereins mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1930 werden
Dortmund, den 2. April 1931.

Hoesch-KölnNeuessen, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb
Der Vorstand.

Maschinen- und Bohrgerätefabrik

Alfred Wirth & Co. Erkelenz (Rheinland)

Abteilung:

Bohrgeräte

Tiefbohrgeräte und Werkzeuge aller Art

Bohrkräne aller Systeme

Schöpfkräne Dampfmaschinen Pumpen

Schürfbohrmaschinen

Abteilung:

Adjustage- und Werkzeugmaschinen

Rollenrichtmaschinen, Richtpressen Friemelwalz-

werke Walzendrehbänke Walzenschleifmaschinen

Blechkantenhobelmaschinen Kesselbohrmaschinen

einfache und doppelte Rohrdrehbänke Kallsägen

Kompressoren

Aktiebolaget Kreuger & Toll

und ihre Tochtergesellschaft, die N. V. Financieele Maatschappij Kreuger & Toll

Konsolidierte Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930

	Kr.		
Dividenden aus Industrieaktien	28 379 689,59	Gesamtgewinn	125 977 390,87
Einnahmen aus Grundbesitz	9 904 718,35	abzüglich	
Dividenden aus Bankaktien	4 704 945,72	Generalunkosten einschließlich aller	
Zinsen aus Obligationen Kr. 32 110 145,95		Steuern	3 629 336,58
abzüglich		Verfügbare Reineinnahmen für Dividen-	
Zinsen auf festverzinsliche Obligationen	22 900 822,26	den und Zinsen auf Participating De-	
Nettoeinnahmen aus Zinsen der Konto-		bentures	122 348 054,29
korrentdebitoren nach Abzug der Zin-		abzüglich	
sen auf andere Schulden als die fest-		Rückstellung für Zinsen auf die Partici-	
verzinslichen Obligationen	9 183 416,29	pating Debentures	41 749 998,—
Konsortialbeteiligungen einschließlich		Nettogewinn für das Jahr 1930	80 598 056,29
Einnahmen aus Zündholzkonzessionen	18 716 940,23	Zuzüglich	
Gesamte laufende Gewinne	93 790 532,44	Vortrag von 1929	153 833 579,65
Gewinne aus geschäftlichen Trans-		abzüglich	
aktionen	32 186 858,43	Dividendenzahlungen für 1929 auf Aktien	
Gesamtgewinn	125 977 390,87	der Aktiebolaget Kreuger & Toll	20 050 000,—
		Überschuß per Ende des Jahres 1930	214 381 635,94

Konsolidierte Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva

Anlagen:	Kr.	Bankaktien:	
Daueranlagen:		70 000 Aktien der Skandina-	
Industrieaktien:		viska Kreditaktiebolaget	14 000 000,—
500 000 Aktien der Svenska	Kr.	6000 Aktien der Stockholms	
Tändsticks Aktiebolaget	105 825 690,—	Intecknings Garanti	
499 996 Aktien der Svenska		Aktiebolag	3 600 000,—
Cellulose Aktiebolaget	55 000 000,—	Andere Bankaktien	61 614 979,93
233 332 Aktien der Trafik-		Vorübergehende Anlagen:	
aktiebolaget Gränges-		Industrieaktien	71 706 139,62
berg-Oxelösund	53 666 360,—	Schuldverschreibungen gegen Hypo-	
410 000 Aktien der Telefon-		thekensicherheiten	33 532 537,50
aktiebolaget L.M.Ericsson	26 363 240,—	Bankaktien	2 603 463,44
Andere Industrieaktien	96 284 381,04	Ausländische Staatsobligationen und	
Grundbesitz:		andere Obligationen, die als Sicher-	
159 900 Aktien der Fastig-		heit für die festverzinslichen Ob-	
hetsaktiebolaget Hufvud-		ligationen der Gesellschaft dienen	
staden	19 887 000,—	können	419 879 984,27
Grundbesitz außerhalb		Kontokorrentdebitoren	169 322 350,56
Schwedens	82 599 290,20	Konsortialbeteiligungen	189 843 384,58
		Kasse und Bankguthaben	108 971 566,—
		Inventar	1,—
			1514 700 368,14

Passiva

	Kr.		
Verschiedene Kreditoren	272 846 872,03	Aktienkapital (nom. Kr. 76 000 000,—)	76 000 000,—
Rückstellung für Zinsen auf Participating		Reservefonds	588 050 293,82
Debentures	42 016 100,35	Gewinn- und Verlustrechnung	214 381 635,94
Festverzinsliche Obligationen (nominell			1514 700 368,14
\$ 48 840 000,—)	182 238 806,—		
Participating Debentures (nominell			
Kr. 139 166 660,—)	139 166 660,—		

Die Generalversammlung ist für Sonnabend, den 30. Mai 1931, um 4 Uhr nachmittags, in Stockholm, Västra Trädgårdsgatan 15, einberufen.

Stockholm, den 1. April 1931.

Ivar Kreuger.

C. Juhlin Dannfelt.
Donald Durant.
Paul Toll.
G. Magnusson.
Erik Sjöström.

O. Rydbeck.
Ernst Kreuger.
Krister Littorin.
A. Lindberg.
Nils Ahlström.

SÜDDEUTSCHE BODEN CREDIT BANK

Bilanz für 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
I. Goldhypothekendarlehen	
a) im Goldhypothekenregister eingetragen ..	218 909 197,49
b) sonstige Hypotheken	365 304,81
II. Rentenbank-Kreditanstalt-Hypotheken	3 363 216,81
III. Debitoren	8 600 463,50
IV. Kassa-Konto	189 796,35
V. Effekten-Konto	5 115 882,17
VI. Effekten-Konto des Pensionsfonds	299 857,90
VII. Wechsel-Konto	20 936,06
VIII. a) Immobilien-Konto	967 502,55
b) Mobilien-Konto	100,—
IX. Vortrags-Konti	2 943 906,85
	240 776 164,49

Passiva	RM
I. Aktienkapital-Konto	8 005 000,—
II. Reserve-Konti	2 350 000,—
III. Goldpfandbrief-Konti	211 327 230,—
IV. Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt	3 360 107,63
V. Kreditoren	3 530 004,19
VI. Guthaben der Teilungsmasse	6 751 979,74
VII. Kupons-Konto	1 422 240,23
VIII. Pensionsfonds-Konto	300 000,—
IX. Vortrags-Konti	2 094 746,61
X. Gewinn- und Verlust-Konto	1 634 856,09
	240 776 164,49

Gewinn- und Verlust-Konto für 1930

Soll	RM
I. Pfandbriefzinsen	12 553 987,69
II. Pfandbrief-Disagio	1 335 569,63
III. Konto-Korrentzinsen	92 203,35
IV. Abfindung auf Kommunal-Obligationen	713,60
V. Abschreibung auf Mobilien	13 990,35
VI. Geschäftskosten	1 099 522,59
VII. Steuern und Abgaben	563 868,64
VIII. Gewinn-Saldo	1 634 856,09
	17 294 211,94

Haben	RM
I. Gewinn-Vortrag aus 1929	134 335,21
II. Hypothekzinsen	14 106 015,23
III. Hypothek-Darlehens-Provisionen (einschließl. Disagioersatz)	2 334 561,77
IV. Sonstige Einnahmen	719 299,73
	17 294 211,94

München, den 1. April 1931.

Süddeutsche Bodencreditbank
Bonschab Dr. Ulsamer

Württembergische Notenbank, Stuttgart

Bilanz auf 31. Dezember 1930

Aktiva	RM
Gold	8 178 931,37
Deckungsfähige Devisen	6 103 638,36
Kasse	6 100 435,85
Wechsel und Schecks	21 673 636,65
Lombardforderungen	2 934 866,41
Effekten	3 963 357,35
Zinsscheine und Sorten	94 084,36
Debitoren und sonstige Aktiva	25 331 403,65
Gebäude	75 000,—
Mobilien	1,—
	74 455 335,—

Passiva	RM
Aktienkapital	7 000 000,—
Reservefonds	2 371 000,—
Umlaufende Noten	25 300 250,—
Kreditoren	38 426 885,44
Noch nicht erhobene Dividende	6 382,80
Beamtenunterstützungsfonds	356 886,10
Gewinn-Vortrag von 1929	RM 363 421,73
Gewinn für 1930	RM 630 508,93
	993 930,66
Eventuelle Verbindlichkeiten aus weiterbegebenen, im Inland zahlbaren Wechseln	RM 2 448 059,—
	74 455 335,—

Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1930

Soll	RM
Allgemeine Geschäftsunkosten und Abschreibungen	1 253 178,61
Gewinn-Vortrag von 1929	RM 363 421,73
Gewinn für 1930	993 930,66
	2 247 109,27
Haben	RM
Gewinn-Vortrag von 1929	363 421,73
Devisen	112 047,33
Überschuß an Diskont und Zinsen	1 771 640,21
	2 247 109,27

Ich beglaubige hiermit die Übereinstimmung vorstehender Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung mit den Büchern der Württembergischen Notenbank.

Stuttgart, den 7. März 1931.

Öffentlicher beeidigter Bücherrevisor K. Loeckle.



Preußische Zentralgenossenschaftskasse

Preußenkasse

Berlin
und
Frankfurt a. M.

Eingezahltes

Grundkapital und Reserven
168,7 Millionen Reichsmark

Anstalt des öffentlichen Rechts

Gegründet 1895

Zentralkreditinstitut
der deutschen Genossenschaften

Commerz- und Privat-Bank

Aktiengesellschaft

Hamburg-Berlin

Kapital 75 Millionen RM

Reserven 40 Millionen RM

250 Niederlassungen

125 Depositenkassen

Telegramm-Adresse:

HANSEATIC

Centralboden

Grundkapital RM 43 000 000
Reserven „ 37 850 000

Gesamt-Darlehne RM 1585 500 000
Gesamt-Umlauf „ 1532 700 000

Deutsche Centralbodenkredit- Aktiengesellschaft

— Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken —

Von unseren neuen

7 % Gold-Kommunal-Obligationen

Emission 3, mit April/Okttober-Zinsen,

— nach Preuß. Gesetz mündelsicher —

deren Zulassung an der Berliner Börse alsbald beantragt werden wird und deren Einführungskurs mit 94,50 % in Aussicht genommen ist, legen wir

40 000 000 Goldmark zum Kurse von **94 %**

zuzüglich Stückzinsen vom 1. April ab

zur **Zeichnung** auf.

Die Zeichnung findet statt

vom 8. bis 28. April d. J.

— früherer Schluß vorbehalten — bei der Emissionsbank selbst und bei den sonstigen Zeichnungsstellen sowie bei allen Bankfirmen und Sparkassen, wo auch ausführliche Prospekte zu beziehen sind.

Die Abnahme der Stücke kann jederzeit bis Mitte Mai d. J. geschehen.

Die **Sicherheit** der Gold-Kommunal-Obligationen beruht auf in ein besonderes Gold-Komm.-Darlehnsregister eingetragenen gleichwertigen Darlehen, welche die Gesellschaft an Körperschaften des öffentlichen Rechts oder an wirtschaftliche Unternehmungen unter voller Garantie solcher Körperschaft gewährt hat.

Eine Kündigung ist bis Oktober 1936 ausgeschlossen. Die Tilgung muß spätestens 1962 beendet sein.

Stücke über 5000, 2000, 1000, 500, 200 und 100 Goldmark.

Die Gold-Komm.-Obligationen der Gesellschaft sind von der Reichsbank zur Beleihung zugelassen.

Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft.

Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49.